

# Gregor Straßer und die NSDAP

SCHRIFTENREIHE  
DER VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE  
NUMMER 37

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte  
herausgegeben von Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz  
Redaktion: Wolfgang Benz und Hermann Graml

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT  
STUTT GART

Udo Kissenkoetter

Gregor Straßer und die  
NSDAP

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT  
STUTTGART

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Kissenkoetter, Udo**

Gregor Straßer und die NSDAP

Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1978.

(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Bd. 37)

ISBN 3-421-01881-2

D 61

©1978 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart

Umschlagentwurf: Edgar Dambacher

Satz und Druck: Druckerei Georg Appl, Wemding

Printed in Germany. ISBN 3421 01881 2

# Inhalt

I. Vorbemerkung . . . . .	7
II. Gregor Straßer bis zum Jahre 1925 . . . . .	13
1. Das Elternhaus . . . . .	13
2. Erste Auftritte auf größerer politischer Bühne . . . . .	16
3. Grundlagen der Straßer-Ideologie . . . . .	22
III. Aufbau der Parteiorganisation . . . . .	28
1. Die Reichspropagandaleitung als Vorstufe der Reichsorganisations- abteilung . . . . .	28
2. Parteireform 1928/29 . . . . .	35
3. Steigende Wahlerfolge und die Otto-Straßer-Krise . . . . .	41
4. Parteireform im Jahre 1930 . . . . .	48
5. Die Reichspropagandaleitung . . . . .	55
6. Aufstellung der Abgeordneten und Ernennung der Gauleiter . . . . .	60
7. Zentralisierung der Parteiorganisation 1932 . . . . .	65
IV. Das Wirtschaftsprogramm der NSDAP von 1932 . . . . .	83
1. Die Reichstagsrede vom 10. Mai 1932 . . . . .	83
2. Konjunkturtheoretische Betrachtungen . . . . .	87
3. Von Silvio Gesell zu Gregor Straßer . . . . .	94
4. Die „Reformer“ . . . . .	101
5. Vergleich der Programme von Friedländer-Prechtl, Dräger und Straßer . . . . .	109
6. Weitere wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen Straßers . . . . .	112
7. Exkurs: Die Wirtschaftspolitik Brünnings . . . . .	114
8. Die Propagandawirkung des Straßer-Programms . . . . .	118
V. Gregor Straßers Rolle im Jahre 1932 . . . . .	123
1. Verbindungen und Beziehungen . . . . .	123
2. Die Reichspräsidenten-Wahlen . . . . .	131
3. Die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 . . . . .	134
4. Vom Wahlsieg der NSDAP bis zum 13. August . . . . .	141
5. Auf der Suche nach einer neuen Koalition . . . . .	145

6. Die Wahlniederlage vom 6. November 1932 . . . . .	154
7. Konflikt und Resignation . . . . .	162
VI. Nach Straßers Rücktritt . . . . .	178
1. Änderung der Parteiorganisation . . . . .	178
2. Die Erschütterung in der NSDAP . . . . .	181
3. Straßer nach seinem Ausscheiden aus der ROL . . . . .	190
Anhang (Dokumente und Tafeln) . . . . .	196
Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .	211
Verzeichnis der Abkürzungen . . . . .	216
Personenregister . . . . .	217

## I. Vorbemerkung

Die Demokratie von Weimar, die versuchte, das im Weltkrieg gescheiterte Kaiserreich in einen modernen Staat umzuwandeln, in dem sich die sozialen, ökonomischen und politischen Spannungen der deutschen Gesellschaft auf parlamentarisch-demokratische Weise lösen ließen, endete in der Diktatur Hitlers. Diese Entwicklung der deutschen Geschichte beschäftigt die Forschung seit einigen Jahrzehnten, und trotz der immer mehr anschwellenden Zahl der Veröffentlichungen sind wir bei der Beantwortung der Frage, wie es dazu hatte kommen können, noch durchaus unsicher.

Symptomatisch für diese Unklarheit ist schon die Frage nach dem zeitlichen Ende der Weimarer Republik. Arthur Rosenberg bezeichnet als Ende der Weimarer Republik den Rücktritt der letzten parlamentarischen Reichsregierung, des Kabinetts Müller, am 27. März 1930.<sup>1</sup> Man kann aber auch als Datum den 30. Mai 1932 annehmen, als Brüning stürzte, der letzte Reichskanzler, der wenigstens keine parlamentarische Mehrheit gegen sich hatte, oder den 30. Januar 1933, als Hitler in das Reichskanzleramt einzog. Ferner bietet sich der 28. Februar 1933 an, an dem die Verordnung zum Schutze von Volk und Staat die Grundrechte außer Kraft setzte und damit den politischen Terror legalisierte, oder der 14. Juli 1933, an dem Parteien neben der NSDAP verboten wurden, oder schließlich der 2. August 1934, an dem mit dem Tode Hindenburgs der letzte Präsident der Weimarer Republik und damit auch die letzte noch an Weimar erinnernde Autorität neben der Diktatur Hitlers ausschied.<sup>2</sup>

Üblicherweise wird mit dem Datum des 30. Januar 1933, dem Tage der „Machtergreifung“, als dem Ende der Weimarer Republik und Beginn des „Dritten Reiches“ gearbeitet. Doch der Begriff „Machtergreifung“ suggeriert in diesem Zusammenhang ein falsches Bild, spiegelt er doch vor, Hitler habe an diesem Tage die Macht eines bis dahin existierenden demokratischen Staates ergriffen. In Wirklichkeit hatte der demokratisch-parlamentarische Staat kaum noch eine Macht, die ihm abgenommen werden konnte, ja er war überhaupt kaum noch existent.

Die demokratischen Parteien und Kräfte hatten die Macht über eine staatliche Institution nach der anderen verloren, ja sie hatten sie, wie im Heer, in weiten Teilen der Bürokratie und speziell in der Justiz, eigentlich nie besessen. Bereits 1925 war mit der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten ein Warnsignal für die parlamentarische Demokratie gesetzt worden. Der Reichspräsident hatte in der damaligen Ver-

---

<sup>1</sup> Arthur Rosenberg, Die Weimarer Republik, Frankfurt 1955, S. 197, 211.

<sup>2</sup> Helmut Heiber, Die Republik von Weimar, in: Deutsche Geschichte seit dem ersten Weltkrieg, Bd. I, Stuttgart 1971, S. 13.

fassung die Stellung eines „Ersatzkaisers“ zumindest für Staatsnotstände.<sup>3</sup> Vor allem besaß er das Recht zur Ausrufung des Belagerungszustandes, wobei er selbst als Oberbefehlshaber durch die Reichswehr die Exekutive ausüben konnte, ferner das Recht zur Berufung und Entlassung von Kanzler und Ministern, das Auflösungsrecht über das Parlament und schließlich mittels des Paragraphen 48 das Notverordnungsrecht.<sup>4</sup>

Ebert, von einem echten Demokratieverständnis durchdrungen, hatte gerade diese Machtfülle des Präsidenten im Putschjahr 1923 erfolgreich zugunsten der jungen Republik eingesetzt. Ganz anders lag der Fall bei Hindenburg. Als Sproß des ostelbischen Junkertums und letzter Generalstabschef des kaiserlichen Heeres stand er einer pluralistischen Demokratie mit Unverständnis gegenüber. Seine durch preußische Offizierstradition bedingte Auffassung von Ehre und Treue ließen ihn zwar an seinem Eid auf die Weimarer Verfassung niemals wankend werden, so daß er in den Jahren bis 1930, als Regierung und Parlament noch funktionstüchtig waren, der Republik sogar kraft seiner persönlichen Autorität etwas vom Glanz des alten Reiches verleihen konnte. Als aber mit dem Rücktritt der letzten parlamentarischen Regierung Müller die deutsche Staatskrise im Gefolge der internationalen Wirtschaftskrise akut wurde, lagen die als Schutz der Republik gedachten Vollmachten in den Händen eines alternden monarchistischen Generals, dem Wesen und Geist der parlamentarischen Demokratie fremd waren; noch in den Denkgewohnheiten des wilhelminischen Obrigkeitsstaates verhaftet, konnte es ihm daher nicht möglich sein, die ihm gegebene Macht im Sinne eines Rettungsauftrages für die Republik zu verstehen und zu gebrauchen.

Mit dem Scheitern der Regierung Müller begann aber auch die Agonie der wichtigsten demokratischen Instanz, des Parlaments. Indem es sich seines wichtigsten Rechtes, der Bestätigung und auch des Sturzes einer Regierung, begab, warf es die Verfassungswirklichkeit des Reiches wieder auf jene Stufe vor dem 28. Oktober 1918 zurück, an dem durch Verfassungsänderung die parlamentarische Verantwortlichkeit der Reichsregierung eingeführt worden war. Die persönliche Lauterkeit Brünnings und seine geschickte Pflege des Kontakts zu den Parteien erleichterten dem Parlament den Rückzug aus der Verantwortung und entbanden die Parteien damit vom Zwang zum politischen Kompromiß, der für das Leben einer Demokratie in einer pluralistischen Gesellschaft unentbehrlich ist. Seit den Wahlen vom 31. Juli 1932 hatten die radikalen Flügelparteien, die NSDAP und die KPD, sogar zusammen die absolute Mehrheit, was die Rückkehr zur parlamentarischen Regierung nun tatsächlich unmöglich machte. Auch die Basis der Länderregierungen, vor allem die der preußischen Regierung, schwand, da die Landtagswahlen des Jahres 1932 ähnliche Verhältnisse ergaben wie im Reich; etliche Regierungen waren nur noch geschäftsführend, da sich die neuen Landtage auf keine neuen Mehrheiten mehr hatten einigen können. Die Legislative und auch die Kontrolle der Exekutive verlagerten

---

<sup>3</sup> Theodor Eschenburg, *Die Improvisierte Demokratie*, München 1963, S. 53, 59.

<sup>4</sup> Ernst Forsthoff, *Deutsche Verfassungsgeschichte der Neuzeit*, Stuttgart 1967, S. 172f.

sich nach der Entmachtung des Parlaments in den Raum zwischen Kanzler und Reichspräsident, wo sie sich mit der Exekutive zu einem teildiktatorischen Regime faschistischer Prägung verbanden.<sup>5</sup> Den entscheidenden politischen Einfluß konnte nun eine kleine Personengruppe um den Reichspräsidenten ausüben,<sup>6</sup> in der ebenso antidemokratische wie antiliberalen Emotionen, Vorstellungen und Interessen dominierten.

Der breiten Masse der Bevölkerung kam diese Entwicklung entgegen. Die bürgerliche Mitte dachte noch in den obrigkeitsstaatlichen Kategorien des alten Reiches und suchte nun, nach dem ihres Erachtens durch die Weltwirtschaftskrise bestätigten Scheitern des Parlamentarismus, so schnell wie möglich aus der demokratischen Verantwortung entlassen zu werden. Die Sehnsucht nach dem „starken Mann“, der wieder für „Ordnung“ sorgen sollte, stieg ständig an.<sup>7</sup> Daher richteten sich die Blicke auf den „Ersatzkaiser“ Hindenburg, von dem der Bürger erwartete, daß er endlich den richtigen „starken Mann“ einsetzen werde.

Die politischen Kräfte und Gruppierungen mußten in dieser Konstellation, wie sie sich vor allem ab Sommer 1932 endgültig herausgearbeitet hatte, vor allem nach direkter oder indirekter Einflußnahme auf den Reichspräsidenten und seine Umgebung trachten. Ob Reichswehr oder Gewerkschaften, ob ostelbische Großagrarier oder Mächtige der Industrie, ob Stahlhelm oder Parteien, wesentlich für ihr politisches Gewicht und die Effektivität ihres Handelns war die Güte des Drahtes zum Reichspräsidentenpalais. In dieser Beziehung war die Ausgangsposition der NSDAP und ihres Führers Adolf Hitler zunächst schlecht, verfügte er doch über keine eigenen Verbindungen zu Hindenburg. Vielmehr schien es, als lehne der Reichspräsident den „böhmischen Gefreiten“ grundsätzlich ab. Andererseits waren die Nationalsozialisten in allen Überlegungen des Führungskreises um den Reichspräsidenten gegenwärtig. Schon seit der Regierung Brüning kreisten dort die innenpolitischen Überlegungen und Aktivitäten um die Frage, wie man die Machtbasis nach „rechts“ verbreitern könne, was seit den Wahlerfolgen der NSDAP vom 14. 9. 1930 und erst recht vom 31. Juli 1932 auf die Frage hinauslief, wie man die „nationalen Ideale“ und das „wundervolle Menschenmaterial“ der NS-Bewegung zur Neuformung des deutschen Reiches und zur Stärkung seiner Wehrfähigkeit heranziehen könne.<sup>8</sup> So kam es doch bald zu Kontakten auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichen Gruppen der NSDAP. Verbindungen der Reichswehr mit Röhm's SA sind offenkundig,<sup>9</sup> und auf der Ebene der gesellschaftlichen Salons etwa wurden Fäden

---

<sup>5</sup> Eschenburg, a. a. O., S. 69.

<sup>6</sup> Eschenburg, Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik. Hindenburg, Brüning, Groener, Schleicher, in: Die Improvisierte Demokratie, S. 235 ff.

<sup>7</sup> Heiber, a. a. O., S. 170.

<sup>8</sup> Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 375 ff. H. R. Berndorff, General zwischen Ost und West, Hamburg o. J. S. 152 ff. BA, Militärarchiv Freiburg, Nachlaß Schleicher.

<sup>9</sup> „Kurzorientierung des Ministeramtes“ vom 25. 6. 32, F 41, IfZ; Brief Bormanns an Hess vom 5. 10. 32, NS 26/319, BA.

über den Kronprinzen oder auch Göring geknüpft.<sup>10</sup> Die Reichsorganisationsleitung unter Gregor Straßer schaltete sich ebenfalls ein und nahm bereits im Herbst 1930 Kontakte zu Reichskanzler Brüning auf,<sup>11</sup> der damals noch der Vertraute des Reichspräsidenten war und den die NS-Presse gleichzeitig schärfstens angriff.<sup>12</sup> Solche Fühler einzelner Gruppen der NSDAP wurden zwar grundsätzlich mit Wissen Hitlers ausgestreckt, aber durchweg ohne untereinander abgestimmt oder auch nur bekannt zu sein. Darin wird ein Mangel an politisch-taktischer Konzeption Hitlers deutlich, der ihn beinahe noch um seinen persönlichen Sieg hätte bringen können. Spätestens seit Sommer 1932 vor den Toren der Macht eines Staates stehend, der nur noch formal von seiner Verfassung gestützt wurde und den zu überrumpeln nicht allzu schwierig sein konnte, wie es Papan bei seinem „Preußen-Schlag“ vom 20. Juli 1932 gezeigt hatte,<sup>13</sup> hatte er offenbar noch immer keine Marschroute, die ihn an dem Veto des Reichspräsidenten gegen den „böhmischen Gefreiten“ hätte vorbeibringen können. Nach den von ihm selbst und auch von der Öffentlichkeit als Niederlagen gewerteten Unterredungen mit Hindenburg vom 13. August und 21. November 1932 zog er sich sogar gekränkt in einen Schmollwinkel zurück und beschränkte sich aufs Warten. Dieses Verhalten, das bei der auf Aktivität drängenden und Erfolg erwartenden Basis der Partei, vor allem bei der SA, auf Unverständnis stieß, mußte Hitlers Erfolgsmythos erschüttern und damit auch zu einer Krise der Partei führen.<sup>14</sup>

Die innerparteiliche Krise von 1932 wird zwar in allen Veröffentlichungen über jene Zeit erwähnt, bleibt in der historischen Darstellung aber unklar und wird im allgemeinen sogar nur anekdotenhaft behandelt.<sup>15</sup> Soweit überhaupt eine Erklärung ihrer Überwindung versucht wird, die schließlich die Voraussetzung für die Machtergreifung war, wird meist auf den Wahlerfolg in Lippe-Detmold vom 16. Januar 1933 hingewiesen oder einfach in die Trickkiste der Persönlichkeitsgeschichte gegriffen und der „charismatische Führer“ herausgeholt, der kraft seiner Persönlichkeit die Macht übernimmt.<sup>16</sup>

Die innere Krise der NSDAP steht aber in immanentem Zusammenhang mit den sich überstürzenden innenpolitischen Ereignissen des Jahres 1932, mit Erfolg und Niederlage bei den Präsidentenwahlen des Frühjahres, mit dem Wahlerfolg vom Juli

<sup>10</sup> Schleicher-Nachlaß S. 310ff. BA; Wagener Tagebuch, S. 667ff., ED 60, IfZ.

<sup>11</sup> Heinrich Brüning, a. a. O., S. 191 ff.

<sup>12</sup> VB; Angriffe gegen die Brüning-Regierung sind hier fast täglich zu finden; vgl. besonders die Ausgaben 1., 10., 11. Okt. 1930.

<sup>13</sup> Heiber, a. a. O., S. 197.

<sup>14</sup> Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP, Düsseldorf 1972, S. 360ff.

<sup>15</sup> In den wissenschaftlichen Veröffentlichungen macht die einzige Ausnahme Wolfgang Horn, a. a. O., S. 330ff. Hier wird zum ersten Male für das Gebiet der Parteiorganisation die Bedeutung und Macht Gregor Straßers im Jahre 1932 erkannt und auch auf die für Hitler gefährliche Verquickung mit einer gleichzeitig in der Partei entstehenden Krisis des Führergedankens hingewiesen.

<sup>16</sup> Z. B. Joachim C. Fest, Hitler, Frankfurt 1973, S. 494.

und den anschließenden Mißerfolgen bei dem Griff nach der Regierungsgewalt, mit dem Rückgang der Wählerstimmen im November, den Finanzschwierigkeiten der Partei und den fehlenden offiziellen Verbindungen zur Kamarilla um den Reichspräsidenten. Eine Untersuchung dieser Parteikrise kann daher gleichzeitig ein Licht auf die etwas verworrenen letzten Monate der Weimarer Republik unter ihren beiden letzten Kanzlern, v. Papen und v. Schleicher, werfen.

Die NSDAP, die einer auf Hitler fixierten Betrachtungsweise leicht als einheitlicher Block erscheint, zerfiel in Wirklichkeit in eine Vielzahl konkurrierender Gruppen und Organisationen. Die Erforschung der inneren Struktur des Hitlerreiches hat das deutlich gemacht.<sup>17</sup> In den Jahren vor der Machtergreifung sind die Gruppierungen, die es in der damaligen politischen Hauptorganisation (PO) und in der Sturmabteilung (SA) gab, allerdings nur schwer erkennbar, zumal sie bei der verschwommenen Ideologie der Gesamtbewegung laufend ihre Grenzen veränderten. Da damals die Politik im Bewußtsein der Bevölkerung stark personalisiert war und bei der NSDAP überdies auf allen Ebenen der Partei das Führerprinzip galt, ist es methodisch am leichtesten und auch sachlich vertretbar, die Entwicklung und Bedeutung solcher Gruppen an ihrer Führungsperson aufzuzeigen. Und die damaligen Fraktionen der NS-Bewegung haben sich alle an einer derartigen Führungsfigur orientiert, wie ein Blick auf die wichtigsten, nach Struktur, Einfluß und Größe höchst unterschiedlichen Gruppen zeigt. Folgende Kreise sind zu nennen: eine Straßer-Gruppe, die landläufig als die NS-Linke bezeichnet wird; Göring, dessen Rückhalt in der Parteiorganisation gering war, der aber großen Einfluß auf Hitler hatte, dem er gewisse konservative Salons in Berlin öffnete; der Himmler-Kreis mit seiner noch kleinen SS und seinen ersten Beziehungen zur Industrie; Alfred Rosenberg, dessen Kreis sich später im Amt Rosenberg manifestierte; und schließlich auch noch der mächtige SA-Chef Röhm.

Für die innere und zeitweilig krisenhafte Entwicklung der NSDAP im Jahre 1932 und für die damit zusammenhängenden Ereignisse der deutschen Innenpolitik, insbesondere die Ablösung der Regierung Papen durch die Regierung Schleicher am 2. Dezember 1932, ist die Frage nach Einfluß, Ideen und Planungen der Gruppe um den Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer wohl am wichtigsten. Im folgenden wird daher versucht, die Person Gregor Straßer darzustellen, seine Bedeutung, seine Zielvorstellungen wie seine Handlungsweisen zu analysieren und dadurch Einsichten in die Schlußphase deutscher Innenpolitik vor der Machtergreifung Hitlers zu gewinnen. Dabei wird weniger der Gregor Straßer behandelt, der in der Geschichte des Großgaues Ruhr und des „Bamberger Programms“ von 1925/26 oder im „Kampfverlag“ in Berlin bis 1930 eine wichtige Rolle in der Frühgeschichte der NSDAP gespielt hat,<sup>18</sup> sondern vor allem der Reichsorganisationsleiter der NSDAP

<sup>17</sup> Martin Broszat, *Der Staat Hitlers*, in: *Deutsche Geschichte seit dem ersten Weltkrieg*, Stuttgart 1971, Bd. I, S. 613 ff.; Reinhard Bollmus, *Das Amt Rosenberg und seine Gegner*, Stuttgart 1970, S. 236 ff.

<sup>18</sup> Reinhard Kühnl, *Die nationalsozialistische Linke 1925–30*, Meisenheim 1966; Max H. Kele, *Nazis and Workers*, Chapel Hill 1972.

in den Jahren 1931 und 1932, der üblicherweise als „linker“ Nationalsozialist bezeichnet wird, was sich aus einer unreflektierten Bewertung seiner Verbindung mit dem 1930 endenden „Kampfverlag“-Kreis ergab. In diesen Kreis, der unter der Führung seines Bruders Otto Straßer stand und einen kleinbürgerlichen, revolutionären Antikapitalismus vertrat,<sup>19</sup> läßt er sich, wie später zu zeigen sein wird, allerdings nur bedingt einordnen.

Zunächst wird der Parteiorganisator beschrieben, wobei auch die Frage nach seinem innerparteilichen Anhang und seiner daraus resultierenden Macht zu stellen war. Neben Funktionstüchtigkeit und Schlagkraft der Parteiorganisation spielten aber im Krisenjahr 1932 die für Anhänger- und Wählerschaft bestimmten Aussagen zur Wirtschaftslage eine entscheidende Rolle für die Wahlerfolge der NSDAP. Diese Aussagen zur Wirtschaftspolitik verdichteten sich im Laufe des Jahres 1932 zu einem Programm. Mit Herkunft, Inhalt und Bedeutung dieses von Straßer vorgelegten und als parteiverbindlich erklärten Wirtschaftsprogramms wird sich daher ein zweiter Teil der Untersuchung beschäftigen. Schließlich mußten noch Straßers Versuche behandelt werden, seine und der NSDAP Machtstellung innerhalb des Parteiensystems in staatliche Macht umzusetzen. Hier stehen seine Verbindungen zu anderen Machtgruppen, wie z. B. Reichswehr, Gewerkschaften und Zentrum, im Mittelpunkt, ferner seine taktischen Rezepte, mit denen er zur Macht zu kommen hoffte und die schließlich den Ausschlag für sein Zerwürfnis mit Hitler gaben.

---

<sup>19</sup> Kühnl, a. a. O., S. 86f.

## II. Gregor Straßer bis zum Jahre 1925

### 1. Das Elternhaus

Gregor Straßer entstammt einer bayerischen Bauernfamilie aus dem Chiemgau. Vater Peter Straßer trat als Beamter in den königlich-bayerischen Staatsdienst ein und versah seinen Dienst als Kanzleirat loyal an den Amtsgerichten in Windsheim und Deggendorf.<sup>1</sup> Am 11. August 1891 heiratete er die aus Dinkelsbühl stammende Pauline Strobel.<sup>2</sup> In Geisenfeld bei Plattenhofen an der Ilm wurde am 31. Mai 1892 Gregor als ältestes von 5 Kindern geboren. Drei Jahre später folgte am 21. März 1895 in Windsheim Paul Straßer, der, als Leutnant aus dem Ersten Weltkrieg zurückgekehrt, in den Benediktinerorden eintrat und am 8. April 1923 die Priesterweihe empfing. Am 10. September 1897 wurde Otto Straßer in Windsheim geboren, der die politische Laufbahn Gregors einige Jahre begleitete. Die einzige Tochter Olga und der Nachkömmling Toni spielten politisch keine Rolle.

Im elterlichen Hause wurde, vom Vater gefördert, der sich privat für Geschichte und Nationalökonomie interessierte, viel gelesen und diskutiert, wobei sich der Vater mit seinen ältesten drei Söhnen vor allem auch politischen Themen zuwandte. Vater Straßer trat selbst mit einigen kurzen politisch-kritischen Schriften an die Öffentlichkeit. Dies geschah allerdings unter Pseudonym, wie es damals für seine Beamtenstellung einzig möglich war. Die wichtigste dieser Schriften erschien 1912 unter dem Namen Paul Wegr. und dem Titel „Das neue Wesen“.<sup>3</sup> Die christlich begründeten sozialrevolutionären Ideen, die Vater Straßer darin entwickelte, etwa Vergesellschaftung des Bodens auf kommunaler Ebene und staatliche Lenkung und Kontrolle der Industrie, haben zweifellos die politische Atmosphäre des Elternhauses bestimmt und wohl auch die beiden Söhne Gregor und Otto bereits stark vorgeprägt.<sup>4</sup> Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges am 1. August 1914 meldeten sich Gregor

---

<sup>1</sup> Pater Bernhard Straßer, Gregor und Otto Straßer, München 1954, S. 3; Ulrich Wörtz, Programmatik und Führerprinzip, das Problem des Straßerkreises in der NSDAP, Diss. Erlangen/Nürnberg 1966, S. 36.

<sup>2</sup> Michael Geismaier (Otto Straßer), Gregor Straßer, Leipzig 1932, S. 7f. – Auskunft Fr. Olga Höfler, geb. Straßer, vom 18. 12. 1971.

<sup>3</sup> Paul Wegr. (Pseudonym für Peter Straßer), Das neue Wesen, Kempten 1912. Vgl. Wörtz, a. a. O., S. 35 und Anm. 142. Zur Ergänzung der Auskunft der Universitätsbibliothek Tübingen, daß diese Schrift bibliographisch nicht mehr zu ermitteln ist, muß darauf hingewiesen werden, daß sich noch ein Exemplar im Besitz der Familie Straßer befindet. – P. Bernhard Straßer, Gregor und Otto Straßer, München 1954, S. 3; Otto Straßer, Hitler und ich, Buenos Aires 1940, S. 11. (Hier wird der Titel allerdings mit „Der neue Weg“ angegeben.)

<sup>4</sup> Unter anderem wurde von Vater Peter Straßer die zeitkritische Wochenzeitschrift Maximilian Hardens „Die Zukunft“ regelmäßig gelesen und kommentiert; P. Bernhard Straßer, a. a. O., S. 3.

und Otto sofort als Kriegsfreiwillige, während Paul erst im März 1915 folgte. Gregor trat in das 1. Bayerische Fuß-Art. Regt. ein, mit dem er an der Westfront kämpfte. 1918 wurde er als Oberleutnant d. R. mit EK I und dem Bayerischen Militär-Verdienst-Orden entlassen.<sup>5</sup> Er nahm jetzt sein Studium der Pharmazie wieder auf, das er bereits 1914 an der Universität München begonnen hatte. Ende 1919 legte er sein Staatsexamen mit der Note „Sehr gut“ in Erlangen ab.<sup>6</sup> Nach einer kurzen Volontärzeit in Traunstein übernahm er Anfang 1920 eine Medizinaldrogerie im niederbayerischen Landshut, wo er sich nun nach der Eheschließung mit Else Vollmuth niederließ. Am 7. Dezember 1920 wurde die Familie durch die Geburt der Zwillinge Günter und Helmut vervollständigt.<sup>7</sup> Alles deutete auf das ruhige, gesicherte und beschauliche Leben eines kleinbürgerlichen Honoratioren einer deutschen Kleinstadt hin.<sup>8</sup>

Hier wird ein großer Unterschied zur persönlichen, sozialen und ökonomischen Lage der meisten anderen führenden Mitglieder der späteren NSDAP deutlich. Während viele aus dem Kriege zurückgekehrt waren, ohne eine bürgerliche Berufsausbildung zu haben, oder aber krisenanfällige bzw. Abhängigkeit mit sich bringende Berufe ausübten, wie z. B. die überproportional vertretenen Lehrer, die sich später bei aktiver Mitarbeit in der NS-Bewegung vor die vielfach auch vollzogene Drohung der Entlassung gestellt sahen, hatte Gregor Straßer nicht nur Hochschul-ausbildung, sondern er war selbständig und daher unabhängig, als Inhaber gerade einer Medizinaldrogerie auch noch weitgehend gesichert gegen krisenhafte Wirtschaftsentwicklungen.

Jedoch war er bereits im Frühjahr 1919 politisch aktiv geworden. Als sich nach der Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner (USPD) am 21. Februar 1919 die Lage in München zuspitzte, bildete sich ein bayerisches Freikorps unter der Führung des Obersten Ritter von Epp, das zusammen mit Reichswehrtruppen im Mai 1919 in München einmarschierte und die dortige Räteherrschaft blutig beendete. Dem Freikorps Epp gehörten auch die Brüder Gregor und Otto Straßer an, die beide ihr Studium unterbrochen hatten, um an dieser „nationalen“ Aufgabe teilzunehmen.<sup>9</sup> Offensichtlich unter dem Eindruck der Begegnung mit dem Freikorpsgeist beteiligte sich Gregor Straßer bald darauf an der Gründung eines „Nationalverbandes deutscher Soldaten“. Aus diesem Verband, der anderswo kaum über die Anfangszeiten hinwegkam, entstand in Landshut und Umgebung das von Gregor Straßer geführte „Sturmataillon Niederbayern“, auch „Sturmataillon Landshut“ genannt.<sup>10</sup>

Dieser paramilitärische Verband, der auf dem Höhepunkt um 1920/21 etwa 2000

---

<sup>5</sup> Geismaier, a. a. O., S. 11.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 14.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 15.

<sup>8</sup> O. Straßer, Hitler und ich, S. 11 f.

<sup>9</sup> P. Bernhard Straßer, a. a. O., S. 4. O. Straßer: Hitler und ich, S. 19.

<sup>10</sup> P. Bernhard Straßer, a. a. O., S. 4 f.; O. Straßer, Hitler und ich, S. 14; O. Straßer, Mein Kampf, Frankfurt a. M. 1969, S. 15.

Mann umfaßte und mit Geschützen, Maschinengewehren und Gewehren samt der dazugehörigen Munition ausgerüstet war,<sup>11</sup> brachte ihn in Kontakt mit dem Schirmherrn aller nationalen Wehrverbände, dem General Ludendorff. So kam es wohl zu jenem Treffen zwischen Ludendorff, Adolf Hitler und Gregor Straßer in dessen Wohnung in Landshut, an dem auch Otto Straßer, der zufälligerweise Ferien bei seinen Eltern in Deggendorf machte, auf Einladung seines Bruders teilnahm.<sup>12</sup> Die Unterredung, in der sich nach dem Bericht Otto Straßers bereits die späteren Differenzen der Brüder mit Hitler abzeichneten, endete offensichtlich damit, daß Gregor sich mit dem Kern seines Sturmbataillons der Hitlerbewegung anschloß.<sup>13</sup> Laut Otto Straßer wurde sein Bruder jetzt zum Gauleiter von Niederbayern und damit zum ersten regionalen Führer außerhalb Münchens ernannt.<sup>14</sup> Es muß sich hier aber um einen Irrtum handeln, da einerseits die Ortsgruppe Rosenheim älter war als diejenige von Landshut und andererseits im Völkischen Beobachter vom 9. Mai 1923 Gregor Straßer als Führer der SA von Landshut bezeichnet wurde, nicht aber als Gauleiter. Daß er allerdings wohl der mächtigste Mann der Bewegung in Niederbayern war, da er ja eine eigene geschlossene Formation mitgebracht hatte, zeigte sich bei der Landshuter Standartenweihe vom 11. März 1923, als die SA von Regensburg, Passau, Freising, Deggendorf, Vilshofen, Vilsbiburg und Landshut zu einer „Brigade Landshut“ zusammengefaßt und Gregor Straßer zum „Führer der Sturmabteilung Niederbayern“ ernannt wurde.<sup>15</sup> Zweimal hatte er Gelegenheit, sich als Organisator der niederbayerischen SA auszuzeichnen. Beim ersten Mal trat er mit der größten auswärtigen Formation der SA bei der Gegendemonstration der nationalen Verbände am 1. Mai 1923 auf dem Münchner Oberwiesenfeld auf,<sup>16</sup> beim

---

<sup>11</sup> Auskunft Otto Straßer vom 10. 4. 1971.

<sup>12</sup> Dieses Treffen Ludendorff, Hitler, Gregor und Otto Straßer ist leider nur durch das nachträgliche Zeugnis Otto Straßers belegt. Es findet sich in keinem bisher gesichteten Archivmaterial oder Zeitungsbericht ein Hinweis darauf. Auch die beiden aus dem Jahre 1932 stammenden Kurzbiographien Gregor Straßers von Diebow und Michael Geismaier erwähnen diese Zusammenkunft nicht. (Unter dem Pseudonym Michael Geismaier verbirgt sich Otto Straßer. Er konnte damals diese Episode nicht berichten, um seine Anonymität nicht zu lüften. Auskunft Otto Straßer vom 10. 4. 1971.) Otto Straßer verlegt dieses Treffen auf den Herbst 1920, beschreibt aber, daß Gregor Hitler schon kannte. Da nach Diebow und Heiden sowie Zeitungsberichten aus 1932 (DAZ, 10. 12. 32, S. 3, und „Angriff“, 2. 6. 32) er Hitler aber erst bei dessen Reden Anfang 1921 kennengelernt hat, müßte man jenes Treffen in Landshut wohl auf das Frühjahr 1921 verlegen. – Siehe auch Wörtz a. a. O., S. 26 f., und Anm. 145 ff.

<sup>13</sup> Otto Straßer berichtet, daß sich damals, als die Aufgabe der Organisation über eine rein örtliche Heimwehr hinauszugehen begann, sich vor allem die seßhaften Bauern aus Zeitgründen zurückgezogen hätten, während deren Söhne und andere mobilere Mitglieder, etwa die Hälfte des Sturmbataillons (d. h. etwa knapp 1000 Mann), sich mit Gregor Straßer der Hitler-Bewegung angeschlossen hätten; Auskunft Otto Straßer vom 10. 4. 1971.

<sup>14</sup> Otto Straßer, Hitler und ich, S. 14.

<sup>15</sup> VB, 22. März 1923. Siehe auch Wörtz, a. a. O., S. 37.

<sup>16</sup> Otto Straßer, Hitler und ich, S. 33 ff.

zweiten Mal kam er als einziger Führer einer auswärtigen Formation in der Nacht vor dem 9. November 1923 rechtzeitig zum Hitler-Putsch nach München.

In dieser Frühphase der NSDAP gelangte Gregor Straßer noch nicht über die Stellung eines Provinzmatadors hinaus. Mit der Münchner Parteileitung hatte er nichts zu tun. Er wurde von dort gerufen, wie am 1. Mai und 9. November 1923, er kam, erledigte seine ihm zugeteilte Aufgabe und zog wieder nach Landshut zurück. Trotzdem hatte er sich durch seinen starken Einfluß in Landshut und der niederbayerischen Provinz eine Position geschaffen, die jetzt, nach dem Verfall der Partei und dem Ausscheiden des am 10. November 1923 verhafteten Hitler, zum politischen Sprungbrett wurde.

## 2. Erste Auftritte auf größerer politischer Bühne

Als Apotheker und Leutnant d. R. gehörte Gregor Straßer zu den Honoratioren von Landshut. Durch sein gewinnendes und freundliches Wesen, besonders auch gegen Angestellte und Untergebene, hatte er sich darüber hinaus ein besonderes Maß an Beliebtheit bei der Bevölkerung erworben.<sup>17</sup> Außerdem hob ihn in den Augen seiner Mitbürger heraus, daß er Landshut einen Hauch der großen Ereignisse in der bayerischen Landeshauptstadt München vermittelt hatte. Zunächst am Freikorps v. Epp und am Sturz der Münchner Räteherrschaft beteiligt, hatte er dann in Landshut und Umgebung das „Sturmbataillon Landshut“ gegründet, wodurch wiederum Ludendorff und Hitler auf ihn aufmerksam geworden waren. Der Besuch des berühmten Feldherrn und des damals in Bayern gerade bekannt werdenden jungen Hitler bei Straßer schmeichelte allen national gesinnten Bürgern Landshuts, was auf Straßers Ansehen nicht ohne Wirkung blieb. Als das „Sturmbataillon Landshut“ in den sich überstürzenden Ereignissen des Jahres 1923 nicht nur von Ludendorff und Hitler beachtet, sondern nach München zu Hilfe gerufen wurde, hob dies das Selbstwertgefühl der niederbayerischen Bevölkerung ungemein. Diese Bedeutung Landshuts für die bayerische und in der weiteren Erwartung auch deutsche Erneuerung, wie es von den kleinstädtischen Bürgern gesehen wurde, war allein Gregor Straßer, seinem Organisationstalent und seinen Verbindungen zu verdanken. Doch am 9. November 1923, als die nationale Bewegung im sogenannten Hitlerputsch zusammenbrach, lieferte Straßer in den Augen der Niederbayern sein Bravourstück. Der Stolz über die Leistung der niederbayerischen Einheiten am 9. November ist noch aus den alten Berichten herauszuhören. Straßer und seine Einheiten hatten die Aufgabe erhalten, am Putschtag die strategisch wichtige Wittelsbacher Brücke zu sichern. Dies hatten Straßer und seine Niederbayern voll erfüllt. Er hatte die Stellung sogar noch nach dem Fehlschlag des Marsches zur Feldherrnhalle gehalten und seine Position erst aufgegeben, als er sichere Nachricht von der Niederlage Hitlers

---

<sup>17</sup> Auskunft Frau Heilmeier vom 8. 12. 1971. Frau Heilmeier war ab Juni 1923 bis 1929 Hausangestellte bei Gregor Straßer, zunächst in Landshut, später in München.

und Ludendorffs hatte. Anstatt dann aber zu fliehen, wie die anderen Anführer, Hitler eingeschlossen, war er bei seinen Leuten geblieben und hatte sie in voller militärischer Ordnung nach Landshut zurückgebracht, sie abgemustert und dann nach Hause geschickt. Er selbst hatte in aller Ruhe zu Hause auf seine Verhaftung gewartet.<sup>18</sup>

Dieser Stimmung in Niederbayern und besonders in Landshut war es zu verdanken, daß Gregor Straßer, obgleich in Untersuchungshaft sitzend, auf der Wahlliste des „Völkischen Blocks“, einer Nachfolgeorganisation der verbotenen NSDAP, bei den bayerischen Landtagswahlen vom 6. April/4. Mai 1924 kandidierte und auch in den bayerischen Landtag gewählt wurde. Sofort aus der Haft entlassen, genoß er nun als Abgeordneter persönliche Immunität und hatte darüber hinaus, was bei den beschränkten Finanzmitteln der völkischen Bewegung ebenfalls wichtig war, eine Freifahrkarte für die Eisenbahn innerhalb Bayerns. Die Fraktion des Völkischen Blocks, die auf Anhieb zur zweitstärksten im bayerischen Landtag wurde,<sup>19</sup> wählte ihn jetzt zu ihrem Vorsitzenden.

So war er plötzlich zu einem der wichtigsten Männer des völkischen Lagers geworden. Bei allen Einigungsbemühungen im Jahre 1924, in dem Hitler durch seine Festungshaft ausgeschaltet war, erwies sich innerhalb der nationalen Rechten Straßer, Vorsitzender der stärksten völkischen Parlamentsfraktion in Deutschland, als unumgehbare Größe. Er stand neben Ludendorff und v. Graefe, dem bisherigen Vorsitzenden der Deutsch-völkischen Freiheitspartei, die vor allem im mittel- und norddeutschen Raum vertreten war, als Dritter in einem Triumvirat, das mit der Nationalsozialistischen Freiheitspartei einen Versuch zur Einigung des gesamten völkischen Lagers unternahm. Den Höhepunkt dieses Versuches bildete der „Einigungsparteitag von Weimar“ vom 15. bis 17. August 1924, auf dem Straßer neben den bekannten nationalen Größen Ludendorff und v. Graefe gleichberechtigt präsiidierte. Bei den zweiten Reichstagswahlen des Jahres 1924 kandidierte er auf der Reichsliste und wurde am 7. Dezember 1924 in den Reichstag gewählt. Gleichzeitig legte er sein bayerisches Landtagsmandat nieder. Nachfolger als Fraktionsvorsitzender wurde dort sein Freund Rudolf Buttman. Straßer hatte die „größere Fahrkarte“ gewählt.

<sup>18</sup> BA, NS 26/1370.

<sup>19</sup> Wahlergebnis der bayerischen Landtagswahlen 1924:

	Bayern 6. 4. 24	Pfalz 4. 5. 24	zusammen	Mandate
BVP	919587	61104	980691	46
Völkischer Block	491862	15683	507545	23
SPD	433821	80778	514619	23
Bayr. Bauern- u. Mittelstandspartei	207422		207422	10
KPD	203017	42641	245658	9
Ver. Nat. Rechte	197509	80589	278287	11
Deutscher Block	73818	20968	94786	2
Splittergruppen				4

Das Jahr 1924 hatte also die große Veränderung gebracht. Bis zum 9. November 1923 war Straßer nur ein außerhalb seines Heimatkreises unbekannter Provinzhauptling, der allerdings mit dem „Sturmbataillon Landshut“ über eine eigene Truppe innerhalb der Partei verfügte und der außerdem auch noch durch seinen Beruf und sein Geschäft unabhängig von der Parteiführung in München war. Jetzt kam jedoch ein Reichstagsmandat hinzu, das er ohne Hitler erworben hatte und das auch seine finanzielle Basis weiter stärkte. Bei der Neugründung der NSDAP im Februar 1925 genoß er bereits hohes Ansehen in völkischen Kreisen, ferner profitierte er von seinen Erfahrungen aus den Einigungsversuchen und aus der parlamentarischen Arbeit des Jahres 1924. Zwei Wahlkämpfe, an denen er als Kandidat beteiligt war, der bayerische Landtagswahlkampf vom April/Mai und der Reichstagswahlkampf vom Dezember 1924, hatten ihn ebenso wie der Parteitag von Weimar an der Spitze der nationalen Bewegung gesehen und ihn außerhalb Bayerns bekannt gemacht, wobei die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit so bekannten Namen wie Ludendorff, v. Graefe und v. Reventlow für ihn im völkischen Lager die beste Empfehlung war. Er hatte Übung in parlamentarischer Arbeit gewonnen, vor allem auch die Erfahrung eines Fraktionsvorsitzenden, die in der alten NSDAP vor dem 9. November 1923 niemand besessen hatte. Als einziger der ehemaligen bayerischen NSDAP-Funktionäre hatte er bei dem freilich nicht sehr erfolgreichen Versuch zur Bildung einer reichsweiten nationalsozialistischen Partei Erfahrungen in einer Parteiorganisation auf Reichsebene gewonnen, bei der zweifellos andere Probleme auftraten als bei einer lokalen Partei, wie sie die im wesentlichen auf München beschränkte alte NSDAP gewesen war, die sich nur durch den unorganischen Anschluß einzelner, meist ohne äußeren Anstoß entstandener Ortsgruppen des bayerischen Raumes vergrößert hatte. Bei diesen Organisationsversuchen des Jahres 1924, die zahlreiche Reisen und Konferenzen in Norddeutschland mit sich brachten, hatte er außerdem andere Vorstellungen als sie in Bayern herrschten, kennengelernt. Die Vorstellungs- und Erwartungswelt der völkischen Gruppen war in Nord und Süd nicht völlig identisch. Während sich die Völkischen im vorwiegend protestantischen Norden mehr am Mythos der unbestechlichen preußischen Bürokratie und am Mythos der selbstlosen preußischen Armee orientierten, die von charismatischen, dem Staate dienenden Führern gelenkt werden sollten, wobei als Vorbilder Friedrich der Große, Wilhelm I. oder Bismarck galten und in den Mythos auch ein vager patriarchalischer Sozialismus aus der preußischen Tradition einfloß, trugen im katholischen Süddeutschland die völkischen Anschauungen neben den antisemitischen vor allem auch antiurbane und antiindustrielle Züge.<sup>20</sup> Obwohl selbst urwüchsiger Bayer, konnte sich Straßer mit jener norddeutsch-preußischen Ideenwelt mühelos identifizieren, erkannte er doch hier die Gedanken seines Elternhauses wieder. Sein Vater hatte sich schon immer mit den sozialen Aspekten der Industrialisierung beschäftigt und war auch ein Verehrer Bismarcks und Wilhelms I. gewesen. Grundlage seiner

---

<sup>20</sup> Dietrich Orlow, *The Conversion of Myths into Political Power: The Case of the Nazi Party 1925/6*, in: *Am. Hist. Review.* 72 (1967), S. 907.

politischen Meinung war die Zeitschrift „Die Zukunft“ von Maximilian Harden gewesen, der seit 1890 als scharfer Kritiker Wilhelms II. aufgetreten war, die Verhältnisse in Deutschland angegriffen und die Forderung nach Rückkehr zu den preußischen Idealen der Bismarck-Ära erhoben hatte.<sup>21</sup>

In dieser Zeit deutete sich noch eine andere Eigenschaft Gregor Straßers an, die in den Jahren 1931 und 1932 zur vollen politischen Bedeutung kommen sollte. Für ihn gab es keine organisatorische oder auch ideologische Ausschließlichkeit. Er war bereit, für eine Erneuerung Deutschlands in seinem Sinne mit allen kooperationswilligen und vernünftigen<sup>22</sup> Gruppen und Einzelpersonen des völkischen Lagers zusammenzuarbeiten. Er, den man später als „linken“ Nationalsozialisten bezeichnete, war durchaus und offensichtlich ehrlich bereit, mit dem konservativen Kreis um v. Graefe zusammenzuwirken. Auch die Art der Parteiführung im Rahmen eines gleichberechtigten Triumvirats, mit der er einverstanden war, hatte wenig gemein mit dem Ausschließlichkeitsanspruch eines Hitler. Er wollte mit allen dazu bereiten Kräften und im Prinzip ohne Ansehen der Person sein Ziel, das er anlässlich der Fahnenweihe vom 11. März 1923 in Landshut zum ersten Male öffentlich formuliert hatte, erreichen: den „idealen Nationalismus und sozialen Patriotismus auf den Schild (zu) erheben“.<sup>23</sup>

Trotz der gewonnenen Reichstags- und Landtagsmandate hatte das Jahr 1924 jedoch mit der anders offenbar nicht zu überwindenden Zersplitterung des völkischen Lagers die Notwendigkeit eines „Führers“ dokumentiert und dadurch Hitlers erneuten Anspruch auf die unumschränkte Herrschaft über die NS-Bewegung begründet. So konnte Hitler nach seiner vorzeitigen Entlassung am 20. Dezember 1924 mit einiger Ruhe den Neuaufbau der NSDAP beginnen. Zunächst sicherte er sich am 4. Januar 1925 in einer Unterredung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Held (BVP) durch ein Legalitätsversprechen die Genehmigung zur Wiederbegründung der NSDAP,<sup>24</sup> die dann nach weiteren Vorbereitungen auf einer gut besuchten Veranstaltung am 27. Februar 1925 im „Münchner Bürgerbräukeller“ tatsächlich erfolgte.

Gregor Straßer hat, obwohl er aufgrund der Stellung, die er sich im völkischen Lager geschaffen hatte, zu einem überaus wichtigen Sonderfall für Hitler geworden sein mußte, an der Gründungsversammlung der Partei, zu der Max Amann im Auftrage Hitlers aufgerufen hatte,<sup>25</sup> weder teilgenommen, noch wurde er dort als Angehöriger des Führungskreises erwähnt. Von den bekannten Größen waren neben Hitler

---

<sup>21</sup> B. Uwe Weller, Maximilian Harden und die Zukunft, Bremen 1970; Pater Bernhard Straßer, a. a. O., S. 3; Auskunft Otto Straßer vom 10. 4. 1971.

<sup>22</sup> Männer wie Herrmann Esser und Julius Streicher, die in einer rechtsanarchistischen Ideenwelt verhaftet und auch wegen ihrer persönlichen Querelen und Streitereien lästig waren, wurden von Straßer als nicht zur Mitarbeit würdig und daher für jede Partei unerwünscht angesehen.

<sup>23</sup> VB, 22. 3. 23; vgl. Wörtz, a. a. O., S. 37 f.

<sup>24</sup> Albrecht Tyrell, Führer befiehl ..., Düsseldorf 1969, S. 88 f.

<sup>25</sup> VB, 26. Februar 1925.

selbst, Max Amann, Esser, Streicher, Dinter, Buttmann, Frick und Feder anwesend. Buttmann, der eng mit Gregor Straßer befreundet war,<sup>26</sup> zögerte zunächst offensichtlich,<sup>27</sup> willigte dann aber in die Versöhnungsszene ein, die vor den 4000 im Bürgerbräukeller Anwesenden wie bestellt abließ, in dem Buttmann und Dinter, Esser und Frick, Streicher und Feder auf der Tribüne öffentlich ihren alten Hader begruben und Hitler die Treue schwuren.<sup>28</sup>

Unklar schien zunächst noch Straßers Stellung zu sein. Der Zeitgenosse Konrad Heiden glaubte, daß er erst im März 1925 zu Hitler gestoßen sei,<sup>29</sup> was allerdings mit Sicherheit unrichtig ist. In den meisten zeitgenössischen und späteren Publikationen geistert eine Absprache zwischen Hitler und Straßer herum, derzufolge beide ihre Aufgabengebiete in der Form geteilt hätten, daß Hitler Bayern und Süddeutschland organisieren, Straßer hingegen für Nord- und Westdeutschland zuständig sein sollte.<sup>30</sup> Da ein Abkommen dieses Inhaltes in keiner Originalquelle erwähnt wird, sondern erst in der Literatur der 30er Jahre auftaucht, ist es wohl der teilweise wild wuchernden Straßerlegende zuzuweisen. Erklären mag sich die Legende aus der in den ersten Jahren tatsächlich praktizierten Arbeitsteilung zwischen Hitler und Straßer, die aber auf rein pragmatischen Gegebenheiten beruhte. Erstens war Straßer als Reichstagsabgeordneter häufig in Berlin, dann besaß er als solcher einen für die finanzschwache Partei überaus wichtigen Freifahrtschein für die Reichsbahn und außerdem Immunität, was ihm Bewegungsfreiheit und als Agitator auch in solchen Ländern größere Möglichkeiten gab, die eine strengere Kontrolle über politische Tätigkeiten ausübten als Bayern. Zudem war Hitler das öffentliche Auftreten durch Einreise- und Redeverbote in den meisten Ländern Nord- und Westdeutschlands bis etwa 1928 unmöglich gemacht worden.<sup>31</sup>

Eine bestimmte Vereinbarung muß jedoch existiert haben. Am 21./22. Februar 1925 leitete Straßer eine Konferenz in Hamm mit nord- und westdeutschen Führern nationalsozialistischer Gruppierungen, der am 22. März 1925 eine zweite in Harburg bei Hamburg folgte. Bereits am 22. Februar in Hamm, also fünf Tage vor der eigentlichen Parteigründung in München, sprach er im Einverständnis mit Hitler, das er auf Nachfrage dokumentierte, indem er den Versammelten eine von Hitler

---

<sup>26</sup> Die schon damals bestehende enge Freundschaft geht klar aus den Tagebüchern hervor, die sich noch im Familienbesitz befinden. Kurt G. W. Luedecke, *I knew Hitler*, New York 1937, S. 229.

<sup>27</sup> Konrad Heiden, *Hitler*, Zürich 1937, S. 197 f.

<sup>28</sup> Ebenda, S. 199 f.; Wörtz, a. a. O., S. 63 f.

<sup>29</sup> Heiden, a. a. O., S. 202.

<sup>30</sup> Peter Hüttenberger, *Die Gauleiter*, Stuttgart 1969, S. 11.

<sup>31</sup> Redeverbote bestanden in folgenden wichtigen Ländern:

Bayern	9. 3. 1925–	5. 3. 1927
Baden	4. 1925–22.	4. 1927
Preußen	25. 9. 1925–29.	9. 1928
Hamburg	8. 10. 1925–23.	3. 1927
Anhalt	30. 10. 1925–	11. 1928
Sachsen	2. 1926–	1. 1927

unterzeichnete Vollmacht zeigte, selbständig Versammlungen abhalten und Anordnungen treffen zu dürfen.<sup>32</sup> Straßer benutzte die Konferenz, um „geeignete“ örtliche Führer als Gauleiter einer Partei zu ernennen, die es offiziell noch gar nicht gab. „Geeignet“ bedeutete für ihn damals freilich nur die Anerkennung örtlich bestehender Machtverhältnisse und die Anschlußerklärung an die in München noch zu gründende NSDAP Hitlers.<sup>33</sup> Jene Vereinbarung mit Hitler muß also bereits vor dem 21. Februar 1925 getroffen worden sein. Zu vermuten ist, daß dies kurz nach der am 12. Februar 1925 vollzogenen Auflösung der Reichsführerschaft der NSFrP (Ludendorff, v. Graefe und Straßer) erfolgte.<sup>34</sup> Anhand eines von Straßer selbst verfaßten Tätigkeitsberichts über das Jahr 1925 lassen sich über die Daten im Zusammenhang mit der Partei-Neugründung noch weitere interessante Beobachtungen anstellen.<sup>35</sup> Am 12. Februar 1925 hielt Straßer in Landshut eine öffentliche Versammlung ab. Die nächste Eintragung datiert vom 17. Februar; an diesem Tage redete er auf einer Veranstaltung in München und könnte eine entsprechende Aussprache mit Hitler gehabt haben. Bereits am 20. Februar sprach er in Vilsbiburg, von wo aus er nach Hamm weiterreiste und dort am 21./22. Februar bereits die schriftliche Vollmacht Hitlers vorweisen konnte. Am 23. Februar hielt er eine weitere Versammlung in Siegen ab, am 25. Februar eine in Essen. Zwei Tage später sollte die Partei in München neu gegründet werden. Natürlich wußte das auch Straßer, und so fuhr er von Essen nach München zurück. Während er aber auf der Gründungsversammlung nicht erschien und sich von Buttmann vertreten ließ, hielt er gleichzeitig in Straubing eine eigene öffentliche Versammlung ab. Daß man in der NSDAP Gregor Straßer, obwohl er abwesend war, zu den Wiederbegründern der Partei am 27. Februar 1925 zählte, läßt auch die Mitgliedsnummer 9 erkennen, die ihm zugeteilt wurde. Diese Formalität gewinnt an Bedeutung, wenn an die geradezu mystische Bedeutung der niedrigen Parteinumern gedacht wird, wie sie im – in den Personalakten erhaltenen – Schriftwechsel der Parteigenossen mit der Reichsleitung und auch in den Verhandlungsakten des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses zutage tritt.<sup>36</sup> Man kann also sagen, daß, überspitzt ausgedrückt, die Neugründung der NSDAP zweimal erfolgte. Einmal auf der Gründerversammlung vom 27. Februar 1925, die der vereinsrechtlichen Gründung vom 24. Februar unmittelbar folgte, nachdem die

---

<sup>32</sup> Auskunft Florian vom 27. 11. 71. Florian, der spätere Gauleiter von Düsseldorf, gibt an, daß er selbst Straßer nach der Vollmacht gefragt habe, die dieser darauf aus der Tasche gezogen und herumzeigt habe. Brief Grohe an Amann, 2. 3. 25, Sammlung Schumacher BA, 203; Wörtz, a. a. O., S. 74; Hüttenberger, a. a. O., S. 11, 15f., 20f.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 20f.

<sup>34</sup> Zur Auflösung der Reichsführerschaft vom 12. 2. 25 vgl. Alan Bullock, Hitler. Eine Studie über Tyrannei, S. 108. Wie Hüttenberger auf das Datum vom 2. 2. 25 kommt, ist mangels Literaturangabe unklar; Hüttenberger, a. a. O., S. 11.

<sup>35</sup> Bericht Straßers über seine Versammlungen im Jahre 1925, Sammlung Schumacher 382, BA.

<sup>36</sup> Solche Kämpfe um niedrige Parteinumern sind in einer Vielzahl der Personalakten der alten Pgg im Berliner Document Center (BDC) zu finden.

Partei am 16. Februar in Bayern wieder zugelassen worden war. Hier formierte sich die Partei praktisch wieder im alten regionalen bayerisch-Münchener Rahmen aus den Hitler noch treuen Resten von 1923. Zum anderen war sie bereits zwischen dem 12. und 20. Februar 1925, vermutlich um den 17. Februar, in einer Absprache zwischen Hitler und Straßer, die offenbar unter vier Augen erfolgte, in neuer Dimension auf Reichsebene gegründet worden. Von dieser Absprache ist leider nur bekannt, daß in Hamm und Harburg die erwähnte Hitler-Vollmacht vorgelegen hat. Begünstigt wurde der frühe Zeitpunkt der „Gründung“ auf Reichsebene wohl durch reine Nützlichkeitsabwägungen – so war Straßer vielleicht zufällig so früh in München und die Konferenz in Hamm vermutlich bereits länger festgelegt, so daß diese Gelegenheit beim Schopfe ergriffen werden mußte – und durch die bereits am 7. Januar 1925 erfolgte Aufhebung des NSDAP-Verbots in Preußen. Dadurch entstand für Hitler die Gefahr, daß die Partei im Norden, vielleicht in Berlin, neugegründet wurde, und zwar noch vor seiner Münchner Gründung.<sup>37</sup> Jedenfalls hat die „Doppelgründung“ noch lange eine unterschiedliche Organisationsstruktur der Partei im bayerischen Raum und im übrigen Reich bewirkt.

### 3. Grundlagen der Straßer-Ideologie

Für die Aufgabe des Parteaufbaus auf Reichsebene brachte Gregor Straßer, wie schon gesagt, Voraussetzungen mit, wie sonst niemand in der Münchner Zentrale. Daneben besaß er jedoch auch eigene Ideen, die er durch den Aufbau der NSDAP und mit der Durchführung nationalsozialistischer Politik zu verwirklichen hoffte. Er gehörte der Frontkämpfergeneration an, die ihre wesentlichen Eindrücke im Weltkrieg erfahren hatte. Aus dem Erlebnis des Schützengrabendaseins, in dem alle sozialen Spannungen und Unterschiede getilgt zu sein schienen, entwickelte sich die Idee eines besonderen „deutschen Sozialismus“,<sup>38</sup> der auf den Traditionen des Kulturpessimismus aus der Zeit des wilhelminischen Reiches fußte, in denen vornehmlich die bürgerliche Jugend im Zuge des allgemeinen Unbehagens an der Zivilisation eines technisch-industriellen Zeitalters gelebt hatte. Politischer Stein des Anstoßes war das Gepränge und Gehabe des Wilhelminismus.<sup>39</sup> Im „Wunder des Augusts 1914“ erlebte diese Generation die endlich gefundene nationale Einheit. Das Gefühl des Aufeinanderangewiesenseins, wie es in den gemeinsam durchkämpften Materialschlachten entstand, erschien ihnen als die Verwirklichung der erhofften „orga-

---

<sup>37</sup> So soll z. B. Gregor Straßer kurzzeitig selbst an die Gründung der Partei unter seiner eigenen Führung gedacht haben. Weigand von Miltenberg (Herbert Blank), Adolf Hitler – Wilhelm III, Berlin 1931, S. 53.

<sup>38</sup> Heide Gerstenberger, Konservatismus in der Weimarer Republik, in: Kaltenbrunner, Rekonstruktion des Konservatismus, Freiburg 1972, S. 331–348, hier S. 340.

<sup>39</sup> Orlow, a. a. O., S. 908; Fritz Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologien in Deutschland, Bern/Stuttgart 1963.

nischen“ Volksgemeinschaft. Wie etwa Ernst Jünger war nahezu eine ganze Generation fasziniert vom Rausch dieser Eindrücke.<sup>40</sup>

In der so erlebten Kriegsgesellschaft schienen sich die sozialen und gesellschaftlichen Widersprüche Deutschlands in der völkischen Einheit aufgelöst zu haben. Auf der Grundlage dieser nationalen Einheit hatte die staatlich gelenkte Kriegswirtschaft enorme Erfolge erzielt. Die sozialen und ökonomischen Probleme des industriellen Kapitalismus schienen überwunden. Aus dem „Geist des August 1914“ und dem Erleben des Krieges wurde in der Synthese mit älteren völkisch-nationalen Traditionen die Idee eines „Deutschen Sozialismus“ geboren,<sup>41</sup> der mit einer „konservativen Revolution“ einen Neuanfang deutscher Geschichte erzwingen zu können glaubte. Die Rückerinnerung bis in die germanische Vorgeschichte sollte sowohl Legitimation als auch Modelle für diesen besonderen deutschen Weg liefern. Im höheren Rang und in einer dominierenden Stellung der germanischen Rasse einerseits und in einer Ständeorganisation andererseits wurde die Antwort auf die Frage nach der Umsetzung des Kriegserlebnisses in politische Organisation gesehen. Moeller van den Bruck formulierte: ständischer Sozialismus bedeute „Statik durch Organisation als Selbstschutz des Volkes“.<sup>42</sup>

Auch für die Brüder Gregor und Otto Straßer wurde das Kriegserlebnis in diesem Sinne prägend.<sup>43</sup> Sein Schlüsselerlebnis, das ihn auf den Weg des „Deutschen Sozialismus“ gebracht habe, schilderte Gregor Straßer 1928 folgendermaßen: „Mir war es ein tiefes Erlebnis, als beim vaterländischen Unterricht im Felde einer meiner Kanoniere mich fragte: Was heißt das, Vaterland? Das ist doch das Land, das meinem Vater gehört und einst mir gehören wird, das mir Arbeitsmöglichkeit gibt und mich ernährt, so wie ich dieses Land nun auch schon drei Jahre verteidige. Aber weder mein Vater hat je ein Stück Land gehabt, noch ich, und all unser Arbeitswille hat uns nie davor beschützt, wochen- und monatelang brotlos zu sein und unser ganzes Leben lang in steter Sorge zu schweben, ob wir am anderen Tage noch Arbeit haben werden. Ich weiß wirklich nicht, warum ich für ein solches Land meine Gesundheit und vielleicht mein Leben opfern soll.“<sup>44</sup> Straßer antwortete auf diese Fragen des ungenannten Kanoniers: „Irrglaube ist es, Irrglaube, um dessentwillen Deutschland den Krieg verlor, um dessentwillen jede nationale Arbeit erfolglos bleiben muß, Irrglaube ist es zu meinen, daß ein 60-Millionen-Volk des rationalen 20. Jahrhunderts allein durch die Hochgefühle der Ehre, der Vaterlandsliebe und des nationalen Stolzes dazu gebracht werden könnten, die unendlichen Opfer zu bringen, die ein nationaler Befreiungskampf kostet, – wenn nicht diese Nation ein einheitliches,

---

<sup>40</sup> Ernst Jünger, *Der Arbeiter*, Hamburg 1932.

<sup>41</sup> Graf Ernst zu Reventlow, *Deutscher Sozialismus*, Weimar 1930; Hans Hecker, *Die Tat und ihr Osteuropa-Bild 1909–1939*, Köln 1974, S. 140.

<sup>42</sup> Arthur Moeller van den Bruck, *Sozialistische Außenpolitik*, in: Hans Schwarz (Hrsg.), *Sozialismus und Außenpolitik*, Breslau 1933, S. 110.

<sup>43</sup> Vgl. VB, 21. 12. 27, abgedruckt bei Tyrell, a. a. O., S. 281 ff.

<sup>44</sup> Gregor Straßer, *Freiheit und Brot*, Berlin o. J. (1928), zitiert nach Geismaier, a. a. O., S. 25.

gleichduldendes, gleichberechtigtes, gleichgesegnetes Ganzes wird, wenn nicht der Staat dieser Nation die Verkörperung völkischen Willens, wenn nicht die Wirtschaft dieser Nation die Verkörperung der sozialen Gerechtigkeit ist.“ Bei scharfer Abgrenzung zum „jüdisch-internationalen“ Liberalismus und Marxismus wandte er sich gegen die restaurativen, feudalistischen Strukturen, die das ökonomische und gesellschaftliche System der wilhelminischen Epoche bestimmt hatten und 1918/19 nicht verschwunden waren. Im subjektiv sicherlich aufrichtigen Gefühl politischer Verantwortung gegenüber der gesamten deutschen Bevölkerung wollte er vor allem die Arbeiterschaft wirtschaftlich und auch sozial in eine organische, ständisch gegliederte Gesellschaft einbeziehen. Er sah im „sozialen Kampf der deutschen Arbeiterschaft“ den „Befreiungskampf der deutschen Nation“. Der deutsche Sozialismus sei „die Voraussetzung ... für die nationale Freiheit Deutschlands“, und diese nationale Freiheit sei wiederum der Weg zur sozialen Befreiung des Arbeiters als auch ihr eigentliches Ziel.<sup>45</sup>

In einer Reichstagsdebatte über den Locarno-Vertrag machte Straßer seinen ideologischen Standpunkt am 24. November 1925 deutlich. Nach dem Vorbild der nationalen Kriegswirtschaft forderte er die Unterordnung der Wirtschaft unter den Nationalstaat: „Wir Nationalsozialisten aber wollen die wirtschaftliche Revolution, die Nationalisierung der Wirtschaft, und in dieser nationalen Wirtschaft ist der deutsche Arbeitnehmer nicht nur Lohnempfänger, Arbeitssklave, sondern Mitbesitzer, Mitarbeiter, Mitbeherrscher. Diese Wirtschaft ist das Eigentum seiner Familie, seiner Sippe, seiner Nation. Diese Wirtschaft ist seine eigene Wirtschaft, und ihr Gewinn ist sein Gewinn, ihr Stolz sein Stolz, ihre Ehre seine Ehre.“<sup>46</sup> Er erklärte, daß „eine schicksalhafte kausale Verbundenheit besteht zwischen der Befreiung unseres Volkes und der Befreiung der deutschen Arbeiterschaft, dem einzigen Problem, um dessentwillen man Opfer fordern darf. Wir haben erkannt, daß das Wirtschaftssystem des Kapitalismus mit seiner Ausbeutung des wirtschaftlich Schwachen, mit seinem Diebstahl an der Arbeitskraft des Arbeitnehmers, mit seiner Wertung des Menschen lediglich nach Besitz und Geld, durch eine gerechte kollektivistische Wirtschaftsordnung ersetzt werden muß, durch einen deutschen Sozialismus, der sich nicht zum Henkersknecht des internationalen Kapitals macht.“ Er rief auf, zur eigentlich sozialistischen Grundidee zurückzukehren, „jener urgermanischen Idee des gemeinsamen Besitzes des gesamten Stammes an den Produktionsmitteln, an dem Boden, in der der Einzelne nur Lehnsträger im Auftrage der Gesamtheit ist.“<sup>47</sup> Außenpolitisch widersetzte er sich dem Eintritt in den Völkerbund, da dies bedeute, „daß es der Politik des englischen Imperialismus und jenes amerikanisch-jüdischen Kapitalismus, der sich in Wallstreet konzentrierte, gelungen ist, Deutschland in den Dienst des Westens gegen den Osten zu spannen. Durch diese Entscheidung zerreißen wir, mag man das noch so kaschieren und überzuckern, letzten Endes doch die

---

<sup>45</sup> Ebenda, S. 27.

<sup>46</sup> Verhandlungen des Reichstages, Bd. 388, S. 4560 D.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 4560 A + B.

Beziehungen zum Osten, und der deutsch-russische Handelsvertrag . . . wird in Wirklichkeit durch den Vertrag von Locarno sabotiert und aufgehoben.“ Im Hinblick auf die geforderte politische Öffnung Deutschlands nach Osten zog er zwar einen grundsätzlichen ideologischen Trennungsstrich zwischen dem Nationalsozialismus und der „marxistischen Sowjetrepublik“, doch glaubte er, daß dieser Gegensatz „bei entsprechend selbstbewußtem Auftreten an Bedeutung verliert und dem Vorwärtsschreiten der Zeit und der Dinge unterworfen ist.“ Schon jetzt sei zu sehen, daß „die Interessen beider Länder und die Interessen aller unterdrückten Nationen für die nächste Zeit insofern gleichlaufend sind, als es gilt, dem Völkerbund, dem Bund der Siegerstaaten, einen Bund der unterdrückten Völker entgegenzustellen, aller jener Völker, denen die Zerschlagung des Vertrages von Versailles primärste Aufgabe ist“. Für Deutschland sah er aber noch eine zweite Aufgabe im Osten, die sowohl politischer, als auch wirtschaftlicher und kultureller Natur war. „Wir haben von dem längst zu festen Formen erstarrten, verkalkten kapitalistischen Westen nichts zu erwarten. Keine Möglichkeit harrt dort unser. Aber der noch im Fluß befindliche Osten harrt der Formung, an der das germanische Deutschtum seit Jahrhunderten tätigen Anteil hat. Im Osten liegen unsere politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, die durch unseren Beitritt zum Völkerbund, durch unseren Anschluß an das Westsystem . . . aufs schärfste gefährdet, wenn nicht völlig vernichtet werden.“<sup>48</sup> Er wandte sich folgerichtig gegen alle Erfüllungspolitiker, seien sie nun Mitglieder des „Reichsverbandes der deutschen Industrie“ oder der „Sozialdemokratie“. Ein Eingehen auf den Locarno-Vertrag bedeute „das Ende jeder Möglichkeit der sozialen Befreiung des deutschen Volkes, das Ende eines sozialistischen Deutschland, das Grab jeder Sehnsucht und Hoffnung der deutschen Arbeitnehmerschaft.“

Zum Schluß bekannte er: „Wir pfeifen auf alle nationalen Phrasen, die leere Worte bleiben, wenn sie die soziale Tat der Befreiung der deutschen Arbeitnehmerschaft durchführen. Wir wollen keine almosenhafte Sozialpolitik. Wir wollen an Stelle des ausbeuterischen kapitalistischen Wirtschaftssystems einen wahrhaften deutschen Sozialismus – . . . getragen vom gläubigen opferfähigen, urdeutschen Gemeinschaftsgefühl, Gemeinschaftswillen und Gemeinschaftssinn. . . . Wir wollen die soziale Revolution, um zur nationalen Revolution zu kommen, und wir wollen die nationale Revolution, um die soziale zu erhalten.“<sup>49</sup>

Sowohl gesellschafts- als auch wirtschafts- und außenpolitisch wurden hier deutliche Unterschiede zwischen Straßer und Hitler sichtbar. Hitler, soweit er sich überhaupt für wirtschaftliche Zusammenhänge interessierte, hatte keine staatlich gelenkte Nationalwirtschaft unter Beteiligung der Arbeitnehmer im Sinne, vielmehr lag ihm an einem Ausgleich mit jenem konservativen Deutschland wilhelminischer Prägung, wie es in dem sowohl ökonomischen und politischen als auch ideologischen Bündnis zwischen „Rittergut und Hochofen“ zustande gekommen war.<sup>50</sup> Ferner setzte Hitler

---

<sup>48</sup> Ebenda, S. 4558 B + C.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 4561 A – 4562 A.

<sup>50</sup> Gerstenberger, a. a. O., S. 338.

auf eine Allianz mit England und Italien, während Straßer Deutschlands Möglichkeiten in einer begrenzten Zusammenarbeit mit Sowjetrußland sah.

Die außenpolitische Divergenz hatte in den nächsten Jahren keine besondere Bedeutung, doch dürfte der innerparteiliche Nachhall der Straßer-Ideen Hitlers außenpolitischen Kurswechsel erleichtert haben, als er im Jahre 1939 den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion abschloß. Zunächst waren die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ideen Straßers wichtiger. Die Nationalisierung der Wirtschaft unter Beteiligung der Arbeitnehmerschaft, wie er sie in der Reichstagsrede vom 24. November 1925 gefordert hatte, sollte in einem ständestaatlichen Modell verwirklicht werden, das er fast gleichzeitig, am 22. November 1925 auf der Hannover-Konferenz der nord- und westdeutschen Gauleiter, in einem Programmentwurf entwickelt hatte.<sup>51</sup> Das Ständestaatsmodell Straßers griff ebenso wie die ähnlichen Ideen etwa des Juni-Clubs um Moeller van den Bruck, der Ring-Bewegung, der Anhängerschaft Othmar Spanns und des „Tat“-Kreises auf die konkreten Erfahrungen der Kriegswirtschaft zurück<sup>52</sup> und belegten dieses Organisationsmodell erst nachträglich mit historischen Vorbildern. Sowohl die Idee des deutschen Sozialismus, als auch die Organisationsform des hierarchischen Ständestaates, die ineinandergreifend zur „organischen Volksgemeinschaft“ führen sollten, waren aus dem Erleben und den Erfahrungen des Weltkrieges geboren. So benutzte auch Straßer militärische Vorbilder für den Aufbau der NSDAP-Organisation; darüberhinaus wollte er gerade hohe Offiziere, möglichst Generäle, für politische Spitzenfunktionen einsetzen.<sup>53</sup> In der ferneren Zukunft sollte sogar allein durch die Schule der Armee die politische Führungselite herangebildet werden.<sup>54</sup> Fragen der Organisation und der Ideologie eines nach militärischem Vorbild gegliederten hierarchisch-ständischen Systems waren für Straßer nur die beiden Seiten derselben Münze. Wenn er neben dem Organisator der NSDAP in ihrer Aufbauphase auch der wichtigste Programmierer der Partei in dieser Zeit wurde, so haben sich beide Aufgaben in seiner Sicht wechselseitig bedingt.<sup>55</sup>

Den ersten programmatischen Entwurf Straßers, der auf den Hannover-Tagungen im Herbst 1925 entstand, schob Hitler auf einer Führertagung am 14. Februar 1926 in Bamberg allerdings beiseite. Straßer verlegte sich jetzt ganz auf die noch in den Anfängen steckende Organisation der Gesamtpartei, ohne die programmatische Seite allerdings je ganz zu vergessen. Erst nachdem er 1932 den Organisationsapparat in seinem Sinne voll aufgebaut hatte und ihn auch kontrollierte, trat er mit einem Wirtschaftsprogramm, an dem er inzwischen ständig mit einer wachsenden Anzahl

---

<sup>51</sup> Reinhard Kühnl, Das Straßer-Programm von 1925/26, in: VfZ 14 (1966), S. 317–333.

<sup>52</sup> Heide Gerstenberger, a. a. O., S. 345.

<sup>53</sup> Wagener-Tagebuch, S. 675, ED 60, IfZ.

<sup>54</sup> Geismaier, a. a. O., S. 87ff. Gregor Straßer, Kampf um Deutschland, München 1932, S. 129ff., bes. S. 134f.

<sup>55</sup> Dienstvorschrift der PO der NSDAP vom 15. Juli 1932, BA, NS D 9/7, S. 14: „Erste Bedingung der Organisation ist, daß sie die Idee am klarsten und einfachsten in sich verkörpert.“

von Beratern weitergearbeitet hatte, an die Öffentlichkeit. Neben den dann aktuellen Fragen der Wirtschaftsankurbelung tauchten hier auch alle wichtigen Punkte des Wirtschaftsteiles des „Bamberger Programms“ wieder auf. Im Unterschied zu 1926 war er jetzt auch in der Lage, dieses Programm parteiverbindlich zu machen, ohne daß Hitler irgendwelche Einwände erhob bzw. erheben konnte.

### III. Aufbau der Parteiorganisation

#### 1. Die Reichspropagandaleitung als Vorstufe der Reichsorganisationsabteilung

Zunächst besaß Gregor Straßer persönliches Ansehen, das er geschickt in Bedeutung und Einfluß umzusetzen verstand, aber kein offizielles Amt in der Reichsleitung der NSDAP. De jure hatte er nur die für seine Person ehrenvolle Parteinummer 9 und jene für Nord- und Westdeutschland geltende persönliche Vollmacht Hitlers. Die Stellung eines Gauleiters von Niederbayern, die natürlich ein Parteiamt war, kann hier außer acht gelassen werden, da sie ihm auf Reichsebene keine Vorteile brachte, sondern ihn eher in seiner Arbeit mit den anderen Gauleitern hätte behindern können, wenn man an das sonst in der Partei vorherrschende Mißtrauen denkt, das Gauleiter ihren Kollegen entgegenbrachten, sobald diese versuchten, Einfluß außerhalb ihres eigenen Gaues zu gewinnen. Im übrigen konnte sich Straßer wegen seiner Arbeit auf Reichsebene auch kaum um seinen eigenen Gau kümmern; dort überließ er die Arbeit seinem Stellvertreter, dem Gaugeschäftsführer Heinrich Himmler. So hielt Straßer, neben seiner Tätigkeit im Reichstag und unzähligen örtlichen Besprechungen und Verhandlungen, im Jahre 1925 allein 91 öffentliche Versammlungen ab<sup>1</sup> – davon acht bereits vor der offiziellen Parteigründung am 27. Februar 1925 – die nahezu über das ganze Reichsgebiet verstreut waren; nur vier fanden in seiner Heimatstadt Landshut statt.

Die ihm zufallende Aufgabe der Parteiorganisation auf Reichsebene versuchte er schon bald zu institutionalisieren. Die Gelegenheit dazu ergab sich, als im Gau Rheinland-Nord, nach dem Sturz des ersten Gauleiters Ripke im Juli 1925, einige junge Leute,<sup>2</sup> der Gaugeschäftsführer Joseph Goebbels, der aus dem Ruhrkampf bekannte Karl Kaufmann, der regionale SA-Führer Viktor Lutze, der Industrielle Paul Schmitz und der Zahnarzt Dr. Helmut Elbrechter, eine Art kollegialer Führung etablierten und ihren Gausitz Elberfeld zum „Mekka des deutschen Sozialismus“ zu machen suchten.<sup>3</sup> Darauf gestützt, begann Gregor Straßer die am 9. Oktober 1925 gebildete „Arbeitsgemeinschaft der nord- und westdeutschen Gaue der NSDAP“ zu entwickeln.<sup>4</sup> Zum Organ der ideologischen Propaganda wurden bald die in Elberfeld erscheinenden NS-Briefe. Als organisatorisches Zentrum fungierte der Großgau Ruhr, der aus dem Zusammenschluß von Rheinland-Nord und Westfalen-Süd entstanden war und von dem Triumvirat Karl Kaufmann, Joseph Goebbels und Franz von Pfeffer geleitet wurde. Wichtigster Berater und Freund Kaufmanns war damals

---

<sup>1</sup> Bericht Straßers über seine Versammlungen im Jahre 1925, Sammlung Schumacher 382, BA.

<sup>2</sup> Hüttenberger, a. a. O., S. 27 ff.

<sup>3</sup> Helmut Heiber, Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925–26, Stuttgart 1962, S. 59.

<sup>4</sup> Gerhard Schildt, Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West. Untersuchung zur Geschichte der NSDAP 1926–26, Diss. Freiburg/Br. 1964; Tyrell, a. a. O., S. 113 ff.

Elbrechter, der im übrigen auch als Verbindungsmann zu Straßer diente, mit dem er offensichtlich bereits auf der Grundlage gegenseitiger Sympathie verkehrte.<sup>5</sup>

Mit der Leitung der nord-westdeutschen AG, die nirgendwo in Satzung oder Führung der Gesamtpartei organisatorisch oder juristisch befestigt war, übernahm Straßer sein erstes – noch halboffizielles – überregionales Parteiamt. Die nord-westdeutsche AG war im Zusammenhang mit jener geheimnisumwitterten Vollmacht Hitlers sicherlich der Hauptgrund dafür, daß Heiden meinte: „ganz andere Ziele verfolgt Gregor Straßer ... Er geht nach Berlin und gründet die Straßer-Bewegung, so muß man diesen Flügel der nationalsozialistischen Partei schon nennen, denn er erkennt zwar Hitler als Führer an, hat aber organisatorisch mit der Münchner Partei fast nichts zu tun.“<sup>6</sup> Die Meinung Heidens, daß im Norden praktisch eine andere Partei gegründet worden sei, ist durch den Einfluß der Straßer-Legende, wie sie von Otto Straßer im Exil verbreitet wurde, noch verstärkt worden, aber in dieser Form sicherlich falsch.<sup>7</sup>

Aus der Zeit seiner Mitarbeit, also bis zum 8. Dezember 1932, liegen keine Quellen vor, die auf Versuche hindeuten, Hitler zu entmachten oder gar die Partei zu spalten. Zwar hat Straßer immer wieder auf die Gesamtrichtung der Partei lenkend und modifizierend einwirken wollen. Aber schon die Gründung der AG durch ihn erfolgte erst nach der Zustimmung Hitlers,<sup>8</sup> und als auf der Hannover-Konferenz der Antrag Goebbels', den „kleinen Bourgeois Adolf Hitler“ aus der NSDAP auszuschließen, beinahe zur offenen Konfrontation mit München geführt hätte, verhinderte Straßer dies im Ansatz.<sup>9</sup> Auch beim Austritt des Kampfverlagkreises am 4. Juli 1930 unter Führung seines Bruders Otto<sup>10</sup> bemühte er sich nur um Vermittlung, dachte aber ebenso wenig an Spaltung der Partei wie beim Stennes-Putsch am 1. April 1931<sup>11</sup> oder bei seinem eigenen Rücktritt am 8. Dezember 1932.

Die Bildung der AG muß aus Straßers Sicht als Versuch der organisatorischen Konsolidierung der in diesen Regionen noch überaus jungen und stark divergierenden NS-Gruppen gesehen werden, wobei er vor allem auch eine ideologisch wie organisatorisch deutliche Abgrenzung gegenüber den anderen völkischen Verbänden durchsetzen wollte. Er hielt durchaus weiter Kontakt zu völkischen Gruppen, insbesondere auch zu Ludendorffs Tannenbergbund, sah er doch sowohl für die

---

<sup>5</sup> Heiber, Goebbels-Tagebuch, S. 19; Brief von Karl Kaufmann an Elbrechter vom 21. 4. 26 (Elbrechter-Nachlaß); Briefgruß vom 27. 1. 26 und Karte vom 26. 3. 26 von G. Straßer an Elbrechter (Elbrechter-Nachlaß). Elbrechter gehörte auch zu den Teilnehmern der Hannover-Konferenzen, BA, NS 1/340.

<sup>6</sup> Heiden, a. a. O., S. 202; siehe auch Heiden, Geschichte des Nationalsozialismus, Berlin 1932, S. 200; Wörtz, a. a. O., Anm. 269.

<sup>7</sup> Otto Straßer, Hitler und ich, S. 80ff.

<sup>8</sup> Statuten der Arbeitsgemeinschaft der Nord- und Westdeutschen Gaue der NSDAP. BA, NS 1–340–319, abgedruckt bei Werner Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution, S. 212f.

<sup>9</sup> Heiber, Goebbels-Tagebuch, S. 56.

<sup>10</sup> Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 292ff.

<sup>11</sup> Heinrich Bennecke, Hitler und die SA, München 1962, S. 164f.

Völkischen als auch für die Nationalsozialisten unterschiedliche Aufgaben. Zwei Dinge dürfe man nicht verwechseln, erklärte er 1925 in einem Brief an Oswald Spengler: „Die völkische Bewegung, einschließlich ihrer sogenannten politischen Willensäußerung (organisatorisch vertreten durch die völkische Freiheitspartei) und die politisch-wirtschaftliche Machtidee eines nationalen Sozialismus! (schlecht und recht – leider mehr das erstere – vertreten durch die nationalsozialistische Arbeiterpartei.) Handelt es sich dort um eine aus tausend Quellen der Unzufriedenheit gespeiste, die primitive Lösung eines Antisemitismus und eines meist ebenso lauten wie ehrlichen Nationalismus für ausreichend haltende Bewegung verständlicher und durchaus selbstverständlicher Reaktionserscheinungen auf Krieg und Revolution – so handelt es sich hier um nichts anderes, als um das bewußte Wollen, die durch Feigheit und Unfähigkeit der Führer ebenso wie durch doktrinäre Beschränktheit der marxistischen Lehre versäumten Ergebnisse einer wahrhaften Revolution nachzuholen! Es handelt sich um nichts anderes als um die Durchführung der sozialen Revolution – aber nicht in einer utopischen Weltrevolution, die zwangsmäßig aussichtslos ist und bleiben muß, da ihre Voraussetzung, die ‚Gleichaltrigkeit‘ der Kultur (und damit der Wirtschaft) nicht gegeben ist, sondern um eine deutsche Revolution durch einen deutschen Sozialismus! Es handelt sich um nichts anderes als um die Erkenntnis, daß diese soziale deutsche Revolution Voraussetzung der Wiedergewinnung außenpolitischer Aktionsfreiheit Deutschlands ist und umgekehrt, diese außenpolitische Freiheit Deutschlands die einzige Sicherung dieses deutschen Sozialismus.“<sup>12</sup>

Trotz solcher Trennungslinien zwischen NSDAP und den übrigen völkischen Gruppen, wie er sie hier zog, gab Straßer schon wenige Wochen später ein für ihn typisches Zeichen des Kooperationswillens. Als sich am 6. September 1925 in Regensburg/Kehlheim einige Wehrverbände und andere völkische Gruppen zum „Tannenbergbund“ zusammenschlossen, war er nicht nur anwesend, sondern hat den Zusammenschluß des völkischen Lagers auch noch ausdrücklich im „Völkischen Beobachter“ begrüßt.<sup>13</sup> Vermutlich stammte aus dieser Zeit seine persönliche Bekanntschaft mit Oberst a. D. Hierl, der damals einer der Hauptorganisatoren des Tannenbergbundes war.<sup>14</sup> Nicht zuletzt muß aber die AG, Vertreterin wichtigster Gruppen der NS-Bewegung außerhalb Bayerns, auch als innerparteiliche Pressure-Group verstanden werden, die jenen Gruppen in der alten Münchner Parteileitung größeren Einfluß gewinnen sollte, wie es Goebbels in seinem Tagebuch andeutet.<sup>15</sup> Obwohl Hitler den von Straßer initiierten Entwurf eines neuen Parteiprogramms,<sup>16</sup> an dem vor allem auch Goebbels und Otto Straßer mitgearbeitet hatten, auf der

---

<sup>12</sup> Brief Straßers an Spengler vom 8. 7. 25, in: Oswald Spengler. Briefe 1913–36, München 1963, S. 397 ff.

<sup>13</sup> VB, 5. 1. 26, abgedruckt bei Tyrell, a. a. O., S. 120 ff.; siehe auch Anm. Nr. 15, S. 121.

<sup>14</sup> Erklärung des Deutschvölkischen Offizierbundes vom 20. 5. 1927, BA, NS 26/1374, und Lebenslauf Hierl, BA, NS 26/1352.

<sup>15</sup> Heiber, Goebbels-Tagebuch, S. 37.

<sup>16</sup> Kühnl, Das Straßer-Programm von 1925–26, S. 317 ff.

Bamberger Konferenz vom 14. Februar 1926 verworfen hatte, wurde Straßer am 16. September 1926 in die Reichsleitung der Partei nach München berufen, wo er Herrmann Esser als Reichspropagandaleiter ablöste. Es ist bemerkenswert, daß der Leiter der innerparteilichen Pressure Group „AG“ genau jenen Mann in wichtiger Stellung ablöste, auf den die meisten Angriffe aus dem Norden gezielt waren, wenn von der Münchner „Sau- und Luderwirtschaft“ die Rede war.<sup>17</sup>

Die Propaganda der NSDAP, für die Straßer nun auf Reichsebene verantwortlich zeichnete, war in dieser frühen Phase einer noch mitgliedschwachen Partei, der auch wenig finanzielle Möglichkeiten offenstanden, vor allem eine Frage der Organisation von Flugblatt-, Zeitungs- und sonstigen Werbeaktionen, die zur dauernden und dadurch Aktivität vorspiegelnden Mitgliederwerbung gebraucht wurden und die besonders vor Wahlen entsprechend verstärkt werden mußten. Die einzelnen Gaue, die damals in der Regel noch keine eigene Presse hatten, konnten das allein kaum schaffen. Auch der Redneraustausch zwang zu organisatorischen Maßnahmen. Zunächst mußte wegen der zu schmalen Parteikasse, über die Reichsschatzmeister Schwarz mit größter Sparsamkeit wachte, auf die wenigen Reichstagsabgeordneten zurückgegriffen werden, die über Freifahrtscheine für die Reichsbahn verfügten. Hitler selbst sah in seinem Rechenschaftsbericht vor der Generalmitgliederversammlung am 23. Mai 1926 hierin den eigentlichen Zweck von Abgeordneten. Als er von dem Mangel an Rednern sprach, sagte er: „Es haben sich in erster Linie unsere Herren Abgeordneten zur Verfügung gestellt ... Wir sind nicht darin [in den Parlamenten], um mit den anderen mitzumachen ... Für uns ist die Fahrkarte des Abgeordneten die Hauptsache. Sie bietet die Möglichkeit, Rezitatoren herumzuschicken, dient also ebenso wie die Diäten ausschließlich der Partei. Die Herren, die uns in den Parlamenten vertreten, fahren z. B. nicht nach Berlin, um dort ihren Stimmzettel abzugeben, sondern reisen mit ihren Fahrkarten ununterbrochen herum im Dienste unserer Bewegung. Dadurch zum großen Teil ist es möglich geworden, daß wir im vergangenen Jahr allein über 2370 Massenversammlungen in Deutschland abhalten konnten.“ Nachdem er bedauert hatte, daß die NSDAP nur vier Reichstagsabgeordnete habe (Feder, Straßer, Frick und Dietrich), gab er seiner Hoffnung Ausdruck, daß bei zukünftigen Wahlen drei bis vier Agitatoren hinzukommen würden.<sup>18</sup> Allerdings zählte die Partei an sich nur wenige geeignete Redner, die daher und auch zur Schonung der Parteifinzen in gut vorbereiteten Rundreisen eingesetzt werden mußten, wie es z. B. Goebbels anschaulich in seinem Tagebuch schildert.<sup>19</sup> So ist es nicht verwunderlich, daß Redneraustausch bereits zu den wichtigsten Punkten in den Statuten der Arbeitsgemeinschaft gehörte.<sup>20</sup> Ein solcher

---

<sup>17</sup> Gregor Straßer über die Aufgaben der AG, 11. Nov. 1925, BA, NS 1/340.

<sup>18</sup> VB, 26. 5. 26; abgedruckt bei Tyrell, a. a. O., S. 130 ff.

<sup>19</sup> Heiber, Goebbels-Tagebuch.

<sup>20</sup> In den Statuten der AG heißt es unter § 2: „Ziel und Zweck der AG ist: Möglichst umfassende Vereinheitlichung der angeschlossenen Gaue in Organisation, Propaganda, Schaffung einheitlicher Propagandamittel, Austausch von Rednern, freundnachbarliche Pflege der persönlichen Beziehungen der Gauleiter untereinander, Gedankenaustausch

Redneraustausch erforderte aber nicht nur die Abstimmung von Reiserouten und Redeterminen, sondern auch die Angleichung der ideologischen Ausrichtung der Gaue. Straßer versuchte das im Nordwesten bereits durch die NS-Briefe zu erreichen,<sup>21</sup> die sich als parteiinternes Diskussionsforum bis 1930 hielten und deren Verbreitungsgebiet bald auch auf Mittel- und Ostdeutschland ausgedehnt wurde. Schon vorher hatte er in größerem Rahmen auf Reichsebene, nach dem Vorbild der „Sozialdemokratischen Monatshefte“, unter Mitwirkung anerkannter Männer der damaligen Geisteswelt, wie z. B. Oswald Spengler, „Nationalsozialistische Monatshefte“ gründen wollen. Über Sinn und Zweck einer solchen Zeitschrift meinte Straßer selbst, angesichts der vielen Probleme, die auf Deutschland lasteten, brauche die Bewegung „eine Prüfstellung“: „Einen Weg hierzu ... sehe ich in der Herausgabe einer politisch-wissenschaftlichen Zeitschrift, die nach Art der sozialistischen Monatshefte und ähnlicher politischer Zeitschriften die Probleme der nationalsozialistischen Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik – unabhängig von jeder offiziellen Beeinflussung beleuchtet und klärt.“<sup>22</sup> Jetzt, nachdem er Reichspropagandaleiter geworden war, verfolgte er das Projekt der „Nationalsozialistischen Monatshefte“ weiter, bis sie 1929 erschienen, allerdings ohne einen freien Mitarbeiter Oswald Spengler. Trotz der Ablehnung Spenglers<sup>23</sup> entwickelte sich aus Straßers Anfrage ein Kontakt zwischen den beiden Männern, der fast zur persönlichen Freundschaft gedieh und bis zu Straßers Ermordung andauerte.<sup>24</sup>

Zusammen mit seinem Landshuter Adjutanten Heinrich Himmler, der nun zum Stellvertreter des frischgebackenen Reichspropagandaleiters aufstieg, baute Straßer sein neues Amt stark aus. Anders als später Joseph Goebbels, haben Straßer und Himmler aber keine modernen psychologischen Formen der Propaganda entwickelt, sondern den Einsatz des vorhandenen Materials (Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften) und vor allem den Einsatz der Redner mit größtmöglicher Effektivität organisiert.<sup>25</sup> Man kann durchaus sagen, daß zumal neben dem farblosen und inaktiven Reichsorganisationsleiter General a. D. Heinemann,<sup>26</sup> die Reichspropagandaleitung in den Jahren 1926 bis 1928 praktisch als Organisationsleitung fungierte und Straßer bereits in dieser frühen Zeit versuchte, die „mehr schlecht als recht“<sup>27</sup> existierende Partei in bessere Form zu bringen. Es ist bezeichnend, daß die Propagandaleitung als

---

über politische und organisatorische Fragen schriftlich und in sich regelmäßig wiederholenden Zusammenkünften, im Bedarfsfalle gemeinsame Stellungnahme zu politischen Tagesfragen.“ BA, NS 1–340–319.

<sup>21</sup> Siehe Programm der AG, § 3 und 4.

<sup>22</sup> Brief Straßers an Spengler, 2. 6. 25, in: Oswald Spengler, Briefe 1913–36, S. 291f.

<sup>23</sup> Spenglers Ablehnung ist leider nicht erhalten geblieben, doch kann man die Gründe leicht aus dem zweiten Brief Straßers vom 8. 7. 25 herauslesen, da hierin auf die Ablehnungsgründe eingegangen wird.

<sup>24</sup> Anton M. Koktanek, Oswald Spengler in seiner Zeit, München 1968, S. 308, 432.

<sup>25</sup> Allgemeine Aktenablage der Reichspropagandaabteilung 1926–30, BA, NS 18/582, 583, 584, 586, 592.

<sup>26</sup> Horn, a. a. O., S. 286.

<sup>27</sup> Siehe Anm. 12.

erstes Führungsamt der Partei eine vertikale Gliederung innerhalb der Organisationsstruktur der NSDAP erhielt. Schon Straßers Vorgänger Herrmann Esser hatte als Reichspropagandaleiter mit Rundschreiben vom 20. März 1926 verfügt, daß alle Gauleitungen und Ortsgruppen Propagandazellen einzurichten hätten, die der Reichsleitung unmittelbar unterstünden.<sup>28</sup> Diese Einrichtung baute Straßer nun, im Geschäftsverkehr durchweg durch den selbständig arbeitenden Himmler vertreten, ständig aus.<sup>29</sup>

Die zunehmende Macht Straßers und der tatsächliche Umfang seines Geschäftsbereichs zeigten sich deutlich in Organisationen und Ablauf der Parteitage von 1926 bis 1929, wobei die Besetzung der Sondertagungen besonders interessant ist. 1926 fand der Reichsparteitag vom 3. bis 4. Juli in Weimar statt.<sup>30</sup> Das Präsidium bestand aus Dinter, Feder und Straßer. Die interessanteste Sonderveranstaltung war die „Sondertagung über Propaganda und Organisation“. Vorsitzender war hier Hitler selbst. Als Berichterstatter traten auf: Hitler, Goebbels, Suchenwirth, Heinemann, Straßer, Grabert, Schulz.<sup>31</sup> Straßer war also sowohl im Präsidium als auch auf dieser Sondertagung nur einer von mehreren. Trotzdem setzte er sich bei den Beratungen über Organisationsfragen stets durch. Alle Anträge wurden von ihm bearbeitet, und im Sitzungsprotokoll ist er bereits als „Vorsitzender der Organisation und Propaganda“ bezeichnet. Auf dem nächsten Parteitag, der vom 19. bis 21. August 1927 in Nürnberg stattfand,<sup>32</sup> präsierte Gregor Straßer bereits alleine, während Feder und Kaufmann nur noch als seine Stellvertreter mitarbeiteten. Entsprechend seiner neuen Stellung als Reichspropagandaleiter hatte er den Vorsitz der Sondertagung für Propaganda, an der als Referenten die Pgg. Hinkler, Brückner und Wagner-Bochum teilnahmen. Daneben wirkte er an der „Sondertagung für Pressefragen (kaufmännischer Teil)“ unter dem Vorsitz von Amann als Referent mit.

1929 in Nürnberg<sup>33</sup> – 1928 hatte kein Reichsparteitag stattgefunden – präsierte Straßer vom 1. bis 4. August dem Delegiertenkongreß. Inzwischen Reichsorganisationsleiter geworden, leitete er auch die Sondertagung für Organisationsfragen,<sup>34</sup> deren Beschlüsse nur noch mit Straßers Zustimmung gefaßt werden konnten. In diesen Beschlüssen spiegeln sich seine wohl schon früh gefaßten Pläne für eine auf vertikale Straffung gerichtete Organisationsreform. Bereits 1926 hatte er sich dem Wunsch der sächsischen NSDAP versagt, unter der Bezeichnung „Landesverband“ weiterzuarbeiten, und durchgesetzt, daß die Bezeichnung „Gau“ definitiv eingeführt

---

<sup>28</sup> Rundschreiben vom 20. 3. 26, Horn, a. a. O., S. 285.

<sup>29</sup> Briefverkehr der Reichspropagandaabteilung mit den Gauleitungen, BA NS 18.

<sup>30</sup> Programm und Inhaltsprotokoll des Reichsparteitages vom 3.–4. Juli 1926 in Weimar. BA, NS 26/389.

<sup>31</sup> Schulz ist nicht identisch mit Straßers späterem Stellvertreter Paul Gustav Schulz.

<sup>32</sup> Unterlagen über den Reichsparteitag vom 19.–21. August 1927 in Nürnberg, BA, NS 26/390.

<sup>33</sup> Unterlagen über den Reichsparteitag vom 1.–4. August 1929, BA, NS 26/391.

<sup>34</sup> Es liegt bisher kein genaueres Material über den Parteitag 1929 und die genaue personelle Zusammensetzung der einzelnen Sondertagungen vor.

wurde. In seiner Begründung hatte er gesagt, daß „in den noch ungeklärten Gebieten Deutschlands“ eine „den Verhältnissen entsprechende Gaueinteilung“ erreicht werden müsse, wobei durchaus eine „Neueinteilung des Reiches, d. h. der Gaeue, nach politischen, wirtschaftlichen und geographischen Gesichtspunkten“ notwendig werden könne. In die gleiche Richtung zielte er, als er, um eine einheitliche Gaustruktur zu erreichen, einen Antrag abblockte, der für die Ortsgruppen einen direkten Geschäftsverkehr mit der Münchner Zentrale forderte. Hingegen begrüßte er „aufs wärmste“ Vorschläge, die der Reichsleitung die Rolle eines „geistigen Generalstabs“ zuweisen wollten. In diesem Sinne sollten alle 2 bis 3 Monate Gautage und mindestens zweimal im Jahr Reichskonferenzen der Gauleiter unter Einschluß aller Abgeordneten abgehalten werden. 1929 unterstützte er einen Antrag, alle Gaugeschäftsstellen von der Reichsleitung übernehmen und mit von ihr bezahlten und angestellten Gaugeschäftsführern besetzen zu lassen. In seiner Stellungnahme erklärte er, daß dies „von der Parteileitung schon längst als Ziel ins Auge gefaßt“ sei und die „Durchführung erfolgen“ werde, sobald die finanziellen Voraussetzungen geschaffen seien. Scharf wandte er sich aber gegen einen Antrag des brandenburgischen stellvertretenden Gauleiters und Gaugeschäftsführers Rudolf Rehm, der für NS-Fraktionen ein grundsätzliches Koalitionsverbot forderte:<sup>35</sup> „Der Antrag wäre analog dem, einem Staate verbieten zu wollen, jemals Bündnispolitik zu betreiben. Bündnispolitik ist in dem Augenblick verheerend, in dem sie zur Aufgabe der eigenen Ziele oder zur Vernachlässigung der eigenen Kraft führt. Es ist unsere Aufgabe, die Kraft der Bewegung mit allen Mitteln zu stärken und alle Wege wahrzunehmen, die sie in den Besitz der politischen Macht führen können.“

Schon in diesen wenigen Antragspunkten der Reichsparteitage von 1926 und 1929 werden Straßers organisatorische Vorstellungen deutlich. Sein erstes Ziel war offenbar eine Vereinheitlichung der Parteistruktur im gesamten Reichsgebiet. Sodann erstrebte er eine Verstärkung der Parteispitze, die mittels regelmäßiger Gauleitertagungen und bezahlter Gaugeschäftsführer zu einer straffen Führung in der Lage sein sollte. Auch hat er bereits damals parlamentarische Koalitionen als Mittel auf dem Wege zur Macht ins Auge gefaßt.

Bei der Verwirklichung der Organisationsziele durch Straßer können deutlich drei Abschnitte unterschieden werden. Die erste Reform galt der Vereinheitlichung der regionalen Parteigliederung, in der zweiten Reformphase wurde der Ausbau der Reichsorganisationsleitung zur eigentlichen Leitungszentrale der Parteiführung vorangetrieben, und in einer dritten Phase sollte die vertikale Gliederung der Befehls- und Lenkungsstruktur durchgesetzt und der Aufbau der Parteiorganisation vorerst abgeschlossen werden.

---

<sup>35</sup> Rudolf Rehm, stellvertr. Gauleiter und Gaugeschäftsführer in Brandenburg, war in der Otto-Straßer-Krise 1930 einer der wenigen prominenten NS-Mitglieder, die sich Otto Straßer anschlossen.

## 2. Parteireform 1928/29

Anfang 1928 näherte sich die Mitgliederzahl der NSDAP, wie an den ausgegebenen Mitgliedsnummern erkennbar, der Zahl 80000.<sup>36</sup> Neben der Propaganda, die auf Mitgliederwerbung und auf Ausdehnung der Partei in die entlegensten Reichsgebiete ausgerichtet war, gewann jetzt die damit zusammenhängende Frage, wie die entstehende Massenbewegung zu organisieren sei, an Bedeutung.<sup>37</sup> Straßer übernahm daher folgerichtig mit Wirkung vom 2. Januar 1928 das Amt des Reichsorganisationsleiters, womit praktisch der bereits bestehende Zustand legalisiert und institutionalisiert wurde.<sup>38</sup> Gleichzeitig gab er die Reichspropagandaleitung ab, ohne daß ein eigentlicher Nachfolger ernannt worden wäre. Formell übernahm Hitler selbst dieses Amt, doch wurde die Arbeit wie bisher von Straßers Gaugeschäftsführer Heinrich Himmler geleistet.<sup>39</sup> Die weitere Entwicklung der Reichspropagandaleitung wird in anderem Zusammenhang wieder auftauchen.<sup>40</sup>

Bevor Straßer jedoch an erste Schritte zu einer Parteireform denken konnte, mußten die anstehenden Reichstagswahlen überstanden werden. Dem neuen Reichsorganisationsleiter, der bislang überdies die Propaganda gelenkt hatte und sie auch jetzt noch über seinen Stellvertreter Himmler maßgeblich beeinflusste, fiel naturgemäß ein Großteil der Verantwortung für den Wahlkampf und das Abschneiden der NSDAP zu. Die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 standen allerdings infolge der Wirtschaftsblüte ganz im Zeichen der Konsolidierung der Weimarer Republik und brachten einen allgemeinen Stimmenverlust der bürgerlichen, vor allem der Rechtsparteien. So ging die DNVP von 20,5% (1924) auf 14,2% zurück, die DVP von 10,1% auf 8,7%, das Zentrum von 17,34% auf 15,2%. Dagegen errang die SPD mit 153 Abgeordneten und 29,8% der Stimmen ihren größten Sieg seit den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920. Wenn also die Tatsache, daß die NSDAP nur 2,6% der abgegebenen Stimmen erhielt und die Fraktion des alten völkischen Blocks durch den Verlust von 2 Sitzen sogar auf nur 12 Abgeordnete zusammenschmolz, später als große Niederlage bezeichnet wurde,<sup>41</sup> so muß dem insofern zugestimmt werden, als damals die Weimarer Republik ihren letzten großen Sieg über die Rechtsextremisten errang. Andererseits stellte das Ergebnis, mochten auch einige von ihrer

---

<sup>36</sup> Tyrell, a. a. O., S. 352. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß bei Ausgabe der Nummern einige Zahlenkolonnen freigeblichen waren und daß außerdem durch Tod oder Parteiaustritt freigewordene Nummern nicht wieder benutzt wurden. Die tatsächliche Mitgliederzahl muß also deutlich unter der von den Mitgliedsnummern propagandistisch vorgetauscht liegen. Vgl. Wolfgang Schäfer, NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des dritten Reiches, Hannover/Frankfurt, 1957.

<sup>37</sup> Illustrierter Beobachter, 3. 8. 29: Die Bedeutung der Organisation von G. Straßer.

<sup>38</sup> Siehe oben S. 32.

<sup>39</sup> Allgemeine Aktenablage der Reichspropagandaabteilung 1928–30, BA, NS 18; Tyrell, a. a. O., S. 355.

<sup>40</sup> Siehe unten S. 55.

<sup>41</sup> Z. B. Heiber, a. a. O., S. 150; Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur, Köln/Berlin 1970, S. 137.

eigenen Propaganda und Aktivität berauschte Parteigenossen schwer enttäuscht gewesen sein, unter Berücksichtigung des ungünstigen Gesamttrends zumindest einen Achtungserfolg dar. Die Nationalsozialistische Freiheitspartei unter Ludendorff, v. Graefe und Straßer hatte seinerzeit 2,8% errungen. Von ihren 14 Abgeordneten waren zunächst nur vier, Feder, Frick, Dietrich und Straßer, nach der Wiedergründung der NSDAP zu Hitler gestoßen. Wenn Hitler auf der Generalmitgliederversammlung vom 23. Mai 1926 gehofft hatte, die NSDAP werde bei künftigen Wahlen zu ihren vier Reichstagsabgeordneten noch drei oder vier Mandate hinzugewinnen,<sup>42</sup> so war dieser Wunsch mit 12 Sitzen zwar nicht sensationell, doch deutlich übertroffen. Die Nationalsozialisten hatten, in einer für alle Rechtsparteien verlustreichen Wahl und zum ersten Mal in einer Reichstagswahl ganz auf sich allein gestellt, annähernd genau so viel Stimmen und auch Mandate erhalten wie am 7. Dezember 1924 in einer für die nationale Rechte günstigeren Phase und in einer Koalition mit Ludendorff wie mit den völkischen Gruppierungen der DVFrP unter v. Graefe. Außerdem wurden in bereits konsolidierten und gut geführten Gauen Ergebnisse erreicht, die zum Teil erheblich über dem Reichsdurchschnitt lagen: Schleswig-Holstein 4% (Gauleiter Lohse), Weser-Ems 5,2% (Gauleiter Rust), Südhannover-Braunschweig 4,4% (Gauleiter Haase), Oberbayern-Schwaben 6,2% (Gauleiter Reinhardt), Franken 8,1% (Gauleiter Streicher).<sup>43</sup>

Straßer konnte daher zufrieden sein. In einem Zeitungsartikel, in dem er am 27. Mai 1928 zu dem Wahlergebnis Stellung nahm, schrieb er: „Gerade die beglückende Erkenntnis, daß das deutsche Volk auf die Erlösungsbotschaft des Nationalsozialismus aufhorcht, verpflichtet uns, diese Botschaft immer mehr zu verbreiten ...“ Aus dem in seinen Augen erfolgreichen Wahlgang zog er aber auch gleichzeitig Konsequenzen für seine weitere Arbeit: „So wird namentlich der Sommer im Zeichen eines inneren Ausbaus, einer Stärkung der Organisation, einer Überprüfung und Verbesserung der Methoden und insbesondere einer geistigen Schulung stehen, damit der Herbstkampf die Erfolge erweitert, die der Mai beschieden hat. In diesem Sinne: An die Arbeit!“<sup>44</sup>

An die Arbeit ging Straßer, indem er die Führertagung vom 31. August bis 2. September 1928 vorbereitete, die auch mit der satzungsgemäß vorgeschriebenen Generalmitgliederversammlung verbunden werden sollte. Aus dem von ihm verfaßten „Entwurf eines Programms zur Führertagung“ geht hervor, daß er der Ansicht war, mit den befriedigend verlaufenen Wahlen vom Mai des Jahres sei die Aufbauarbeit der Partei seit 1925 abgeschlossen.<sup>45</sup> Jetzt mußte die Führertagung zum Anlaß genommen werden, die Partei für neue Aufgaben zu organisieren. Auf drei Punkte legte er besonderes Gewicht. Einmal wollte er eine programmatische Rede Hitlers, in der vor allem die ideologischen Grenzlinien zu konkurrierenden völkischen Grup-

---

<sup>42</sup> VB, 26. 5. 26, abgedruckt bei Tyrell, a. a. O., S. 130ff.

<sup>43</sup> Bracher, a. a. O., S. 137.

<sup>44</sup> Berliner Arbeiterzeitung Nr. 21 vom 27. 5. 28, abgedr. bei Tyrell, a. a. O., S. 243.

<sup>45</sup> Entwurf eines Programms zur Führertagung vom 31. 8.–2. 9. 1928, BA NS 22/348.

pen gezogen werden sollten, z. B. zu v. Graefes DVFrP, zu Ludendorffs Tannenbergbund, zum Stahlhelm und zu Gruppen um Niekisch und Winnig. Ferner legte er Wert darauf, daß Reichsschatzmeister Schwarz Gelegenheit erhielt, in persönlicher Aussprache mit den Gauleitern bestehende Schwierigkeiten zu klären. In der Frage der Mitgliederkarteiführung und der damit unmittelbar verbundenen Frage der Abführung der Beiträge an die Zentrale hatten sich Reichsgeschäftsführer Bouhler und Reichsschatzmeister Schwarz, wenn auch häufig nach erbitterter Gegenwehr, bereits im Laufe des Jahres 1925 durchgesetzt, wie die erhalten gebliebenen Vorgänge im Gau Rheinland-Nord unter Gauleiter Ripke<sup>46</sup>, Rheinland-Süd unter Ley<sup>47</sup> und in Schleswig-Holstein unter Lohse<sup>48</sup> zeigen. Trotzdem funktionierten die Anmeldungen zur Mitgliederkartei und erst recht die Abrechnung der Beiträge nicht recht.<sup>49</sup> Die Gründe lagen in der mangelhaften Ausstattung der Geschäftsstellen auf Gau- oder Ortsgruppenebene mit geeigneten Verwaltungsfachleuten, außerdem aber in der dauernden Finanznot aller Gliederungen der Partei, die ihre Gelder vielfach schon aufgezehrt hatten, bevor etwas nach München abgeführt werden konnte.<sup>50</sup> Straßer wollte dieses Dilemma beenden, da es allgemein als peinlich empfunden wurde,<sup>51</sup> er aber vor allem eine Regelung im Hinblick auf seinen dritten und wichtigsten Punkt brauchte.

Zentrales Thema im Sinne Straßers war die Frage einer neuen Organisationseinteilung. Daß der bayerische Raum bis auf Straßers eigenen Gau Niederbayern-Oberpfalz<sup>52</sup> unmittelbar der Reichsleitung, d. h. Hitler, unterstand, machte eine reichseinheitliche Organisation im Grunde unmöglich. Die Sonderstellung dieses großen und mitgliederstarken Raumes war aus der bereits beschriebenen Doppelgründung der NSDAP im Februar 1925 entstanden.<sup>53</sup> Inzwischen sicherte sie nicht allein Hitler eine persönliche Machtbasis,<sup>54</sup> sondern lieferte der Reichsleitung auch noch ihre finanzielle Grundlage.<sup>55</sup> Da aus dem übrigen Reichsgebiet die Beiträge nicht immer ordnungsgemäß eintrafen, finanzierte sich die Reichsleitung aus dem bayerischen „Riesengau“, den sie für den „Gauleiter“ Hitler verwaltete. So war eine

---

<sup>46</sup> Hüttenberger, a. a. O., S. 27.

<sup>47</sup> Hüttenberger, a. a. O., S. 21 f.

<sup>48</sup> Hüttenberger, a. a. O., S. 16 f.

<sup>49</sup> In vielen Personalakten des BDC finden sich Vorgänge, die aufgrund von Anträgen für das goldene Parteiabzeichen nach 1933 entstanden, aus denen hervorgeht, daß Mitglieder der frühen Zeit gar nicht bei der Zentrale gemeldet worden oder aber bei Umzügen nicht weitergemeldet worden waren, sodaß sie häufig wegen Unauffindbarkeit in der Zentralen Mitgliederkartei nach einiger Zeit gestrichen wurden.

<sup>50</sup> Tyrell, a. a. O., S. 237, 251 f.

<sup>51</sup> In dem Entwurf spricht er von „einer Reihe schriftlich schwer zu behandelnder Fragen, (die) sei es in Anwesenheit aller, sei es in persönlicher Aussprache“ geklärt werden müßten; BA, NS 22/348.

<sup>52</sup> Ende 1926 hatte Straßer seinen Gau Niederbayern um das Gebiet Oberpfalz erweitert.

<sup>53</sup> Siehe oben S. 21.

<sup>54</sup> Siehe oben S. 22.

<sup>55</sup> Tyrell, a. a. O., S. 178 ff.

finanzielle Sicherung der Reichsleitung die eine Voraussetzung für die von Straßer gewünschte organisatorische Neuordnung. Außerdem durfte er bei Hitler nicht die Befürchtung aufkommen lassen, von Straßer überspielt zu werden, wie es zumindest gelegentlich zu Zeiten der AG hätte scheinen können.

Auf der Führertagung, die „an Stelle eines kostspieligen, Nürnberg nicht übertreffenden und darum nicht wünschenswerten Parteitages“ stattfand,<sup>56</sup> lief alles nach Wunsch. Zwar sagen die Quellen nichts über die Verhandlungen von Schwarz, der am 31. August 1928 vormittags sein Referat hielt, über das nachmittags eine Aussprache stattfand,<sup>57</sup> doch wird Straßers Übereinstimmung mit Hitler deutlich. Als Leiter der Tagung nahm Straßer die Gelegenheit wahr, Hitlers Einführungsvortrag über die grundsätzlichen Ziele der Partei hochzuloben. Der VB berichtete darüber: „Der Versammlungsleiter Gregor Straßer gibt der Stimmung der Versammlung trefflich Ausdruck, wenn er bemerkt, daß eine andere Partei jetzt sagen würde, daß sie den Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden gehört habe, während wir Nationalsozialisten die Rede des Führers gehört haben. Und zwischen den Vorsitzenden der alten Parteien und dem Führer der Bewegung bestehe der gleiche Unterschied wie zwischen dem Rechenschaftsbericht eines Parteivorsitzenden und der Rede, die wir eben gehört haben.“<sup>58</sup> Dann brachte er den Antrag des Gauleiters Dinter (Thüringen) zur Sprache, in dem dieser forderte, dem Vorsitzenden der Partei einen beratenden Senat zur Seite zu stellen, der aus den fähigsten und vom Vorsitzenden selbst zu benennenden Köpfen bestehen sollte. Ein solcher Antrag hätte wohl noch zu Straßers Bestrebungen in den Jahren 1925/26, wie er sie mit der Bildung der AG verfolgte, gepaßt, war aber jetzt nicht mehr in seinem Sinne. Hatte sich die AG damals sowohl organisatorisch als auch personell gegen die „Münchener Sau- und Luderwirtschaft“, d. h. gegen die Umgebung Hitlers – vor allem gegen Esser, Streicher und Dinter – gerichtet, so lagen die Dinge nun anders. Essers Einfluß war, seitdem er 1926 die Reichspropagandaleitung an Straßer verloren hatte, stark zurückgedrängt. Nachdem Straßer jetzt zum Reichsorganisationsleiter aufgestiegen war, sein bisheriges Amt aber, die Propagandaleitung, weiterhin von seinem Landshuter Stellvertreter Himmler verwaltet wurde, trat auch Streicher in den Hintergrund. Die ins Auge gefaßte Reform der Parteiorganisation mußte dem Reichsorganisationsleiter Straßer noch mehr Macht verschaffen, Streicher jedoch als einen Gauleiter unter vielen endgültig in die Rolle des Provinzsatrapen drängen. Dinter, der eigentlich immer nur ein Anhängsel Streichers gewesen war, hatte sich nun mit Hitlers persönlichem Machtanspruch angelegt, und Straßer nützte das sofort aus. Er legte den Antrag Dinters vor, sprach sich aber entschieden für Ablehnung aus, und zwar mit dem Argument, der Antrag sei überflüssig, weil die Mitglieder der Reichsleitung die Aufgabe eines solchen Senats bereits erfüllten. Damit verpflichtete er

---

<sup>56</sup> Siehe Anm. 45.

<sup>57</sup> VB, 2./3. September 1928, abgedruckt bei Tyrell S. 206 ff.

<sup>58</sup> VB, 2./3. September 1928, abgedruckt bei Tyrell a. a. O., S. 208 ff.; vgl. auch Wörtz a. a. O., S. 128 f.

sich Hitler und machte andererseits seinen eigenen Anspruch als einer der wichtigsten Funktionäre der Reichsleitung deutlich. Nachdem Hitler ebenfalls gegen den Antrag das Wort ergriffen hatte, wurde er einstimmig abgelehnt, womit Dinter isoliert war.

Straßer stieß sogleich nach, indem er an alle Gauleiter und Abgeordneten eine vorbereitete Erklärung schickte, mit deren Unterzeichnung sie sich in einem Streit Hitler – Dinter, der sich an Dinters religiösen Schwärmereien über ein neues Geistchristentum entzündet hatte, bedingungslos hinter Hitler stellen sollten. Diese Erklärung sollte „zur beliebigen Verwendung“ an Straßer zurückgesandt werden.<sup>59</sup> Dinter, der bereits am 30. September 1927 mit dem Dank des Führers für die „in jahrelanger Kampfarbeit geleisteten Dienste“ „wegen beruflicher Überlastung“ aus seinem Amt als Gauleiter ausgeschieden,<sup>60</sup> aber in Thüringen immer noch einer der bekanntesten Vertreter der NSDAP war, wurde nun am 11. Oktober 1928 aus der Partei ausgeschlossen.

Auch seine organisatorischen Pläne konnte Straßer auf der Führertagung durchsetzen. Zwar haben die entsprechenden Verhandlungen keinen schriftlichen Niederschlag gefunden, sodaß darüber keine Aussage gemacht werden kann. Die Ergebnisse zeigten sich jedoch bald. Am 15. September 1928, also bereits zwei Wochen nach der Führertagung, kamen die Richtlinien für die Neugliederung der Partei heraus.<sup>61</sup> Die Reichsleitung blieb in ihrer bisherigen Zusammensetzung bestehen; unter Punkt 1 wurde folgende Gliederung bestätigt: Hauptgeschäftsführung, Propaganda, Organisation, Kassenverwaltung, Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß, Oberste SA-Führung. Wichtiger war Punkt 2, der bestimmte, daß die Vorsitzenden dieser Abteilungen der Reichsleitung innerhalb ihres Referates Stellvertreter des Parteivorsitzenden und auch den Gauleitern übergeordnet seien. Das war bisher noch nirgends so klar und eindeutig formuliert worden. Punkt 3 hielt fest, die „Urzelle“ der Bewegung sei „die Gemeinschaft von Parteigenossen (Pg) an einem Ort“, die „Ortsgruppe“, worauf die wichtigste Neuerung unter Punkt 4 umschrieben wurde: „Die Ortsgruppen sind zusammengefaßt zu Gauen, und zwar so, daß die innerhalb des Gebietes eines Reichswahlkreises liegenden Ortsgruppen einen Gau der NSDAP bilden, der den Namen des Reichstagswahlkreises trägt.“ Punkt 9 nannte erstmals die Möglichkeit von bezahlten Gauleitern und Gauschifführern.

Für das außerbayerische Reichsgebiet, wo die Gauleitungen bereits bestanden, konnte die Bestimmung, daß Gau- und Wahlkreisgrenzen übereinstimmen sollten, nur eine Richtschnur für künftige Umbesetzung oder Neuordnung sein. Anders war dies im süddeutsch-bayerischen Raum, der bisher unmittelbar der Reichsleitung und

---

<sup>59</sup> Brief Gregor Straßers mit beiliegender Erklärung an die „Führer“ der NSDAP (Gauleiter, Abgeordnete usw.) vom 8. Oktober 1928 BA, NS 26/487.

<sup>60</sup> VB, 2./3. Okt. 1927, abgedruckt bei Tyrell, a. a. O., S. 202f.

<sup>61</sup> Richtlinien für die Neugliederung der NSDAP vom 15. 9. 1928, BA, Sammlung Schumacher 374.

damit dem Führer selbst unterstanden hatte. Hier konnte die neue Bestimmung von Straßer direkt in die Tat umgesetzt werden. Am 1. Oktober 1928, also wiederum nur zwei Wochen nach der Herausgabe der Richtlinien, wurden folgende Gaue geschaffen: Oberfranken (unter Gauleiter Schemm), Oberbayern (Fritz Reinhardt), Schwaben (Karl Wahl), Nürnberg-Fürth (Otto Hellmuth) und Oberpfalz (Adolf Wagner);<sup>62</sup> daneben blieben, nachdem Straßer mit der Oberpfalz einen Teil seines eigenen Gebiets abgegeben hatte, in Bayern noch Gregor Straßers Gau Niederbayern und München, das zunächst nach wie vor der Reichsleitung direkt unterstellt war. Vermutlich ist die Neuordnung nicht ohne Differenzen, vor allem auch zwischen Hitler und Straßer, abgelaufen. Darauf deutet ein privater Brief Hitlers vom 4. Januar 1929 hin, in dem er erklärte: „Ich habe Gregor fallenlassen!“<sup>63</sup> Zudem legte Straßer am 1. März 1929 sein Amt als Gauleiter von Niederbayern nieder. Sein Nachfolger wurde Otto Erbersdobler. Offenbar war Hitler erst jetzt, nachdem Straßer seine Hausmacht in Niederbayern formell abgegeben hatte, obgleich er sich diesem Gau auch weiterhin besonders verbunden fühlte,<sup>64</sup> bereit, mit München auf den letzten Teil auch seiner persönlichen Hausmacht zu verzichten. Jedenfalls wurde am 1. November 1929 der Gau München unter Adolf Wagner ins Leben gerufen, womit eine Reform ihren vorläufigen Abschluß fand, die die Gesamtpartei im unteren und mittleren Bereich bis hinauf zur Gauleitung rationell durchorganisierte und auch die Weisungsbefugnis der einzelnen Abteilungen der Reichsleitung gegenüber Gauen und Ortsgruppen sicherstellte. Zwischen den einzelnen Abteilungen der Reichsleitung blieben jedoch die Kompetenzen unklar, die direkten Beziehungen zwischen Gauleitern und Führer gegenüber der Stellung der Reichsleitung kontrovers. Der Hitlerscher Machtausübung systemkonforme Kampf persönlicher Rivalitäten im dauernden Wettlauf um seine Gunst dauerte an.<sup>65</sup> Die Reform genügte aber zur Integration der anschwellenden Mitglie­derzahl, wie sie sich vor allem auch durch die planmäßige propagandistische und organisatorische Bearbeitung bisher noch kaum erfaßter Gebiete ergab, ebenso zur Organisierung der bevorstehenden Wahlkämpfe.

---

<sup>62</sup> Tyrell, a. a. O., S. 377.

<sup>63</sup> „Lieber Heinrich!

4. Jänner 1929

Die Zeit ist da! Ich habe Gregor fallen lassen. – Du kannst mir glauben, daß es mir nicht leicht geworden ist. Walter hat sich selbst erledigt – nun liegt es an Dir, zu Deinem Versprechen zu stehen, doch bitte ich Dich zu bedenken, daß die Zeit drängt!

Die Bewegung hat einen ungeheuren Aufstieg genommen und jeder Tag kann uns die Gelegenheit geben, nach der Macht zu greifen. Entscheide Dich also bitte schnell!

Beste Grüße Dein Adolf Hitler“

Der Brief befindet sich im Privatbesitz.

<sup>64</sup> Bericht Otto Erbersdoblers, abgedruckt bei Tyrell, a. a. O., S. 348 ff.

<sup>65</sup> Vgl. Horn, a. a. O., S. 315 f.

### 3. Steigende Wahlerfolge und die Otto-Straßer-Krise

Schon am 1. Oktober 1928, dem Stichtag der Gauneordnung, war die Mitgliedsnummer 100000 erreicht worden, was später, bis 1945, immer daran erkennbar blieb, daß nur Mitglieder mit niedrigeren Parteinummern, die also vor diesem Termin eingetreten waren, das begehrte „Goldene Parteiabzeichen“ erhielten. Die Zahlen stiegen weiterhin schnell an: bis September 1929 auf 150000, bis Februar 1930 auf 200000 und bis September 1930, also bis zum Zeitpunkt der nächsten Reichstagswahlen, auf 300000.

Auch in den Wahlen schnitten die Nationalsozialisten von Mal zu Mal besser ab. Hatten sie sich am 6. Januar 1929 in Lippe noch mit bescheidenen 3,3% begnügen müssen, was ihnen bei dem kleinen Parlament von 21 Abgeordneten kein einziges Mandat einbrachte, so sah es wenige Monate später schon günstiger aus. Am 12. Mai 1929 wurden in Sachsen 5,0% und am 23. Juni 1929 in Mecklenburg-Schwerin 4,0% errungen. Am 27. Oktober 1929 steigerte sich die NSDAP in Baden auf 7% und am 10. November 1929 in Lübeck auf 8,1%. Am 8. Dezember 1929 schließlich übersprang die Partei in Thüringen erstmalig die 10%-Hürde mit 11,3%. Nach mehrwöchigen Regierungsverhandlungen beteiligte sich hier die NSDAP an der Landesregierung und zog mit ihrem ersten Minister, es war der bisherige NS-Fraktionsvorsitzende im Reichstag Dr. Wilhelm Frick, in ein Kabinett ein; er übernahm das Innen- und Volksbildungsministerium. Als am 22. Juni 1930 in Sachsen Neuwahlen stattfanden, eroberten die Nazis gar 14,4%, für Sachsen eine Steigerung in 13 Monaten von 5% auf 14,4%. Auch hier ließ sich die Partei auf Koalitionsverhandlungen ein, wobei wieder das Innenministerium ins Auge gefaßt wurde. Als Kandidat war Gregor Straßer vorgesehen.<sup>66</sup>

Mit der Regierungsbeteiligung in Thüringen und den Koalitionsverhandlungen in Sachsen, die wie nach der Wahl vom 12. Mai 1929 auch nach der vom 22. Juni 1930 scheiterten, brach aber ein bisher nur unterschwellig vorhandenes innerparteiliches Problem auf. Bereits 1924, zur Zeit des Parteiverbotes und Hitlers Haft in Landsberg, hatte es Kämpfe in und zwischen den Nachfolgeorganisationen über die Frage der Beteiligung an Wahlen überhaupt gegeben. Nach anfänglichem Zögern auch Hitlers, der damals als Nichtdeutscher nicht wählbar war und der daher bei einer möglichen „Parlamentarisierung“ der Partei für seine eigene Stellung fürchtete, hatten Hitler und die neue NSDAP, von den Wahlergebnissen des Jahres 1924 praktisch vor vollendete Tatsachen gestellt, doch den formal-parlamentarischen Weg betreten. Vor dem „revolutionären“ Parteigewissen war dies mit dem Argument entschuldigt worden, die Partei erhalte in den Parlamenten eine günstige Propagandamöglichkeit und die Republik bezahle über die Diäten an NS-Abgeordnete ihren eigenen Untergang; sie honoriere die Republikfeindschaft außerdem noch mit Immunität und Freifahrkarte. Goebbels sagte 1928 unverblümt: „Ich bin kein Mitglied des Reichstages. Ich bin ein I. d. I., ein I. d. F., ein Inhaber der Immunität, ein

---

<sup>66</sup> Wagener Tagebuch, S. 1383–1390, ED 60, IfZ.

Inhaber der Freifahrkarte ... Ein I. d. I. beschimpft das System und empfängt dafür den Dank der Republik in Gestalt von siebenhundertfünfzig Mark Monatsgehalt.“<sup>67</sup> Die Möglichkeit der Regierungsbeteiligung traf die Partei aber innerlich völlig unvorbereitet. Zunächst stellten Teile der Partei die Frage, ob man durch eine Koalitionsbeteiligung nicht zum „System-Erhalter“ werde. Hatte man nicht immer die völlige Vernichtung des „Weimarer Systems“ angestrebt und beschworen? Wenn man sich indes schon beteilige, auf welcher Seite? War die NSDAP eine Arbeiterpartei, die den deutschen Sozialismus verwirklichen wollte, und konnte sie daher eher mit den marxistischen Arbeiterparteien koalieren? Oder war sie doch eine nationalistisch-völkische Bewegung, der die Einigung mit den reaktionären Bürgerparteien der Rechten leichter fiel?

Über diesen Fragen brach die Krise um Otto Straßer offen aus, die seit der Gründung der nordwestdeutschen AG geschwelt hatte. In dem Kreis um den Berliner Kampfverlag, der als Publikationsorgan der AG entstanden war und den Gebrüdern Straßer zusammen mit Hinkel persönlich gehörte, wobei Gregor Straßer als verantwortlich zeichnete, waren die sozialistischen Komponenten des in Hannover erarbeiteten und am 14. Februar 1926 in Bamberg durchgefallenen Programmentwurfs weiter verfolgt worden. Zwar handelte es sich bei den Ideen dieses Kreises um Otto Straßer in der Tat mehr um einen kleinbürgerlichen Antikapitalismus und nicht um einen von Arbeiterinteressen bestimmten Sozialismus,<sup>68</sup> doch waren die Mitarbeiter des Kampfverlages selbst sicherlich ehrlich davon überzeugt, daß die NSDAP Arbeiterpartei sein müsse. Nach der Zuspitzung des Konflikts um die Frage der Regierungsbeteiligung trat Otto Straßer mit den Redakteuren und einigen anderen meist unbedeutenden Parteimitgliedern die Flucht nach vorne an. In den Ausgaben des Kampfverlages verkündeten sie am 4. Juli 1930 ihren Austritt unter der Schlagzeile „Die Sozialisten verlassen die NSDAP“.<sup>69</sup> Der genaue Ablauf dieser bis dahin größten inneren Krise der NSDAP ist schon an anderer Stelle geschildert worden.<sup>70</sup> Hier geht es nur um die Frage, inwieweit sich Gregor Straßer mit dem Kampfverlag identifizierte und warum er sich an der Sezession nicht beteiligte. War es ein Mißverständnis von Otto Straßer und dem Kampfverlagskreis, daß sie annahmen, der Reichsorganisationsleiter stehe auf ihrer Seite und werde kraft seines Einflusses größere Teile der Partei bei der Abspaltung mitreißen? Oder hat er sie etwa im Stich gelassen der großen Pfründe wegen?<sup>71</sup> Schließlich hatte Gregor Straßer eine große Anzahl von Zeitungsartikeln in der Kampfverlagspresse veröffentlicht; deshalb und vor allem auf Grund des Inhalts dieser Aufsätze galt er weiter als Wortführer des nationalen Sozialismus. Tatsächlich aber stammten die Artikel, ähnlich wie große Teile seiner Reichstagsreden vor 1930, fast vollständig aus der Feder seines Bruders Otto, der sogar unter einer Art brüderlicher Generalerlaubnis seine eigenen Artikel,

<sup>67</sup> Tyrell, a. a. O., S. 228.

<sup>68</sup> Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 86.

<sup>69</sup> „Der Nationalsozialist“, 4. 7. 30, abgedruckt bei Kühnl, a. a. O., S. 292ff.

<sup>70</sup> Siehe Anm. I/18.

<sup>71</sup> Kühnl, a. a. O., S. 252, Anm. 15.

wenn sie besonders scharf in Ton und Argumentation ausgefallen waren, mit dem Namen Gregor Straßer zu zeichnen pflegte.<sup>72</sup> Das bot aus Ottos Sicht zwei Vorteile: Er konnte jene Artikel, in denen er besonders scharf gegen Einrichtungen der Weimarer Republik polemisierte, durch die Immunität des Reichstagsabgeordneten schützen, andererseits mit dem Namen des berühmten Bruders eine größere innerparteiliche Breitenwirkung für seine Ideen erzielen.

Für Gregor hatten die Praktiken seines Bruders, abgesehen von innerparteilichen Schwierigkeiten, vor allem eine Welle von Beleidigungsprozessen zur Folge. Es gelang ihm zwar, einer rechtskräftigen Verurteilung durch seine Immunität und juristische Tricks (Verlegung des Wohnsitzes, ärztliche Bescheinigungen über Reise- und Verhandlungsunfähigkeit) meist zu entgehen oder die Vollstreckung zu verhindern, indem er z. B. die gesamte Wohnungseinrichtung zur Sicherung gegen Pfändungen notariell auf seine Frau überschreiben ließ. Doch verfolgten ihn die Prozesse bis zu einer generellen Amnestie für solche Vergehen am 20. Dezember 1932, und vor allem aus den in seinen Unterlagen befindlichen Briefen aus dem Jahre 1932 ist zu erkennen, wie ihm diese oft Zeit und Kraft raubende Arbeit zunehmend lästiger wurde.<sup>73</sup> Daß auch schon damals bezweifelt wurde, ob er tatsächlich den Inhalt „seiner“ Zeitungen, d. h. der Kampfverlagspresse, kenne, geht etwa aus den Reichstagsprotokollen vom 21. Juni 1928 hervor, als im Hinblick auf einen jener Prozesse über einen Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Straßer verhandelt wurde und der Abgeordnete Lipinski (SPD) sagte: „Der Herr Abgeordnete Straßer hat eine Reihe von Zeitungen, die in Deutschland herauskommen, gemeinschaftlich gezeichnet ... Da aber Herr Abgeordneter Straßer die Zeitungen zeichnet, ohne in der Lage zu sein, ihren Inhalt zu prüfen ..., so war die Voraussetzung für einen Mißbrauch der Abgeordnetentätigkeit gegeben.“<sup>74</sup> Die unter seinem Namen erschienenen Artikel sind mithin keine Quelle zur Beurteilung der programmatischen Ideen Gregor Straßers und seines Verhältnisses zum Kampfverlag. Andererseits wird sein Verhalten erklärlicher.

Schon am 14. Februar 1926 in Bamberg, bei der Verteidigung des Programmwerfes, hatte Straßer, sonst ein sehr bekannter und guter Redner, zur Verwunderung von Goebbels „stockend, zitternd, ungeschickt“ gesprochen,<sup>75</sup> als ob er sich mit seinen Worten nicht voll identifiziere und ihm die Einigung in der Partei und besonders mit Hitler wichtiger sei als programmatische Ideen. Auf dem Parteitag von 1927 und der Führertagung von 1928, die er beide leitete, stilisierte er Hitler geradezu zum Wahrer und Verkünder der Idee des Nationalsozialismus und dankte ihm dafür,

---

<sup>72</sup> Ebenda, S. 216, Anm. 51: „Otto Straßer selbst wie Alfred Raeschke sagten aus, daß alle von Gregor gezeichneten Artikel und alle seine Reichstagsreden von Otto stammten.“ In einem Interview am 10. 4. 1971 erklärte Otto Straßer, daß nur einige außen- und wehrpolitische Artikel von Gregor stammten, während alle anderen von ihm verfaßt worden seien.

<sup>73</sup> Landesarchiv Berlin, Prozeßakten Gregor Straßer, Rep. 58, Nr. 51, 692, 2074, 2091, 2183, 2184, 2373, 2531, 2540, 2578, 2631.

<sup>74</sup> Protokolle des Reichstages, S. 2765 AB.

<sup>75</sup> Heiber, Goebbels-Tagebuch, S. 60.

daß er „in dieser großzügigen, philosophisch zwingenden Art, in dieser höheren Logik uns aufzeigt, was letzten Endes der Nationalsozialismus ist“. <sup>76</sup> Er selbst enthielt sich der Verfechtung eigener programmatischer Ideen und kümmerte sich dafür mehr um die Organisation der Partei, was zugleich seinen Einfluß auf die praktische Politik der Partei vergrößern mußte, zumal angesichts der wachsenden Bedeutung der Partei in den Parlamenten. Es ist bezeichnend, daß gerade er der Kandidat der NSDAP für den Innenministerposten in Sachsen war und sich gerade an dieser Koalitionsmöglichkeit der Streit entzündete. Bereits auf dem Parteitag von 1929, also fast ein Jahr vor der Krise, hatte er sich grundsätzlich für Koalitionen ausgesprochen. <sup>77</sup> Er dachte sicherlich keinen Augenblick daran, seine wachsende Macht in der Partei zu gefährden, die auf dem Ausgleich mit Hitler beruhte, dem er die Führung vor allem auf ideologischem Gebiet überließ, während ihm die Organisation vorbehalten blieb. Noch weniger aber dachte er daran, seine Position in der Partei für die revolutionär-anarchistischen Ideen des Kampfverlages aufzugeben, <sup>78</sup> war doch gerade er es, der zur Mitarbeit mit anderen Gruppen bereit war. Neben dem Kontakt zu Ludendorff und seinem Tannenbergbund, neben den Regierungsverhandlungen in Sachsen mit den bürgerlichen Parteien, nahm er wenig später, d. h. nach den Reichstagswahlen vom 30. September 1930, sogar Kontakt zu anderen politischen und gesellschaftlichen Gruppen auf. <sup>79</sup> Er begann, als erstes und wohl auch als einziges der führenden NS-Mitglieder, von dem Alleinanspruch auf die Macht abzuweichen und sozusagen in das Weimarer System hineinzuwachsen. Damit übernahm gerade er die Rolle eines Systemerhalters, wie sie die Kampfverlagsgruppe damals angriff. Man kann nur annehmen, daß sich Otto Straßer, wohl durch das stillschweigende Einverständnis seines Bruders mit der Benutzung seines Namens getäuscht, über die Stellung seines Bruders grundsätzlich geirrt oder seinen persönlichen Einfluß, mit dem er ihn doch noch herüberziehen zu können glaubte, überschätzt hatte.

Es muß also nicht nur der Mißbrauch des Namens Gregor Straßer in der Kampfverlagspresse festgehalten, <sup>80</sup> sondern außerdem nachdrücklich betont werden, daß Gregor zumindest seit 1928 nur noch geringes Interesse für die sozialen und wirtschaftlichen Ideen des Kampfverlages aufbrachte und sich auf keinen Fall mehr voll für die dort vertretene Richtung einsetzte. Man kann sogar von einem Rückzug Gregor Straßers vom Kampfverlag sprechen. <sup>81</sup>

Für Gregor Straßers Stellung in der Partei war natürlich die Krise, da sie mit dem Namen Straßer verbunden war, nicht ungefährlich. So hatte er bereits am 30. Juni 1930, also kurz vor dem Austritt seines Bruders, die Leitung des Verlages niederge-

---

<sup>76</sup> Wörtz, a. a. O., S. 128f.

<sup>77</sup> Siehe oben S. 34.

<sup>78</sup> „Faust“ F 23, Juni 1929, zitiert bei Kühnl, a. a. O., S. 220f.

<sup>79</sup> Siehe unten S. 123ff.

<sup>80</sup> Kühnl, a. a. O., S. 216.

<sup>81</sup> Kele, a. a. O., S. 133ff.

legt.<sup>82</sup> Am 6. Juli veröffentlichte er im Völkischen Beobachter eine eigene Erklärung<sup>83</sup> und unterzeichnete überdies eine Gemeinschaftserklärung aller Reichstagsabgeordneten,<sup>84</sup> in der sie sich vom Kampfverlag lossagten und ihn zum gegnerischen Organ erklärten.<sup>85</sup> Außerdem nötigten ihn Anfragen einzelner Parteimitglieder zu einigen Briefen, in denen er sich klar von der Handlungsweise seines Bruders distanzierte.<sup>86</sup> Interessant ist dabei seine Argumentation, die einiges über seine Einstellung zu den Zielen des Nationalsozialismus verrät, wenngleich bedacht werden muß, daß er sich in dieser innerparteilich brisanten Situation anderen Parteimitgliedern gegenüber nicht völlig frei äußern konnte, vielmehr bestrebt sein mußte, sich selbst von jeder Mitverantwortlichkeit für die Sezession zu reinigen und andererseits die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ seines Bruders Otto zu isolieren. In einem solchen Brief an einen Kreisleiter in Hessen stilisierte er Hitler einmal mehr zum Träger der Idee: „Letzten Endes ist der Nationalsozialismus formuliert worden von Adolf Hitler ...“<sup>87</sup> Wenn er dazu weiter bemerkte, daß die nationalsozialistische Idee bereits 1919 „umrissen und proklamiert“ worden sei, so erweckte er den Anschein, daß Hitler sowohl der Gründer der Partei als auch der Verfasser ihres Programms gewesen sei, eine Unwahrheit, die Straßer klar gewesen sein muß. Dies paßte zu dem inzwischen in der NSDAP allgemein üblichen Kult Hitlers als der ideologischen Führergestalt des Nationalsozialismus, ist aber auch ein Beispiel für die dauernden Versuche Straßers, Hitler als den Träger der Idee von der praktischen Politik etwas zu entfernen, die seinen Mitarbeitern vorbehalten zu bleiben habe, wobei Straßer selbst sicherlich einen ersten Rang einzunehmen gedachte. So fuhr er in jenem Briefe auch fort, Hitler habe zwar den Nationalsozialismus formuliert, „groß gemacht [wurde er] aber von uns, seinen Mitarbeitern“. Über die Taktik der NSDAP sagte er: „Adolf Hitler und seine Mitarbeiter haben nie einen Hehl daraus gemacht, daß sie eines wollen, nämlich die Macht im Staate, und zwar ganz und vollständig, um dann das durchzusetzen, was sie bereits 1919 als Nationalsozialismus umrissen und proklamiert haben. Niemals wurde der Standpunkt vertreten, daß diese Machtergreifung nur auf einem Wege, nämlich durch eine Revolution von unten erreicht werden könnte, obwohl zu gegebener Zeit auch dieser Versuch am 9. November 1923 unter Einsatz des Lebens gemacht wurde ...“

Er verband das mit dem Sozialismusproblem und mit der „Straßer-Krise“: „Tausendmal habe ich meinem Bruder erklärt: ‘Sozialismus, d. h. der granitene Wille, das heutige kapitalistische System, das gleich ungerecht gegen den Einzelnen wie gegen

---

<sup>82</sup> VB, 3. Juli 1930.

<sup>83</sup> VB, 7. Juli 1930.

<sup>84</sup> Kühnl, a. a. O., 252f.

<sup>85</sup> Wörtz, a. a. O., S. 140; Kühnl, a. a. O., S. 252.

<sup>86</sup> Brief Straßers an Rudolf Jung (Vorsitzender der sudetendeutschen DNSAP) vom 22. 7. 30, BA, Sammlung Schumacher 313. Brief an Alois Bayer (Ortsgruppenführer in Regensburg, der im Gefolge der Sommerkrise 1930 zu Otto Straßer übergetreten war) vom 17. 9. 1930, BA, NS 26/352.

<sup>87</sup> Straßer an Zahnarzt Erckmann, Alzay (Hessen), vom 7. 8. 30; siehe Anhang, Dokument I.

die Lebensinteressen des deutschen Volkes sich auswirkt, zu zerschlagen. Dieser Sozialismus wird nicht gefördert durch die Proklamierung überspitzter theoretischer Formulierungen, sondern er wird eines Tages dadurch verwirklicht, daß ein nationalsozialistischer Arbeitsminister das notwendige Gesetz veröffentlicht und hinter ihm die Polizeigewalt eines gleichgesinnten oder abhängigen Innenministers steht.“<sup>88</sup>

Seine eigene Kandidatur in Sachsen verteidigte er, indem er die Vorteile einer solchen Position für eine nationalsozialistische Überwindung des Weimarer Staates betonte: „Würde ich als Innenminister in Sachsen diesen Posten als erfreuliches Resultat eines 10jährigen opferreichen Kampfes betrachten, mich dort wohlfühlen und behaglich einrichten, dann wäre dies Verrat im Sinne meines Bruders. Gehe ich in dieses Amt ausgesprochen nur als nationalsozialistischer Kämpfer, um von dort aus viel mehr wie anderswo schwere Hindernisse zur letzten Machtergreifung und damit zur Durchführung des nationalsozialistischen Zieles aus dem Wege zu räumen, verlasse ich lachend dieses Amt, wenn eine günstige Wahlparole oder neue Aufklärung des Volkes durch meine Arbeit, durch die Unsittlichkeit des heutigen Systems geschaffen ist, dann ist das Realität des politischen Kampfes gegenüber einer letzten Endes unfruchtbaren, ja bei offener Meuterei nach meiner Ansicht verbrecherischen Soziologie, die ja auch nicht dadurch wertvoller wird, daß sie sich revolutionärer Phrasen bedient. Bin ich bereit, heute als Innenminister alles zu tun, um dieses System zum Zusammenbruch zu bringen, und bin ich morgen bereit, wenn es irgendwelche Entwicklung notwendig und aussichtsreich machen sollte, auf der Barrikade zu stehen, dann erst habe ich im Dienste der Idee, der meine Lebensarbeit gilt, jene Handlungsfreiheit gewonnen, aus der in absehbarer Zeit der Erfolg ersprießt.“

Im übrigen hätten ihn Meuterei und Vertrauensbruch auch menschlich völlig von seinem Bruder getrennt. In einem Brief an Jung, den Vorsitzenden der sudetendeutschen DNSAP, mit dem er seit Jahren eng befreundet war, brachte er auch zum Ausdruck, daß die Brüder nicht zuletzt durch Streitigkeiten um den Besitz des Kampfverlages entzweit gewesen seien: „Wie er die von mir gegründete Zeitung zu sich herübergebracht hat, ist eine Fülle illoyaler Schachzüge, die letzten Endes nur mich angehen, die aber unser persönliches Verhältnis vollständig zerstört haben.“<sup>88</sup> Durch seine ebenso prompte wie entschiedene Reaktion gegen die „Meuterei“ hielt Gregor Straßer offensichtlich auch einige andere prominente Parteigenossen, so die Reichstagsabgeordneten v. Reventlow und Stöhr sowie die Gauleiter Koch (Ostpreußen) und Hildebrandt (Mecklenburg) davon ab, sich zu beteiligen,<sup>89</sup> wodurch der Sezession schon weitgehend ihre Bedeutung für die Partei genommen wurde. Aber selbst wenn Gregor Straßer sich damals an die Spitze der revoltierenden „nationalen Sozialisten“ gesetzt und dadurch etliche Prominente mitgerissen hätte, wäre die dann natürlich heftigere Erschütterung der Partei nicht so stark ausgefallen, daß

---

<sup>88</sup> Siehe Anm. 86.

<sup>89</sup> Kühnl, a. a. O., S. 252 ff.

die Krise mit einer Parteispaltung geendet und Hitler einen Teil seiner politischen Basis entzogen hätte. Gerade in jener Zeit der beginnenden Weltwirtschaftskrise und der sichtbaren nationalsozialistischen Erfolge nahm die „sich zu irrationaler Erlösungshoffnung steigernde Führerverherrlichung“ ein Ausmaß an, daß eine Auflehnung kaum noch Chancen hatte.<sup>90</sup> Die Behauptung ist daher sicherlich übertrieben, daß mit Gregor Straßers Haltung „in Wahrheit aber die große Chance verpaßt war“.<sup>91</sup> Wohl aber wäre die Entwicklung der NSDAP in der Partei- und Führerkrise des Jahres 1932 vermutlich anders verlaufen,<sup>92</sup> wenn die Gruppe um Otto Straßer 1930 den Bruch vermieden, das Propagandamittel des Kampfverlages erhalten und durch Übernahme weiterer Parteiposten, wie sie Hitler in einem Gespräch am 21. Mai 1930 anbot,<sup>93</sup> noch zusätzliche Machtpositionen erworben hätte.

1930 hat zudem ein anderes Ereignis die Sezession der Linken bald verdeckt und dadurch auch zu deren Überwindung beigetragen. Am 18. Juli 1930 war die Regierung Brüning im Reichstag bei einem Mißtrauensantrag unterlegen, was der Reichskanzler zum Unglück für die Weimarer Demokratie sofort mit einer bereits vorbereiteten und vom Reichspräsidenten unterzeichneten Auflösungsverordnung beantwortete.<sup>94</sup> Die Wahlen, die daraufhin am 14. September 1930 abgehalten wurden, standen unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise, deren sichtbares Zeichen in Deutschland damals rund 3 Millionen Arbeitslose waren.<sup>95</sup> Als Gewinner gingen aus der Wahl die beiden Flügelparteien hervor. War schon der Erfolg der KPD, die sich von 54 auf 77 Abgeordnete steigerte, beachtlich, so verzeichnete die NSDAP geradezu einen Erdrutsch, den keiner der Zeitgenossen, trotz der vorangegangenen Erfolge z. B. bei den Sachsenwahlen, in diesem Ausmaß erwartet hatte. Mit 12 Abgeordneten im alten Reichstag praktisch eine unbedeutende Splittergruppe, zog die NSDAP jetzt mit 107 Uniformierten als zweitstärkste Fraktion in den Reichstag ein. Die nicht ganz ernst genommene Sektierergruppe war in den Vorhof der Macht vorgestoßen.

Nach der Koalitionsarithmetik wäre jetzt im neuen Reichstag selbst die „große Koalition“ der Regierung Müller gegenüber den Extremisten in der Minderheit gewesen. Nur unter Einbeziehung der Wirtschaftspartei und sonstiger konservativer oder ländlicher Splitterparteien hätte eine knappe Mehrheit entstehen können.<sup>96</sup> Dafür waren aber die bestehenden Differenzen zu groß und der Wille zur Zusammenarbeit und zum Kompromiß, Grundlage einer pluralistischen Demokratie, mittlerweile zu schwach. Hatte sich das Parlament bisher nur als „funktionsunwillig“ gezeigt, so war es jetzt tatsächlich „funktionsuntüchtig“ geworden.<sup>97</sup>

---

<sup>90</sup> Horn, a. a. O., S. 264f.

<sup>91</sup> Kühnl, a. a. O., S. 260.

<sup>92</sup> Siehe unten S. 154.

<sup>93</sup> Otto Straßer, Hitler und ich, S. 105f.

<sup>94</sup> Heiber, Goebbels-Tagebuch, S. 173. Brüning, Memoiren, S. 181.

<sup>95</sup> Jahresdurchschnitt der Arbeitslosen 1930 = 3 076 000; vgl. Konjunktur-Stat. Handbuch.

<sup>96</sup> H. Heiber, Goebbels-Tagebuch, S. 175.

<sup>97</sup> Ebenda, S. 176.

Deutschland hatte nun wieder ein obrigkeitsstaatliches Regime, in dem Reichspräsident v. Hindenburg eine Art Ersatzkaiser darstellte, dem Reichskanzler Brüning allein verantwortlich war. Beide waren dem ihnen offensichtlich vorschwebenden autoritären Staat, in dem das Parlament nur noch als dekoratives Element diente, um einen wesentlichen Schritt näher gekommen. Die Demokratie von Weimar war tot, und die Nationalsozialisten begannen sich auf die Eroberung der Macht vorzubereiten

#### 4. Parteireform im Jahre 1930

Nachdem Straßer im Herbst 1928 eine erste Reform der Parteiorganisation durchgesetzt hatte, stand nun eine Reform der Reichsleitung selbst an. Gerade durch die wachsende Zahl der Wahlerfolge wurde dies immer dringlicher. Jederzeit konnten die sprunghaft stärker werdenden NS-Fraktionen vor der Frage einer Regierungsbeteiligung stehen, wie sie in Thüringen bereits Wirklichkeit geworden war. Nachdem die NSDAP auch im Reichstag zur zweitgrößten Fraktion geworden war, mußte auf Reichsebene ebenfalls mit einer solchen Möglichkeit gerechnet werden. Auf eine solche Beteiligung an der Regierung, die dann zur Übernahme der ganzen Macht führen sollte, mußte die Partei sowohl programmatisch als auch personell vorbereitet werden. Straßer sprach das Problem in jenen Wochen in einem Gespräch mit Wagener, dem späteren Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung, an: „Wir haben aber, wenn man die Sache bei Licht beseht, nur ein ideologisches, aber kein konstruktives Programm, mit dem wir aufwarten können, wenn wir einmal in die Regierung eintreten, und wir führen eigentlich einen Kampf um die Macht, ohne direkt zu wissen, was wir mit ihr anfangen sollen, wenn wir sie haben.“<sup>98</sup>

Die Reform der Reichsleitung, die man besser eine personelle und institutionelle Ausweitung nennen sollte,<sup>99</sup> muß als Folge jener Einsicht gesehen werden. Nur das fieberhafte Bemühen Straßers, die Parteileitung auf solche Eventualitäten vorzubereiten, wobei er auch auf die Verbreiterung der eigenen Machtbasis bedacht war, macht die Änderungen in der Reichsorganisationsleitung verständlich. Andernfalls könnte in der Einteilung der Positionen und Ämter mit ihren vielfältigen Überschneidungen und Widersprüchlichkeiten kein Sinn gesehen werden. Natürlich muß eine rückblickende Interpretation berücksichtigen, daß der Nationalsozialismus sich selbst als aus dem „Rhythmus des Blutes“ „organisch gewachsen“ begriff,<sup>100</sup> ein Irrationalismus, dem eine geplante und rationale Gliederung der Partei wesensfremd war. Dies wurde bei Hitler deutlich, als er zwei Jahre später in der Einleitung zur

---

<sup>98</sup> Wagener-Tagebuch, S. 663f., ED 60, IfZ.

<sup>99</sup> Im folgenden wird auf die bei Tyrell, a. a. O., S. 358ff., abgedruckte Tabelle 150b eingegangen.

<sup>100</sup> Gregor Straßer, Aufmarsch der Kämpfer, in: Der nationale Sozialist für Sachsen, 21. 8. 1927.

„Dienstvorschrift für die PO der NSDAP“ ausführte: „Sie, die nationalsozialistische Bewegung, schafft in ihrer Idee und ihrer Organisation den Gehalt und das Wesen des ihr vorschwebenden späteren völkischen Staates. So unveränderlich dabei die Gesetze des Lebens selbst sind und damit die unserer Bewegung zugrunde liegende Idee, so ewig fließend ist das Ringen um die Erfüllung. Die Organisation der Bewegung, auch als ein Mittel zum Zweck, soll aber durch diese neue Dienstanweisung nur Richtlinien bekommen zur Erfüllung ihrer größeren, in der Verwirklichung unserer Idee liegenden Aufgabe.“ Gregor Straßer hob an gleicher Stelle hervor, daß „diese Organisationsformen nicht am grünen Tisch erdacht, von oben befohlen worden, sondern ... organisch aus den Notwendigkeiten des Tageskampfes und des Zieles der Bewegung von unten her herausgewachsen“ sind.<sup>101</sup>

In der endgültigen Satzung der NSDAP vom 30. Juli 1926<sup>102</sup> war festgelegt worden, daß die „Reichsleitung“ sich folgendermaßen zusammensetzt: Vorsitzender, Schriftführer, Schatzmeister, Vorsitzende der Ausschüsse, Geschäftsführer der Hauptgeschäftsstellen. Abgesehen von dem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß, der mit einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern schon bald satzungsgemäß besetzt war, erfolgte die Besetzung der anderen Ausschüsse niemals genau der Satzung entsprechend. Bedeutung neben dem Untersuchungsausschuß gewann die Propagandaabteilung, die Organisationsabteilung und der Sport- und Turnausschuß, aus dem sich die SA als zweite Säule der Bewegung neben der Politischen Organisation (PO) entwickelte.

Alle Vorstandsmitglieder waren für ihren Geschäftsbereich nur dem Vorsitzenden verantwortlich, bildeten daher auch als Vorstand zusammen kein mit irgendwelchen Rechten ausgestattetes Gremium. Bei dem aus der mangelhaften Abgrenzung der einzelnen Ressorts entstehenden Kompetenzwirrwarr, der bereits in Ansätzen Strukturen des späteren NS-Regimes vorwegnahm, verschoben sich die Kompetenzen der einzelnen Bereiche nach dem jeweiligen Durchsetzungsvermögen der an persönlichem Profil und Temperament sehr unterschiedlichen Abteilungsleiter.<sup>103</sup> Ein bezeichnendes Beispiel für Machtverlust lieferte der Reichsgeschäftsführer Philipp Bouhler, der nach der Neugründung der Partei 1925/26 praktisch die gesamte zentrale Koordinierung der Partei überwachte. In kurzer Zeit verlor er diese Machtstellung an die Reichsorganisationsleitung, die erst im Juli 1926 gegründet wurde. Ende der zwanziger Jahre überwachte er nur noch die Angestellten der Reichsleitung und den internen Ablauf der dortigen Geschäfte. 1934 wurde sein Amt endgültig aufgelöst. Ebenso erlangte das Amt des Schriftführers, das zunächst Herrmann Schneider und dann Karl Fiehler innegehabt hatte, niemals große Bedeutung. Es wurde am 1. August 1935 aufgelöst. Anders verlief die Entwicklung im Falle des Reichsschatzmeisters. Mit Kraft und Energie setzte sich Schwarz schnell

---

<sup>101</sup> Dienstvorschrift für die PO der NSDAP vom 15. 7. 1932, BA, NS D 9/7, auszugsweise abgedruckt bei Tyrell, a. a. O., S. 304f.

<sup>102</sup> Satzung der NSDAP vom 30. Juli 1926, BA, Sammlung Schumacher, 374.

<sup>103</sup> Tyrell, a. a. O., S. 220f.

durch und konnte schon bald die Kasse jeder Ortsgruppe kontrollieren. Auch sicherte er sich rasch das Aufsichtsrecht über die Finanzen aller Nebenorganisationen einschließlich der SA-Zugmeistereien. Jedoch blieb Schwarz immer innerhalb seiner Ressortgrenzen, also der Parteifinanzen, die er mit dem ihm eigenen „nahezu preußischen Ethos unbestechlicher Dienstbarkeit“ verwaltete.<sup>104</sup> Buch als Leiter der Uschla und Himmler als stellvertretender und damit geschäftsführender Reichspropagandaleiter legten ihre Grenzen vergleichbar eng aus. Lediglich die Leiter der SA, zuerst v. Pfeffer und dann Röhm, wie vor allem Gregor Straßer als Organisationsleiter traten selbstbewußt auf, dehnten ihren Einfluß aus und entwickelten eigene Konzeptionen. Sie waren dabei bestrebt, den Führer von ihren Auffassungen zu überzeugen, doch blieb ihnen allen der Konflikt mit ihm am Ende nicht erspart. So handelt es sich bei der Neugliederung der Reichsleitung nicht um eine klar definierbare und zu einem bestimmten Zeitpunkt durchgeführte rationale Reform, sondern eher um einen Ausdruck der Schwäche oder der Macht einzelner Reichsleiter. Wenn es einem Reichsleiter infolge der unklaren Kompetenzabgrenzung der einzelnen Dienststellen gelang, sich immer weitere Zuständigkeiten anzueignen, führte das notwendig zu einer Zunahme der Sachbearbeiter und damit zu einer stetigen Aufblähung der jeweiligen Abteilung. Im Laufe des Jahres 1930 kam diese Entwicklung zu einem gewissen Abschluß. Die Reichsleitung wurde durch den Zwang zur Vorbereitung auf die Regierungsverantwortung erstmals zu einem Minimum an Rationalität genötigt. Die Neugliederung der Münchner Reichsleitung begann mit einer Neuaufteilung der Organisationsabteilung. Als Ergebnis der Sondertagung für Organisationsfragen beim Reichsparteitag von 1929 wurde im VB veröffentlicht: „Auf Vorschlag des Organisationsleiters Straßer wird eine Organisationsabteilung II aufgestellt unter Leitung des Pg Oberst a. D. Hierl, die den Zweck hat, alle Aufbaufragen der Bewegung und der nationalsozialistischen Staatsauffassung zusammenzufassen, zu studieren und einzuordnen.“<sup>105</sup>

Bei der Abgabe von Kompetenzen an das neu geschaffene Amt des Reichsorganisationsleiters II schien es sich auf den ersten Blick um eine Einengung und damit um eine Schwächung von Straßers Stellung zu handeln. Besetzt wurde diese Position jedoch mit Hierl, einem engen Vertrauten Straßers. Oberst a. D. Konstantin Hierl war seit der Gründung des „Tannenbergbundes“ dessen Leiter für Süddeutschland. Nachdem er sich Ende 1927 mit Ludendorff entzweit hatte, schied er aus jener Stellung aus und schloß sich, vermutlich erst 1929, der NSDAP an.<sup>106</sup> Wahrscheinlich seit der Gründung des Tannenbergbundes mit Straßer bekannt,<sup>107</sup> entwickelte sich die Bekanntschaft im Laufe der Zeit zu einem so engen Vertrauensverhältnis,<sup>108</sup> daß er jetzt als erfahrener Organisator für Straßer zum geeigneten Mitarbeiter wurde. Hierl hat immer loyal zu Straßer gestanden und nie versucht, die eigene

---

<sup>104</sup> Hüttenberger, a. a. O., S. 126.

<sup>105</sup> VB, 12. 9. 29.

<sup>106</sup> Siehe Anm. III/13.

<sup>107</sup> Siehe oben S. 30.

<sup>108</sup> Aussage Otto Straßer vom 10. 4. 1971.

Macht auszuweiten. Als Straßer schließlich im Juni 1932 erwartete, daß Hierl seine Position an ihn zurückgebe, tat er dies ohne Widerstand. Wenn es daher in der offiziellen Veröffentlichung des VB hieß, daß die Bildung einer Organisationsabteilung II und die Besetzung dieses Postens mit Hierl auf „Vorschlag des Organisationsleiters Pg Gregor Straßer“ geschehe, so war das keine Floskel, mit der eine Degradierung kaschiert werden sollte, wie es vielleicht manche Parteimitglieder damals hofften oder glaubten, denen Straßer schon zu mächtig wurde; vielmehr ist anzunehmen, daß tatsächlich Straßers eigener Wunsch maßgeblich war. Hierl hatte in seinen Augen offenbar eine Art Platzhalterfunktion, hinter der er unauffällig seinen Apparat ausbauen konnte.

Schon zum Jahreswechsel 1929/30 begann mithin eine Erweiterung der Organisationsleitung, die nur noch mit der der Obersten SA-Führung vergleichbar ist. Straßer hatte zwei Sachbearbeiter und Hierl einen. Es arbeiteten also, beide Abteilungen zusammen betrachtet, fünf Personen in der Reichsorganisationsleitung, während alle anderen Reichsleiter noch ohne Sachbearbeiter oder Vertreter auskommen mußten. Neben der SA bildete nur noch die USchla eine Ausnahme, die von Anfang an satzungsgemäß neben dem Vorsitzenden Buch mit zwei Beisitzern besetzt war. Bei der obersten Parteigerichtsbarkeit, die naturgemäß immer der Gefahr unterlag, mit den ordentlichen Gerichten in Kollision zu kommen, war das von unmittelbarer juristischer Bedeutung.

In der Abteilung Straßer befanden sich als Sachbearbeiter nun Karl Fiehler und Rudolf Buttman. Fiehler war gleichzeitig Schriftführer des NSDAV<sup>109</sup> und als solcher selbst Mitglied des Parteivorstandes. Laut Paragraph 6 der endgültigen Satzung vom 22. Mai 1926 gehörte er neben dem Vorsitzenden Adolf Hitler und dem Schatzmeister Schwarz sogar zur ersten Gruppe der Vorstandsmitglieder, die von der Generalversammlung gewählt wurde. Ihre Wahl war jedoch eher eine Farce, denn sie erfolgte stets durch einstimmige Akklamation. Alle anderen Vorstandsmitglieder, also auch Straßer, wurden vom Vorsitzenden, d. h. dem Führer, ernannt. Es ist eigenartig, aber sowohl für den organisatorischen Stil der NSDAP wie für Straßers Machtausweitung bezeichnend, daß der Inhaber eines der drei laut Satzung höchsten Ämter der Partei zugleich zum Untergebenen des Reichsorganisationsleiters gemacht wurde.<sup>110</sup> Rudolf Buttman war gleichzeitig NS-Fraktionsvorsitzender im bayerischen Landtag<sup>111</sup> und somit einer der parlamentarischen Spitzenfunktionäre der NSDAP. Zu Hierl kam der Agrarexperte Walter Darré.

---

<sup>109</sup> Tyrell, a. a. O., S. 355.

<sup>110</sup> Bemerkenswert ist, daß das Amt des Schriftführers laut Satzung ein höheres Amt und auch ein länger bestehendes war. So wurde die Position des Schriftführers bereits am 21. 8. 25 besetzt, während die Reichsorganisationsleitung erst im Juli 1926 durch die Ernennung Heinemanns die Arbeit aufnahm. Auch in der alten Satzung vom 29. Juli 1921 gab es den Ausschuß für Organisationsfragen noch nicht, während der Schriftführer bereits als zu wählendes Vorstandsmitglied vorhanden war. Erst in der Satzung vom 22. 5. 26 tauchte der Organisationsausschuß als letzter der Ausschüsse erstmalig auf.

<sup>111</sup> Buttman war, wie aus seinem Nachlaß hervorgeht, Anhänger Gregor Straßers und auch

In den Jahren 1930 und 1931 wurde die mithin schon an der personellen Besetzung erkennbare Vormachtstellung der beiden Organisationsabteilungen weiter ausgebaut, allerdings in einer Art, die mehr für Zufälligkeiten als für klare Planung sprach.<sup>112</sup> Ein wenig klarer wird das Neben- und Durcheinander der bald wildwuchernden Unterabteilungen, wenn man an den Gründungsauftrag von Hierls Abteilung denkt, der ja darin bestand, Ideen und langfristige Konzeptionen für Bewegung und Staat zu erarbeiten. Dieser etwas nebelhafte Auftrag schien jetzt bei der personellen und konzeptionellen Vorbereitung der Regierungsarbeit konkretere Gestalt anzunehmen. So stellt denn auch Wagener in seinen Aufzeichnungen dar, wie Straßer ihm in einem Gespräch noch vor der Neuordnung die Bedeutung der beiden Organisationsabteilungen folgendermaßen klargemacht hat:

„Wir müssen auseinanderhalten: Die Führung der Partei mit allem, was dazu gehört, und die Vorbereitung für die Übernahme der Regierung. Die Partei ist das Machtinstrument, mit dem man die Regierung erobern muß und in der Hand behalten kann. Sie ist also das Primäre ... Ich möchte diesen Teil der Reichsleitung „Organisations-Abteilung I“ nennen. Dementsprechend würde eine „Organisations-Abteilung II“ zu schaffen sein, die die Vorbereitungen für die spätere Arbeit im Staate übernimmt. Sie braucht alle Abteilungen des Reichskabinetts, also eigentlich für jedes Ministerium eine Unterabteilung.“<sup>113</sup>

Den Aufbau einer Reichsregierung in seinem Sinne aber stellte sich Straßer so vor: direkt unter dem Reichskanzler die Außen- und Verteidigungsminister, das übrige Kabinett in zwei Gruppen unter dem Vizekanzler und einem Wirtschaftskanzler zusammengefaßt, wobei diese beiden wieder dem Kanzler zu unterstehen hätten. Dem Vizekanzler entsprach nach diesem Denkmodell in der Partei der Organisationsleiter II, dem daher Unterabteilungen, vergleichbar den Ministerien für Inneres, Justiz und Kultur, zuzuordnen seien, während der dem Wirtschaftskanzler entsprechende Parteifunktionär Unterabteilungen, vergleichbar den Ministerien für Ernährung, Arbeit und Verkehr brauche. Da Außen- und Verteidigungsministerium in Straßers Modell dem Kanzler unmittelbar unterstanden, sah er keine vergleichbaren Unterabteilungen in der Organisationsabteilung II vor. Daß die personelle Lage für die Besetzung solcher Unterabteilungen – und damit potentiell der Ministerien – in seinen Augen schlecht war, bedrückte Straßer sehr.<sup>114</sup> Er selbst wollte auf jeden Fall die Partei, das wichtigste Machtinstrument, weiterlenken und nur dann, wenn Hitler Reichspräsident werden sollte, Kanzler werden. So erschienen ihm sichere Kandidaten für Kabinettsposten nur Frick als Innenminister und Wagener als Wirtschaftskanzler zu sein. Für alle anderen Positionen standen nach Straßers Ansicht nur

---

persönlich eng mit ihm befreundet, was die ausdrückliche Erwähnung von vielen familiären Begegnungen bezeugt.

<sup>112</sup> Tyrell, a. a. O., S. 258.

<sup>113</sup> Wagener-Tagebuch, S. 673 ff., ED 60, IfZ.

<sup>114</sup> Ebenda, S. 674 ff.; Auskunft Rudolf Jordan v. 16. 8. 1971; Auskunft Karl Wahl v. 17. 8. 1971; Auskunft Dr. Max Frauendorfer v. 7. 12. 1971; Auskunft Friedrich Karl Florian v. 27. 11. 1971.

Platzhalter zur Verfügung. Ausdrücklich nannte er in dieser Funktion auch Hierl, womit er dessen Stellung exakt charakterisierte. Er schloß daraus, daß weiter nach geeigneten Persönlichkeiten gesucht werden müsse; andererseits sei zunächst ja nur mit einer Koalitionsregierung zu rechnen, so daß man gar nicht alle Posten zu besetzen brauche.

Wenn man die Organisationsabteilung II, wie sie von Ende 1930 bis Juni 1932 bestanden hat, mit Straßers Planskizze vergleicht, ist die Übereinstimmung nahezu vollständig. Hierl, dem potentiellen Vizekanzler, unterstand die innenpolitische Abteilung unter Leitung von Helmut Nicolai, die rechtspolitische Abteilung unter Leitung von Dr. Hans Frank und die kulturpolitische Abteilung unter Leitung von Hanno Konnopatt, zu denen jeweils mehrere Unterabteilungen gehörten.<sup>115</sup> Abweichend von der Skizze unterstand ihm, nicht etwa dem „Wirtschaftskanzler“ Wagener, aber auch die agrarpolitische Abteilung. Wagener hatte keine Position, die mit der Hierls vergleichbar gewesen wäre. Seine Hierl unterstehende wirtschaftspolitische Abteilung war lediglich die größte aller Abteilungen, die folgende Unterabteilungen umfaßte: UA Währung, Finanzen, Produktion, UA Handel, UA Wirtschaftspresse, UA Sozialpolitik, UA zwischenstaatliche Wirtschaftspolitik, UA Arbeitsbeschaffung, UA Handwerk und Gewerbe, UA Wirtschaftswissenschaft. Außerdem stand ihm ein Wirtschaftsrat als beratendes Organ zur Verfügung. Von den Unterabteilungsleitern sind folgende zu nennen: Adrian von Renteln, Hermann Corde- mann, Bernhard Köhler, Herrmann Tholens, Dietrich Klagges, Gottfried Feder, Fritz Rheinhardt, Walther Funk, Werner Daitz. Die Unterabteilungen entsprachen den in Wageners Bericht über Straßers Organisationsplan erwähnten Wirtschafts-, Finanz- und Handelsministerien. Lediglich eine Entsprechung für das Verkehrsministerium erscheint hier nicht, sofern man sie nicht mit viel gutem Willen in der von Gottfried Feder geleiteten Ingenieurtechnischen Abteilung wiedererkennen will. Außerdem gab es noch eine selbständige Abteilung für Arbeitsdienstpflicht unter Paul Gustav Schulz.

Nicht zu übersehen ist, daß die Vermehrung der Mitarbeiter nicht nur einer Erweiterung der organisatorischen Machtbasis Straßers diene. Hinter der unklaren Formulierung, „alle Aufbaufragen der Bewegung“ und die „nationalsozialistische Staatsauffassung“ zu „studieren und einzuordnen“, verbarg sich der Wunsch Straßers, seine eigenen programmatischen Zielsetzungen weiter zu verfolgen und entwickeln. Anders als in der Nordwestdeutschen-AG, in der das „Bamberger Programm“ im Kreise weitgehend „gleichberechtigter Gauleiter“ diskutiert worden war, setzte er nun ihm untergebene Fachleute ein, die Detailfragen untersuchten. Es finden sich unter diesen Mitarbeitern Vertreter einer ständischen Staatswirtschaft ebenso wie Verfechter einer liberalen Privatwirtschaft, Konjunkturtheoretiker, Fachleute für Siedlungsfragen, Propagandafachleute, Verbindungsmänner zur Industrie usw. Die

---

<sup>115</sup> Näheres über das für die nationalsozialistische Herrschaftspraxis interessante Schicksal der kulturpolitischen Abteilung in Reinhard Bollmus, *Das Amt Rosenberg und seine Gegner*, Stuttgart 1970.

Einzelarbeiten, die hier in großer Zahl entstanden und sich in den Aussagen oft sogar widersprachen, ermöglichten Straßer einen Überblick über verschiedene Möglichkeiten einer zukünftigen staatlichen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik. Er schuf sich gleichsam einen eigenen „Braintrust“, in dem dann 1932 sein Wirtschaftsprogramm entstand und der ihm darüber hinaus Kontakte zu außerhalb der Partei stehenden Gruppen und ihren Vorstellungen vermittelte.<sup>116</sup>

Die Reichsorganisationsleitung I unter Straßer hatte mit ihren Abteilungen offensichtlich im wesentlichen die Aufgabe der Kontrolle und Leitung der Partei. Als sein Stellvertreter – und in den kommenden zwei Jahren engster Mitarbeiter – trat hier erstmals Paul Gustav Schulz auf.<sup>117</sup> Ein weiterer Mitarbeiter war Robert Ley, dessen neuer Titel „Reichsorganisationsinspekteur“ bereits auf das Arbeitsgebiet der Parteikontrolle hinwies. Auch bei den Unterabteilungen werden als Aufgaben Erfassung und Kontrolle erkennbar. Karl Fiehler und Rudolf Buttmann kontrollierten als Sachbearbeiter für Kommunalfragen die NS-Fraktionen auf kommunaler Ebene. Daß Sachbearbeiter für Kriegsbeschädigtenfragen (Hanns Oberlindober), Beamtenfragen (Jakob Sprenger) und NS-Frauenschaft (Elsbeth Zander) eingesetzt wurden, deutet auf besonders interessante Gruppen für die Mitglieder – und Wählerbewegung hin. Die Abteilung Ausland unter Hans Nieland und die für Seefahrt unter Kurt Thiele sollten den Kontakt zu außerhalb des Reiches lebenden Parteigenossen und Sympathisanten halten, die ja nur in Österreich und im Sudetenland durch eigene NS-Organisationen erfaßt wurden. Wichtig war ferner die Betriebszellenorganisation (NSBO), von Straßer am 15. Januar 1931 auf Reichsebene gegründet, die das nationalsozialistische Gegenstück zu den Gewerkschaften werden sollte; sie unterstand Walter Schumann und seinem Stellvertreter Reinhold Muchow. Auf dem Boden dieser Fachabteilungen aber – Kriegsopfer, Beamtenfragen, Frauenschaft und NSBO – baute Straßer eine ihm unterstehende Presse auf.<sup>118</sup> Doch war ihm die Reichspressestelle unter Otto Dietrich ebenfalls unterstellt, und diese wichtige Unterabteilung, die sachlich eher zur Reichspropagandaleitung gehört hätte, wurde von ihm geschickt genutzt, um seinen Einfluß auf die politische Berichterstattung der gesamten NS-Presse langsam zu verstärken. 1932 war er so weit, über Aufmachung, Auflagenstärke und Inhalt durch zentrale Anordnung zu befehlen.<sup>119</sup>

Wenngleich vielfach durch die zur Verfügung stehenden oder sich anbietenden Personen mit ihren einzelnen Wünschen und Vorstellungen beeinflusst, ist also der Aufbau der beiden Organisationsleitungen, die immerhin den bei weitem größten Teil der Reichsleitung einnahmen, nicht ganz so verwirrend, wenn man den Wagner-Bericht als Arbeitshypothese annimmt und mit seiner Hilfe die Bedeutung und die mögliche Effektivität der vielen Unterabteilungen untersucht.

---

<sup>116</sup> Siehe unten S. 106.

<sup>117</sup> Siehe unten S. 124.

<sup>118</sup> Siehe unten S. 76.

<sup>119</sup> Siehe unten S. 158.

## 5. Die Reichspropagandaleitung

Die Reichspropagandaleitung war zunächst weitgehend von Straßer aufgebaut, dann von Himmler stellvertretend und offenbar im engsten Einverständnis mit Straßer von Landshut aus geleitet worden. Am 27. April 1930 übernahm aber Joseph Goebbels die Leitung dieser Abteilung. Im allgemeinen wird behauptet, daß sich Goebbels nun schnell eine innerparteiliche Macht aufbaute, die wesentlich zum Sturze Straßers beigetragen habe. Es stellt sich jedoch die Frage, wie groß die Macht des Reichspropagandaleiters Goebbels vor der Machtergreifung eigentlich war, wobei natürlich zwischen seiner regionalen Machtstellung als Gauleiter von Berlin, in der er immer mehr, wie noch zu zeigen sein wird, Straßers Untergebener wurde, und der Machtstellung auf Reichsebene als Propagandaleiter unterschieden werden muß. Unabhängig davon war sein persönlicher Einfluß auf Hitler.

Was Goebbels als Reichspropagandaleiter angeht, so fällt schon auf den ersten Blick auf, daß, ähnlich wie die Reichsorganisationsleitung Straßers, auch die Reichspropagandaleitung in eine Abteilung I und II geteilt wurde. Aber anders als Straßer, der zunächst die gesamte Reichsorganisationsleitung verwaltet und sich dann den geeigneten Partner für eine Teilung des Aufgabengebietes gesucht hatte, erhielt Goebbels sogleich nur einen Teil der Propagandaabteilung. Am 27. April 1930 wurde nämlich die Abteilung I der geteilten Reichspropagandaabteilung mit Joseph Goebbels, dem Gauleiter von Berlin, und die Abteilung II mit Fritz Reinhardt, dem Gauleiter von Oberbayern besetzt.<sup>120</sup> Reinhardt stand in engstem persönlichen Kontakt zu Straßer und war als Mitglied des Wirtschaftsrates auch der wirtschaftspolitischen Abteilung und damit der Organisationsabteilung II zugeordnet.<sup>121</sup> 1932 gehörte er zum Beraterstab Straßers bei der Entwicklung seines Wirtschaftsprogramms,<sup>122</sup> nach 1933 verfolgte er als Staatssekretär im Reichsfinanzministerium die Straßerschen Wirtschaftspläne weiter.<sup>123</sup> Interessant ist nun die Aufgabe, welche die von ihm geleitete und von Goebbels unabhängige Propagandaleitung II hatte.

Straßer und sein Stellvertreter Himmler hatten die Propaganda vor allem als Organisation der Werbung betrachtet.<sup>124</sup> Nachdem Straßer Anfang 1928 als Reichsorganisationsleiter die Verantwortung für die gesamte Parteiorganisation übernommen hatte, führte sein bisheriger Stellvertreter als geschäftsführender Reichsleiter die Propagandaabteilung ganz im bisherigen Stil weiter. Als Straßer nach den in seinen Augen erfolgreichen Wahlen vom 20. Mai 1928 der Partei erklärte, daß „der Sommer im Zeichen eines inneren Aufbaues, einer Stärkung der Organisation, einer Überprüfung und Verbesserung der Methoden und insbesondere einer geistigen Schulung (zu) stehen (habe), damit der Herbstkampf die Erfolge erweitert, die uns

---

<sup>120</sup> Tyrell, a. a. O., S. 355.

<sup>121</sup> Siehe oben, S. 53.

<sup>122</sup> Wilhelm Grotkopp, Die große Krise, Düsseldorf 1954, S. 180, 182f.

<sup>123</sup> Auskunft Lutz Graf Schwerin von Krosigk v. 28. 11. 1971.

<sup>124</sup> Siehe oben S. 28ff.

der Mai beschieden hat“,<sup>125</sup> ging Himmler an die Arbeit, um diese Aufforderung zur verstärkten Werbung in die Tat umzusetzen. Gerade das Reichstagswahlergebnis hatte mit seinen unterschiedlichen Stimmzahlen gezeigt, daß die NSDAP zunächst in Kleinstädten und auf dem Lande größere Chancen als in den Großstädten hatte.<sup>126</sup> Hier gab es aber propagandistisch noch kaum erfaßte Gebiete, in denen sich große Möglichkeiten für eine konzentrierte Propaganda eröffneten. Nachdem es Straßer gelungen war, auf der Führertagung vom 15. September 1928 einheitliche Grundsätze für die Parteiorganisation auf Gauebene durchzusetzen, und nachdem diese mit der Berufung zahlreicher Gauleiter im Oktober 1928 realisiert worden waren, konnte Himmler aufgrund der von Straßer ebenfalls durchgesetzten Richtlinienkompetenz der einzelnen Abteilungen der Reichsleitung<sup>127</sup> auch auf dem Gebiet der Propaganda mit entscheidenden Neuerungen beginnen. Am 24. Dezember 1928 erließ er die grundlegenden Richtlinien für konzentrierte Propaganda-Aktionen, die „mit ihrem vierjährigen propagandistischen Dauerfeuer“ nicht wenig zum Ende der Weimarer Republik beitrugen.<sup>128</sup>

Es lohnt sich, die von Himmler herausgegebenen Richtlinien genauer zu betrachten,<sup>129</sup> da sie zur Grundlage für die Propaganda der nächsten Jahre bis 1933 wurden und zeigen, daß die Meinung, allein Goebbels sei der Erfinder der NS-Propagandamaschine gewesen, eine Legende ist. Himmler leitete seine Anordnung für die neuen Propaganda-Aktionen mit folgender Begründung ein: „Zum Vorwärtstreiben unserer politischen und SA-Organisation, sowie zur planmäßigen Verbreitung unserer Presse ist von Zeit zu Zeit für jedes Gebiet Deutschlands eine wohlvorbereitete, das Maß der sonstigen Propaganda-Anstrengungen überschreitende Tätigkeit notwendig.“ Dann beschrieb er, wie er sich solche Propaganda-Aktionen vorstellte. Zunächst sollte die massive Häufung von Versammlungen die Bevölkerung eines Gaues beeindrucken, und zwar sollten in sieben bis zehn Tagen etwa 70–200 Versammlungen in einem einzigen Gau veranstaltet werden. Neben dem Zwang für die gegnerische Presse, Stellung nehmen zu müssen, sah Himmler den Vorteil, daß die Bevölkerung eines ganzen Bezirks gleichzeitig auf die NSDAP aufmerksam gemacht wurde. Außerdem konnten die örtlichen Parteigenossen durch das Verteilen großer Mengen von Handzetteln und Flugblättern in ungewöhnlicher Weise aktiviert werden. Im Anschluß an jede einzelne Versammlung sollte in dem jeweiligen Ort eine Propagandawoche folgen, und zwar mit einem Werbeabend für die SA, einem Werbeabend für die Hitlerjugend und einem Werbetag für die NS-Presse. Sogar den Ablauf dieser Werbeabende legte Himmler fest: Bei den SA- und HJ-Abenden Einleitung durch Musik von Spielmannszügen, danach „sportliche Vorführungen, lebendige Bilder, Theaterstücke, Singen von Liedern, Vorträge von SA- (bzw. HJ-) Leuten, Vorführung des Parteitag-Filmes“.

<sup>125</sup> Berliner Arbeiter Zeitung vom 27. 5. 28, abgedruckt bei Tyrell, a. a. O., S. 234.

<sup>126</sup> Tyrell, a. a. O., S. 224.

<sup>127</sup> Ebenda, S. 245 f.

<sup>128</sup> Ebenda, S. 224 f.

<sup>129</sup> Anordnung zu Propagandaaktionen vom 24. 12. 1928, BA, Sammlung Schumacher 373.

Beim Pressetag sollte für den „V.B.“, den „Ill.B.“ und den „Akadem.B.“, mit vom Eher-Verlag kostenlos zur Verfügung gestellten Material, geworben werden. Neben der reichlichen Benutzung von Plakaten ordnete Himmler Fahrten mit Autos durch den Ort an, wobei die Autos mit Attrappen für die NS-Presse zu schmücken seien. Die SA, als Begleiter dieser Autos, müsse „die Zeitungen, Broschüren, Flugblätter verteilen und verkaufen“. Ferner stellte er fest, daß „die Anforderung der Redner des Reichsgebietes für eine Propaganda-Aktion ... durch die Propaganda-Abteilung (geschieht). Es ist klar, daß Versammlungen einer Propaganda-Aktion sonstigen Versammlungen, selbst wenn sie schon abgemacht sind, vorgehen. Diese Bestimmung ist in gleicher Weise für die Herren Redner und für die Gaue und Ortsgruppen, die dadurch Absagen erhalten, bindend“. Schließlich gab er noch bekannt, daß die drei ersten Aktionen Anfang 1929 in den Gauen Ostmark, Halle-Merseburg und Sachsen stattfinden würden.

Ein Problem bei diesen neuen Aktionen dürfte für Himmler zweifellos die ungenügende Anzahl der zur Verfügung stehenden Redner gewesen sein, die sich ja insbesondere auch für die kleinen Einsätze in Dörfern und Kleinstädten eignen mußten. Hier trafen sich aber Himmlers Ideen mit einem Vorhaben des Fernhandelsschuldirektors Fritz Reinhardt, der, seit 1926 Parteimitglied und seit 1. Juni 1928 Gauleiter von Oberbayern-Schwaben,<sup>130</sup> offensichtlich in seinem Gau ähnliche Schwierigkeiten hatte. Als Fachmann des Fernschulwesens sann er auf Abhilfe und eröffnete bereits im Juli 1928 einen gauinternen Fernschulkursus für Parteiredner. Da dieser erste Versuch erfolgreich war, warb er sofort für einen zweiten, am 1. Oktober 1928 beginnenden Kursus, zu dem Rednerschüler aus dem ganzen Reiche angeworben wurden.<sup>131</sup> In Absatz 2 seines Werbeschreibens führte er aus: „Die Zahl der Parteigenossen, die geeignet sind, in öffentlichen Versammlungen und Sprechabenden als nationalsozialistische Redner oder Sprecher zu wirken, ist viel zu klein. Die gegenwärtig vorhandenen Redner sind fast alle geeignet, in großen Versammlungen, in Großstädten und mittleren Städten zu wirken. Es fehlen Redner für Versammlungen in Kleinstädten und Dörfern. Diesem Mangel abzuhelpfen, ist ein dringendes Bedürfnis und von entscheidender Bedeutung für das Anwachsen unserer Bewegung und für die Verkürzung der Zeitspanne bis zum Sieg.“ Voraussetzung für die Ausbildung war der Besitz des VB ab 1. Oktober 1928. Im einzelnen sollte sie folgende Schwerpunkte haben: 1. Einübung von Vorträgen, die zugeschickt wurden; 2. Anlage eines nach Schlagwörtern geordneten, aus Zeitungsausschnitten bestehenden Archives; 3. schriftliche Ausarbeitung von Antworten auf typische Einwände, die bei Diskussionen gemacht oder bei Reden als gegnerische Zwischenrufe laut wurden.

Nach den ersten Erfolgen dieser zunächst persönlichen Initiative Reinhardts griff

---

<sup>130</sup> Reinhardt war damit 1928 der erste, der innerhalb der Neuordnung in Bayern einen Gau übernahm. Allerdings hatte diese erste Ernennung wohl mehr vorläufigen Charakter, denn am 1. 10. 1928, dem Datum der Neuordnung, wurde sein Gau geteilt. Er behielt Oberbayern, während Schwaben Karl Wahl unterstellt wurde.

<sup>131</sup> Rednerschulung durch Reinhardt, BA, NS 26/274.

Himmler die Idee auf und ernannte per Rundschreiben an alle Gauleitungen, Abgeordneten und Redner der NSDAP vom 6. Mai 1929 die Fernschule von Fritz Reinhardt in Herrsching am Ammersee zur offiziellen Rednerschule der NSDAP.<sup>132</sup> Er erklärte: „Das Prinzip dieser Rednerschule beruht darauf, den einzelnen Sprecher oder Rednerschüler derartig mit stichhaltigem, einwandfreiem Material zu erfüllen, daß er ganz von selbst aus der Sicherheit seines Wissens heraus zum Redner wird, der von vornherein kein Lampenfieber hat, da er weiß, daß sein Material selbst für den schärfsten Gegner unwiderleglich ist.“ Die Kurse wurden jetzt auf 12 Monate festgelegt, wobei nach vier Monaten ein vom Gauleiter zu kontrollierender Probevortrag zu halten war, nach dessen Erfolg der Redner bereits eingesetzt werden konnte. Reinhardts Rednerschule bekam aber noch einen zweiten Auftrag von Himmler. Um die Redner auf dem Laufenden zu halten, mußten sie künftig mit einheitlichem Material versorgt werden. Hierzu wurde ab 1. Juli 1928 in 14-tägigem Abstand Rednermaterial herausgegeben, dessen Abnahme „für alle Zellen, Ortsgruppen, Bezirksleitungen, Gauleitungen und sämtliche Redner Pflicht ist“. Reinhardt gab seine Fernhandelsschule auf und widmete sich ganz seiner neuen Tätigkeit als Leiter der Reichsrednerschule. Als Goebbels am 27. April 1930 zum Reichspropagandaleiter ernannt wurde, war die Aufgabe Reinhardts bereits so wichtig geworden, daß er als selbständiger Propagandaleiter II in die Reichsleitung berufen wurde. So blieb Goebbels bis zur Machtergreifung der Einfluß auf die Redner versperrt, vor allem auch auf das Redematerial, das Reinhardt an alle Redner und alle Organisationsebenen der Partei bis zur Zelle verschickte und durch das er die Thematik der Propaganda bestimmte. Nach eigenen Angaben bildete Reinhardt bis 1933 auf diese Weise 6000 Redner aus.<sup>133</sup>

Goebbels unmittelbarer Einfluß war aber auch sonst noch stark eingeschränkt. Die Presse konzentrierte sich immer mehr unter dem Dach des Eher-Verlages, dessen Chef Max Amann Reichsleiter war und nachdrücklich seine Unabhängigkeit wahrte. Der NS-Pressedienst unter Otto Dietrich unterstand ebenfalls nicht Goebbels, sondern bis zum 24. September 1932 dem Reichsorganisationsleiter und dann als selbständige Reichsstelle unmittelbar dem Führer. Die neuen Propagandamittel, die Goebbels später als Reichspropagandaminister so genial einzusetzen verstand, wie Rundfunk, Film und Theater, standen ihm damals noch nicht zur Verfügung. Natürlich wurden ihm, dem neben Hitler und Straßer bestechendsten Redner der Bewegung, der sich zudem in Berlin eine feste Hausmacht geschaffen hatte, durch seine Berufung zum Propagandaleiter großer Einfluß und Prestigezuwachs zuteil. Neben der Richtlinienkompetenz, die er als Reichsleiter für sein Ressort gegenüber den Gauen besaß, waren es vor allem die ihm unterstehenden Gaupropagandaleiter, die seine Macht auf Reichsebene ausdehnten und organisatorisch festigten. Gleichwohl

---

<sup>132</sup> Anordnung zur Rednerschule der NSDAP vom 6. 5. 1928, BA, NS 22/1 und Sammlung Schumacher 383.

<sup>133</sup> Tyrell, a. a. O., S. 225. Vgl. auch Brief von Reinhardt vom 22. 8. 30, BA, Sammlung Schumacher 382.

darf seine Machtstellung nicht überschätzt werden. Direkt falsch ist es sogar, wenn seinem propagandistischen Genie ein großer Teil des sensationellen Wahlerfolges vom 14. September 1930 zugeschrieben wird.<sup>134</sup> Entgegen vielfacher Annahme<sup>135</sup> wurde Goebbels erst am 27. April 1930 zum Reichspropagandaleiter I ernannt. Für die vorhergehenden Landtagswahlen, die den Erfolg des September 1930 bereits ankündigten, war es ihm gar nicht möglich, als Organisator der Propaganda zu fungieren. Außerdem fiel seine Ernennung mitten in die Otto-Straßer-Krise, die ihn bis Ende Juli weitgehend an Berlin band, so daß er größeren Einfluß auf die Propaganda für die Reichstagswahl schon aus Zeitgründen nicht nehmen konnte. Davon abgesehen, wurde die Rednervorbereitung durch Schulung und Versorgung mit entsprechendem Material von der Propagandaabteilung II besorgt, also von Reinhardt, und die Versammlungstermine und damit auch die Reiserouten der Redner waren ebenfalls längst vor Goebbels Ernennung organisiert und festgelegt.

In den Akten der Reichspropagandaleitung spiegelt sich die Arbeit der Reichsstelle gut wieder.<sup>136</sup> Seit 1926 wurde die Propagandaleitung im gleichen Stil geführt. Den gesamten Schriftwechsel erledigte von 1926 bis einschließlich Oktober 1930 Himmler selbständig. Der Schriftwechsel drehte sich um Anforderung und Verteilung von Propagandamaterial, Rednerzuteilung und Reiseplanung wichtiger Redner. Regelmäßig forderte Himmler Tätigkeitsberichte der einzelnen Gaue auf dem Propagandagebiet an, die durchweg schon ab 1926 monatlich einlaufen. Vereinzelt werden Probleme wie die Abgrenzung zu anderen Gruppen, etwa dem Jungdeutschen Orden (Jungdo), behandelt. Auch forderte Himmler gelegentlich einzelne Gaue auf, Propagandamaterial der Gegner zu sammeln und ihm zur Auswertung einzusenden. Davon unterscheidet sich, abgesehen von einer Zunahme der Quantität, auch der Schriftverkehr zum Reichstagswahlkampf 1930 in keiner Weise. Es wurden Plakatentwürfe und Flugblätter verschickt, Rednerausweise ausgestellt, Wahlaktionen der Gegner besprochen und Liedervorschläge für Veranstaltungen und Aufmärsche gemacht. Alle diese Aktionen sind bis einschließlich September 1930 von Himmler geleitet.<sup>137</sup> Im Oktober 1930 unterschrieben sowohl Himmler als auch Franke, im November 1930 Himmler nur noch vereinzelt, und ab Dezember 1930 hat Goebbels' Stellvertreter Franke die Arbeit völlig übernommen. Es kann also nicht die

---

<sup>134</sup> Viktor Reimann, Dr. Joseph Goebbels, Wien/München/Zürich 1971, S. 123f.: „... so sollte der Wahlkampf für die Reichstagswahlen im September 1930 sein zweites Meisterstück sein.“

<sup>135</sup> Helmut Heiber, Joseph Goebbels, Berlin 1962, S. 93f.; Heinrich Fraenkel, Roger Manvell, Goebbels. Eine Biographie, Köln/Berlin 1966, S. 134. Reimann, a. a. O., S. 131, Anm. 58; und Horn, a. a. O., S. 380.

<sup>136</sup> Allgemeine Aktenablage der Reichspropagandaabteilung 1926–30, BA, NS 18/582, 583, 584, 586, 592.

<sup>137</sup> Im Schriftverkehr der Reichspropagandaleitung blieben nach der formellen Ernennung von Goebbels die Sachbearbeiter Himmlers, an den Paraphen der Schriftstücke erkenntlich, dieselben. Erst ab September 1930 taucht vereinzelt die Paraphe Fr. von Goebbels Stellvertreter Franke auf, wobei Himmler aber zunächst weiter unterschrieb.

geringste Rede davon sein, daß Goebbels diesen Wahlkampf propagandistisch geleitet hätte.

Himmler hatte in den Jahren seiner Tätigkeit mit großer Akribie einen Apparat aufgebaut, der schon in den 20er Jahren den Propagandasektor der Partei im gesamten Reich exakt erfaßte. Drei Bereiche haben, wie die Akten eindeutig beweisen, sein besonderes Interesse erweckt: die Schulung der von ihm als geeignet angesehenen Propagandisten der Basis; die genaue Kontrolle seiner Untergebenen im gesamten Reich; schließlich die Materialsammlung über die politischen Gegner und wohl auch schon über einzelne Parteimitglieder. Wie diese Schwerpunkte seiner Tätigkeit in der Propagandaabteilung bereits auf wesentliche Merkmale der späteren SS-Führung hinwiesen, so war es auch bezeichnend für Himmler, daß er diese Arbeit aus dem Hintergrund leitete. Als stellvertretender Reichspropagandaleiter stand er zunächst im Schatten von Straßer, der ihm aber bei der Amtsführung weitgehend freie Hand ließ. Vom Januar 1928 bis zum April 1930 führte Hitler das Amt formell selbst, was aber nur bedeutete, daß Himmler jetzt unter ihm völlig selbständig arbeiten konnte. Von April bis Oktober 1930 hatte er – inzwischen bereits Reichsführer SS – zwar überhaupt keine Position in der Reichspropagandaleitung mehr inne. Während aber der in Berlin sitzende Goebbels nur offiziell als Reichspropagandaleiter I für den Wahlkampf verantwortlich zeichnete, war es in Wirklichkeit Himmler, der den Propagandaapparat sehr effektiv im Wahlkampf einsetzte, ohne daß Goebbels mehr als einige Textentwürfe für Plakate beisteuerte. Wichtig für Himmlers weiteren Aufstieg waren sicherlich auch die in diesen Jahren gewonnenen Erfahrungen des Aufbaus und der Lenkung eines reichsweiten großen Apparates, wie es damals die Propagandaabteilung im Verhältnis zu der noch sehr kleinen SS war. Die dabei aus den laufenden Amtsgeschäften gewonnenen Erfahrungen und Kenntnisse über das in der Partei vorhandene Personal dürften nicht unwesentlich für den späteren zügigen Ausbau der SS gewesen sein.

Für die Beurteilung der Verhältnisse in der Reichspropagandaleitung im Herbst 1930 ist aufschlußreich, daß Gregor Straßer selbst zu jener Zeit noch im Völkischen Beobachter als Reichspropagandaleiter bezeichnet wurde.<sup>138</sup> Vielleicht ist dies ein Hinweis auf den tatsächlichen Einfluß, den er durch Himmler bei der Organisation der Propagandakampagne zur Reichstagswahl am 14. September 1930 gehabt hat, da dem VB kaum Unkenntnis der tatsächlichen Stellenverteilung unterstellt werden kann.

## 6. Aufstellung der Abgeordneten und Ernennung der Gauleiter

Macht in einer großen Organisation wie der NSDAP ergibt sich nicht zuletzt aus der Beherrschung der Personalpolitik. Bei der NSDAP war vor allem die Vergabe und damit die Kontrolle der einflußreichen und auch lukrativen Kandidatenplätze für die

---

<sup>138</sup> VB, 1. 10. 1930.

Parlamentswahlen und der Gauleiterposten wichtig. Ab 1929/30 nahmen in den verschiedenen Parlamenten die NS-Abgeordneten sprunghaft zu; bis zum Jahre 1932 wurde eine Zahl erreicht, die durchaus Sonderprobleme hätte aufwerfen können.<sup>139</sup> Bereits am 9. Januar 1930 erließ die Reichsorganisationsleitung daher eine Verordnung, die den Einfluß und die Überordnung der Reichsleitung gegenüber den einzelnen NS-Fraktionen nachdrücklich betonte.<sup>140</sup> Nach dieser noch recht vorsichtigen Maßnahme wurden im Januar 1931 neue organisatorische Wege beschritten. Durch Verordnung wurden jetzt alle „Mandatsträger“ der Verwaltung ihrer Heimatgaue entzogen und als Parteimitglieder unmittelbar der „Sektion Reichsleitung“ unterstellt.<sup>141</sup> Wie aus den Akten hervorgeht, befaßte sich ein wesentlicher Teil der mit dieser Umstellung zusammenhängenden Korrespondenz mit den Mitgliedsbeiträgen, so daß angenommen werden kann, daß die finanzielle Seite der Regelung ein durchaus erwünschter Nebeneffekt war. Daß die Beiträge der Mandatsträger nicht mehr mit den Unterorganisationen geteilt werden mußten, bedeutete eine finanzielle Stärkung der Reichsleitung. Außerdem wurden den für Wahlen aufgestellten Kandidaten schriftliche Verpflichtungen abverlangt, durch die der Einfluß der Parteizentrale gesichert werden sollte. Erhalten geblieben sind in den Personalakten der Reichstagsmitglieder solche Erklärungen vor allem anlässlich der Wahlen vom 31. Juli 1932 und 6. November 1932.<sup>142</sup> Aber bereits im Jahre 1926 wurde eine solche Erklärung im VB veröffentlicht.<sup>143</sup> Ähnliche Erklärungen vor Wahlen zum preußischen Landtag sind ebenfalls erhalten geblieben. Vermutlich hat es für alle anderen Parlamente Entsprechendes gegeben. Die Erklärung für die Reichstagsabgeordneten lautete folgendermaßen:

„Erklärung“

1. Ich versichere keinerlei Bindungen oder Beziehungen zu Juden zu besitzen.
2. Ich versichere keinerlei Aufsichtsratposten in Banken oder sonstigen Unternehmungen zu bekleiden.
3. Ich verpflichte mich ehrenwörtlich auch für die Zeit meiner Abgeordnetentätigkeit keine solchen Posten zu übernehmen und zwar weder direkt noch indirekt durch dritte Personen.
4. Ich verpflichte mich auf Ehrenwort als Abgeordneter der NSDAP jederzeit die Interessen der Partei wahrzunehmen, die 25 Programmpunkte grundsätzlich anzuerkennen und mich Adolf Hitler und seinen Befehlen zu unterstellen.
5. Ich verpflichte mich weiter ehrenwörtlich, daß ich auch bei evtl. Ausscheiden aus der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei mich keiner anderen Partei als Abgeordneter anschließen und mich auch nicht fraktionslos erklären, sondern

---

<sup>139</sup> Horn, a. a. O., S. 324 ff.

<sup>140</sup> Anordnung des Reichsorganisationsleiters vom 9. 1. 1930, IfZ, MA 198, Rolle 5, Bl. 44 f.

<sup>141</sup> Personalakten der NS-Reichstagsabgeordneten, BDC.

<sup>142</sup> Ebenda.

<sup>143</sup> VB, 29. 9. 1926.

in einem solchen Falle mein Mandat auf Aufforderung der Parteileitung niederlegen werde.“<sup>144</sup>

Diese Erklärung, die sowohl von den Spitzenfunktionären als auch von den unbekannteren Abgeordneten zu unterschreiben war, und zwar zu jeder Wahlperiode neu, mußte in dreifacher Ausfertigung unterschrieben werden. Während eine Ausfertigung zu den Personalakten genommen wurde, eine zweite vermutlich in den Händen des Abgeordneten verblieb, wurden die dritten Ausfertigungen in einer einzigen Akte offensichtlich zentral gesammelt und immer zur unmittelbaren Verfügung gehalten. Leider ist nicht mehr rekonstruierbar, ob dies, wie zu vermuten ist, bei der Reichsorganisationsleitung oder etwa beim Büro des Führers, also bei Hess, oder beim Reichsschatzmeister Schwarz geschah.<sup>145</sup>

Der Drang zu den einflußreichen und auch lukrativen Parlamentssitzen zeigte sich in den zum Teil recht heftigen Kämpfen um die Nominierung für die aussichtsreichen Kandidatenplätze. Meist blieben diese Querelen in den Niederungen persönlicher oder regionaler Spannungen. Manchmal brachen aber auch latente gesamtparteiliche Konflikte auf, wie in besonders eklatanter Art im Sommer 1930. Bei der Aufstellung der Reichstagskandidaten für die Wahl vom 14. September 1930 forderte die SA-Führung unüberhörbar eine entsprechende Zahl aussichtsreicher Kandidaturen. Als dies trotzdem unterblieb, legte es der Oberste SA-Führer v. Pfeffer auf einen offenen Konflikt mit der Parteispitze an, indem er nun alle SA-Kandidaten zurückzog. Der Konflikt endete damit, daß Pfeffer am 12. August 1930 von seiner Position zurücktrat und Hitler die SA zunächst selbst kommissarisch leitete.<sup>146</sup>

Hitler hatte sich die Aufstellung der Kandidaten prinzipiell selbst vorbehalten, wie aus verschiedenen Rundschreiben des Jahres 1928 hervorgeht.<sup>147</sup> 1928 gab es natürlich nur eine geringe Zahl aussichtsreicher Kandidaturen, sodaß Hitler den in Frage kommenden Personenkreis leicht überblicken konnte. Als jedoch mit den steigenden Wahlerfolgen die Anzahl derjenigen immer größer wurde, die bei Aufstellung eine Chance hatten, gewählt zu werden, wuchs auch die mit der Auswahl der Kandidaten verbundene Verwaltungsarbeit. Hier schaltete sich Straßer mit seinem Organisationsapparat ein. Bereits zur Preußenwahl vom 24. April 1932 wurde das deutlich. Er ließ sich die vorbereiteten Listen zuschicken und teilte dem preußischen NS-Fraktionsvorsitzenden Kube in dessen Eigenschaft als NS-Wahlleiter seine Abänderungswünsche mit. So bemängelte er, daß auf einer Liste unter den zehn ersten Stellen sechs Beamte, aber keine „Arbeiter“ und keine „Mittelständler“ zu finden

---

<sup>144</sup> Personalakten der NS-Reichstagsabgeordneten, BDC.

<sup>145</sup> Ein offensichtlich vollständiges Bündel dieser Erklärungen, die für die Wahl vom 31. Juli 1932 abgegeben wurden, ist im Jahre 1957 im BDC in die Personalakten nachsortiert worden, ohne daß vermerkt worden wäre, aus welchem Aktenbestand sie herausgenommen wurden.

<sup>146</sup> Abschiedsappell an die SA, BA, Sammlung Schumacher 403; NS 26/1374; Horn, a. a. O., S. 326; Benneke, a. a. O., S. 147 ff.

<sup>147</sup> Rundschreiben Dr. Frick vom 15. 5. 1928 und der Parteileitung v. 5. 4. 1928, BA, Sammlung Schumacher 373.

seien, was unbedingt geändert werden müsse.<sup>148</sup> Bei den Reichstagswahlen vom 30. Juli 1932 wurde diese Rolle Straßers noch deutlicher. Frick, der Vorsitzende der NS-Reichstagsfraktion, wurde von der Partei routinemäßig zum Wahlleiter bestellt, womit er offiziell für die Kandidatenaufstellung zuständig war. Doch schon vorher war klar, wer die eigentliche Entscheidung über die Kandidaten traf. In einer Anordnung Straßers vom 4. Juni 1932 hieß es: „Mit Rücksicht auf die voraussichtlich sehr bald stattfindenden Reichstagswahlen ersuche ich alle Amts- und Abteilungsleiter, die diese Aufforderung erhalten, die Namen ihrer Mitarbeiter im ganzen Reichsgebiet, die zur Aufstellung als Kandidaten besonders bevorzugt erscheinen, umgehend an mich einzureichen.“<sup>149</sup> Bezeichnend ist auch, daß offensichtlich Eingeweihte zwei Bewerbungen um eine Kandidatur schickten, eine offizielle mit kurzem und förmlichem Text an den Reichswahlleiter Frick, eine ausführlich begründete an Straßer.<sup>150</sup> Eindeutig äußerte sich auch Walter Buch, der als oberster Parteirichter sicher genauestens informiert war, gegenüber einem Bewerber, der sich fälschlicherweise an ihn gewandt hatte: „Ihr Schreiben habe ich zuständigkeithalber Gregor Straßer zugeleitet. Er ist derjenige, der mit Dr. Frick die Listen im Benehmen mit den Gauleitern zusammenstellt ...“<sup>151</sup>

Auch der Benediktinerpater Bernhard Straßer bezeugt, daß er im Frühsommer 1932 seinen Bruder Gregor zufällig in dessen Wohnung besucht habe, als dieser gerade dabei gewesen sei, die Kandidatenlisten für die Reichstagswahl aufzustellen.<sup>152</sup> Zwar wurden die fertigen Listen, wie sowohl Straßer in seiner Anordnung als auch Buch in dem zitierten Schreiben betonten, Hitler vorgelegt, damit er gegebenenfalls das ihm zustehende Vetorecht ausüben konnte, jedoch ist in den reichhaltigen Unterlagen über die Aufstellung der Kandidaten im Sommer 1932 keine einzige Andeutung über einen Widerspruch Hitlers zu finden. Es ist daher festzustellen, daß ohne Änderung der formalen Zuständigkeiten das eigentliche Gewicht bei der Kandidatenauswahl Straßer zugefallen war, und zwar im wesentlichen dadurch, daß er mit Hilfe der Reichsorganisationsabteilung den besten Überblick über die vorhandene personelle Basis besaß und in der Lage war, dieses Wissen in maßgeblichen Einfluß umzusetzen.

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich bei der Besetzung von Gauleiterposten. Laut § 6 der Satzung der NSDAP wurden die Gauleiter von der Reichsleitung bestimmt bzw. vom Vorsitzenden, d. h. von Hitler, der „als über dem Vorstand stehend zu betrachten“ sei. Freilich mußte Hitler sich in der Anfangsphase 1925/26, vor allem in Norddeutschland, an lokale Machtverhältnisse halten, sodaß er im wesentlichen nur regionale Führer als Gauleiter bestätigen konnte.<sup>153</sup> Als aber 1930/31 entspre-

---

<sup>148</sup> Brief Straßer an Kube vom 24. 3. 1932, BA, NS 22/1055.

<sup>149</sup> Anordnung des Reichsorganisationsleiters vom 4. 6. 1932, BA, NS 26/553.

<sup>150</sup> Dreßler-Andres an Straßer bzw. Frick am 10. 6. 1932, BA, NS 26/555.

<sup>151</sup> Brief Buch an Breithaupt vom 13. 6. 1932, BA, NS 26/555.

<sup>152</sup> Pater Bernhard OSB, Auskunft Paul Straßer v. 16. 8. 1972.

<sup>153</sup> Vgl. Hüttenberger, a. a. O., S. 21.

chend dem Beschluß der Führertagung von 1928 auch in Nord- und Westdeutschland langsam die Angleichung der Gaugrenzen an die Reichstagswahlkreise vollzogen wurde, bot die Neu- und Umgliederung einiger Gaue schon bessere Interventionsmöglichkeiten. Allerdings vor allem für die Reichsorganisationsleitung, die auch sonst ihre Kontrolle über die Gaue und Untergruppierungen, d. h. die Kreis- und Ortsgruppen, ständig verstärkte. So erlangte Straßer einen immer besseren Einblick in die Notwendigkeiten der regionalen Führung und in die Reserven an regionalen Führungspersönlichkeiten. Sein Stellvertreter Schulz reiste schon damals von Gau zu Gau, um zu inspizieren und sich umzuschauen,<sup>154</sup> und Straßer selbst ließ sich laufend über Parteigenossen berichten, die durch Fähigkeiten für irgendeinen Posten auffielen. Bald war Straßer der einzige in der Reichsleitung, der wußte, welche Parteigenossen für bestimmte Posten geeignet waren, auch und gerade für Gauleiterposten. Er schlug nun die Kandidaten für die Gauleiterposten vor und setzte sie damit praktisch ins Amt ein, während Hitler seine Entscheidungen lediglich bestätigte. Obgleich die Gauleiterposten, die ab 1929/30 bezahlte Parteiposten waren und dadurch noch mehr an Attraktivität gewonnen hatten, begehrt waren wie kein anderer Parteiposten – solche der übergeordneten Reichsleitung natürlich ausgenommen – und es daher auch zu manchen Intrigen kam, ist kein Fall bekannt geworden, in dem Hitler sich damals einer solchen Ernennung durch Straßer widersetzt hätte.<sup>155</sup> Anfang 1932 begann die Gauleiterbesetzung für Straßer zur geschäftsmäßigen Routine zu werden. So wies er am 22. Januar 1932 den Chef des Personalamtes Loeper an, die Ernennung der Gauleiter Schlange (Brandenburg)

---

<sup>154</sup> Auskunft Florian v. 27. 11. 1971; Auskunft Jordan v. 16. 8. 1971.

<sup>155</sup> In der hier infrage kommenden Zeit sind in Nord- und Westdeutschland im Zuge der endgültigen Festsetzung der Gaue vom 1. 10. 1929 bis 16. 9. 1931 elf Gauleiter eingesetzt worden. Hiervon läßt sich durch mündliche Aussagen in drei Fällen belegen, daß die Ernennung durch Straßer erfolgte. Florian gibt an, daß er selbst 1929 so ernannt worden sei. Ferner erinnert er sich exakt an ein Gespräch Ende 1930 zwischen ihm, Gauleiter Josef Wagner und Straßer. Straßer gab an, daß er den Gau Westfalen in zwei Gaue, Nord und Süd, teilen wolle. Wagner solle dabei den Gau Westfalen-Süd behalten. Er ließ sich dann von ihm Vorschläge für den Gauleiterposten Westfalen-Nord machen. Als Florian ihn auf Alfred Mayer als geeignet aufmerksam machte, wurde dieser bald darauf zum Gauleiter ernannt. Ähnliches berichtet Jordan von seiner eigenen Ernennung zum Gauleiter Halle-Merseburg. Er wurde zur Reichsorganisationsleitung nach München berufen. Als er dort ankam, wurde er von Straßers Stellvertreter Schulz empfangen, der sich entschuldigte, daß der Reichsorganisationsleiter leider nicht anwesend sei, um ihn selbst zu ernennen (Auskunft Florian v. 27. 11. 1971; Auskunft Jordan v. 16. 8. 1971; ferner BA, NS 22/1051; vgl. auch Jordan, *Erlebt und Erlitten*, S. 7 ff.). Hieraus ergibt sich, daß Straßer noch eine vierte dieser 11 Gauleiterstellen vergeben hat, da er Hessen-Darmstadt zunächst Jordan anbot, diesen dann aber ab 19. 1. 1931 in Halle-Merseburg einsetzte, während Hessen-Darmstadt zum 1. 2. 1931 durch Gemeinder besetzt wurde. Beide, d. h. Florian und Jordan, betonen, daß die Ernennungen durch Straßer, wobei sich Hitler nur ein Veto vorbehalten habe, damals üblich gewesen seien. Bestätigt wird dies durch die Personalakten von Otto Wetzel (MdR), der im Winter 1930/31 mit Straßer in Verhandlungen stand, die Gauleitung von Württemberg zu übernehmen, schließlich aber doch nicht eingesetzt wurde (BDC, Personalakte Otto Wetzel).

und Karpenstein (Pommern) vorzunehmen.<sup>156</sup> Am 10. Juni 1932 forderte er alle Gauleiter in einem Rundschreiben auf, ihm geeignete Nachfolger vorzuschlagen, falls sie selbst aufgrund möglicherweise bevorstehender Ereignisse in anderen Stellen, z. B. im Staatsdienst, gebraucht würden.<sup>157</sup>

## 7. Zentralisierung der Parteiorganisation 1932

Die Machtstellung, die sich Gregor Straßer in der Reichsorganisationsleitung aufgebaut hatte, wurde in der Partei klar erkannt und, wenn auch manchmal mit Verärgerung, respektiert. Als hauptsächliches Gegengewicht galt noch die von Röhm geleitete SA. Nachdem die SA im Zusammenhang mit dem Skandal um die Boxheimer Dokumente<sup>158</sup> am 13. April 1932 verboten worden war, wurde Straßers Übergewicht evident. Bezeichnend hierfür ist ein Brief, den Arno Schickedanz am 19. April 1932 an seinen Freund Alfred Rosenberg schrieb. Schickedanz war damals Leiter des Berliner Büros des VB; seine Aufgabe bestand vor allem darin, die Verlagszentrale der Partei mit Nachrichten zu versorgen. Er war mit den Interna der Partei, vor allem mit dem Geschehen auf der Berliner Ebene, vertraut. Seinem Duzfreund Rosenberg teilte er aus dieser Sicht neben privaten Nachrichten auch wichtige Neuigkeiten mit, die nicht für andere bestimmt waren. In seinem Brief zum Verbot der SA und zur Affaire Röhm-Bell-Schulz sagte er:

„Und doch wird mit der Beseitigung Röhm's zugleich der Schicksalsweg der Partei für die Zukunft entschieden, so unglaublich Dir das klingen mag. Verschwindet er, ist niemand mehr da, der auch nur mit der geringsten Aussicht auf Erfolg dieser Gegenseite ein Paroli bieten kann! – Er war es allein noch, solange er die SA hatte! – Und deswegen wird er wohl fallen müssen. Nur verstehen die meisten die Situation noch gar nicht!

Während alle übrigen entweder ihren Ämtern nachgingen oder sich „sonnten“, froh einmal zu einer ihnen nicht gebührenden Rolle gekommen zu sein, hat einer von langer Hand seine Stellung ausgebaut – Gregor Straßer.

In einem Satz gesagt: Adolf Hitler ist wohl der Führer der Partei, aber beherrscht wird sie heute schon von Gregor Straßer. Wie die Parallele Moskau zeigte: Schon zu Lebzeiten Lenins brachte Stalin die Partei in seine Hände. Auch Gregor Str. hat die NSDAP. Und wie diese in die Machtstellung im heutigen Staate hineinwächst, so wächst die Stellung Straßers in die Erbfolge hinein. Ganz natürlich! Und es wäre die Höhe, wenn Gregor einmal über die ‚Sicherheit‘ im nat.-soz. Staate zu entscheiden hätte, auch über diejenige des Führers!

---

<sup>156</sup> Anweisung der ROL an Loeper vom 22. Jan. 1932, BA, NS 22/350.

<sup>157</sup> Rundschreiben der Reichsorganisationsleitung an alle Gauleiter vom 10. 6. 1932, BA, NS 22/348.

<sup>158</sup> Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart/Düsseldorf 1957, S. 431 ff., besonders S. 432, Anm. 90.

Das einzige Hindernis war noch Röhm – und die SA. Es wird beseitigt werden! Der kleine Doktor spielt gar keine Rolle. Der befindet sich schon längst im Netz. Er mag krähen, so viel er will, gegebenenfalls kann ihm Gregor über Schulz – siehe Weixaner – Stennes die Kehle abschnüren.

Und Göring? – daß ich nicht lache! – Und wer sonst noch? Sie werden sich alle beugen, sie tun es ja jetzt schon, wenn sie auch den Drahtzieher im Hintergrund noch nicht kennen.“<sup>159</sup>

Es ist natürlich, daß Gregor Straßer diese beherrschende Stellung in der Partei abzusichern suchte. Für ihn, dessen politische Tätigkeit seit den frühen Landshuter Anstrengungen und der Bildung des paramilitärischen „Sturmataillons Landshut“ immer aus dem Aufbau und der Überwachung von Organisationen bestanden hatte, waren politische Tätigkeit und Organisation nahezu zu Synonymen geworden. Es lag daher nahe, daß er seine Stellung durch eine weitere Parteireform institutionalisieren wollte.

In der ersten Parteireform von 1928 hatte er durchgesetzt, daß die regionale Gliederung der Partei, entsprechend den Bedürfnissen der Verwaltung und des Personaleinsatzes, nach den Grenzen der Reichstagswahlkreise organisiert wurde.<sup>160</sup> Gleichzeitig hatte er begonnen, die Kompetenzen seiner Organisationsabteilung auszuweiten und sich einen großen Mitarbeiterstab zuzulegen, was in der zweiten Parteireform, etwa 1930, sichtbar geworden war.<sup>161</sup> In dieser Phase waren die anderen Abteilungen der Reichsleitung entweder zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, wie etwa die des Schriftführers Karl Fiehler und die des Reichsgeschäftsführers Philip Bouhler, oder aber auf ein einziges Sachgebiet eingeschränkt worden, wie etwa die Ämter des Reichsschatzmeisters Schwarz, des Leiters des Verlagswesens Max Amann und des Vorsitzenden der Reichs-USchla Walter Buch. Eine gewisse Sonderstellung nahm die Reichspropagandaabteilung ein, auf die allerdings Straßer entscheidenden Einfluß behielt.<sup>162</sup> Außerhalb seines direkten Einflusbereiches blieb nur Röhm SA, obgleich er auch hier in vielen Gliederungen hohes Ansehen genoß.<sup>163</sup>

Die beiden ersten Reformen der Parteiorganisation waren auf horizontaler Ebene geschehen. Es fehlte noch die Klärung der Funktionsweise der vertikalen hierarchischen Organisationsgewalt. Zwar war im Straßerschen Sinne bereits 1928 die fachliche Weisungsbefugnis der einzelnen Reichsleiter gegenüber den regionalen Parteigliederungen, d. h. vor allem den Gauen, durchgesetzt worden. Doch blieb diese Bestimmung unklar und ungenau. Einerseits waren die fachlichen Abgrenzungen innerhalb der Reichsleitung selbst von vielen Überschneidungen verunsichert und ständigen Änderungen unterworfen. Zum anderen war es den Gauleitern aufgrund

---

<sup>159</sup> Brief Schickedanz an Rosenberg vom 19. April 1932, IfZ, MA 251.

<sup>160</sup> Siehe oben S. 37 ff.

<sup>161</sup> Siehe oben S. 48 ff.

<sup>162</sup> Siehe oben S. 55 ff.

<sup>163</sup> Siehe unten S. 80f.

ihrer allgemeinen politischen Verantwortung als Stellvertreter des Führers innerhalb ihres Gaues jederzeit möglich, die Unklarheiten und Rivalitäten in München auszunutzen. Vor allem konnten sie sich jederzeit unter Umgehung der Reichsleitung direkt an den Führer Adolf Hitler wenden. Außerdem gab es noch den Weg der persönlichen Einflußnahme über Hitler nahestehende Personen.

Die daraus resultierenden Streitigkeiten, die sich im Einzelfall immer als Kampf um die Gunst des Führers manifestierten, waren das wesentliche und systemkonforme Herrschaftsmittel Hitlers in der Partei und auch im späteren NS-Staat, da es den Mythos der Führergestalt steigerte. Einerseits gab es für Vor- und Zurückstellung einzelner Unterführer in der Gunst des Führers keine institutionellen Meßpunkte. Andererseits konnte der Führer auch nie zu einer sofortigen Entscheidung gezwungen werden, da zwischen ihm und den Streitenden immer eine oder sogar mehrere Instanzen der Partei standen. So durfte er darauf warten, daß sich nach dem Prinzip der Auslese die bessere Persönlichkeit durchsetzte und sein Eingreifen überflüssig wurde, oder er konnte zu jedem von ihm als richtig erkannten Zeitpunkt in jeden Streit als unfehlbare und alles entscheidende Gewalt eingreifen. Die Unklarheit der vertikalen Organisation entwickelte sich zu einer der wichtigsten Voraussetzungen für das Erstarken des Führermythos und für Hitlers persönliche Macht.

Genau hier setzte Straßer 1932 an. Wiewohl seine Maßnahmen nicht gegen Hitler als Führer gerichtet waren, wollte Straßer ihn doch an eine gewisse Konzeption binden. Dies hoffte er durch einheitliche Führung und Ausrichtung der Gesamtpartei zu erreichen, die er bis zu den Ortsgruppen in ihrer politischen Tätigkeit kontrollierte und auch zu politischen Aktivitäten, z. B. in Wahlkämpfen, einheitlich einsetzte. Bereits seit Oktober 1930 war Paul Gustav Schulz<sup>164</sup> Stellvertreter Straßers, und ein Jahr später wurde zusätzlich Robert Ley Reichsorganisationsinspekteur in der ROL. Ihre Aufgabe war die genauere Kontrolle der einzelnen Gaue. Besonders Schulz scheint sich dieser Aufgabe gewidmet zu haben. Häufig bereiste er die einzelnen Gaue, vor allem die im Westen, Norden und Osten des Reiches. Er besuchte die Gauleitungen, fragte nach Problemen, die man hatte, ließ sich über den weiteren Ausbau der Partei berichten, gab Empfehlungen und erkundigte sich auch nach den Machtverhältnissen im Gau und seinen politischen Standort innerhalb der Gesamtpartei. Diese Aktivitäten von Schulz lösten zwar Mißtrauen unter den Gauleitern aus, da niemand so richtig wußte, was das zu bedeuten hatte.<sup>165</sup> Sie verbesserten aber die Kenntnis der Reichsorganisationsleitung über die regionalen Gegebenheiten und die dort zur Verfügung stehenden Männer, was letztlich einen Machtzuwachs bedeutete und damit zur Vorstufe der Parteireform vom 10. Juni 1932 wurde.<sup>166</sup>

Hitler scheint sich dieser Organisationsreform zunächst widersetzt zu haben, ließ

---

<sup>164</sup> Siehe unten S. 124.

<sup>165</sup> Auskunft Florian v. 27. 11. 1971; Auskunft Jordan v. 16. 8. 1971.

<sup>166</sup> „Entwurf der Dienstvorschrift der PO“ der NSDAP vom 15. 7. 1932, BA, NSD 9/7.

sich dann aber offenbar von der Notwendigkeit überzeugen,<sup>167</sup> wobei der Wahltermin des 30. Juli 1932 sicher eine große Rolle gespielt hat. Am 9. Juni 1932 bzw. am 10. Juni 1932 gaben Hitler und Straßer die neue Gliederung der Politischen Organisation der Partei im VB bekannt.<sup>168</sup> In der Kompetenzverteilung und Unterordnung der einzelnen Hauptabteilungen, Unterabteilungen und Hilfsreferate innerhalb der Reichsorganisationsleitung vermittelte sie den Eindruck der organisatorischen und personellen Hilflosigkeit. Dies umso mehr, als die Neugliederung – deren wichtigstes äußeres Merkmal die Wiedereingliederung von Hierls Organisationsabteilung II in Straßers eigenes Amt war – bis zum Rücktritt Gregor Straßers am 8. Dezember 1932 ständige Auflösungen, Neugründungen und Änderungen der Zu- und Untergliederung nach sich zog, was sich auch in einer starken Personalfluktuations ausdrückte.<sup>169</sup> Wichtiger als diese – durch gewachsene persönliche Machtpositionen und auch durch die Zufälligkeit der fachlichen Qualifikation der vorhandenen Mitarbeiter bedingten – unübersichtlichen Querelen auf der Ebene der Münchner Reichsorganisationsleitung war allerdings die neue vertikale Gliederung der Partei. Die Spitze der ROL wurde mit der Verordnung über die „Stellvertretung innerhalb der Reichsorganisationsleitung“ vom 18. Juli 1932 klar geregelt.<sup>170</sup> Straßer selbst wurde durch den Reichsinspekteur I Schulz vertreten, den Reichsinspekteur II Dr. Ley vertrat. Als dessen Vertreter fungierte wiederum der Hauptstabsleiter Dr. Glaser, der seinerseits durch den 1. Adjutanten des Reichsorganisationsleiter Vollmuth bzw. durch den 2. Adjutanten Dressler vertreten wurde. Bis auf Ley war das der enge Freundes- und Verwandtenkreis, mit dem sich Straßer umgab.<sup>171</sup> Hierzu muß außerdem Funk gerechnet werden, der, ebenfalls mit Straßer eng befreundet, in der ROL die Rolle des wirtschaftspolitischen Beraters übernahm.<sup>172</sup> Unterhalb dieses persönlichen Beraterstabes standen die zunächst fünf, dann sechs und schließlich neun Hauptabteilungen. Die beiden ersten, die Reichsinspektion I und II, stellten die Verbindung zu den Parteigliederungen im Lande her. Die Reichsinspektion I, Oblt. Pg Schulz, war für den Norden, Robert Ley als Reichsinspekteur II für Süddeutschland zuständig. Jedem dieser Reichsinspektoren waren fünf Landesinspektoren unterstellt, deren Gebiet jeweils einige Gaue umfaßte.<sup>173</sup>

---

<sup>167</sup> Personalakte Reupke, BDC.

<sup>168</sup> VB, 9./10. 6. 1932.

<sup>169</sup> Tyrell (a. a. O., S. 364) beurteilt die Lage in der Parteizentrale richtig, wenn er feststellt: „Bis zum 8. 12. 1932 blieben Straßers Bemühungen erfolglos, aus dem Wildwuchs der Jahre zuvor einen arbeitsfähigen, einheitlich strukturierten Apparat zu schaffen und die Tätigkeit der einzelnen Abteilungen sinnvoll aufeinander abzustimmen.“ Übersehen werden hier aber die einschneidenden Änderungen der vertikalen Befehlsstruktur. Erstmals W. Horn erkennt hier deutlich Anzeichen für einen grundlegenden Wandel in der organisatorischen Konzeption der NSDAP (Horn, a. a. O., S. 383).

<sup>170</sup> Verordnung über die Stellvertretung innerhalb der Reichsorganisationsleitung vom 18. 7. 32, BA, NS 22/348.

<sup>171</sup> Vollmuth war Straßers Schwager.

<sup>172</sup> Tyrell, a. a. O., S. 365; Auskunft Heinrichsbauer v. 3. 11. 1971.

<sup>173</sup> Vgl. die Tabellen im Anhang.

Die Landesinspektionen waren die bedeutendste Neuerung. Entsprechend der Dienstvorschrift der PO<sup>174</sup> bekamen sie beträchtliche Vollmachten über die Gaue ihres Gebietes. Straßer ließ ihnen vor allem in personellen Fragen, auch bei Amtenhebungen, weitgehend freie Hand. Eine Ausnahme bildete hier nur die Besetzung der Gauleiterposten selbst.<sup>175</sup> Bemerkenswert ist ferner, daß die Stellung der Kreisleiter, d. h. also der unmittelbaren Untergebenen der Gauleiter, gegenüber der bisherigen Regelung deutlich gestärkt wurde.<sup>176</sup>

Die personelle Besetzung der Reichs- und Landesinspektionen läßt erkennen, daß Straßer sich treu ergebene und auch erfahrene Mitarbeiter ausgesucht hatte.<sup>177</sup> Schulz im Norden unterstanden die Landesinspektoren Brückner (Ost), Goebbels (Berlin), Loeper (Mitteldeutschland-Brandenburg), Lohse (Nord), Rust (Niedersachsen) und in besonderer Stellung die Gauleiter Nieland (Ausland) und Thiele (Seefahrt). Ley im Süden unterstanden Haake (West), Mutschmann (Sachsen-Thüringen), Sprenger (Südwest) und Habicht (Österreich), während die Landesinspektion Bayern zunächst von Ley selbst kommissarisch verwaltet wurde. Ausnahmen, die sofort ins Auge fallen, sind hier nur Goebbels und Ley. Ley, der sich schon in der Frühzeit des Aufbaus der NSDAP bei den Tagungen der Norddeutschen AG als getreuer Hitleranhänger gezeigt hatte, war wohl, wie man damals schon in der Partei vermutete, ein Rückversicherungs- und Kontrollorgan Hitlers innerhalb der PO.<sup>178</sup> Goebbels, als einer der bekanntesten Redner der Partei und zum engsten Kreis um Hitler gehörend, war natürlich nicht zu umgehen. Es wäre nahezu unmöglich gewesen, ihm in seiner Eigenschaft als Gauleiter einen Landesinspekteur vor die Nase zu setzen. Trotzdem war die Regelung eine gewisse – wenn auch mit dem neuen Titel verbrämte – Degradierung für ihn. Er war der einzige Landesinspekteur, der nur die Kontrolle über seinen eigenen Gau, d. h. Groß-Berlin, hatte. Nicht einmal der Gau Brandenburg, der bei der Übernahme seines Gauleiterpostens am 9. November 1926 noch zu seinem eigenen Gaubereich gehört hatte, war ihm jetzt als Landesinspekteur unterstellt worden. In Brandenburg war seit Januar 1932 wieder Dr. E. Schlange als Gauleiter im Amt, einer der engsten Straßer-Anhänger und ehemals Vorgänger von Goebbels als Gauleiter von Berlin. Jetzt achtete Schlange peinlich genau darauf, ob Goebbels bzw. dessen Untergebene über den Gau Berlin hinaus arbeiteten. So beschwerte er sich beispielsweise am 19. September 1932 energisch bei der ROL, daß Berliner SA-Männer Sammlungen in Gebieten des Gaues Brandenburg veranstaltet hatten. Normalerweise bestanden die Landesinspektionen aus drei bis fünf Gauen. In Bayern waren es sogar sieben Gaue. Jeder Gau sollte nach den Wünschen Straßers entsprechend den regionalen Verhältnissen in etwa 25 Kreise und 250 Ortsgruppen eingeteilt werden.

---

<sup>174</sup> Dienstvorschrift für die PO der NSDAP München 1932, BA, NS, D 9/7.

<sup>175</sup> Ebenda, S. 23f.

<sup>176</sup> Ebenda, S. 21f.

<sup>177</sup> Siehe Anm. 173.

<sup>178</sup> Auskunft Dr. Werner Hagert v. 29. 5. 1971.

Die zu Landesinspektoren Ernannten waren außer Haake<sup>179</sup> alle bereits amtierende Gauleiter. Um Kompetenzstreitigkeiten zu vermeiden und auch um das neue Amt völlig von der Gauleiterebene zu lösen, wurde von Straßer angeordnet, daß sie ihren alten Gauleiterposten an geeignete Nachfolger abzugeben hätten. Zur Überwindung der Anfangsschwierigkeiten stärkte Straßer ihnen auf der Führer tagung vom 18. August 1932 in München den Rücken:

„Der Reichsorganisationsleiter legte den Landesinspektoren eindringlichst an's Herz, ihre Hauptaufgabe gegenwärtig darin zu sehen, daß die Neu- und Umorganisation, wie sie in der Dienstvorschrift der P.O. niedergelegt ist, mit aller Gründlichkeit durchgeführt wird. Während bisher die Organisation sich von unten nach oben aufgebaut hat, muß jetzt von oben nach unten die vollkommene Gestaltung und der einheitliche Schliff und Geist in der Organisation eingebaut werden ... Er erläuterte an einzelnen Beispielen, wie er sich die Aufgabe der Landesinspektoren denkt und versichert den Landesinspektoren, daß er mit seiner vollen Autorität hinter ihren Maßnahmen stehe und daß im Falle, wo von Gauleitern Opposition getrieben werden sollte, er mit aller Schärfe durchgreifen würde.“<sup>180</sup>

Anschließend klärte Straßer die Landesinspektoren über ihre finanzielle Ausstattung auf. Jeder Landesinspektion standen monatlich bis 1200 RM zur Verfügung. Der „feste Teil“ in Höhe von 850 RM wurde im voraus bezahlt. Hiervon waren zu bestreiten: Miete der Geschäftsstelle, das Gehalt des Adjutanten, die Aufwandsentschädigung für den Landesinspektor, das Gehalt für die Schreibkraft. Der bewegliche Teil in Höhe bis zu 350 RM, wovon Reisespesen, Telefon und Ähnliches zu bezahlen waren, wurde nach Abrechnung mit der Reichsinspektion nachträglich ausgezahlt.<sup>181</sup> Weiter erklärte Straßer, daß er anstrebe, die Landesinspektionen zu Landesleitungen nach dem Vorbild der österreichischen Parteiorganisation auszubauen. Dann gab er die Ernennung der Nachfolger der Landesinspektoren in ihren bisherigen Gauen bekannt,<sup>182</sup> und zwar wurde für Loeper im Gau Magdeburg-Anhalt Paul Hofmann eingesetzt,<sup>183</sup> für Lohse (Schleswig-Holstein) Joachim Meyer-Quade,<sup>184</sup> für Rust (Hannover-Süd) Dr. Hermann Muhs,<sup>185</sup> für Sprenger (Hessen-Nassau) Karl Linder.<sup>186</sup> Für die Großgaue Sachsen und Schleswig ordnete Straßer

---

<sup>179</sup> Heinz Haake war bis Juni 1925 Gauleiter in Köln und wurde dann von Robert Ley abgelöst, dem wiederum ab Okt. 1931 Josef Grohé nachfolgte.

<sup>180</sup> Protokoll der Führer tagung vom 18. 8. 1932, BA, NS 22/348.

<sup>181</sup> Briefe vom 26. 10. und 10. 11. 1932 an die „Herren Landesinspektoren“, NS 22/7, und eine Aufstellung über den beweglichen Etat der Reichs- und Landesinspektionen Oktober 1932, NS 26/351.

<sup>182</sup> Von den 10 Landesinspektoren mußten nicht alle als Gauleiter ersetzt werden. Haake war kein amtierender Gauleiter, Goebbels hatte sein altes Gebiet behalten, Bayern hatte noch keinen Landesinspektor, sondern wurde kommissarisch von Ley mitverwaltet, und für den 10. Bereich, Österreich, galten sowieso andere organisatorische Bedingungen.

<sup>183</sup> Tyrell, a. a. O., S. 375.

<sup>184</sup> Ebenda, S. 373.

<sup>185</sup> Ebenda, S. 373.

<sup>186</sup> BDC, Personalakte.

an, daß die Landesinspektore Mutschmann und Brückner als Gauleiter im Amt zu bleiben, aber ihre großen Gaue entsprechend den Wahlbezirken in Untergaue aufzugliedern hätten, deren Leiter den Rang von Gauleitern erhalten sollten. Brückner meldete am 14. September 1932 die Durchführung dieser Anordnung.<sup>187</sup> Gottschalk, Friedrich und Adamczyk wurden Gauleiter für Nieder-, Mittel- und Oberschlesien. Über den Gau Sachsen (Mutschmann) ist in den Quellen nichts zu finden. Bei Goebbels entsprachen sich alter Gau und Landesinspektion, so daß personelle Konsequenzen entfielen. Ley leitete die Landesinspektion Bayern zunächst kommissarisch, und der neue Landesinspekteur-West, Haake, war kein Gauleiter gewesen. Im 10. Bereich, in Österreich, hatte die Landesleitung sowieso schon bestanden. Als wichtigste Aufgaben der Landesinspektore bezeichnete Straßer die Schulung und die Inspektion. So sollten, sobald es die finanziellen Mittel erlaubten, in jedem Inspektionsbereich „Landesführerschulen“ eingerichtet werden.<sup>188</sup> Ausdrücklich bestätigte er den Landesinspektoren auch, daß sie zu jeder Tages- und Nachtzeit jeden beliebigen Ort ihres Inspektionsbereiches inspizieren könnten, ohne sich vorher bei den Gauleitungen anmelden zu müssen. Ferner ordnete Straßer an, daß Partei und staatliche Aufgaben grundsätzlich streng zu trennen seien. Die Amtswalter müßten sich in einem nationalsozialistisch geführten Staat entscheiden, ob sie ihre Parteistelle behalten oder lieber in Staatsstellen einrücken wollten. Es sei daher „nicht angängig und mit den Aufgaben eines Amtswalters der NSDAP unvereinbar, daß z. B. ein Gauleiter gleichzeitig Ministerpräsident eines Landes sein kann“. Ausnahmen könne nur der Reichsorganisationsleiter genehmigen. Zum Schluß der Führertagung übermittelte Straßer den Landesinspektoren noch ein Grußwort des Führers und dessen Einladung zum gemeinsamen Abendessen. Solchermaßen geehrt und von ihrer Bedeutung überzeugt, kehrten die Landesinspektore in ihre Gebiete zurück und begannen mit der Arbeit. Regelmäßig wurden jetzt – sowohl von den Reichs- als auch von den Landesinspektoren – Ankündigungen und Berichte über Inspektionen der Gaue an die Reichsorganisationsleitung geschickt. Eine besondere Rolle nahmen die Berichte über den Wahlkampf und die Ergebnisse bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 ein, die von der Reichsorganisationsleitung angefordert wurden.<sup>189</sup>

Auch in die innere Struktur der Gaue wurde durch die neue Dienstvorschrift eingegriffen. Die Gauleitungen und ihre Administrationen hatten sich angesichts verschiedenster örtlicher und personeller Gegebenheiten organisatorisch unterschiedlich verfestigt. Insbesondere durch die verschieden gestalteten „Gauliquen“, die sich um die einzelnen Gauleiter bildeten und, wiewohl sie nicht allein aus Amtsträgern bestanden, ihre eigentliche Führungsmannschaft stellten, in der man sich ge-

---

<sup>187</sup> Meldung an die Reichsorganisationsleitung über die Aufteilung des Gaues Schlesien in drei Untergaue vom 14. September 1932, BA, NS 22/348.

<sup>188</sup> Dienstvorschrift S. 24, BA, NS, D 9/7; Brief Ley an die Reichsorganisationsleitung vom 1. 12. 1932, BA, NS 22/356.

<sup>189</sup> Siehe Anmerkung V/199.

gegenseitig abstützte und gegen Angriffe abschirmte, hatten sich die Verhältnisse so heterogen entwickelt, daß es bereits damals nahezu unmöglich war, einen Gauleiter von einem Gau in den anderen zu versetzen.<sup>190</sup> Gerade hier griff Straßers Dienstvorschrift ein,<sup>191</sup> indem sie verlangte, daß jeder Amtswalter jederzeit versetzbar sein und sich sofort in seinem neuen Bereich zurechtfinden müsse. So wurde jetzt die organisatorische Zusammensetzung der Gauleitungen einheitlich festgesetzt. Jede Gauleitung hatte danach, neben dem Gauleiter selbst, zu bestehen aus: 1. Gaugeschäftsführer, 2. Gauschatzmeister und 3. Gaupropagandaleiter. Diese drei Ämter entsprachen den Positionen in der Reichsleitung: dem Reichsgeschäftsführer (Bouhler), dem Reichsschatzmeister (Schwarz) und der geteilten Reichspropagandaleitung (Goebbels und Reinhardt), in der es die bereits geschilderten Überschneidungen gab.<sup>192</sup>

Ferner wurden fünf weitere Amtswalter in der Gauleitung eingeführt, nach den Hauptabteilungen in Straßers Reichsorganisationsleitung. Der Gauinspekteur entsprach der Reichsinspektion I bzw. II, die Hauptabteilungsleiter III, IV, V und VI entsprachen den gleich nummerierten Hauptabteilungen in der ROL, also III der politischen Abteilung,<sup>193</sup> IV der Wirtschaft, V der Landwirtschaft, VI der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO).

Die territoriale Ausdehnung der Gaue blieb ebenfalls nicht unberührt, was bei dem stark ausgeprägten Besitzstandsdenken der Gauleiter bislang durchweg zu Schwierigkeiten geführt hatte. So wurden per Verordnung des Reichsinspektors I vom 11. November 1932 entsprechend der preußischen Verwaltungsgliederung Gebiete vom Gau Süd-Hannover zum Gau Magdeburg-Anhalt und Thüringen und von Westfalen-Nord zu Hannover-Süd geschlagen, ohne daß irgendwelche Schwierigkeiten entstanden.<sup>194</sup>

Für die PO ergab sich also folgende vertikale Gliederungsstruktur:<sup>195</sup> Dem Reichsorganisationsleiter Straßer unterstanden die Reichsinspektoren I und II, Schulz und Ley, diesen in ihren beiden Reichshälften die Landesinspektoren, denen wiederum die Gauleiter unterstellt waren. Es folgten die Kreisleiter, die Ortsgruppenleiter, die Stützpunktleiter und schließlich die Block- und Zellenwarte. Neben diese Amtsträger traten noch die Stabsleiter, die als „Fachleute“ entsprechend den Ressorts in der Reichsleitung bzw. den Hauptabteilungen in der Reichsorganisationsleitung eingesetzt waren und diesen Stellen fachlich unterstanden, womit die ROL auch die Mehrheit der offiziellen Berater der Gauleiter bzw. der Kreisleiter usw. fachlich kontrollierte.

---

<sup>190</sup> Hüttenberger, a. a. O., S. 56f.

<sup>191</sup> Dienstvorschrift S. 15f., S. 44; Anweisung des Reichsorganisationsleiters vom 1. 10. 1932, BA, NS 26/265.

<sup>192</sup> Siehe oben S. 55ff.

<sup>193</sup> Gliederung der Reichsorganisationsabteilung vom 18. 7. 1932, Sammlung Schumacher, 374.

<sup>194</sup> Anordnung des Reichsinspektors I vom 11. 11. 1932, BA, NS 26/351.

<sup>195</sup> Tyrell, a. a. O., S. 353; Orlow, a. a. O., S. 260f.

Bezeichnend für die neue Entwicklung sind die zahlreichen Verweise auf den Dienstweg, die in den Akten aus jenen Monaten zu finden sind.<sup>196</sup> In einer „Anordnung“ vom 26. August 1932 wurde angekündigt,<sup>197</sup> daß in der 2. Auflage der „Dienstvorschrift“ ein besonderes Kapitel über den Dienstweg, besonders bei Beschwerden, eingeführt werde.

„Aber schon jetzt sind die Parteigenossen sowie alle Dienststellen anzuhalten, daß jede Beschwerde über einen Amtswalter nur an die nächsthöhere Dienststelle zu richten ist. Es muß endlich einmal aufhören, daß jeder Dreck direkt an die Reichsorganisationsleitung gesandt wird, und bis zum 1. Oktober muß dieser Gedanke in der Mitgliedschaft so weit durchgedrungen sein, daß von da ab jeder Beschwerdeführer, der diesen Dienstweg nicht innehält, mit gutem Recht vor den USchLA wegen disziplinarwidrigen Verhaltens gezogen werden kann!“

Aber nicht nur bei Beschwerden, sondern bei der gesamten innerparteilichen Geschäftspost begann die Münchner Reichsleitung peinlich auf die Einhaltung des Dienstweges zu achten. Mit einer Belehrung, die auch die Aufforderung einschloß, sich künftig direkt an die zuständige Dienststelle zu wenden, wurde jedem Absender, der den Dienstweg nicht eingehalten hatte, mitgeteilt, daß sein Schreiben ohne Bearbeitung an die zuständige Stelle der ROL weitergegeben worden sei. Meist erhielt der Schreiber noch eine weitere unmißverständliche Belehrung durch die ROL selbst. Sogar Göring ging es in dieser Zeit bei einer sachlichen Anfrage beim Führer nicht anders, nur daß der Ton der Belehrung um einige Grade höflicher ausfiel als bei anderen Personen.<sup>198</sup> Es gab nur ein Gebiet, in das sich Straßer nicht einmischte, das waren die Parteifinzen. Wandte man sich an ihn in finanziellen Fragen, so gab er das Schreiben, nicht ohne den Absender zu belehren, an Reichsschatzmeister Schwarz weiter.<sup>199</sup>

Als 1932 die Stärke der NS-Fraktionen in den einzelnen Parlamenten erheblich zunahm, reichten die bisherigen Regelungen der Unterstellung der einzelnen Abgeordneten unter die Sektion Reichsleitung und die Verpflichtungserklärungen<sup>200</sup> nicht mehr, um einheitliche politische Aussagen zu sichern. In zahlreichen Kommunen und auch Ländern hatte sich die NSDAP an Verwaltung und Regierung beteiligt.<sup>201</sup> Im Reichstag stellte die NSDAP seit dem 31. Juli 1932 die stärkste Fraktion, ebenso in den meisten Landtagen und Kommunalparlamenten. Alle diese NS-Frak-

---

<sup>196</sup> Eingaben und Beschwerden nach Gauen und Landesinspektionen geordnet, BA, NS 22/351, 352, 353.

<sup>197</sup> Anordnung des Reichsinspektors II vom 26. August 1932, BA, NS 26/356.

<sup>198</sup> BA, NS 22/353.

<sup>199</sup> Z. B. Kraftwagen-Affäre Haake, BA, NS 22/352 und NS 22/7.

<sup>200</sup> Siehe oben S. 66 ff.

<sup>201</sup> 1932 stellte die NSDAP in Braunschweig den Innen- und Volksbildungsminister, in Anhalt den Ministerpräsidenten, in Oldenburg den Ministerpräsidenten, den Finanzminister und den Minister für Kultur und Justiz, in Mecklenburg-Schwerin den Ministerpräsidenten und einen Minister, in Thüringen den Ministerpräsidenten, den Minister für Finanzen und Wirtschaft sowie den Volksbildungsminister.

tionen hatten sich täglich mit Fragen der aktiven parlamentarischen Arbeit zu beschäftigen und politische und sachliche Entscheidungen zu treffen. Zur zentralen und einheitlichen Steuerung der Abgeordneten setzte Gregor Straßer gleichzeitig mit den Verfügungen zur Reform der Reichsorganisationsleitung ein Dekret zur Kontrolle der Tätigkeit der NS-Fraktionen durch.<sup>202</sup> Da dieser neue Erlass zunächst nur unzureichend befolgt wurde, bekräftigte Straßer die neue Regelung zunächst am 24. August 1932<sup>203</sup> und dann noch einmal am 18. September 1932, als er schrieb:

„Die Verfügung des Führers vom 9. Juni 1932 ... wonach alle Anträge in parlamentarischen Körperschaften von Gemeinde bis Reichstag vor Einreichung mir vorzulegen sind, ist bis jetzt, mit Ausnahme von Hessen, nicht oder nicht hinreichend berücksichtigt worden. Sie wird nochmals ernstlich in Erinnerung gebracht.

Die Einreichung der Anträge an mich soll auch dem Zweck dienen, die hier geprüften und gebilligten Anträge von Fraktionen allen anderen als Unterlage und Anregung von hier aus zur Verfügung zu stellen.“<sup>204</sup>

Wie in dem belobigten Land Hessen kam die Praxis der Voreingehung von Anträgen und sonstigen Aktivitäten auf Parlamentsebene nun auch in den anderen Gebieten in Gang. Ein gutes Beispiel liefern Vorgänge in Mecklenburg-Schwerin. Das kleine Land stand offensichtlich vor dem finanziellen Zusammenbruch. So mußte sich die hier regierende NSDAP etwas einfallen lassen, wenn sie die Geschäftsfähigkeit aufrechterhalten wollte. Zusammen mit einem Begleitschreiben schickte der zuständige Gauleiter Hildebrandt am 12. November 1932 Straßer einen Etatentwurf zu,<sup>205</sup> der durch Erhöhung der Schlachtsteuer und Kürzung der Gehälter der oberen Ministerialbürokratie einen formal ausgeglichenen Haushalt zu erreichen suchte. Hildebrandt bat Straßer um Zustimmung zu den geplanten Maßnahmen und zum Etatentwurf, wobei er zur Eile drängte, da der Haushalt in der nächsten Hauptausschußsitzung am 22. November vorgelegt werden müsse. Vorsorglich machte er darauf aufmerksam, daß die einzige Alternative, falls man den Haushalt nicht ausbalancieren könne, die Einsetzung eines Reichskommissars sei, was damals durchaus nicht im Sinne der NSDAP sein konnte, da sie ja an der Reichsregierung noch nicht beteiligt war. Gleichzeitig trat Ministerpräsident Granzow (NSDAP) mit dem Reichsfinanzministerium in Verbindung, um vorbereitende Gespräche über die auch Straßer vorgeschlagenen Maßnahmen zu führen. Gauleiter Hildebrandt ging außerdem an die Öffentlichkeit und erklärte, daß die Haushaltsschwierigkeiten, in denen das Land stecke, allein durch die Politik der Reichsregierung verschuldet seien.<sup>206</sup> Leider ist den Quellen nicht zu entnehmen, wie Straßers Organisationsleitung auf die Anfrage reagierte.

---

<sup>202</sup> Verfügung des Führers vom 9. Juni 1932, VB 15. 6. 1932.

<sup>203</sup> Schreiben vom 24. 8. 1932 an die Vorsitzenden der Nationalsozialistischen Fraktion. BA, Sammlung Schumacher 319.

<sup>204</sup> Anordnung an sämtliche Landtagsfraktionen vom 19. 9. 1932, BA, NS 22/348.

<sup>205</sup> Brief Hildebrandt an Straßer vom 12. 11. 1932, BA, NS 22/373.

<sup>206</sup> VB, 16. 11. 1932.

Straßer, der dies in seinen Gesprächen mit Wagener bereits angekündigt hatte,<sup>207</sup> begann also nun seine Konzeption des Primats der Partei durchzusetzen. Und er blieb nicht bei passiver Kontrolle stehen, sondern ging zu aktiver Lenkung über. Am 24. August 1932 übermittelte er in einem „Rundschreiben“ allen NS-Fraktionen Anträge zur Wirtschaftspolitik, die neben der Begründung auch Finanzierungsmöglichkeiten nannten.<sup>208</sup> Im Begleitschreiben ordnete er an, daß abweichende Anträge nicht eingebracht bzw., wenn sie von anderer Seite kämen, nicht unterstützt werden dürften. „Dagegen sind unsere Anträge so einzubringen, daß die Gegner zustimmen oder mindestens dazu Stellung nehmen müssen.“ Tatsächlich berichtete z. B. der „V. B.“ vom 22. November 1932, daß die NS-Fraktion im Anhalter Parlament entsprechende Anträge eingebracht habe.<sup>209</sup> Um das Verständnis für seine Wirtschaftspläne zu fördern und um den Weg jener parlamentarischen Anträge zu ebnen, stellte er zwei seiner Wirtschaftsexperten aus der ROL, Hermann Tholens und Bernhard Köhler, zur Beratung und Aufklärung der NS-Fraktionen ab.<sup>210</sup> Er delegierte also in solchen Fachfragen die Lenkung von NS-Fraktionen und -Regierungen an die zuständige Fachabteilung seiner ROL. Eine Anordnung vom 5. Dezember 1932 ermächtigte z. B. auch die Abteilung Verkehr, die Verkehrspolitik der NSDAP in allen Parlamenten zu koordinieren.<sup>211</sup>

Im Sommer und Herbst 1932 zog er außerdem die politisch-ideologische Kontrolle der NS-Presse und der Propaganda an sich. Nachdem er am 27. August 1932 auf einer Sitzung der Reichsorganisationsleitung angeordnet hatte, ihm „in kürzester Zeit“ einen genauen Bericht „über die Anzahl und die Rechtsverhältnisse“ der NS-Zeitungen vorzulegen,<sup>212</sup> bestimmte er am 21. November 1932 in einem an die „NS-Presse, Gaue, Zeitschriften, Hauptabteilungsleiter“ gerichteten Rundschreiben: „Ich untersage ... allen Dienststellen und Parteigenossen, schriftliche oder mündliche Veröffentlichungen über Arbeitsbeschaffung und ihre Finanzierung ohne Genehmigung der Reichsorganisationsleitung vorzunehmen. Im Interesse einer absolut einheitlichen Führung unserer gesamten Finanz- und Wirtschaftspolitik ist es unumgänglich notwendig, daß alle Artikel und Aufsätze grundsätzlicher Art vor der Veröffentlichung dem Stabsleiter der Hauptabteilung IVa Staatswirtschaft und IVb Privatwirtschaft der Reichsorganisationsleitung der NSDAP in München zur Genehmigung eingereicht werden ... Fragen des Währungs- und Geldwesens dürfen in den lokalen wirtschaftspolitischen Zeitschriften in keinem Fall mehr selbständig behan-

---

<sup>207</sup> Wagener-Tagebuch, S. 667f., IfZ, ED 60.

<sup>208</sup> Rundschreiben vom 24. 8. 1932 an alle NS-Fraktionen, BA, NS 22/348.

<sup>209</sup> VB, 22. November 1932.

<sup>210</sup> Rundschreiben der Reichsorganisationsleitung vom 24. 8. 1932, BA, NS 22/348; vgl. auch Brief der Reichsorganisationsleitung an Landesinspektion, SüdWest vom 27. 9. 1932, BA, NS 22/7.

<sup>211</sup> Brief der Reichsorganisationsleiter an die Geschäftsführer der NS-Fraktionen des Reichs- und der Landtage vom 5. 12. 1932, BA, NS 22/348.

<sup>212</sup> Protokoll über die Sitzung der Reichsorganisationsleitung vom 27. 8. 1932, BA, NS 22/348.

delt werden, sondern es ist dann stets auf das von der Reichsleitung herausgegebene Material zurückzugreifen.“<sup>213</sup>

Mit ähnlichen Maßnahmen griff er auch nach der NS-Propaganda. Die Teilung der Reichspropagandaleitung in die Abteilungen I und II ausnützend,<sup>214</sup> hatte er den Fachabteilungen der ROL die Ausarbeitung des Propagandamaterials vorbehalten, soweit es sich auf grundsätzliche politische Fragen bezog. „Um die Einheitlichkeit in der Lenkung der Propaganda ... zu sichern“, betonte Straßer am 5. Dezember 1932: „Die für die propagandistische Verwendung benötigten Ausarbeitungen (Rednermaterial, Informationen usw.) der Hauptabteilungen in der ROL werden diesen durch die ROL übertragen. Einzelne der ROL eingegliederte Referenten können der Reichspropagandaleitung keine Ausarbeitung zur Verfügung stellen, ohne die Genehmigung des Reichsorganisationsleiters oder seines Stellvertreters auf dem Dienstweg eingeholt zu haben.“<sup>215</sup>

Beispielhaft für Straßers zunehmenden Einfluß in der Propagandaleitung, und zwar auch in der Abteilung I, ist die Tatsache, daß er und nicht Goebbels die am 5. 6. und 7. Oktober 1932 in München stattfindende Reichspropagandatagung leitete.<sup>216</sup> Dabei spielte es natürlich eine Rolle, daß Goebbels, der ja in Berlin wohnte, von seiner in München sitzenden Reichspropagandaleitung weit getrennt war. Bezeichnend ist auch, daß es sich im Herbst 1932 für führende Mitarbeiter der Propagandaleitung I in München einbürgerte, sich bei größeren dienstlichen Schwierigkeiten an Straßer statt an Goebbels zu wenden.<sup>217</sup>

Straßer hatte sich zudem wieder eine Art Hauspresse zugelegt. Anders als im ehemaligen Kampfverlag, der allgemeine Tages- und Wochenzeitungen herausgegeben hatte, kontrollierte er jetzt einige Fachzeitungen, in denen er besonders interessante Gruppen sowohl in der Partei als auch in der Gesamtbevölkerung ansprechen konnte. Es handelte sich um folgende Organe: „Nationalsozialistische Landpost“, das Organ der agrarpolitischen Hauptabteilung V der ROL (Wochenblatt); „Das Arbeitertum“, das Organ der NSBO Hauptabteilung VI der ROL (Halbmonatsschrift); „NS-Frauenwarte“, das Organ der NS-Frauenschaft Hauptabteilung VIII der ROL (Monatsschrift); „Deutsche Kriegsopferversorgung“, das Organ der Hauptabteilung IX der ROL (Monatsschrift).<sup>218</sup> Straßer behielt sich für diese Zeitungen prinzipiell die Herausgeberschaft und damit die Verantwortlichkeit vor und überließ sie nicht etwa den entsprechenden Hauptabteilungsleitern der ROL.<sup>219</sup>

<sup>213</sup> Rundschreiben an die NS-Presse, Gaue, Zeitschriften, Hauptabteilungsleiter vom 21. 11. 1932, BA, NS 22/356.

<sup>214</sup> Siehe oben S. 55 ff.

<sup>215</sup> Brief des Reichsorganisationsleiters vom 5. 12. 1932 an die Hauptabteilungen I bis IV der Reichsorganisationsleitung, BA, NS 22/348 .

<sup>216</sup> VB, 7. Oktober 1932.

<sup>217</sup> Brief aus der Reichspropagandaleitung an die Reichsorganisationsleitung vom 2. 12. 1932, BDC, Personalakte Streicher.

<sup>218</sup> „Gliederung der Reichsorganisationsleitung“ ohne Datum, Stand Herbst 1932, BA, NS 22/348.

<sup>219</sup> Dies ist zumindest für die größte dieser Zeitungen „Das Arbeitertum“ und die „NS-

Straßers Maßnahmen zur Durchorganisation der Partei und zur Gleichschaltung sowohl der Mandatsträger bzw. der Exekutive, soweit man sie besaß, wie der Presse und der Propaganda liefen auf etwas anderes hinaus als das Hitlersche Führungssystem, das auf persönlichen Bindungen beruhte und dessen Rivalitätskämpfe, die als Ausleseprinzip des Stärkeren vulgär-darwinistisch verklärt wurden, die Gestalt des Führers als Einigungsmoment unabdingbar machte. Ein an verbindlichen Regeln und rationalen Kriterien orientiertes Führungssystem mußte solche irrationalen Momente zur Steuerung der NS-Bewegung allmählich entbehrlich machen und damit Hitlers persönliche Bedeutung, die auf Mythisierung seiner Gestalt beruhte, in den Hintergrund treten lassen.<sup>220</sup>

Daß Gregor Straßer praktisch zum „Generalsekretär“ der Partei geworden war, entsprach genau seinen Absichten.<sup>221</sup> Die Streitigkeiten, die zwischen ihm und Hitler im Laufe des Jahres 1932 entstanden, waren wohl zu einem guten Teil hierauf zurückzuführen. Straßer hatte Hitler zwar die Parteireform und auch die Kontrolle der Fraktionen im Juni 1932 abgerungen, aber der endgültigen Ernennung zum „Generalsekretär“ hatte sich Hitler bis zum Dezember 1932 immer noch entzogen, nicht zuletzt dadurch, daß er für Straßer einfach nicht zu sprechen war.<sup>222</sup> Das Ansehen Straßers in der Partei wuchs jedoch, und im Sommer 1932 entwickelte sich neben dem Hitler-Mythos ein eigener Straßer-Personenkult. Einige Beispiele: Am 3. September 1932 erhielt das neue Gauhaus in Dresden den Namen „Gregor-Straßer-Heim“;<sup>223</sup> seit Sommer 1932 wurden Schallplatten mit Straßer-Reden verteilt;<sup>224</sup> in den Geschäftsräumen der Parteistellen im Lande hingen neben dem Bild des Führers immer häufiger signierte Bilder Straßers;<sup>225</sup> und im September 1932 kam eine parteioffizielle Biographie Straßers auf den Markt,<sup>226</sup> die von der ROL allen Gauen zur Weiterverbreitung empfohlen wurde.<sup>227</sup>

Natürlich weckte der Aufstieg Straßers und die Machtballung in seiner Hand auch innerparteilichen Unmut und sogar Widerstand. In der schon erwähnten Schickedanz-Rosenberg-Korrespondenz wurde Straßers Aufstieg durchaus mit unwilliger Skepsis beobachtet. Auf die Machtbescheidung der Gauleiter reagierten auch die

---

Frauen-Warte“ nachzuweisen. Ähnlich schienen die Verhältnisse auch bei der „Deutschen Kriegsopferversorgung“ zu sein. Unklar ist diese Frage allerdings bei der „Nationalsozialistischen Landpost“ (Brief vom 8. 9. 1932 an die Hauptabteilung III und „Gliederung der Reichsorganisationsleitung“, BA, NS 22/348, und „Verfügung“ vom 12. 10. 1932, BA, NS 22/356).

<sup>220</sup> Vgl. Horn, a. a. O., S. 382 ff.

<sup>221</sup> Personalakte Reupke, BDC.

<sup>222</sup> „Bericht Lohse“, IfZ, ZS 265. Abschiedsbrief im Nachlaß Schulz, siehe Anhang, Dok. II. VB, 6. Sept. 1932.

<sup>224</sup> Brief des Reichsverbandes deutscher Rundfunkteilnehmer an Straßer vom 25. 6. 1932, BA, NS 22/3.

<sup>225</sup> Brief des Landesinspektors West an den Reichsorganisationsleiter vom 18. 10. 1932, BA, NS 22/7.

<sup>226</sup> Brief Schulz an Diebow vom 6. 9. 1932, BA, NS 22/353. Hans Diebow, Gregor Straßer und der Nationalsozialismus, Berlin 1932.

<sup>227</sup> Brief Schulz an Glaser vom 28. 10. 1932, BA, NS 22/348.

Straßer-Freunde unter ihnen, soweit sie nicht Landesinspektoren wurden, mit Unwillen, war doch der Prestigeverlust, den sie erlitten, indem sie, bisher „Stellvertreter“ des Führers, einer neuen Verwaltungsinstanz unterstellt wurden, mindestens ebenso groß wie die tatsächliche Machteinbuße.<sup>228</sup> Diese organisatorische Reform wurde als „nationalsozialistisch“ und „militärisch“ empfunden, wobei allerdings die Betroffenen weniger Straßer als seine rechte Hand, den „Militär“ Oblt. Schulz, verantwortlich machten.<sup>229</sup> Außerdem mißtrauten natürlich die außerhalb dieses Systems stehenden Hitler-Vertrauten, vor allem Göring, der zunehmenden Macht Straßers. Konnte man von Goebbels, der immerhin als Landesinspekteur und als Leiter der Propagandaabteilung I an dem System in hoher Stellung beteiligt war, noch annehmen, daß er sich aufgrund der guten Zusammenarbeit in der Elberfelder Zeit und seiner persönlichen Wendigkeit bald wieder mit Gregor Straßer arrangiert hätte, zumal die „erbitterte Feindschaft“ zwischen Goebbels und Gregor Straßer wohl zum großen Teil der Otto-Straßer-Legende zuzuschreiben ist, so gab es für Göring im Straßerschen System überhaupt keine Funktion. Da Göring gar kein offizielles Parteiamt innehatte, war sein Einfluß unmittelbar und allein abhängig von seinem Einfluß auf Hitler und damit von dessen Macht.

In diesem Zusammenhang ist auch Straßers Verhältnis zu den großen Massenorganisationen der NS-Bewegung hervorzuheben, zu den noch jungen Betriebszellenorganisationen (NSBO), die als Hauptabteilung VI der ROL unterstellt waren, und andererseits zur SA, der zweiten Säule der Bewegung neben der PO. Nach jahrelangen innerparteilichen Diskussionen über die Stellung der NSDAP zur Gewerkschaftsfrage und nach einigen bis ins Jahr 1928 zurückgehenden örtlichen Versuchen, vor allem in Berlin, eigene nationalsozialistische Arbeiterorganisationen, sogenannte Betriebszellen, zu schaffen, hatte sich der Nürnberger Parteitag von 1929 grundsätzlich mit diesem Problem befaßt und am 3. August 1929 die Bildung einer NS-Betriebszellenorganisation beschlossen.<sup>230</sup> Zunächst wurde dieser Beschluß jedoch nur im Gau Berlin von Gaubetriebszellenwart Muchow durchgeführt. Erst im Januar 1931 erfolgte die Gründung der NSBO, unter der Schirmherrschaft Gregor Straßers, auf Reichsebene. Leiter der NSBO wurde Walter Schuhmann, Stellvertreter Reinhold Muchow. Als Grundstock waren damals etwa 3000 Berliner Mitglieder vorhanden, doch entwickelten sich die Mitgliederzahlen stetig weiter:

März 1931 ...	4 131	März 1932 ...	78 134
Juni 1931 ...	10 994	Mai 1932 ...	106 158
Sept. 1931 ...	25 480	Aug. 1932 ...	170 000
Dez. 1931 ...	39 316	Dez. 1932 ...	294 042 <sup>231</sup>

<sup>228</sup> Horn, a. a. O., S. 382f.

<sup>229</sup> Auskunft Florian v. 27. 11. 1971; Auskunft Jordan v. 16. 8. 1971; Auskunft Otto Straßer v. 10. 4. 1971.

<sup>230</sup> Friedrick Käss, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsgedanke, München 1934, S. 28 ff.; „Der Großdeutsche Gewerkschafter“, München 1. 9. 1929, Aufruf zur Gründung einer Großdeutschen Gewerkschaft, BA, NS 26/280.

<sup>231</sup> Käss, a. a. O., S. 45f.

Die NSBO schuf sich ein eigenes Publikationsorgan, das unter dem Titel „Arbeitertum“ 14-tägig erschien und dessen Auflage mit der Zahl der Mitglieder ständig stieg. Straßer, auf der Titelseite abgebildet<sup>232</sup> und als Gründer und Schirmherr der NSBO gefeiert, hatte hier ein Forum, in dem er und seine engsten Mitarbeiter ihre Ideen, vor allem zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Partei verbreiten konnten. Zusammen mit den anderen Fachzeitschriften der ROL<sup>233</sup> hatte er sich damit einen Ersatz für die Publikationsmöglichkeiten des 1930 in der Otto-Straßer-Krise verlorenen Kampf-Verlages geschaffen. Im „Arbeitertum“ konnte er seine Ideen, die von der ihm unterstehenden Redaktionsleitung natürlich bereitwilligst gedruckt wurden, überdies in einem innerparteilich gleichsam neutralen und über das ganze Reichsgebiet verbreiteten Fachblatt einer schnell wachsenden Sonderorganisation der PO vertreten. So war es denn auch eine NSBO-Veranstaltung im Berliner Sportpalast, auf der er am 20. Oktober 1932 vor 15 000 Menschen,<sup>234</sup> noch rechtzeitig vor den Reichstagswahlen, sein weiterentwickeltes Arbeitsbeschaffungs- und Wirtschaftsprogramm zur Diskussion stellte.<sup>235</sup>

Mit diesem neuen Teil seiner Hausmacht, der ihm offenbar auch deshalb besonders am Herzen lag, weil er seiner Vorstellung von einem Ständestaat unter harmonischer Eingliederung der deutschen Arbeiterschaft entgegenkam, begann Straßer organisatorisch über die Parteigrenzen hinauszugreifen. Hatte Hitler beispielsweise bei der SA-Gründung 1926 gefordert,<sup>236</sup> daß jeder SA-Mann grundsätzlich Mitglied der NSDAP zu werden habe, damit nicht eine von ihm selbst unkontrollierte Organisation entstand, hieß es in den „Grundsätzlichen Verfügungen der Reichsorganisationsleitung über die NSBO“ ausdrücklich: „Die Mitgliedschaft bei der NSBO schließt nicht ohne weiteres eine Mitgliedschaft bei der NSDAP ein“.<sup>237</sup> Allerdings führte diese Bestimmung zu Schwierigkeiten mit Reichsschatzmeister Schwarz. Da die Mitgliedsbeiträge der NSBO niedriger waren als die der NSDAP, verließen offensichtlich viele Parteimitglieder die NSDAP, um nur noch Mitglieder der NSBO zu bleiben. Die ROL sah sich daher gezwungen, dies einzuschränken. Mit der gemeinsamen Unterschrift von Schwarz und Straßer wurde bekanntgegeben: „Aufgrund der bestehenden Bestimmungen des Reichsorganisationsleiters ist es zwar angängig, daß Nichtmitglieder der NSBO beitreten. Dagegen ist es verboten, daß Parteimitglieder aus der NSDAP ausscheiden, um des geringen Beitrags willen Mitglied der NSBO zu werden.“<sup>238</sup> Weiter wurde bestimmt, daß Nichtparteimitglieder

---

<sup>232</sup> „Arbeitertum“, Juni 1932.

<sup>233</sup> Siehe oben S. 76.

<sup>234</sup> Sonderdruck: „Das wirtschaftliche Aufbauprogramm der NSDAP“. Eine Rede Gregor Straßers, Berlin 1932.

<sup>235</sup> Siehe zu diesem Programm S. 83 ff.

<sup>236</sup> Benneke, a. a. O., S. 125, 131.

<sup>237</sup> „Grundsätzliche Verfügungen der Reichsorganisationsleitung über die NSBO“, 15. 7. 1932, BA, NS 26/278.

<sup>238</sup> Bekanntgabe der Reichsorganisationsleitung vom 21. 6. 1932, BA, NS 26/278.

keine Funktionsämter innerhalb der NSBO übernehmen können,<sup>239</sup> um so der Gefahr einer Eigenentwicklung der Betriebszellenorganisation entgegenzuwirken. Trotzdem war diese Erweiterung der Mitgliederbasis von grundsätzlicher Bedeutung. Wenn die Bedeutung der charismatischen Führungsgestalt Hitlers für den Zusammenhalt der Partei schon durch die versuchte strukturelle Festlegung und Formalisierung der Parteiorganisation tendenziell entbehrlich wurde, so entstand mit der NSBO eine relativ schnell wachsende Organisation, die mit einem Teil ihrer Mitglieder nicht einmal mehr eine direkte organisatorische Bindung an die Person Adolf Hitlers hatte und ihre Organisationsspitze in der Hauptabteilung VI von Straßers Reichsorganisationsleitung sehen mußte. Neben der Otto-Straßer-Legende, die den Namen Gregors sowohl in den Zeiten des Kampfverlages<sup>240</sup> als auch nach seiner Ermordung am 30. Juni 1934<sup>241</sup> für die eigenen und teilweise nationalkommunistischen<sup>242</sup> Ziele beansprucht hatte, waren es vor allem Gründung und Unterstützung der NSBO, die Gregor Straßer den Namen eines „linken“ Nationalsozialisten einbrachten.

Anders lagen die Dinge bei den Beziehungen zu Röhms SA. Seit v. Pfeffer die SA am 1. November 1926 auf Reichsebene gegründet hatte, war es dauernd zu Reibereien und Schwierigkeiten gekommen, was schließlich zum Rücktritt v. Pfeffers geführt hatte.<sup>243</sup> Aber auch nach der Übernahme der SA-Führung durch Röhm (5. Januar 1931) besserte sich das Verhältnis zwischen PO und SA keineswegs. Die persönliche Atmosphäre zwischen Straßer und SA-Chef Röhm wurde sogar noch schlechter. Hatte v. Pfeffer immerhin in der Frühzeit zur Nordwestdeutschen AG gehört und dort unter Straßer gearbeitet, so brachte Straßer dem aus Bolivien zurückgekehrten Röhm eher eine gewisse Antipathie entgegen.<sup>244</sup> Außerdem war Röhm als Führer der SA tatsächlich der einzige wirklich mächtige Mann innerhalb der Bewegung, der Straßer, z. B. bei einem hypothetischen Ausscheiden Hitlers, den Führungsrang hätte streitig machen können. So verbanden sich hier persönliche Abneigungen mit machtpolitischer Konkurrenz. Es ist bezeichnend, daß Straßer im Sommer und Herbst 1932 jede Vermittlung ausschlug.<sup>245</sup>

Straßer und Schulz, der hier hauptsächlich in Erscheinung trat, verfolgten offensichtlich zwei Wege, um den Einfluß Röhms zurückzudrängen bzw. ganz auszuschalten. Einerseits bot Schulz dem Reichswehrministerium die Auflösung von SA und SS an,<sup>246</sup> womit er bewußt den Plänen des Ministeriums zur Aufstellung einer Miliz entgegenkam, an der er, als einer der Organisatoren der Schwarzen Reichswehr, sicherlich auch großes persönliches Interesse hatte. Zum anderen beteiligte sich

---

<sup>239</sup> Anmerkung III/237.

<sup>240</sup> Siehe oben S. 42 ff.

<sup>241</sup> Siehe unter Bibliographie: Otto Straßers Veröffentlichungen.

<sup>242</sup> Otto-Ernst Schüddekopf, *Linke Leute von Rechts*, Stuttgart 1960, S. 267 f.

<sup>243</sup> Siehe oben S. 62.

<sup>244</sup> Lüdecke, a. a. O., S. 445.

<sup>245</sup> Ebenda, S. 444 ff.

<sup>246</sup> „Kurzorientierung des Ministeramtes“, 3. 8. 1932, IfZ, F 41.

Schulz an Versuchen, Röhm und dessen unmittelbare Mitarbeiter durch öffentliche Bloßstellung auszuschalten, während Straßer und Schulz gleichzeitig ihr Ansehen bei den mittleren SA-Führern und den Mannschaften pflegten.<sup>247</sup> Bereits im Herbst 1931 wurden die homosexuellen Neigungen des SA-Chefs in der Öffentlichkeit bekannt. Den Anstoß hatte Otto Straßer gegeben, der belastende Röhm-Briefe aus Bolivien an einen Dr. Heimsoth, die ihm bekannt geworden waren, veröffentlichte.<sup>248</sup> In die undurchsichtigen Intrigen gegen den Stabschef, die jetzt begannen, schalteten sich als innerparteiliche Gegner Röhrs unter anderem Schulz, Schwarz, Buch, Bormann und zeitweise auch Goebbels ein. Den Abschluß der Kampagne bildete ein Brief Bormanns an Hess vom 5. Oktober 1932, in dem die sofortige Absetzung Röhrs verlangt wurde.<sup>249</sup> Bormann schrieb, Röhrs Verdienste seien gleich Null, von einer Persönlichkeit könne keine Rede sein, und die immer wieder gerühmte Treue zu Hitler sei nur eine Selbstverständlichkeit für einen SA-Mann. Seine abartigen Neigungen ließen ihn darüber hinaus in den Augen der meisten Parteimitglieder bereits als ungeeignet für ein so hohes Amt erscheinen. Seine Zusammenarbeit mit dem Gegner habe ihn jetzt sogar zum Verräter werden lassen. Bormann wies dann noch auf die von Röhm befohlenen Terrorakte hin. Viele seien deswegen aus der Partei ausgetreten, etliche Sturmführer hätten solche Befehle verweigert. Als Nachfolger schlug er Viktor Lutze vor, der seinerzeit bereits zum Elberfelder Kreis gehört hatte und der am 30. Juni 1934 tatsächlich Röhrs Nachfolger werden sollte.

Straßers Organisationsarbeit, die sich in ihren einzelnen Entwicklungsstufen immer am Wachstum der Partei orientiert hatte, war andererseits auch eine Bedingung für die Ausbreitung der NSDAP gewesen. Es ist zumindest zweifelhaft, ob die NSDAP ohne das Straßersche Organisationstalent überhaupt zu einer einheitlich geführten Massenbewegung hätte werden können.<sup>250</sup> Als Straßers organisatorische Pläne im Sommer 1932 mit der letzten Parteireform in das Endstadium ihrer Verwirklichung eintraten, erlebte auch die Partei selbst ihren entscheidenden Durchbruch. Doch für die Reichstagswahlen vom 31. Juli brauchte die NSDAP neben einer funktionierenden Organisation auch programmatische Wahlkampfaussagen. Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise mit 6 Millionen Arbeitslosen in Deutschland war das brisanteste Thema der weitere Konjunkturverlauf und die Frage nach dem Ende der Massenarbeitslosigkeit. Allein mit der Hetze gegen Judentum und Erfüllungspolitik konnten die Nationalsozialisten nicht hoffen, in die Nähe der absoluten Parlamentsmehrheit zu kommen. Tatsächlich trat Straßer im Mai 1932, nachdem man von der NSDAP bisher nichts Konkretes über eine NS-Konjunkturpolitik gehört hatte, mit einem originellen und eingängigen Arbeitsbeschaffungs- und Wirtschaftsprogramm hervor, dem die anderen politischen Parteien nichts Ebenbürtiges entgegenzusetzen hatten.

<sup>247</sup> Personal-Akten Reupke und Voss jr, BDC; „Abegg-Bericht“, S. 13, IfZ, F 86.

<sup>248</sup> Protokollauszüge, undatiert, BA, NS 26/87; Vogelsang, a. a. O., S. 308f.

<sup>249</sup> Brief Bormann an Heß vom 5. 10. 1932, BA, NS 26/319.

<sup>250</sup> Kele, a. a. O., S. 133.

Mit diesem Programm knüpfte Straßer an jene Ideen an, mit denen er 1925 bei der Wiedergründung der NSDAP angetreten war.<sup>251</sup> Nachdem in Bamberg der von ihm miterarbeitete Programmentwurf durchgefallen war, hatte er sich für einige Jahre zurückgehalten. Nach der Erkenntnis von Bamberg, daß zu Programmen auch die Macht zu ihrer Durchsetzung gehöre, hatte er sich eine Basis in der NSDAP geschaffen, die es ihm jetzt, 1932, ermöglichte, ein parteiverbindliches Wirtschaftsprogramm zu verkünden. Gleichzeitig hatte er aber auch in der ROL einen Mitarbeiterstab gesammelt, der seine noch unklaren ständisch-staatswirtschaftlichen Ideen von 1925 konkretisierte und weiterentwickeln konnte. So war unter seiner Leitung ein Wirtschaftsprogramm von solcher Werbewirksamkeit entstanden, daß die Partei in der Lage war, Reichstagswahlkämpfe, und zwar die zu den Wahlen vom 31. Juli und vom 6. November 1932, damit zu bestreiten. Inhalt, Herkunft und späteres Schicksal dieses Straßerschen Wirtschaftsprogramms verdienen daher eine nähere Betrachtung.

---

<sup>251</sup> Siehe oben S. 22 ff.

## IV. Das Wirtschaftsprogramm der NSDAP von 1932

### 1. Die Reichstagsrede vom 10. Mai 1932

In der Sitzung des Reichstages vom 10. Mai 1932 griff zum ersten Mal seit eineinhalb Jahren Gregor Straßer wieder als Redner in die Debatte ein.<sup>1</sup> In einer grundsätzlichen Erklärung legte er ein umfassendes nationalsozialistisches Arbeitsbeschaffungs- und Krisenbekämpfungsprogramm vor. Im Vergleich zu dem damals insbesondere von den Nationalsozialisten geübten Stil fiel diese Rede durch ihre gemäßigte, gelegentlich geradezu verbindlich-kooperative Form auf. Vor allem aber die Sachlichkeit, mit der, vor wenigen demagogischen Schlenkern abgesehen, sowohl bekannte wie auch wesentlich neue Ideen zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage vorgetragen wurden, sicherte der Rede breites Interesse weit über die NSDAP hinaus. Die Möglichkeit von Reichstagsneuwahlen war bereits im Gespräch,<sup>2</sup> und Straßers Ausführungen konnten daher schon als die Basis der NSDAP für einen Wahlkampf gelten.

Zu Beginn seiner Rede wandte er sich scharf gegen die Deflationspolitik, die Brüning mit dem „Kampfmittel der Notverordnung“ betreibt, was zwar einerseits die Notlage als solche aufzeige, aber „auf der anderen Seite Not verordnet.“<sup>3</sup> Den Aufstieg der eigenen Partei, wie er sich in den Wahlen der letzten Zeit und in den steigenden Mitgliederzahlen zeigte, deutete er als den „Protest eines Volkes gegen einen Staat ..., der eine Wirtschaftsordnung erlaubt und möglich macht, die den Ertragsreichtum der Natur verfälscht, Weizen verbrennt, Kaffee ins Meer wirft, notwendige Lebensgüter in sinnloser Weise aufstapelt, ... Wenn der Verteilungsapparat des weltwirtschaftlichen Systems von heute es nicht versteht, den Ertragsreichtum der Natur richtig zu verteilen, dann ist dieses System falsch und muß geändert werden.“ Er fuhr fort: „Interessant und wertvoll an dieser Entwicklung (des Volksprotestes) ist die große antikapitalistische Sehnsucht .., die durch unser Volk geht, die heute schon 95 Prozent unseres Volkes bewußt und unbewußt erfaßt hat. Diese antikapitalistische Sehnsucht ist ... der Protest des Volkes gegen eine entartete Wirtschaft, und sie verlangt vom Staat, daß er, um das eigene Lebensrecht zu sichern, mit dem Dämon Gold, Weltwirtschaft, Materialismus, mit dem Denken in Ausfuhrstatistik und Reichsbankdiskont bricht und ehrliches Auskommen für ehrlich geleistete Arbeit wiederherzustellen in der Lage ist.“ Der SPD warf er vor, daß ihr zur Steuerung der Arbeitslosigkeit nichts anderes mehr einfalle als Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich. Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich seien aber nichts anderes als ein 16prozentiger Lohnabbau für alle noch Beschäftig-

<sup>1</sup> Verhandlungen des Reichstages, Bd. 446, S. 2510ff.

<sup>2</sup> Heiber, Goebbels-Tagebuch, S. 93.

<sup>3</sup> Verhandlungen des Reichstages, Bd. 446, S. 2510c.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 2511 a, b, c.

ten; laut Statistik seien durch verbreitete Kurzarbeit diese Verkürzungen samt den dadurch entstehenden Einkommensverlusten ohnehin schon längst Wirklichkeit geworden. Das Unsinnigste an solchen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung sei aber, daß sie keinen Einfluß auf die Gesamtwirtschaft hätten, denn „die gesamte Kaufkraft wird nicht um einen Pfennig erhöht und damit nicht um einen Groschen neue Arbeit und Arbeitsmöglichkeit geschaffen.“<sup>5</sup> Auf eben solche Nachfrageerhöhung komme es jedoch an, wobei Straßer glaubte, daß durch eine Vermehrung der Nachfrage nur ein kumulativer Wirtschaftsprozeß in Gang gesetzt werden müsse. „Ich bin felsenfest überzeugt davon, daß es überhaupt nur darum geht, einmal den Motor in Gang zu bringen. Arbeit erzeugt weitere Arbeit. Wir brauchen in diese Dinge gar nicht allzu sehr staatlich hinein zu dirigieren.“ Da aber angesichts der darniederliegenden Wirtschaft und auch der Größe des finanziellen Impulses kein privatwirtschaftliches Unternehmen hierzu bereit und in der Lage sei, betonte er: „Aber wir müssen die ersten großen Arbeitsbeschaffungsaufträge vom Staate her machen ... Wenn die großen Arbeitsaufträge angekurbelt werden, dann bin ich überzeugt, daß wir in zwei Jahren einen normalen Ablauf der Dinge automatisch wieder haben werden.“<sup>6</sup> Für solche staatlichen Arbeitsbeschaffungsaufträge sah er folgende Möglichkeiten:

1. Landeskulturarbeiten,<sup>7</sup> nämlich Entwässerung schlechter Böden oder von Mooren, Bodenverbesserung anderer Art, z. B. durch Kunstdüngung, Ödlandkultivierung, Flurbereinigung, Flußregulierung, Eindeichungen usw.
2. Eigenheimbau<sup>8</sup> für Arbeiter zur Auflockerung der Mietskasernenviertel der Großstädte, was zusätzliche Wirtschaftsstätten liefere, wenn jeder etwa 1 Morgen zur Bebauung hinzubekomme.
3. Straßen- und Wegebau, Dammanlagen und Kanalisierungen zur Vermeidung von Hochwasserschäden, Binnenschiffahrtswege,<sup>9</sup> Ausbau der Energiewirtschaft, Wiederinstandsetzung von Wohnungen.<sup>10</sup>

Das eigentliche Problem war natürlich nicht so sehr die Aufstellung eines Programms notwendiger und auch nützlicher Arbeitsvorhaben, sondern die Finanzierung solcher Maßnahmen. Zur Finanzierung aber sagte Straßer: Da alle diese Arbeiten sehr lohnintensiv seien und in den benötigten Materialien ebenfalls hohe Lohnkosten steckten, seien etwa 30% der benötigten Summe aus der dann eingesparten Arbeitslosenunterstützung aufzubringen, weitere 5% aus den wieder stärker fließenden Arbeitslosenversicherungsbeiträgen. Da bei belebter Wirtschaft auch die Steuereingänge wieder höher sein würden, könnten hieraus weitere 15% und damit insgesamt schon 50% abgedeckt werden. Von den Nutznießern dieser Arbeiten, also

---

<sup>5</sup> Ebenda, S. 2511 d und 2512 a, b.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 2516 d.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 2515 dff.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 2514 df.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 2519 c.

<sup>10</sup> Rede im Berliner Sportpalast vor 15000 NSBO-Mitgliedern am 20. 10. 1932, auch als Flugblatt im Wahlkampf verwendet.

den Bauern, deren Böden verbessert würden oder die Neuland gewinnen, und den Eigenheimerwerbem sollten etwa 20% der Kosten aufgebracht werden, dies sollte bei Straßen z. B. durch Auto- und Benzinsteuern geschehen und bei den Deichbauten durch den Wegfall der Kosten bei Hochwasserschäden. Es fehlten in seiner Berechnung noch 30%. Der traditionelle Weg zu ihrer Deckung wäre eine In- oder Auslandsanleihe gewesen. Eine Auslandsanleihe, die damals an sich schwer bzw. nur zu politisch einengenden Bedingungen zu haben gewesen wäre, zog er nicht in Betracht. Eine Inlandsanleihe lehnte er jedoch entschieden ab, und zwar mit der Begründung, daß man erstens sowieso nichts erhalten und daß zweitens nur die Staatsverschuldung weiter zunehmen würden. Das Problem, daß bei einer Inlandsanleihe eventuell die Nachfrage lediglich von der privaten auf die staatliche Seite verschoben würde, ohne daß ein Wirtschaftsanstoß zustande käme, sah er offenbar nicht. Jedenfalls wollte er zur Aufbringung der in seinem Rechenbeispiel noch fehlenden 30% einen neuen Weg gehen. In diesem Gedanken ist das eigentlich interessante Element seines Wirtschaftsplans zu sehen. Um zusätzliche Nachfrage zu schaffen, wollte er jene Summe durch „produktive Kreditschöpfung“ gewinnen. Vor dem Reichstag glaubte Straßer dies nicht näher erläutern zu müssen,<sup>11</sup> doch führte er die Idee am 20. Oktober 1932 vor 15 000 NSBO-Mitgliedern im Berliner Sportpalast näher aus:

„Die Krediterweiterung geschieht aufgrund eines Kredites an das Reich durch die Reichsbank und die der Staatshoheit unterstellten Banken. Zur Durchführung dieser Krediterweiterung ist eine Vermehrung des Umlaufgeldes nur im Ausmaße von vielleicht 300 bis 400 Millionen RM erforderlich. Im übrigen vollzieht sich die Krediterweiterung auf dem Wege des Giralgeldes, das auch staatliches Geld ist und als solches in die staatliche Geldhoheit und das neu zu schaffende staatliche Geld- und Kreditsystem mit einzubeziehen ist. Der Produktionswechsel und der Staatskredit werden zur Unterlage des Geldumlaufes.“<sup>12</sup>

Er war sich offenbar im klaren, daß er sich hier auf ein juristisch und auch psychologisch gefährliches Gebiet begab. Zum einen gab es gesetzliche Bestimmungen, die die Rentenmark an eine bestimmte Golddeckung banden, was durch außen- d. h. reparationspolitische Probleme kompliziert wurde, zum anderen war die Erinnerung an die Jahre 1922/23 noch so frisch, daß alle Maßnahmen, die den Geldumlauf erhöhen mußten, die Angst vor einer neuen Inflation zu wecken drohten. Wenn Straßer den Geldumlauf verändern wollte, mußte er mit der Reichsbank und den Anhängern der Golddeckung der Währung aneinandergeraten. Er forderte denn auch die sofortige Lösung vom Goldstandard für die deutsche Währung. Diese Forderung, die in Deutschland schon Tradition hatte, versuchte er durch das Urteil zweier anerkannter ausländischer Nationalökonomien, nämlich Cassel<sup>13</sup> und Irving Fisher,<sup>14</sup> abzusichern, die er folgendermaßen zitierte:

<sup>11</sup> Verhandlungen des Reichstages Bd. 446, S. 2519 a.

<sup>12</sup> Rede im Berliner Sportpalast.

<sup>13</sup> Cassel, Gustav, schwed. Finanztheoretiker, 1866–1945.

<sup>14</sup> Fisher, Irving, amerik. Nationalökonom, 1867–1947.

„So hat Herr Cassel vor kurzem schon geschrieben: ‚Verzicht auf Goldwahrung ist etwas grundsätzlich anderes als Inflation. Die Tatsache, daß sich ein Staat von der Goldwahrung abwendet, bedeutet durchaus noch nicht, daß er damit die Inflation entfesselt und den Binnenwert seiner Währung heruntersetzt.‘

Der amerikanische Nationalökonom Erwin Fischer<sup>15</sup> schreibt: ‚Die Idee, daß das Gold zu unserem Standard gewählt worden ist, weil es nach seinem Wert stabil sei, ist ein Mythos.‘

Ferner berief er sich auf das Institut für Konjunktur (Leiter Prof. Wagemann), das auf das Beispiel Englands hingewiesen habe, wo nach der Lösung vom Goldstandard zwar der zwischenstaatliche Wert des Pfundes auf etwa 70% abgerutscht, die innerstaatliche Kaufkraft aber unverändert geblieben sei.<sup>16</sup>

Schwieriger war es, der allgemeinen Furcht vor eventuell inflationsfordernden Maßnahmen zu begegnen, wobei Straßer offensichtlich, ebenso wie die Allgemeinheit, übersah, daß bei dem 1932 deutlich erniedrigten Preisniveau<sup>17</sup> auf keinen Fall von einer Inflation gesprochen werden konnte, ehe nicht die Preise die Höhe des Pegels von 1929, dem letzten Jahr vor der Weltwirtschaftskrise, überschritten. Selbst noch unter dem Schock der Inflation stehend, hatte Straßer in diesem Punkt offenbar noch Bedenken gegen seinen eigenen Plan. Er forderte daher staatliche oder genossenschaftliche Monopole und staatlich kontrollierte Festpreise, um einem Ausufernden der Preise begegnen zu können.<sup>18</sup> Außerdem riet er, mit der Kreditschöpfung vorsichtig umzugehen; der Staat sei, sobald eine „gefährliche Entwicklung“ in Sicht komme, verpflichtet, sie „zur rechten Zeit abzudrehen“. <sup>19</sup> Auch wollte er die Förderung durch den Staat auf Projekte beschränken, die für das Wohl der Allgemeinheit sowohl notwendig als auch sinnvoll seien. Im Gegensatz zur „kapitalistischen Rentabilitätsberechnung“, die nur danach frage, „wieviel dem Geldgeber an Zinsen wieder in die Kasse zurückfließt“, wollte er das setzen, „was wir die nationalsozialistische Rentabilitätsberechnung nennen möchten, indem man die für solche Arbeiten aufgewendeten Geldmittel unter dem Gesichtspunkt der Nation sieht, indem man fragt, was für die wirtschaftlichen, kulturellen und sonstigen Belange des ganzen Volkes damit geleistet wird“. <sup>20</sup> Im übrigen hielt Straßer zur Absicherung seiner Wirtschaftsreform, vor allem wegen des Abgehens vom Goldstandard, eine weitgehende Autarkie für notwendig.<sup>21</sup> Er forderte eine Binnenwirtschaft, bei der die

---

<sup>15</sup> Verhandlungen des Reichstages, Bd. 446, S. 2513 c und d. Hier steht allerdings „der amerikanische Nationalökonom Erwin Fischer“. Es kann sich hier nur um einen Schreibfehler handeln. Auch in der Tonbandaufnahme ist deutlich die englische Aussprache „Irving“ zu verstehen (Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt, Tonband Nr. VII, 20004/64).

<sup>16</sup> Wirtschaftliches Sofortprogramm S. 10f.

<sup>17</sup> Gerhard Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958, S. 90ff.

<sup>18</sup> Verhandlungen des Reichstages, Bd. 446, S. 2517 d.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 2519 a.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 2519 b, c.

<sup>21</sup> Zur Bedeutung des Wortes Autarkie siehe Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. I, Stuttgart 1972, S. 377ff.

Einfuhr der Rohstoffe und die zu ihrer Bezahlung nötigen Exporte nach der Lösung vom Goldstandard durch eine Abwertung erleichtert werden müßten; die Abwertung wiederum sollte von einer Devisenkontrolle begleitet werden.<sup>22</sup>

Nachdem er dem Reichskanzler Brüning noch besten Willen bescheinigt, aber darauf hingewiesen hatte, daß es für Brüning unmöglich sei, die Probleme zu lösen, solange er sich einerseits auf eine mühsam zusammengehaltene Regierung „heterogener Parteien“ und andererseits auf die falschen „Wirtschaftsführer“ stütze, beanspruchte er aufgrund der letzten Wahlergebnisse die Regierung für die NSDAP, die dann die notwendige Reform durchführen werde, und er schloß: „Die Erfüllung gebe uns der Herrgott, und das Urteil überlassen wir der Geschichte.“<sup>23</sup>

Alle nachfolgenden Redner in der Reichstagssitzung gingen auf Straßers Ausführungen bis in Einzelheiten ein.<sup>24</sup> Reichskanzler Brüning stimmte Straßers Forderungen weitgehend zu und verwies auf in Vorbereitung befindliche ähnliche Maßnahmen seiner Regierung.<sup>25</sup> Auch Hilferding, der Wirtschaftsexperte der SPD, und Heuß, der Vertreter der Staatspartei, nahmen die einzelnen Forderungen unter die Lupe und gaben Straßer in wesentlichen Punkten recht, wobei sie allerdings nachzuweisen versuchten, daß andere diese Gedanken schon früher geäußert hätten. Allerdings lehnten sie alle einen Punkt von Straßers Plan ab, und zwar die Kreditschöpfung, die Inflation bedeutete. Ohne ihre Behauptung näher begründen zu können, wandten sie sich damit gegen den wichtigsten Punkt dieses konjunkturpolitischen Planes. Es stellt sich die entscheidende Frage, wer hier recht hatte. War eine aktive Konjunkturpolitik überhaupt wünschenswert und durch eine staatlich gelenkte Belebung der Nachfrage, d. h. durch Kreditschöpfung zugunsten arbeitsintensiver Maßnahmen, überhaupt möglich?

## 2. Konjunkturtheoretische Betrachtungen

In der historischen Betrachtung muß zunächst das damals, im Jahre 1932, als gesichert angesehene Fachwissen berücksichtigt werden. Mit ihrer Ablehnung einer aktiven Konjunkturpolitik, die mit Kreditschöpfungen arbeiten sollte, befanden sich Brüning, sein Reichsbankpräsident Luther und viele andere Politiker in weitgehender Übereinstimmung mit den herrschenden Anschauungen der damaligen Zeit.<sup>26</sup>

---

<sup>22</sup> Sofortprogramm S. 8f.

<sup>23</sup> Verhandlungen des Reichstages, Bd. 446, S. 2521 a.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 2521 ff.; Brüning, Memoiren, S. 587, Heuss, Erinnerungen, S. 385 ff.

<sup>25</sup> Siehe unten S. 117f.

<sup>26</sup> Horst Sanmann, Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 10 (1965), S. 109–140, hier S. 110, 119f.; Henning Köhler, Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Reparationen in der Schlußphase der Regierung Brüning, in: VfZ 17 (1969), S. 276; Ferdinand A. Hermens, Das Kabinett Brüning und die große Depression, in: „Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik“, Berlin 1967, S. 287 ff., hier besonders 303; Kroll, a. a. O., S. 175,

So urteilte etwa der bekannte Nationalökonom Adolf Weber in seinem Lehrbuch „Allgemeine Volkswirtschaftslehre“, das 1929 erschien,<sup>27</sup> „eine allgemeine Überproduktion (sei) unmöglich“,<sup>28</sup> womit er sich auf das Theorem berief, das Jean Baptiste Say 1803 so formuliert hatte: „Das Gesamtangebot an Gütern und die Gesamtnachfrage nach Gütern halten sich notwendigerweise die Waage, denn die Gesamtnachfrage ist weiter nichts als die Gesamtmenge der erzeugten Güter.“<sup>29</sup> Anders ausgedrückt: die Gesamtkosten der Produktion einer Volkswirtschaft, d. h. der Preis des Gesamtangebots, sind gleich der Gesamtnachfrage nach dieser Produktion, woraus folgt, daß sich Angebot und Nachfrage im ganzen immer von selbst schnellstmöglich ausgleichen. Frühe Kritiker, wie etwa Malthus, Rodbertus oder Marx, die an die Möglichkeit einer Überproduktion glaubten, wurden von Weber beiseite geschoben, da es eine Überproduktion nur scheinbar und nur wegen kurzzeitiger Disproportionalitäten geben könne.<sup>30</sup> Gerade solche Disproportionalitäten, nach Ansicht der ökonomischen Lehre Auslöser der Krisenerscheinungen, würden aber vor allem durch staatliche Eingriffe hervorgerufen oder zumindest verstärkt, weshalb sich der Staat nicht in den Konjunkturverlauf einmischen dürfe. Weber glaubte daher, daß die Schwankungen der Konjunktur am besten durch die Selbstheilungskräfte der liberalen Wirtschaft behoben würden, wobei er diesen Schwankungen auch noch die Funktion einer Selbstreinigung der Wirtschaft zuerkannte. So verurteilte er jede auf wirtschaftliche Stabilität gerichtete Politik, vollends aber die Idee einer aktiven Notenbankpolitik zur Steuerung der Konjunktur. Der Notenbank fiel seiner Ansicht nach nur die Aufgabe zu, „die Kräfte der Selbstregulierung im wirtschaftlichen Leben zu erkennen ... Der Zins muß als freier Marktpreis fungieren können. Formal wird der für die Konjunkturgestaltung wichtigste Zins, der Diskontsatz, von oben her durch die Zentralnotenbank bestimmt. Aber er wird seiner Aufgabe nur dann gerecht werden können, wenn er nicht durch irgendeine Willkür, durch irgendein wirtschaftspolitisches Programm des jeweiligen Leiters der Zentralnotenbank, sondern durch die realen Geldmarktverhältnisse bestimmt wird.“ Einer anderen Notenbankpolitik warf er Merkantilismus vor,<sup>31</sup> was für ihn, den liberalistischen Wirtschaftstheoretiker in der Nachfolge Says, die schlimmste Abqualifizierung bedeutete. Er zitierte Landsberg, wenn er schrieb: „Auf diese Weise findet ein

---

bemerkte: „Aus diesen Lehrbüchern der Nationalökonomie konnte ein deutscher Staatsmann in den Jahren 1930–32 nichts, aber auch gar nichts entnehmen, was auch nur im geringsten geeignet gewesen wäre, den Kampf mit der Weltwirtschaftskrise aufzunehmen, ein Tatbestand, den man doch wohl nicht gut anders, denn als Fiasko der Nationalökonomie bezeichnen kann!“ Vgl. ferner Jörg Ohl, *Keynesianismus ohne Keynes. Der deutsche Beitrag zur Entstehung der modernen Beschäftigungstheorie*, Diss. jur. Tübingen 1953, S. 34.

<sup>27</sup> Adolf Weber, *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*, München und Leipzig 1929.

<sup>28</sup> A. Weber, a. a. O., S. 418.

<sup>29</sup> *Traité*, 1. Ausgabe II, S. 175, zitiert nach Gide und Rest, *Geschichte der Volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen*, deutsch von R. W. Horn, Fischer 1923, S. 125.

<sup>30</sup> A. Weber, a. a. O., S. 420f.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 471. Tatsächlich berief sich Keynes später auf die Ideen des Merkantilismus.

Absolutismus Eingang in die Wirtschaft, der durch das Bestimmungsrecht der Parlamente in keiner Weise gemildert wird ... Wenige Monarchen haben die Machtfülle besessen, über die heute die Notenbankleiter ... verfügen.“<sup>32</sup> Brüning und andere Politiker waren also bei ihrer Ablehnung der Straßerschen Vorschläge durch die anerkannte ökonomische Lehrmeinung gedeckt, was sich auch darin ausdrückte, daß die Grundzüge der Brüning'schen Finanz- und Wirtschaftspolitik von den meisten ökonomischen Wissenschaftlern des In- und Auslandes bejaht wurde.<sup>33</sup>

Nun hat sich, unmittelbar durch die Weltwirtschaftskrise von 1929–33 angeregt, die Konjunkturforschung weiterentwickelt und wesentliche neue Erkenntnisse gesammelt. 1936 stellte Keynes in seiner „General Theory of Employment, Interest and Money“<sup>34</sup> der klassischen Theorie eine Theorie entgegen, mit der er die Grundlage für die moderne Konjunkturtheorie legte.<sup>35</sup> Keynes legte dar, daß die „klassische Theorie“ „nur in einem – praktisch nie erreichbaren – Sonder- und Grenzfall gültig“<sup>36</sup> sei. Er erkannte zwar an, daß das gesamte Einkommen aus dem Verkauf der Produktion stamme, negierte aber die Folgerung, daß damit alle Produktionskosten automatisch durch die Verkaufserlöse gedeckt seien. Um dies aufzuzeigen, wies er darauf hin, daß die Gesamtproduktion aus zwei grundsätzlich unterschiedlichen Produkten bestehe, und zwar 1. aus Verbrauchsgütern, 2. aus Investitionsgütern. Ein Teil des Gesamteinkommens einer Volkswirtschaft – bei niedrigem Einkommensniveau natürlich annähernd alles – werde für den Verbrauch bestimmt, der andere Teil nach einer dem Menschen eigentümlichen Verhaltensweise gespart, was Keynes als „Vorliebe zur Liquidität“ bezeichnete. Hierbei könne unter Sparen natürlich Verschiedenes verstanden werden, z. B. Thesaurieren, Entschulden, Rücklagen bilden für eventuelle Notlagen oder später geplante Vorhaben. Wichtig sei nur, daß diese Sparrate nicht notwendigerweise sofort wieder zur Nachfrage werde. Es entstehe also eine Lücke zwischen den Gesamtkosten der Produktion und der Gesamtnachfrage, und zwar in Höhe jener Sparrate. Die Lücke könne nur dadurch geschlossen werden, daß mit der Sparrate Investitionen gemacht, d. h. daß die produzierten Investitionsgüter gekauft würden. Während aber die Abnahme der Verbrauchsgüter eine im wesentlichen zwangsläufige sei, wobei Keynes allerdings auch hier noch im „Hang zum Verbrauch“ einen freiwilligen, von psychologischen Einflüssen regulierten Antrieb erkannte, unterliege das Einsetzen der Sparrate für Investitionen einer nahezu völlig freiwilligen Entscheidung. Der Entschluß der potentiellen Investoren, also der Unternehmer, ob sie investieren, hänge von den psycholo-

---

<sup>32</sup> Ebenda, S. 471 f.

<sup>33</sup> Siehe unten S. 117.

<sup>34</sup> John Maynard Keynes, *The General Theory of Employment, Interest and Money*, London/New York 1936, deutsche Ausgabe, Berlin 1952.

<sup>35</sup> Vgl. Walter Adolf Jöhr, *Konjunktur*, in: *Handwörterbuch für Sozialwissenschaften*, S. 97 ff.

<sup>36</sup> Ernst Winkler, John Maynard Keynes und Silvio Gesell, in: *Berichte der Gesellschaft für wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Forschung*, 1951 Heft 2, S. 7.

gisch bedingten kurz- und langfristigen Zukunftshoffnungen ab<sup>37</sup> bzw., wie Keynes sagt, von den „Erwartungen“. Verbessert wurde dieses statische Modell Keynes' später durch die Einführung dynamischer Zeitfaktoren; hier sind vor allem Alvin Hansen<sup>38</sup> sowie Zwiedeneck-Südenhorst<sup>39</sup> und Kroll<sup>40</sup> zu nennen.

Ohne weiter auf Keynes' Krisentheorie und die von ihm aufgestellten mathematischen Formeln, aus denen er seine „Allgemeine Theorie“ ableitete, eingehen zu wollen, sei noch einmal das Wichtigste zusammengefaßt: Entscheidend für den Konjunkturverlauf ist nach Keynes folgendes Verhältnis: einerseits der „Hang zum Verbrauch“ und die auf positiven „Erwartungen“ beruhende „Veranlassung zur Investition“ und andererseits die „Vorliebe zur Liquidität“, d. h. die Hortung der Sparrate. Ist die „Vorliebe zur Liquidität“ gleich Null, dann bedeutet dies, daß das gesamte Einkommen zum Verbrauch bzw. zur Investition verwandt wird, woraus folgt, daß die Gesamtproduktion Abnahme findet und die Konjunktur durchgehalten wird. Steigen der Verbrauch und die Investition über das Gesamteinkommen an, z. B. durch Kreditaufnahme, sinkt also die „Vorliebe zur Liquidität“ unter Null, so steigt die Konjunktur an. Wenn allerdings die Geldhortung auf einen Wert über Null ansteigt, so fehlt dieser Betrag des Gesamteinkommens bei der Abnahme der Gesamtproduktion. Es kommt zur Absatzstockung, zur Produktionsschrumpfung, zum Konjunkturreinbruch.

Es ist für Keynes daher klar, daß zur Behebung einer Wirtschaftskrise die Nachfrage mit jedem zur Verfügung stehenden Mittel gesteigert werden muß. Da der von massenpsychologischen Motiven<sup>41</sup> gesteuerte Verbrauch nur schwer dahingehend beeinflussbar ist, seinen „Hang zum Verbrauch“ oder gar seine „Investitionsneigung“ auf Kosten seiner „Vorliebe zur Liquidität“ zu steigern, sieht Keynes den staatlichen Eingriff als einzig gangbaren Weg. Er fordert mithin, daß der Staat in solchen Fällen in ausreichendem Maße selbst investieren muß, auch wenn die Investitionen vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, verlustreich sind. Die Finan-

---

<sup>37</sup> Keynes, a. a. O., S. 165f.

<sup>38</sup> Alvin Hansen, Richard Clemence, Reading in Business Cycles and National Income, New York 1953.

<sup>39</sup> Otto v. Zwiedineck-Südenhorst, Die Arbeitslosigkeit und das Gesetz der zeitlichen Einkommensfolge, Weltw. Arch., Jena Bd. 34 (1931); vgl. auch Kroll, a. a. O., S. 301; Grotkopp, a. a. O., S. 280. Grotkopp weist darauf hin, daß Zwiedineck-Südenhorst einen gewissen Einfluß als wirtschaftspolitischer Berater, in den ersten Jahren nach der Machtübernahme, auf Hess und seinen Kreis hatte.

<sup>40</sup> Kroll, Gerhard, Neutrales Geld und Kapitalbildung, Berlin 1935.

<sup>41</sup> Jöhr, a. a. O., S. 111: „Daß eine solche unmittelbare Beeinflussung von Mensch zu Mensch besteht und sich aus einem geringfügigen Anlaß eine epidemische Bewegung großer Stärke ergeben kann, ist von der Psychologie längst nachgewiesen ... Diese Beeinflussung, die als sozial-psychologische Infektion bezeichnet werden könnte, kann sich in ganz verschiedener Weise vollziehen: durch Motivübernahme, Bestreben anderen zuvorzukommen, Erweckung von Vorstellungen, Nachahmung, Übertragung von Gefühlen und Beeinflussung von Stimmungen ... Aufgrund dieser sozial-psychologischen Interdependenz ergibt sich eine Prädisposition für kumulative Prozesse, die auch für das Wirtschaftsleben von großer Bedeutung ist.“

zierung solcher Staatsinvestitionen muß aber so erfolgen, daß neue Nachfrage, also neues Geld auf dem Markt erscheint, was bedeutet, daß man einen Staatshaushalt zeitweilig nicht ausgleicht, also bewußt die Ausgabenseite entsprechend größer läßt als die momentanen Einnahmen, oder auf andere Art und Weise Geldschöpfung betreibt. Es ist dies in Keynesschen Worten die Forderung nach dem „deficit spending“ bzw. das, was heute unter antizyklischer Wirtschaftspolitik verstanden wird. Straßer hat nun im Frühjahr 1932, allerdings ohne Gründe für die inneren Ursachen des Konjunkturzusammenbruchs anzugeben und andererseits in der demagogischen Sprache des auf Publikumsgunst und Anhängerwerbung ausgehenden Politikers, doch die gleichen Prinzipien zur Überwindung der Krise verfochten wie Keynes. Seine ökonomische Hauptforderung war die Vermehrung der Nachfrage,<sup>42</sup> die er durch arbeits- und lohnintensive Aufträge des Staates herbeiführen wollte; die Aufträge brauchten nicht unmittelbar rentabel zu sein.<sup>43</sup> Zur Finanzierung solcher Maßnahmen zur Wirtschaftsankurbelung verlangte er Kreditschöpfung.<sup>44</sup> Er verstand darunter Kredite, die sich das Reich bei der Reichsbank holen und in Form von Girageld in den Wirtschaftskreislauf pumpen sollte,<sup>45</sup> also genau jene antizyklische Wirtschaftspolitik, die Keynes mit seiner Forderung des „deficit spending“ gemeint hatte.

Im Gegensatz zu Straßer, der weder in der Rede vom 10. Mai, noch in späteren Äußerungen Angaben über die Entstehung seines Programms machte, gab Keynes einige interessante Hinweise auf seine Vorläufer.<sup>46</sup> Keynes sagte, die grundlegende Erkenntnis von der entscheidenden Bedeutung der zu geringen Nachfrage sei bereits bei Malthus und Rodbertus vorhanden gewesen, aber seit damals durch die „klassische Nationalökonomie“ verdrängt worden. Bis er diese Grunderkenntnis wieder ans Licht gezogen habe, habe sie „in den Unterwelten eines Karl Marx, Silvio Gesell und Major Douglas verstohlen fortgelebt.“<sup>47</sup> Am erstaunlichsten ist, daß er in dieser Aufzählung den Namen Silvio Gesell erwähnte.<sup>48</sup>

Gesell war gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Argentinien als Kaufmann zu einem ansehnlichen Vermögen gekommen, das es ihm hinfort erlaubte, seinen Interessen zu leben. Als Kaufmann hatte er in Argentinien auch mit Währungs- und Wirtschaftskrisen zu tun gehabt. Als Praktiker machte er sich seine Gedanken über deren Ursachen, was ihn auf die Idee einer Geld- und Wirtschaftsreform brachte. Nach Deutschland zurückgekehrt, widmete er sich im wesentlichen der Propagierung seiner Idee. In der Münchner Räterepublik wurde er im April 1919 für wenige Wochen

---

<sup>42</sup> Verhandlungen des Reichstages, Bd. 446 S. 2511 d und S. 2512 a, b.

<sup>43</sup> Ebenda, S. 2515 a.

<sup>44</sup> Ebenda, S. 2514 c.

<sup>45</sup> Rede im Berliner Sportpalast, S. 13.

<sup>46</sup> Vgl. hierzu auch Alvin H. Hansen und Richard V. Clemence, a. a. O.

<sup>47</sup> Keynes, a. a. O., S. 28; vgl. Winkler, a. a. O., S. 12.

<sup>48</sup> Silvio Gesell, geb. in St. Vith (Malmedy) 17. 3. 1862, gest. in Eden bei Oranienburg (Brandenburg) 11. 3. 1930. Einzige Biographie W. Schmid, Silvio Gesell, Bern 1954. Hauptwerk: Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, 1911.

zum Finanzminister ernannt. In seiner blumigen, unwissenschaftlichen Ausdrucksweise, deren er sich bei der Verbreitung seiner Pläne bediente, und in seinen romantizistischen sozialreformerischen Vorstellungen, die sich vorzugsweise, rückwärts gewandt, an agrarischen Strukturen orientierten, gingen seine Vorschläge zur Wirtschafts- und Währungsreform fast völlig unter, so daß er von der Wissenschaft nicht recht ernstgenommen wurde. Um so mehr muß es verwundern, daß Keynes ihn offensichtlich als wichtigen Vorläufer anerkannte. Keynes erwähnt Gesell öfter in seinem Hauptwerk. Einmal geht er sogar auf ihn ein, sozusagen um ihn zu rehabilitieren und um sich bei ihm zu entschuldigen: „Es ist zweckmäßig, an dieser Stelle den seltsamen, zu Unrecht übersehenen Propheten Silvio Gesell (1862–1930) zu erwähnen, dessen Werk Einfälle tiefer Einsicht enthält und der nur gerade verfehlte, bis zum Kern der Sache vorzudringen. In den Nachkriegsjahren (nach dem 1. Weltkrieg, d. Verf.) bombardierten mich seine Anhänger mit Exemplaren seiner Werke, aber wegen gewisser offenkundiger Mängel seiner Beweisführung verfehlte ich vollständig, ihre Vorzüge zu entdecken. Wie so oft im Fall unvollkommen analysierter Eingebungen wurde ihre Bedeutung erst augenscheinlich, nachdem ich meine eigenen Folgerungen auf meine eigene Art erreicht hatte. Wie andere akademische Ökonomen behandelte ich inzwischen seine tief originellen Bestrebungen als nichts Besseres als die eines Überspannten. Da die Bedeutung Gesells voraussichtlich wenigen Lesern dieses Buches sehr vertraut sein wird, will ich ihm einen sonst unverhältnismäßig großen Platz einräumen.“<sup>49</sup>

Beim Vergleich der Hauptwerke von Keynes und Gesell, der „General Theory of Employment, Interest and Money“ von 1936 und der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ von 1911, ist es leicht, eine große Anzahl von Übereinstimmungen vor allem dort zu erkennen, wo beide der „klassischen Ökonomie“ widersprechen.<sup>50</sup> Jedoch ist es schwierig, ihre theoretischen Grundlagen zu vergleichen, da sie eine völlig unterschiedliche Sprache sprechen. Auf der einen Seite die blumige Sprache des Kaufmanns Gesell, die nicht frei ist von logischen Fehlern und Inkonsistenzen, wie Keynes richtig bemerkte, auf der anderen Seite Keynes streng wissenschaftliche Betrachtungsweise, die nahezu alle wichtigen Denkprozesse in exakten mathematischen Formeln ausdrückt. Beide glauben aber, die Krisenursache in der mangelnden Nachfrage entdeckt zu haben, was beide mit falscher Anwendung des Geldeinkommens erklären.<sup>51</sup> Die von Keynes als zentraler Punkt entdeckte „Vorliebe zur Liquidität“ bezeichnet Gesell sinngemäß gleichartig als „Hortung von Bargeld“.<sup>52</sup> Um dieser Erscheinung, die beide als eigentlich krisenauslösend betrachten, zu begegnen, will Keynes vor allem den Weg staatlicher Investitionen gehen. Hier setzt Gesell, wenn man so will, früher ein, indem er das Wesen des Geldes dergestalt verändern will, daß es sich nicht mehr lohnt, es zu horten. In einer für ihn typischen

---

<sup>49</sup> Keynes, a. a. O., S. 298 ff.

<sup>50</sup> Winkler, a. a. O., S. 6 f.

<sup>51</sup> Ebenda, S. 13 ff.

<sup>52</sup> Ebenda, S. 15.

Parabel um Robinson Crusoe – die auch Keynes ausdrücklich als gut bezeichnet<sup>53</sup> – legt er dar, „daß in einer reinen Naturaltauschwirtschaft der Schuldner für entlehene Waren keinen Zins bezahlt, weil der Gläubiger dankbar ist, wenn ihm durch Rückerstattung des vollen Wertes die Durchhaltekosten abgenommen werden.“ Damit begründet er die „Überlegenheit des Geldes über die Ware“, da ja beim Horten des Geldes prinzipiell keine Durchhaltekosten entstehen; er meint hier das, was Keynes die „Liquiditätsprämie des Geldes“ nennt. Während sich aber Keynes mit dieser Eigenart des Geldes abfindet, will Gesell ein Geld in Umlauf bringen, das jährlich einen bestimmten Prozentsatz (etwa 4–5%) seines Wertes verliert, also „rostet“ oder „verdirbt“ wie eine Ware. Als Effekt werde jede längere Hortung von Geld unrentabel, weshalb es möglichst sofort wieder als Nachfrage in Erscheinung trete. Keynes erkannte auch diesen Gedanken als „gesund“ an und hielt es für möglich, „daß Mittel gefunden werden könnten, um ihn in bescheidenem Rahmen in der Wirklichkeit anzuwenden“. Indes sah er die bestehenden Schwierigkeiten für eine totale Verwirklichung als zu groß an.<sup>54</sup>

Wenn man die Theorien Gesells aus ihren romantisierenden Einkleidungen herauslöst, zeigt sich also überraschende Übereinstimmung mit Keynes, sowohl hinsichtlich der Grundlagen wie hinsichtlich der geforderten Maßnahmen. Keynes ist, da er diese Übereinstimmung selbst nicht leugnete, sogar angegriffen worden; seine Gegner versuchten, indem sie ihm solche Vorläufer vorwarfen, seine ganze Theorie zu diskreditieren: „Dem Kenner der Dogmengeschichte der Nationalökonomie kann es nicht entgehen, daß diese Theorie, die sich so modern gebärdet und angeblich gegenüber den Klassikern einen so erheblichen Fortschritt darstellt, in Wirklichkeit in allen wesentlichen Zügen mit denjenigen Theorien übereinstimmt, die man die vor-klassischen oder vorwissenschaftlichen Theorien nennt und deren endgültige Widerlegung als Großtat der Klassiker galt.

Keynes war sich der Tatsache bewußt, daß er Vorgänger hatte, wohl bewußt, zitiert und rühmt er doch ausdrücklich die Merkantilisten, John Law und von neueren den Freigelder Silvio Gesell und einige andere, deren Lehren als die Lehren von wissenschaftlichen Hochstaplern abgetan zu werden pflegen. Keynes hat diese Männer mit Recht zitiert. Denn alle diese Schriftsteller sind Keynesianer in den beiden wesentlichen Fragen: in der Frage nach den möglichen Ursachen von Deflation und in der Frage der Wirkung von In- und Deflation auf den Beschäftigungsgrad.“<sup>55</sup>

---

<sup>53</sup> Keynes, a. a. O., S. 301; Winkler, a. a. O., S. 27.

<sup>54</sup> Keynes, a. a. O., S. 302.

<sup>55</sup> Albert Hahn, Die Grundirrtümer in Lord Keynes' General Theory of Employment, Interest and Money, in: Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 2, 1949, S. 170–192, hier S. 177.

### 3. Von Silvio Gesell zu Gregor Straßer

Silvio Gesell war im Jahre 1900 aus Argentinien zurückgekommen und hatte sich in der Schweiz niedergelassen, um die neuen Ideen, die er in Südamerika gefunden hatte, weiter durchzudenken und zu verbreiten. Bereits 1902 gab er seine erste kleine Zeitschrift, die „Geldreform“, heraus.<sup>56</sup> Bald stieß er bei seinen Studien über die Geldreform auf die Frage der Bodenreform, angeregt durch die Lektüre der Werke Henry Georges.<sup>57</sup> Er trat in Verbindung zu den deutschen Agrar- und Bodenreformern um Damaschke,<sup>58</sup> aus deren Kreisen auch seine ersten Anhänger kamen. Die Forderungen nach einem seiner Hortfähigkeit entkleideten und vom Golde gelösten „Freigeld“ wie auch nach einem aus Privatbesitz befreiten „Freiland“ blieben hinfort seine beiden Hauptziele. 1909 gründeten seine Anhänger in Berlin eine Vereinigung, den „Physiokratischen Kampfbund“,<sup>59</sup> und begannen mit Flugblättern, Schriften, Büchern und Eingaben alle möglichen Wirtschaftswissenschaftler, Politiker, Bankiers, Gewerkschaftsfunktionäre und Zeitungen zu „bombardieren“.<sup>60</sup> Seit etwa 1910–1912 wurde die Anhängerschaft an verschiedenen Stellen in Deutschland zahlreicher, und hier und dort schlossen sich kleine Debatierclubs zusammen.

Genau zu dieser Zeit, im Jahre 1912, trat der bayerische Beamte Peter Straßer unter dem Pseudonym P. Wegr. anlässlich der „Reichs-Finanz-Reform“ mit einem 14 Seiten langen Traktat an die Öffentlichkeit.<sup>61</sup> Er begründete seine Schrift mit dem „Zweifel an der Güte unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, an der Weisheit unserer Regierungsmänner“, wodurch „das Erdreich bereitet“ werde, „um aufzunehmen die Saat des Neuen, Besseren, des Sozialismus“.<sup>62</sup> Er machte einige bibliographische Angaben, aus denen die Herkunft seiner Ideen erschlossen werden kann. So nannte er Professor Friedrich Kleinwächter<sup>63</sup> und Michael Flürscheim,<sup>64</sup> die beide als Agrarreformer die Forderung nach Gemeineigentum an Grund und Boden erhoben, ferner Professor Enrico Ferri,<sup>65</sup> der damals sozialistischer Abgeordneter im italienischen Parlament war und als Wissenschaftler vor allem die Abhängigkeit der Krimi-

---

<sup>56</sup> Werner Schmid, a. a. O., S. 69.

<sup>57</sup> Ebenda, S. 72. Henry George, amerikanischer Nationalökonom, 1839–1897. Er forderte die Aufhebung des privaten Bodeneigentums und die Einziehung der Bodenrente oder des unverdienten Wertzuwachses durch Besteuerung desselben.

<sup>58</sup> Schmid, a. a. O., S. 81f.

<sup>59</sup> Ebenda, S. 97, 107.

<sup>60</sup> Ebenda, S. 97, 102f., 117; Keynes, a. a. O., S. 298.

<sup>61</sup> Paul Wegr. (Peter Straßer), *Das neue Wesen*, Kempten 1912.

<sup>62</sup> Ebenda, S. 3.

<sup>63</sup> Ebenda, S. 5. Prof. Friedrich Kleinwächter, geb. 1838 in Prag, Nationalökonom.

<sup>64</sup> Ebenda, S. 5. Michael Flürscheim, 1844–1912, Industrieller und in zahlreichen Schriften Verfechter einer Verstaatlichung von Grund und Boden. Aus seinem Ideenkreis entstand 1888 der „Deutsche Bund für Bodenbesitzreform“.

<sup>65</sup> Ebenda, S. 10. Prof. Enrico Ferri, 1856–1929, Strafrechtler; 1886–1919 sozialistischer Abgeordneter, trat 1926 zum italienischen Faschismus über.

nalität von soziologischen Bedingungen lehrte. Besonders interessant ist im übrigen, daß er auch den volkswirtschaftlichen Schriftsteller Rudolph Meyer<sup>66</sup> zitierte, der in engstem Kontakt zu Rodbertus stand und überdies engster sozialpolitischer Mitarbeiter Herrmann Wageners war, jenes Vertrauten Bismarcks, der die wichtigsten Vorarbeiten für dessen Sozialgesetzgebung geleistet hatte.<sup>67</sup>

Peter Straßer forderte als Grundlage eines Volksorganismus die gesunde Familie, die in ein christliches und ständisch gegliedertes Staatswesen eingeordnet ist. Zwei Haupthindernisse gab es seines Erachtens auf dem Wege dahin: Zum einen das private Eigentum an Grund und Boden, zum anderen die Übermacht der kapitalistischen Großindustrie. Mit der Forderung der Überführung des Bodens ins Gemeineigentum – bei der Abwicklung wies er den Gemeinden die entscheidende Aufgabe zu – stand er ganz auf seiten des Bodenreformers Damaschke; die Radikalität, mit der er vorgehen wollte, außerdem die Finanzierung durch Staatsobligationen und ein Grundrentensystem erinnerten eher an die „Freiland“-Forderungen Gesells. Die Industrie wollte er „vergesellschaften“, worunter er verstand, daß sie auf der Basis der bestehenden Berufsgenossenschaften in Gemeinbesitz überführt werden mußten. Obgleich er seine Schrift anlässlich der öffentlichen Diskussion über eine Reichsfinanzreform herausbrachte, wie er im Vorwort angab, ging er merkwürdigerweise im Text mit keinem Wort auf Währungs- und Finanzfragen ein, sodaß es in dieser Hinsicht unmöglich ist, sein Verhältnis zu Gesell zu überprüfen. Immerhin ist aus der Schrift zu erkennen, daß er mit seinen Überlegungen in der Nähe der Ideen Gesells stand, und das gerade zu dem Zeitpunkt, da Silvio Gesell in Deutschland bekannt zu werden begann. Auch aufgrund der Tatsache, daß beide sich an Damaschke anlehnten, ist als ziemlich sicher anzunehmen, daß Silvio Gesell für Peter Straßer damals kein Unbekannter war.<sup>68</sup>

Nun zeigt dieses Traktat eines niederbayerischen Kommunalbeamten, in welcher politisch-wirtschaftlichen Ideenwelt die drei Straßer-Söhne, Gregor, Paul und Otto, aufgewachsen sind, zumal bezeugt ist, daß sich Vater Straßer regelmäßig mit ihnen über solche Fragen zu unterhalten pflegte.<sup>69</sup> Es war für die Söhne also nichts Ungewöhnliches, sich Gedanken über die Sozialisierung von Grund und Boden und auch der Industrie zu machen. Es kann ferner als wahrscheinlich gelten, daß Gregor und Otto bereits damals von den Ideen Gesells zur Geldreform gehört hatten. Diese Grundideen sollten die beiden politisch aktiv gewordenen Brüder niemals aufgeben. Ein zeitlich etwas näher liegender Einfluß auf Gregor Straßer ist in den wirtschafts-

---

<sup>66</sup> Ebenda, S. 14. Rudolf Herrmann Meyer, 1839–1899, Journalist und Sozialpolitiker; Hrsg. der „Briefe und sozialpolit. Aufsätze“ von K. Rodbertus (2 Bde., 1882). Wegen seiner Schrift „Polit. Gründer und die Korruption in Deutschland“ (1877) zu Gefängnis verurteilt.

<sup>67</sup> Wolfgang Saile, Herrmann Wagener und sein Verhältnis zu Bismarck, Tübingen 1958, S. 97–122, hier besonders S. 112.

<sup>68</sup> Otto Straßer gibt an, er habe schon im Elternhaus durch seinen Vater den Namen Silvio Gesell gehört; Auskunft v. 10. 4. 1971.

<sup>69</sup> Pater Bernhard Straßer, a. a. O., S. 3; Auskunft Otto Straßer v. 10. 4. 71.

politischen Gedanken Rathenaus zu erkennen. Vor allem die Rathenausche Vorstellung von einem „starken und reichen“ Staat, der die Wirtschaft zum Wohle aller lenkt, hat ihn besonders interessiert,<sup>70</sup> wobei anzumerken ist, daß auch Rathenau in brieflicher Verbindung mit Gesell stand.<sup>71</sup> Zwar ist nicht anzunehmen, daß diese Verbindung schon Einfluß auf das von Gregor Straßer gelesene Hauptwerk Rathenaus „Von kommenden Dingen“ genommen hat. Fest steht aber, daß Rathenau einer der wenigen Politiker gewesen ist, die sich zumindest nach dem Ersten Weltkrieg bereit fanden, sich mit Gesells Werk intensiv zu beschäftigen und sogar ein persönliches Treffen zu vereinbaren.

Gesell war 1919, und zwar durch Ernst Niekisch, der zu seinen Anhängern gehörte, als Finanzminister in die erste bayerische Räteregierung hineingezogen worden.<sup>72</sup> Nach dem Ende der Räteherrschaft war er als Hochverräter vor Gericht gestellt, aber am 9. Juli 1919 freigesprochen worden.<sup>73</sup> Unmittelbar danach hat er mit seinen Anhängern die Werbetätigkeit für seine Reformideen wieder aufgenommen. Von ihren Zeitschriften, Flugblättern und Büchern abgesehen, warben sie jetzt vornehmlich mit Vorträgen und auf Versammlungen.<sup>74</sup> Doch gibt es nur wenige Angaben über die Zahl der Anwesenden. Auch ist nichts Genaueres über die Zusammensetzung der Zuhörer und ihre Reaktion auf Gesells Pläne bekannt, da eine wissenschaftliche Untersuchung über die „Physiokraten“ oder, wie sie sich nach dem Ersten Weltkrieg nannten, über den „Freiland-Freigeld-Bund“ bzw. den „Freiwirtschaftsbund“ bislang fehlt.<sup>75</sup>

Im Falle der DSP,<sup>76</sup> die 1920/21 als präfaschistische Vorläuferin der NSDAP in einigen Teilen Deutschlands eine gewisse Bedeutung erreichte, ist eine Beurteilung eher möglich. Hier sind viele Sitzungen belegt, auf denen vor allem um ein Wirtschaftsprogramm gerungen wurde, wobei sich zwei Gruppen jeweils um die beiden Hauptreferenten herausbildeten. Der eine war Gottfried Feder, der das 25-Punkte-Programm der NSDAP formulierte, und der andere war Silvio Gesell.<sup>77</sup> Feder forderte den in Wirtschafts- und Währungsfragen souveränen Staat. Naiv glaubte er, daß der Staat zur Finanzierung nützlicher Projekte, z. B. von Wasserkraftwerken oder von Straßenbauten, jederzeit Geldschöpfung betreiben könne, da ja das fertiggestellte Werk ein Gegenwert für die neuen Zahlungsmittel sei und daher von Infla-

---

<sup>70</sup> Walter Rathenau, *Von kommenden Dingen*, Berlin 1917. Gregor Straßer hat dieses Buch Rathenaus 1917 erworben und, wie seine persönliche Eintragung zeigt, mit im Felde gehabt. Daß er es auch mit Interesse gelesen hat, bezeugen Randnotizen und viele Unterstreichungen, besonders auch in dem Kapitel über die Wirtschaft.

<sup>71</sup> Schmid, a. a. O., S. 309.

<sup>72</sup> Ebenda, S. 181 ff.

<sup>73</sup> Ebenda, S. 258 ff.

<sup>74</sup> Ebenda, S. 291.

<sup>75</sup> Ebenda, S. 281, 293.

<sup>76</sup> DSP = Deutsch-Sozialistische Partei (nicht zu verwechseln mit der DSP = deutsch-soziale Partei). Wolfgang Pfaar, *Die Deutsch-Sozialistische Partei, Staatsarbeit*, Düsseldorf 1974.

<sup>77</sup> Mündl. Auskunft Pfaar.

tion nicht die Rede sein werde. Daß solche Maßnahmen nur zur Ausnützung ungenutzter volkswirtschaftlicher Kapazität und gelegentlich zur Steuerung der Konjunktur getroffen werden dürfen, hat er nie erkannt. Er hat vielmehr das staatliche Recht auf Geldschöpfung als ein Recht sui generis betrachtet, das unabhängig von jeder Konjunkturlage bestehe und anwendbar sei. Anders als den komplizierten Konjunktursteuerungsmechanismus des Gesell'schen Freigeldes kann man die Thesen Feders nur als einen „primitiven Inflationismus“ bezeichnen.<sup>78</sup> Wichtig bleibt aber, daß in jenen frühfaschistischen Zirkeln der DSP diese Wirtschaftsprogramme diskutiert wurden. So fanden die Pläne Gesells zur Lenkung der Konjunktur Verbreitung, und durch Feder wurde hier wie dann vor allem in der NSDAP die grundsätzliche Möglichkeit der staatlichen Geldschöpfung von Anfang an gedankliches Allgemeingut. Unter den Personen, die in den Diskutiergruppen der DSP hervortraten, fallen in diesem Zusammenhang noch drei Namen auf, die später eine gewisse Bedeutung bekommen sollten: Dr. Herpel,<sup>79</sup> Dickel<sup>80</sup> und Dr. Bernhard Köhler.<sup>81</sup> Auch für Gregor Straßer ist bezeugt, daß er sich in den frühen zwanziger Jahren mit den Schriften Gesells beschäftigt hat,<sup>82</sup> welche ihn sehr beeindruckten. Sein Bruder Otto hingegen stand als „ordentlicher“ Nationalökonom diesen neuen Lehren entsprechend seiner Ausbildung wesentlich kritischer gegenüber. Später ist es sogar zu einer persönlichen Aussprache zwischen den Brüdern Straßer und Silvio Gesell gekommen.<sup>83</sup> Der „Kampfverlag“, damals in Oranienburg beheimatet, lag in der Nachbarschaft von Gesells Wohnsitz in Eden bei Oranienburg, sodaß sich ein solches Treffen leicht hatte arrangieren lassen.

Bei der Neugründung der NSDAP im Jahre 1925<sup>84</sup> gelangte ein weiterer Gesell-Anhänger in den Kreis der Mitglieder der Nordwestdeutschen AG, nämlich der Kreisleiter von Breslau und stellvertretende Gauleiter von Schlesien, Dr. Erich Rosikat.<sup>85</sup> Er war eine der wichtigsten Personen der nationalrevolutionären Kreise Schlesiens und hatte dort als Syndikus der Landessiedlungsgesellschaft vor allem bei

---

<sup>78</sup> Kroll, a. a. O., S. 244 ff.

<sup>79</sup> Dr. Herpel, führendes Mitglied der DSP in Kiel; 1921 Kontakte zu Streicher (Angabe Pfaar), 1932 Mitarbeiter der „Studiengesellschaft“ (IfZ, ZS 248 Bd. III, S. 8), 1932 Mitarbeiter der „Querfront“ (IfZ, Akte Walter von Etdorf, ZS 1926), 1932 Mitarbeiter Gerekes (Kurzorientierung des Ministeramtes 14. 7. 1932, IfZ, F 41).

<sup>80</sup> Otto Dickel, Begründer der „Werkgemeinschaft Augsburg“, 1922 wesentlich an der Auflösung der DSP beteiligt, bewegt auch Herpel zum Ausscheiden (Angabe Pfaar), 1932 Mitarbeiter der „Querfront“.

<sup>81</sup> Dr. Bernhard Köhler, 2. Vorsitzender des „Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft (Feder)“. Wesentlich an Wirtschaftsdiskussion der DSP beteiligt (Angabe Pfaar). Ab Mai 1932 Leiter der Unterabteilung Arbeitsbeschaffung der ROL (siehe auch Wagner-Tagebuch, S. 1343 ff., IfZ, ED 60).

<sup>82</sup> Auskunft Otto Straßer v. 10. 4. 71.

<sup>83</sup> Auskunft Otto Straßer v. 10. 4. 1971. Dieser glaubt, daß es etwa 1928/29 gewesen sei. Genau erinnert er sich, daß es im Hause Gesells in Eden-Oranienburg stattgefunden hat.

<sup>84</sup> Siehe oben S. 28 ff.

<sup>85</sup> Zu Erich Rosikat siehe Heiber, Goebbels-Tagebuch, S. 29, 78f., 84, 106ff., Tyrell, a. a. O., S. 122, 144, 166ff., 280.

der ländlichen Bevölkerung einen starken Rückhalt. Sowohl von den Bodenreformatoren als auch vor allem von Gesell beeinflusst, widmete er sich diesem kleinbürgerlichen Siedlungsprogramm, das auf dem Boden des Großgrundbesitzes durchgeführt werden sollte, mit ganzer Kraft. Seine Pläne und Vorstellungen vertrat er auch in vielen Veröffentlichungen. Nachdem ihn seine Aktivitäten zunächst in die Nähe der schlesischen DSP<sup>86</sup> geführt hatten, brachte er 1925 seine schlesischen Anhänger in die neue NSDAP ein, in der er sich wohl nur deshalb mit dem stellvertretenden Gauleiterposten unter Brückner begnügte, weil er sich als Schwerkriegsversehrter aus gesundheitlichen Gründen kaum mehr zumuten konnte. 1927 wurde er als erster Prominenter der AG von Hitler aus der Partei ausgeschlossen. Danach schloß er sich lose der Ludendorff-Bewegung an, bis er 1934 nach schwerer Krankheit starb. Von seinen Veröffentlichungen, die vor allem in völkischen Zeitungen Schlesiens erschienen, sind nur noch wenige erreichbar,<sup>87</sup> bei denen es sich leider nicht um programmatische Aufsätze handelt, sondern um Stellungnahmen zu aktuellen Fragen der Siedlung. Doch sind auch aus ihnen in Umrissen die „Freiland“-Ideen Gesells zu erkennen. Rosikat forderte die Ansiedlung von Deutschen auf Kleinbauernstellen, die durch Verstaatlichung des Großgrundbesitzes gegen Entschädigung zu schaffen seien. Er dachte dabei vor allem an die Sicherheit des Deutschtums im Osten. Daneben aber – und hier wird die Nähe zu Gesell deutlich – wollte er die allgemeine Arbeitslosigkeit bekämpfen und die Wirtschaftskonjunktur positiv beeinflussen. So schrieb er: „Die Vermehrung des seßhaften Landvolkes ist daher nicht nur mit Rücksicht auf die Polengefahr, sondern auch im Hinblick auf die brennende Erwerbslosenfrage von höchster Bedeutung. Gelingt es, den Landmann von der Zuwanderung zur Stadt abzuhalten, so wird der Erwerbslosenmarkt entlastet. Jede neue Bauernstelle bedeutet eine Entlastung in diesem Sinne. Man muß berücksichtigen, daß durch den Kleinbetrieb die Landbevölkerung gegenüber dem Großbetrieb auf der gleichen Fläche um das Dreifache an Zahl gesteigert werden kann. Daneben aber bietet die Durchführung der Siedlung selbst umfangreiche Arbeitsgelegenheit. In jeder neuen Siedlung stecken an Arbeitsleistung im Durchschnitt unmittelbar 1600 Tagewerke, dazu kommt die Belegung der Industrien, welche Baustoffe, Ackergeräte usw. herstellen. Mit den Siedlerfamilien finden Kaufleute, Handwerker usw. eine neue Existenz. Landeskulturarbeiten werden gefördert: Entwässerungen, Wegebauten, Obstplantagen, Schulbauten entstehen.“<sup>88</sup> Zur Finanzierung solcher Maßnahmen schlug er ein System von Staatskrediten und Beihilfen vor, wobei er insbesondere auf die Möglichkeit von Anleihen und auf die Voranrechnung von späteren Steuern verwies.<sup>89</sup> Zusammen bedeutete das die, wenn auch noch unklar ausgesprochene, Forderung nach staatlicher Geldschöpfung.

<sup>86</sup> DSP (deutsch-soziale-Partei) unter Kunze. Auskunft Hans Kurth v. 7. 10. 1971.

<sup>87</sup> E. Rosikat, Die Finanzierung der landwirtschaftlichen Siedlung, in: Archiv für innere Kolonisation, Bd. 16 (1924) Heft 4/7, A. 125–136; ders., Die Siedlung als Landvolkbewegung, in: Volk und Reich, Berlin 1926, Bd. II, S. 540–545.

<sup>88</sup> E. Rosikat, Die Finanzierung S. 132.

<sup>89</sup> Vgl. die späteren Steuergutscheine der Regierung v. Papen.

1925/26 nahm Rosikat an den Hannover-Tagungen<sup>90</sup> teil und erhielt dadurch Einfluß auf Gregor Straßers „Bamberger-Programm“.<sup>91</sup> Daneben wurde Gregor vor allem von seinem Bruder Otto beraten. Otto Straßer hatte als Nationalökonom 1921 über das landwirtschaftliche Thema „Entwicklung und Bedeutung der deutschen Zuckerrübensamenzucht“ in Würzburg promoviert<sup>92</sup> und danach als Hilfsreferent im Reichsernährungsministerium unter Minister Hermes (Zentrum) gearbeitet; er hatte ein Sonderreferat über landwirtschaftliche Meliorationen geleitet.<sup>93</sup> Nach einigen Jahren Tätigkeit in der Industrie war er 1925 zur Unterstützung seines Bruders der NSDAP beigetreten.

Da Rosikat und Otto Straßer, die einzigen Mitglieder der AG, die einige praktische wirtschaftspolitische Erfahrung besaßen, beide Landwirtschaftsfachleute waren, ist es nicht verwunderlich, daß der entstehende Programmentwurf auf agrarpolitischem Gebiet überbetont war, worin natürlich auch der rückwärts gerichtete und an vorindustriellen Strukturen orientierte Charakter der gesamten völkischen Bewegung zum Ausdruck kam. Im Bamberger Programm, einem der wichtigsten Frühzeugnisse der NSDAP, namentlich hinsichtlich der Punkte, die sich mit Wirtschaftspolitik beschäftigen, sind aber neben der auffallenden Bevorzugung der Agrar- vor der Industrie-Wirtschaft Forderungen zu finden, die eindeutig auf eine staatliche Lenkung des Wirtschaftssystems zielen und auch die Gesell'sche Hauptforderung nach einer Boden- und Währungsreform aufgreifen. Ähnlichkeiten mit Peter Straßers Aufsatz aus dem Jahre 1912 sind da, wo es um die Verstaatlichung des Bodens und der Industrie geht, ebenfalls zu erkennen. Wie Otto Straßer berichtet, war dieser Aufsatz den Teilnehmern der Hannover-Konferenz tatsächlich in einigen Exemplaren zugänglich gemacht worden.<sup>94</sup> So verlangte das Programm<sup>95</sup> Siedlungsprojekte auf dem Grund und Boden, der Eigentum der Nation sei, und zwar die Schaffung sowohl bäuerlicher Güter als auch von Nebenerwerbsstellen für landwirtschaftliche Arbeiter. Zugleich müsse, so hieß es, eine umfassende Flurbereinigung durchgeführt werden. Die Bauern seien zu Genossenschaften zusammenzuschließen, während die Industrie, nach einem komplizierten Schlüssel, weitgehend in den „Besitz der Allgemeinheit“ überführt und dadurch auch lenkbar gemacht werden sollte. „Beständige Überwachung der Modernität des technischen Standes, eventuell unter Stilllegung unrentabler Werke, ist ebenfalls Sache des Reichswirtschaftsministeriums.“ Das Bamberger Programm nahm sich auch schon der Währungsfrage an. So wurde eine Spaltung der Währung in Inlands- und Auslandswährung gefordert, wobei es von der ersteren hieß: „Inlandswährung gleich Arbeitsmarkt“. Hier wurde, wenn auch nur in Schlagwortform, die Idee des volkswirtschaftlichen Kreditfonds vorwegge-

---

<sup>90</sup> Auskunft Otto Straßer v. 10. 4. 1971.

<sup>91</sup> Kühnl, Das Straßer-Programm von 1925/26, S. 317, Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 20ff.

<sup>92</sup> Otto Straßer, Mein Kampf, S. 20.

<sup>93</sup> Otto Straßer, Mein Kampf, S. 20f. Auskunft Otto Straßer v. 10. 4. 1971.

<sup>94</sup> Auskunft Otto Straßer v. 10. 4. 1971.

<sup>95</sup> Otto Straßer, Mein Kampf, S. 20.

nommen.<sup>96</sup> Die Auslandswährung sollte im Gegensatz dazu ans Gold gebunden bleiben, um den notwendigen Außenhandel aufrecht zu erhalten. Zusätzlich war allerdings auch an einen mitteleuropäischen Zollverein oder gar an die Vereinigten Staaten von Europa gedacht.

Wenngleich dieser Programmentwurf und damit die AG in Bamberg 1926 noch scheiterten, gab Gregor Straßer weder die Ziele der AG noch den Inhalt seines Programms endgültig verloren.<sup>97</sup> Besonders die wirtschaftspolitischen Forderungen verfolgte er weiter. Stand er 1926 noch im Schatten des Fachwissens seines Bruders und unter dem Einfluß Rosikats, so hatten sich diese Verbindungen gelöst, als er sich einige Jahre später, unter dem Druck der beginnenden Wirtschaftskrise, wieder eingehender zu solchen Fragen äußerte. War das Bamberger Programm noch Ergebnis einer Diskussion gleichberechtigter Mitglieder der „Nordwestdeutschen AG“ gewesen, so stützte sich Straßer inzwischen mehr und mehr auf die Arbeiten der Fachleute in der ihm unterstehenden ROL. Obgleich sich die personelle Situation in seinem Stab nur langsam besserte, versetzten ihn seine – noch immer zu wenigen – Experten jetzt doch in die Lage, zu Wirtschafts- und Konjunkturfragen fundierter Stellung zu nehmen und allmählich ein Wirtschaftsprogramm für die NSDAP ausarbeiten zu lassen. Unmittelbar nach dem Wahlerfolg vom 14. September 1930 ergriff er am 17. Oktober 1930 im Reichstag das Wort zu einer grundsätzlichen Erklärung im Namen der NS-Fraktion. In demagogischer Form ging er das Problem der Arbeitslosigkeit an, attackierte er die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung. In seinem Ruf nach einer neuen Wirtschaftsordnung waren verschwommen die Ideen von 1926 und auch die von Gesell wieder zu erkennen.<sup>98</sup> „Unser nächstes Ziel ist daher die Beseitigung des Leerlaufs der deutschen Wirtschaft, und zwar erstens durch Überwindung der Arbeitslosigkeit und Gesundung der Landwirtschaft, zweitens durch Lösung der Frage des gerechten Arbeitslohnes und drittens durch Neuordnung unserer Geldwirtschaft.“ Er behauptete, daß die „Überproduktion“ ein Schwindel sei. In Wahrheit sei das Wirtschaftssystem nicht in der Lage, „Produzenten und Konsumenten“ zusammenzubringen. Besonders trostlos sei die Situation der Landwirtschaft: „Dem Landbau fehlt die gesamte ökonomische, soziale Grundlage. Weite Stätten liegen brach, und selbst bebautes Land verödet, weil es an Arbeitskräften fehlt.“ Zum Währungssystem bemerkte er: „Wir verlangen ein ehrliches Währungssystem, ein Währungssystem, das sich von dem Goldwahn der heutigen Zeit freimacht, ein System, das das Problem der Inlandwährung, auf Sachwerten gedeckt, durchstudiert und erfüllt.“ Ferner verlangte er ein autarkes Wirtschaftssystem und „Arbeitsbeschaffung“ durch staatliche Baumaßnahmen.

Straßers wirtschaftspolitische Forderungen waren freilich noch dilettantisch vorgebracht, verschwommen formuliert und keineswegs schon zu einem einheitlichen Konzept verbunden. Da er selbst weder Fachwissen noch die Zeit hatte, sich gründli-

---

<sup>96</sup> Kroll, a. a. O., S. 443f.

<sup>97</sup> Siehe oben S. 26f.

<sup>98</sup> Verhandlungen des Reichstages, Bd. 444, S. 60a, b.

cher in die Materie einzuarbeiten, wurde es immer notwendiger für ihn, geeignete Mitarbeiter und Berater für seinen Wirtschaftsstab zu finden, und zwar solche, die als Vertreter der NSDAP in einem NS-Staate die Regierungs- und Staatsgeschäfte übernehmen konnten; er war ständig auf der Suche nach solchen Fachleuten.<sup>99</sup> Typisch für ihn war, daß er dabei, wie schon das Beispiel seiner Kontaktaufnahme mit Oswald Spengler im Jahre 1926 gezeigt hatte, durchaus bereit war, falls sich innerhalb der Partei kein geeigneter Mitarbeiter fand, mit Personen außerhalb der Partei zusammenzuarbeiten, sofern sie zu den im nationalen Sinne „aufbauwilligen Kräften“ gehörten.<sup>100</sup> Zwar hatte Feder, der offizielle Parteiprogrammatiker, eigene wirtschaftspolitische Vorstellungen entwickelt, doch waren sie nicht über das unklare Geldschöpfungssystem hinausgekommen, das er schon Anfang der zwanziger Jahre in jenen Diskussionen bei der DSP vorgetragen hatte.<sup>101</sup> Damit konnte Straßer offensichtlich nicht viel anfangen. Er sah überhaupt keinen brauchbaren Wirtschaftsfachmann in der Partei.<sup>102</sup> So baute er seit Anfang 1931, verstärkt seit Winter 1931/32, die wirtschaftspolitische Abteilung unter Otto Wagener aus.<sup>103</sup> Nun schlossen sich gerade 1931, als sich die verschiedenen Silvio-Gesell-Gruppen und -Vereine auflösten, deren Anhänger scharenweise der NSDAP an. Die „Freigeld“-Theorien Gesells wurden daher in zunehmendem Maße auf allen Ebenen der Partei diskutiert. Bei einigen älteren Parteimitgliedern löste das Besorgnis aus, bereitete aber andererseits den innerparteilichen Boden für ein neues Wirtschaftsprogramm Straßers.<sup>104</sup> Die Aufgabe der wirtschaftspolitischen Abteilung sollte im wesentlichen in der Ausarbeitung eines Wirtschaftsprogramms für eine spätere Regierungsübernahme bestehen. Den Angehörigen der Abteilung wurde offensichtlich die Weisung gegeben, sich auch mit Gedanken außerhalb der Partei vertraut zu machen und sich in geeigneter Weise allenthalben an der Erarbeitung neuer Programme zu beteiligen. Tatsächlich kamen denn auch von außerhalb der Partei stehenden Kreisen entscheidende Anregungen, mit denen Straßer seine eigenen wirtschaftspolitischen Vorstellungen zu einem Programm konkretisierte.

#### 4. Die „Reformer“

Die Ideen zur Beschreitung neuer Wege, wie sie zu Beginn der Weltwirtschaftskrise, angeregt durch die Lehre Gesells, gerade in Deutschland entstanden,<sup>105</sup> bewegten sich weitgehend außerhalb der klassischen liberalen Wirtschaftstheorie und zielten

---

<sup>99</sup> Wagener-Tagebuch, S. 674 ff.

<sup>100</sup> Siehe oben S. 19.

<sup>101</sup> Siehe oben S. 96.

<sup>102</sup> Wagener-Tagebuch, S. 661.

<sup>103</sup> Tyrell, a. a. O., S. 362 f.

<sup>104</sup> Brief Dr. Albrecht an Oberst Hierl vom 12. 1. 1932 und Entwurf einer Anordnung vom 3. 2. 1932, BA, NS 22/11.

<sup>105</sup> Jörg Ohl, a. a. O., S. 2: „Die deutsche Theorie hat durchaus nicht erst mit dem Erscheinen

nicht auf eine grundsätzliche, theoretische Lösung der Konjunkturfrage, sondern nur auf praktische Ergebnisse. So erklärte Professor Wagemann 1932 öffentlich, daß alle Diskussionen nur der praktischen Überwindung der Krise zu dienen hätten, wozu theoretische Klarheit über die Ursachen der Krise nicht notwendig sei.<sup>106</sup> Neben dem Anstoß von Silvio Gesell waren es Tatsachen, die zum Denken anregten: Zum einen die Beobachtung, daß in den zwanziger Jahren eine relativ hohe Grundarbeitslosigkeit bestand;<sup>107</sup> auch in den Jahren des höchsten Aufschwungs, 1927 und 1928, sanken die Arbeitslosenziffern im Jahresdurchschnitt nicht unter 1,391 Millionen, eine Höhe, die man in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg nicht gekannt hatte.<sup>108</sup> Zum anderen war es die Erinnerung an die Staatskonjunktur in Deutschland während des Ersten Weltkrieges, die unter Lösung vom Goldstandard zu ganz erstaunlichen Wirtschaftsleistungen fähig gewesen war. Die Bedeutung dieser Erinnerung für die mit der Weltwirtschaftskrise einsetzende Meinungsbildung in der interessierten Öffentlichkeit Deutschlands ist mit folgenden Sätzen zutreffend charakterisiert worden: „Mehr als in jedem anderen kapitalistischen Land war in Deutschland die Bereitschaft vorhanden, die Selbststeuerung des Systems durch eine das gesamte Wirtschaftsleben umspannende, zentralistisch geleitete Planwirtschaft zu ersetzen. Das Vorbild war die „Kriegsstoff-Abteilung“ Rathenaus während des Weltkrieges, die als der erste funktionierende Apparat einer Planwirtschaft angesehen werden kann.“<sup>109</sup> Der wichtigste Autor für die in Deutschland mit Beginn der Weltwirtschaftskrise einsetzende Diskussion über Wirtschafts- und Konjunkturfragen, Robert Friedländer-Prechtl<sup>110</sup> – Silvio Gesell war am 11. März 1930 gestorben – hatte bereits 1926 auf jene beiden Tatsachen in seinem Buche „Chronische Arbeitskrise, ihre Ursachen, ihre Bekämpfung“<sup>111</sup> hingewiesen. Am Schluß seiner Untersuchung hatte er die Forderung nach Überwindung der Arbeitslosenkrise nachdrücklich betont: „Die disponiblen Arbeitskräfte und disponiblen Arbeitsmittel – beide zusammen stellen ein ungeheures brachliegendes Kapital dar – müssen zusammengebracht, die entstehenden Produkte zu Investierungszwecken dem

---

der General Theory ... ihr Augenmerk dem Beschäftigungsproblem zugewandt. Sie hat vielmehr ... fast als einzige außerhalb der angelsächsischen Welt entscheidend an der Entwicklung der neuen Gedanken mitgearbeitet und ist dabei in durchaus selbständiger Weise zu allen wesentlichen Erkenntnissen der modernen Lehre gelangt.“

<sup>106</sup> Prof. Wagemann am 3. August 1932, zitiert nach Grotkopp, a. a. O., S. 43. Vgl. auch Ohl, a. a. O., S. 8: „Es war weniger die Frage nach der theoretischen Ursachenlage, als die Frage der praktischen Beseitigung der Arbeitslosigkeit.“

<sup>107</sup> Robert Friedländer-Prechtl, Chronische Arbeitskrise, ihre Ursachen, ihre Bekämpfung, Berlin 1926, S. 6.

<sup>108</sup> Gerhard Bry, Wages in Germany 1871–1945, Ann Arbor Michigan 1967, S. 156ff. u. 297f., Tafel A 1 + 28.

<sup>109</sup> Jörg Ohl, a. a. O., S. 6.

<sup>110</sup> Robert Friedländer-Prechtl, geb. 1881, Studium der Nationalökonomie und der Rechtswissenschaften, Teilhaber des Kohlekonzerne Friedländer-Fuld, als Finanzier beteiligt an der Entwicklung des Bergius-Kohleverflüssigungsverfahrens und an den ersten Fabriken zur Kunstharz- und Kunstseideherstellung.

<sup>111</sup> Robert Friedländer-Prechtl, Chronische Arbeitskrise, S. 6, 34.

In- und Auslande zugeführt werden. Als Gegenwert kommen zunächst langfristige Anleihen und Schuldtitel herein, die gegebenenfalls durch Passivanleihen des Reiches mobilisiert werden, ... Die Mittel für solche Wirtschaftspolitik sind vorhanden, denn Arbeitskräfte und Arbeitsmittel, die einzig realen Werte, sind in ausreichendem Maße da. Sie zusammenzubringen und ihren Zwecken zuzuführen, ist allein eine finanztechnische Frage, die gelöst werden wird – *weil sie gelöst werden muß!*<sup>112</sup>

In einer zweiten Veröffentlichung, die unter dem Titel „Die Wirtschaftswende“ 1931 erschien<sup>113</sup> und ganz unter dem Eindruck der großen Krise stand, präziserte er seine Ideen. Abermals war für ihn die Zeit des Ersten Weltkrieges das augenscheinlich positive Beispiel einer Staatskonjunktur, im Gegensatz zur „Laissez-faire-Politik“ des reinen Wirtschaftsliberalismus: „Deutschland hatte während der Kriegsjahre gewiß kein Geld und keinen Kredit, beides friedenswirtschaftlich betrachtet. Und gleichwohl hat es in dieser Zeit Anlagen größten Umfangs geschaffen: Bahnen und Brücken, Maschinenwerkstätten und Chemiefabriken, davon zum Teil solche, die – wie die Stickstoffwerke – auch für Friedenszwecke Dauerwerte darstellten. Es wurde ein Wirtschaftsplan aufgestellt, das „Hindenburg-Programm“, und nach diesem schuf die Wirtschaft alles das, was für die Bedürfnisse des Krieges erforderlich war, soweit hierzu die im Inland vorhandenen Rohstoffe ausreichten.“<sup>114</sup>

Einen weiteren wichtigen Anstoß auf dem Wege zu neuen Ideen gab das Gutachten einer von Brüning eingesetzten Kommission unter Leitung des früheren Arbeitsministers Braun, kurz „Brauns-Gutachten“ genannt.<sup>115</sup> Es wurde im April und Mai des Jahres 1931 in zwei Teilen veröffentlicht. Während im ersten Teil nur traditionelle Vorschläge wie Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und Abschaffung von Doppelverdienertum wiederholt wurden, klangen im zweiten Teil neue Ideen an. Die Kommission zählte eine Fülle von öffentlichen Projekten zur Arbeitsbeschaffung auf und behandelte auch das Problem der Finanzierung solcher Maßnahmen. Sie glaubte, daß etwa 2 Milliarden RM notwendig seien und daß diese Summe vom Staat als Auslandsanleihe aufgenommen werden sollte. Von der bahnbrechenden Erkenntnis abgesehen, daß man zur Steuerung der Krise aktive Konjunkturpolitik in Form von staatlicher Arbeitsbeschaffung betreiben könne, blieb sie also hinsichtlich der Finanzierung noch in alten Vorstellungen verhaftet. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die Kommission auch hier bereits Neuland zu betreten versuchte. Sie erklärte nämlich in einer Nebenbemerkung, daß im Zusammenhang mit einer Auslandsanleihe durchaus auch kleinere Rückgriffe auf die Reichsbank in Aussicht genommen werden könnten.<sup>116</sup> Freilich hatte das „Brauns-Gutachten“ keinen direkten politischen Einfluß. Jedoch lieferte es der Ministerialbürokratie die

---

<sup>112</sup> Ebenda, S. 167.

<sup>113</sup> Robert Friedländer-Prechtl, Die Wirtschaftswende, Leipzig 1931.

<sup>114</sup> Ebenda, S. 229 ff.

<sup>115</sup> Brauns-Gutachten, Kroll, a. a. O., S. 377.

<sup>116</sup> Ebenda, S. 379.

Grundlage für weitere Pläne,<sup>117</sup> die es dann vor allem der Regierung Hitler ermöglichten, Wirtschaftsankurbelungen schneller vorzunehmen, da wichtige Vorarbeiten schon geleistet waren. Auch regten die Pläne der Kommission die Diskussion über eine neue Wirtschaftspolitik nachhaltig an. Einen weiteren Anstoß gab eine Maßnahme der Regierung Brüning. Als am 13. Juli 1931 deutsche Banken in Schwierigkeiten kamen, ausgelöst durch einen Run der Konteninhaber auf die Kreditinstitute nach dem Zusammenbruch der „Österreichischen Kreditanstalt“, reagierte Brüning schnell. Im Gegensatz zur liberalen Wirtschaftstheorie von den Selbstheilungskräften griff er hart durch. Eine Notverordnung schloß die Schalter aller Bank- und Sparinstitute für den 14. und 15. Juli.

Die Regierung übernahm die Garantie für die Einlagen bei der Danatbank und später auch bei anderen Banken. Nach der Wiedereröffnung der Schalter wurden, ebenfalls durch eine Notverordnung, sowohl die Höhe von Abhebungen und Überweisungen festgelegt als auch Maßnahmen gegen die Kapital- und Steuerflucht ergriffen. Im Laufe des August stabilisierte sich das Bankensystem wieder, so daß man auch schrittweise die Einschränkungen von Abhebung und Überweisung aufheben konnte. Brüning hatte mit Erfolg „aktive“ Wirtschaftspolitik betrieben, allerdings nur in einem „passiven“ Sinne, um Schlimmeres zu verhüten, und nicht etwa, um die Konjunktur wieder aufzubauen. Für die zeitgenössische Wirtschaftsdiskussion allerdings wurde diese Aktion zu einem immer wieder zitierten Paradefall.<sup>118</sup> Freilich wußten, trotz zunehmender Verschärfung der Wirtschaftskrise, weder die Politiker noch die professionellen Nationalökonomien einen besseren Rat, als abzuwarten, bis die Krise sich selbst behebe. Es waren vor allem sogenannte „Nichtfachleute“ und Außenseiter, die eine grundsätzliche Reform der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik öffentlich forderten. Aus der Vielzahl dieser „Reformer“, wie sie sich selbst gerne nannten,<sup>119</sup> ragten einige Gruppen besonders hervor. Der bereits erwähnte Robert Friedländer-Precht gründete im Jahre 1931, in dem er auch sein gleichnamiges Buch veröffentlichte, die in München erscheinende Zeitschrift „Die Wirtschaftswende“, um die ein Kreis Gleichgesinnter entstand. Professor Wagemann,<sup>120</sup> der Leiter des statistischen Reichsamtes und des Instituts für Konjunkturforschung, beschäftigte sich ebenfalls, zusammen mit seinen Mitarbeitern, mit neuen Ideen, die er Anfang 1932 im sogenannten Wagemann-Plan vorlegte. In Nürnberg sammelte sich eine Gruppe um Professor Vershofen und den jungen Nationalökonom Ludwig Erhard.<sup>121</sup> Im „Tatkreis“ entwickelte Ferdinand Friedrich Zimmermann (Ferdinand

---

<sup>117</sup> Auskunft Schwerin-Krosigk v. 28. 11. 1971.

<sup>118</sup> Kroll, a. a. O., S. 122, S. 362, Grotkopp, a. a. O., S. 16f.; Verhandlungen des Reichstages, Bd. 446, S. 2514c.

<sup>119</sup> Grotkopp, a. a. O., S. 8f.

<sup>120</sup> Kroll, a. a. O., S. 396ff.

<sup>121</sup> Prof. Wilhelm Vershofen, Ordinarius an der Handelshochschule Nürnberg, Leiter des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware. Dr. Ludwig Erhard war damals Dozent am gleichen Institut, dessen Leitung er 1934 übernahm.

Fried) neue Gedanken.<sup>122</sup> Große Bedeutung erlangte ferner der Wirtschaftsreformkreis im ADGB um Woytinski, Tarnow und Baade.<sup>123</sup> Zu diesem Kreis darf wohl auch Erdmann, der Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung „Die Arbeit“ gerechnet werden, der in seinem Blatt vor allem Woytinski Platz zur Verbreitung seiner Ideen einräumte.<sup>124</sup> Zuletzt ist noch der „Gereke-Kreis“ zu nennen, auf den später näher eingegangen werden muß. Um Gereke, Präsident des Landgemeindeta-ges und Reichstagsabgeordneter, bildete sich eine Reformers-Gruppe aus den verschiedensten politischen Lagern. Zunächst nur an rein wirtschaftsreformerischen Fragen interessiert, wurde die Gruppe im Laufe des Jahres 1932 aber auch zu einer wichtigen innenpolitischen Schaltstelle. Neben Gereke selbst spielten in ihr vor allem der Industrielle und Stahlhelmführer Lübbert und Walther von Etzdorf eine Rolle.<sup>125</sup> Die Grenzen zwischen all diesen Gruppen waren fließend. Es gab zahlreiche Querverbindungen.

Angeregt durch die erwähnten Bücher von Friedländer-Precht<sup>126</sup> und besonders auch durch seine Zeitschrift, war es schließlich ein dort im Herbst 1931 publizierter Artikel von Dalberg<sup>127</sup> „Wirtschaftslähmung durch Prinzipien“,<sup>128</sup> der den Industriellen Heinrich Dräger<sup>129</sup> dazu bewog, den Verfasser Dalberg persönlich aufzusuchen. In einer Unterredung, in der sich beide schnell grundsätzlich einigten, faßten sie den Entschluß, gemeinsam eine Plattform für alle zu schaffen, die an einer neuartigen aktiven Wirtschaftspolitik interessiert waren.<sup>130</sup> Etwa im November 1931 entstand hieraus in Berlin „Die Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwesen“. In ihrer ersten Veröffentlichung bezeichnet sie sich selbst als „eine zwanglose Vereinigung mit dem Ziel, für die Erörterung der Probleme der Geld- und Kreditwirtschaft, die heute wieder so sehr im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehen, einen neutralen Rahmen zu schaffen. Die Studiengesellschaft beabsichtigt, zu diesem Zweck Vorträge und Diskussionsabende zu veranstalten und gegebenenfalls auch einschlägige Veröffentlichungen zu fördern. Die Studiengesellschaft ist parteipoli-

---

<sup>122</sup> Die Tat, Heft 6, September 1932; Ferdinand Fried, Der Umbau der Wirtschaft, S. 452 ff.; Grotkopp, a. a. O., S. 39, 42.

<sup>123</sup> WTB-Plan der Gewerkschaften, siehe unten S. 108.

<sup>124</sup> Grotkopp, a. a. O., S. 41.

<sup>125</sup> Günther Gereke, Ich war königlich-preußischer Landrat, Berlin 1970, S. 195 ff.

<sup>126</sup> Siehe Anm. IV 110, 112.

<sup>127</sup> Rudolf Dalberg, geb. 1885; 1919 Regierungsrat im Reichsfinanzministerium, 1923 im Reichswirtschaftsministerium Hauptreferent für Geld- und Bankwesen, Mitwirkung bei der Schaffung der neuen Währung, 1926 Leitung der deutschen Abteilung der British-German-Trust Ltd., London, mit Sitz in Berlin.

<sup>128</sup> Entwurf einer Einleitung von Dr. H. Dräger, IfZ, ZS 248, Bd. III S. 6.

<sup>129</sup> Dr. Heinrich Dräger, geb. 1898, seit 1928 Fabrikant in Lübeck.

<sup>130</sup> Dräger, Entwurf, S. 6 ff.; Grotkopp, a. a. O., S. 35 f.; Kroll, a. a. O., S. 404. Vgl. auch Henning Köhler, Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Reparationen in der Schlußphase der Regierung Brüning, VfZ 17 (1969), S. 276–307, ferner Horst Sanmann, Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Bd. 10 (1965), S. 109–140.

tisch neutral und nimmt als solche an sich keine Stellung zu irgendwelchen Fragen oder Vorschlägen. Ihre Veranstaltungen sind jedoch von der Überzeugung getragen, daß die gegenwärtigen geld- und kreditwirtschaftlichen Verhältnisse nicht mehr den an sie zu stellenden Anforderungen genügen, daß die gegenwärtige Wirtschaftsdepression durch Maßnahmen auf dem Gebiet der Geld- und Kreditpolitik gemildert oder überwunden werden kann.“<sup>131</sup> Als wichtigen Mitarbeiter konnten Dräger und Dalberg bald Professor Wagemann gewinnen. Als anerkannter Nationalökonom brachte er, außer seinem Fachwissen und den speziellen Untersuchungen seines Mitarbeiterstabes, der „Studiengesellschaft“ ein gewisses Maß an fachlicher Seriosität, das ihr Ansehen und ihre Einflußmöglichkeiten wesentlich verstärkte.<sup>132</sup> Im engsten Kreise wirkten außerdem Grotkopp<sup>133</sup> als Schriftführer und Grävell<sup>134</sup> mit. Vor allem durch Vorträge und als Diskussionsredner beteiligten sich: Wildermuth, Sombart, Otto Christian Fischer, Gereke, Otto Hahn, Lautenbach, Gestrich, Woytinski, Friedländer-Prechtl, Lampe, Prion und der schon bei den DSP-Diskussionen erwähnte Dr. Herpel. Auch die NSDAP war vertreten, und zwar in erster Linie durch Mitarbeiter aus Straßers Reichsorganisationsleitung.<sup>135</sup> Zu den Mitbegründern der Studiengesellschaft gehörte der Dozent der Nationalökonomie Jens Jessen, der dem Gauleiter Rust nahestand und damals aktiver Nationalsozialist war, wenn auch seine formale NS-Mitgliedschaft später in Zweifel gezogen wurde.<sup>136</sup> Daneben beteiligten sich Werner Daitz<sup>137</sup> und Fritz Reinhardt,<sup>138</sup> beide damals Mitglieder des Wirtschaftsrates der ROL der NSDAP, Reinhardt gleichzeitig Reichspropagandaleiter II und Gauleiter von Oberbayern. Schließlich wirkten noch Hermann Tholens, Leiter der Unterabteilung Arbeitsbeschaffung und ab 10. Juni 1932 Leiter der Abteilung „Öffentliche Siedlung“ in der Reichsorganisationsleitung der NSDAP, sowie Arthur R. Herrmann, Leiter der Abteilung Währung und Geldwesen der ROL, mit.<sup>139</sup> Über die Berliner Börsenzeitung bestanden persönliche Verbindungen von

---

<sup>131</sup> Grotkopp, a. a. O., S. 40.

<sup>132</sup> Schäffer Tagebuch, IfZ, ED 93, Bd. 17, S. 126, 135.

<sup>133</sup> Wilhelm Grotkopp, geb. 1900; Auslandskorrespondent und Wirtschaftspublizist beim Ullstein-Verlag, ab 1930 Herausgeber der „Europa-Wirtschaft“.

<sup>134</sup> Walter Grävell, geb. 1891; nach dem Weltkrieg Abteilungsleiter im statistischen Hauptamt, unter Luther in der Reichskanzlei, später Leiter des Enquete-Ausschusses, auch freier Mitarbeiter an der „Europa-Wirtschaft“.

<sup>135</sup> Vgl. Grotkopp, a. a. O., S. 37, Dräger, a. a. O., S. 44, 75, 79, 81, 88, 91.

<sup>136</sup> Grotkopp, a. a. O., S. 37, 39 und 39 Anm. 3. Jens Jessen, geb. 1896; habilitierte sich 1927 in Göttingen, 1933 Ordinarius in Kiel und Direktor des Weltwirtschaftsinstitutes, am 30. 11. 1944 als Beteiligter am 20. Juli 1944 hingerichtet.

<sup>137</sup> Werner Daitz, geb. 1884; Industrieller aus Lübeck, Mitglied des Herrenclubs, Mitglied des Wirtschaftsrats der ROL, BA, NS 26/1283.

<sup>138</sup> Reinhardt war damals Leiter der Reichspropagandaleitung II. Ab 30. 1. 1933 Staatssekretär im Reichsfinanzministerium. Nach ihm wurde der Arbeitsbeschaffungsplan der Regierung Hitler „Reinhardt-Plan“ genannt.

<sup>139</sup> Grotkopp, a. a. O., S. 37.

Dalberg zu Funk,<sup>140</sup> der dadurch in Kontakt zu den Reformern kam, was wohl auch zu Treffen von Funk und Wagemann geführt hat,<sup>141</sup> obgleich man Funk sicherlich nicht zum eigentlichen Kreis der Reformer rechnen darf.<sup>142</sup> Selbst mit Keynes nahmen die Reformer Verbindung auf, als dieser zu einem Vortrag in Hamburg weilte. Allerdings zog Keynes seine dort gemachte Zusage zu einem Vortrag in Berlin auf eine Intervention der Reichsbankleitung hin zurück.<sup>143</sup> Im übrigen geht aus der Liste der Vortragenden hervor, daß auch Fäden zu Gewerkschaftlern geknüpft worden waren; vor allem Dräger unterhielt sowohl zu Woytinski als auch zu Tarnow enge Beziehungen. Mit einer dritten Gruppe, die im Laufe des Jahres 1932 auf sich aufmerksam machte, dem sogenannten „Gereke-Kreis“, wurde ebenfalls eng zusammengearbeitet. In diesem Zusammenhang ist besonders bemerkenswert, daß Gereke, damals Präsident des deutschen Landgemeindetages und Reichstagsabgeordneter der Landvolkpartei, neben guten Beziehungen zur Reichswehr, d. h. vor allem zu Schleicher, und zur gemäßigten nationalen Rechten vor allem auch enge Kontakte zur SPD und zum ADGB besaß.<sup>144</sup> Alle drei Gruppen, die Studiengesellschaft, die Gewerkschaftler unter Führung von Woytinski bzw. Tarnow und Baade sowie der Gereke-Kreis, standen in dauernder Verbindung. Straßer war über diese Aktivitäten mit Sicherheit ausgezeichnet unterrichtet und verfolgte sie wohlwollend; jedenfalls hatte man in der Studiengesellschaft diesen Eindruck,<sup>145</sup> wiewohl er sich zunächst nicht persönlich beteiligte, sondern sich durch seine Mitarbeiter vertreten ließ. Indes kam es wahrscheinlich schon im Herbst 1931 zu einem Treffen Gerekes mit Gregor Straßer im Reichstag, wobei beide über die Notwendigkeit eines staatlichen Arbeitsbeschaffungsdienstes im Grundsatz Einigkeit erzielten. Hieraus entwickelte sich ein ständiger Kontakt, der allerdings nicht von Straßer persönlich wahrgenommen, sondern von seinem Mittelsmann Cordemann gehalten wurde.<sup>146</sup> Cordemann, der damals das Berliner Büro der wirtschaftspolitischen Abteilung der ROL der NSDAP leitete,<sup>147</sup> war gleichzeitig seit 1930 der Verbindungsmann Schleichers zur NSDAP und hatte dessen Verbindung zu Straßer hergestellt.<sup>148</sup>

In diesen Begegnungen und Plänen des Frühjahres 1932 wird so überraschenderweise in Umrissen jene politische Konstellation erkennbar, auf die Schleicher ein halbes Jahr später, im Herbst 1932, seine Regierung zu gründen versuchte. Schon

---

<sup>140</sup> Dalberg und Funk waren beide als Wirtschaftsjournalisten Mitarbeiter der „Berliner Börsenzeitung“ gewesen.

<sup>141</sup> Eberhard Czichon, *Wer verhalf Hitler zur Macht?* Köln 1967, S. 24.

<sup>142</sup> Auskunft Dräger v. 31. 8. 1972.

<sup>143</sup> Dräger, Entwurf.

<sup>144</sup> Gereke, a. a. O., S. 162–174.

<sup>145</sup> Grotkopp, a. a. O., S. 37.

<sup>146</sup> Gereke, a. a. O., S. 173.

<sup>147</sup> Tyrell, a. a. O., S. 362.

<sup>148</sup> Brief Walter v. Etzdorf vom 26. 12. 1963, IfZ, ZS 1926 S. 4; Kurzorientierung des Ministeramtes vom 6. 9. 1932, IfZ, F 41; Auskunft Cordemann v. 8. 9. 1971.

jetzt, als es noch um Pläne für die Arbeitsbeschaffung ging, trafen sich Vertreter des ADGB, bürgerliche Industrielle und Politiker sowie der Straßer-Flügel der NSDAP. Auch die Verbindung zu Schleicher bestand über Gereke und Cordemann bereits. Bei der engen Verflechtung und Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen ist es auch nicht verwunderlich, daß die Arbeitsbeschaffungspläne, die ausgearbeitet wurden, sich weitgehend ähnelten.

Die erste Arbeit war die von Friedländer-Prechtel, im Mai 1931 unter dem Titel „Wirtschaftswende“ veröffentlicht, die wiederum auf seiner Untersuchung von 1926 fußte.<sup>149</sup> Im Januar 1932 präsentierten die Gewerkschaften ihren nach den drei Verfassern benannten WTB-Plan.<sup>150</sup> Ebenfalls Anfang 1932 trat Wagemann mit seinem Plan an die Öffentlichkeit.<sup>151</sup> Im März legte Dräger das Manuskript seiner Studie „Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung“ vor.<sup>152</sup> Gereke kam später mit ähnlichen Plänen heraus, die sich aber vor allem mit der verwaltungstechnischen Seite der Arbeitsbeschaffung befaßten.<sup>153</sup> Dräger versuchte, die verschiedensten Regierungs- und Parteistellen, z. T. über die Wirtschaftsverbände, für seinen Plan zu gewinnen,<sup>154</sup> doch gelang ihm das nur bei Straßer. Im Gegensatz zu den anderen Politikern und Fachleuten hatte sich Straßer seit Jahren mit Gedanken über eine auf Finanzreformen beruhenden aktiven Konjunkturpolitik zumindest nebenbei beschäftigt. Etwa seit Herbst 1931 war er dabei, auf der Grundlage seiner eigenen Ideen und der beginnenden Arbeit seiner Wirtschaftspolitischen Abteilung ein Wirtschaftsprogramm aufzustellen, das sich in ähnlichen Bahnen wie das der Reformerguppe bewegte. Bereits am 18. Dezember 1931 konnte die „Münchner Post“ berichten, daß die Industrie auf Straßer setze, der als einziger „ein realisierbares Wirtschaftsprogramm“ habe.<sup>155</sup> Da er an dem Dräger-Plan über seine Mitarbeiter gleichsam selbst beteiligt gewesen und über jeden Entstehungsschritt informiert worden war, ist es nicht verwunderlich, daß er ihn im Prinzip sofort anerkannte und für die weitere Ausarbeitung seines eigenen Programms benützte. Im Frühjahr 1932 entstand auf dieser Grundlage ein Programm, dessen vorläufige Endfassung von Dr. von Renteln stammte, der damals in der ROL Leiter der Unterabteilung Währung, Finanzen und Produktion war.<sup>156</sup> Straßer wurde so in die Lage versetzt, am 10. Mai 1932 in seiner Reichstagsrede die wichtigsten und werbewirksamsten Aspekte eines neuen NS-Wirtschaftsprogramms der Öffentlichkeit vorzustellen. Nach der für die Studiengesellschaft enttäuschenden Ablehnung, auf die das Dräger-

---

<sup>149</sup> Siehe oben S. 103.

<sup>150</sup> „WTB-Plan“, siehe Kroll, a. a. O., S. 403 ff.

<sup>151</sup> „Wagemann Plan“; siehe Kroll, a. a. O., S. 396 ff.

<sup>152</sup> Für diese Arbeit wurde die im Text unveränderte 4. Auflage, Düsseldorf 1955, benützt.

<sup>153</sup> „Gereke-Plan“.

<sup>154</sup> Dräger, a. a. O., S. 11 f.

<sup>155</sup> Münchner Post, 18. Dez. 1931.

<sup>156</sup> Brief Feder vom 15. 2. 1932 und Brief v. Rentelen vom 17. 2. 1932 an die Reichsorganisationsleitung II, BA, NS 22/11. Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 13, (1973) S. 429.

Programm, von Straßer abgesehen, sonst stieß, ließ Dräger seinen Plan unter dem Titel „Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung“ noch 1932 zum Teil auf eigene Kosten drucken, und zwar im Juli als Heft 41 der NS-Bibliothek im Münchner Eher-Verlag und im August in politisch neutraler Form bei Hempel & Co. in Berlin. Eine praktisch unveränderte Neuauflage erfolgte 1956 beim Econ-Verlag in Düsseldorf. Dräger selbst bezeugt,<sup>157</sup> sein Programm sei unter Beratung von Dalberg „in Anlehnung an Robert Friedländer-Prechtl, Dalberg, Woytinski (WTB-Plan) und das Gutachten des Reichswirtschaftsrates“ entstanden. Dabei habe er versucht, auch alle Anregungen aus den Vorträgen bei der Studiengesellschaft (z. B. von Wagemann, Wildermuth, O. Chr. Fischer, Sombart) und Anregungen, die Dalberg und Grotkopp in einem Gespräch mit Keynes bekamen, in der Schrift zu verwerten. Er sah sich mit seinen konjunkturpolitischen Forderungen etwa in der Mitte zwischen dem vorsichtigeren WTB-Plan der Gewerkschaften und den kühnen, „in einigen Teilen leicht ans Utopische“ grenzenden Plänen Friedländer-Prechtls; mehrfach bezog er sich auf Studien der Straßer-Mitarbeiter Daitz und Tholens.<sup>158</sup>

## 5. Vergleich der Programme von Friedländer-Prechtl, Dräger und Straßer

Kernstück der Arbeit von Dräger ist das Kapitel „Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der gesteigerten Bedarfsdeckung“,<sup>159</sup> das in Inhalt und Aufbau sofort die Ähnlichkeit mit dem Straßer-Programm erkennen läßt. Auch bei Dräger liegt das Hauptgewicht auf Siedlungsmaßnahmen, wobei sowohl an die Städtesanierung gedacht ist, und zwar mit dem Aufbau landwirtschaftlicher Nebenerwerbsstellen im Einzugsgebiet der Industriestädte, wie auch an die Schaffung bäuerlicher Siedlungen vor allem im Osten. Dabei spielen für beide auch wehrpolitische Gedanken eine Rolle. Den Boden sollen die von Dräger wie von Straßer ausführlich dargelegten Landeskulturarbeiten beschaffen. Die sonstigen Maßnahmen, wie Städtebau, Elektrowirtschaft und Wasserstraßenbau, werden von beiden an den Schluß gestellt. Besonders auffallend ist die beiden gemeinsame Absage an eine Vergrößerung der Industrieanlagen, solche Fabrikationsbetriebe ausgenommen, die Ersatz für ausländische Rohstoffe herstellen.<sup>160</sup> Deutlich ist auch die Übereinstimmung in den Zahlen: Z. B. fordern beide 100 000 Siedlungen pro Jahr; Straßer glaubte, daß ein Eigenheim ohne Boden und Infrastruktur etwa 5000 RM koste, Dräger meinte, daß mit Boden und Infrastruktur 10 000 RM etwas zu niedrig seien, wies aber auf Tholens hin, der – wiederum ohne – auf 5000 RM kam.<sup>161</sup> Dräger schätzte die zu

---

<sup>157</sup> Dräger, Entwurf ..., S. 9.

<sup>158</sup> Ebenda. Daitz wird zitiert auf S. 88 und 91 zu Fragen des Wasserstraßenbaues und Berechnungen der Möglichkeit der Ausweitung des Kreditvolumens. Tholens wird zitiert auf S. 75, 79, 81 zu Fragen der Landeskulturarbeiten und der Siedlung.

<sup>159</sup> Dräger, Entwurf ..., S. 69–97.

<sup>160</sup> Ebenda, S. 89; Sofortprogramm, S. 14.

<sup>161</sup> Dräger, Entwurf ... S. 79 Anm. 2. Tholens war Mitarbeiter Straßers.

entwässernde Fläche auf 5–10 Millionen Hektar, Straßer auf 8,5 Millionen, wobei sie eine jährliche Ertragssteigerung von 400–780 Millionen RM bzw. 680 Millionen RM annahmen. Dräger rechnete mit Moor- und Ödlandflächen von 1–2 Millionen Hektar und einer Ertragssteigerung von 200–500 Millionen RM, Straßer mit 2,5 Millionen Hektar und 690 Millionen RM. Durch Flurbereinigung und ähnliche Maßnahmen glaubten beide etwa 5 Millionen Hektar verbessern zu können, was nach Dräger etwa 300 Millionen RM kosten und eine Ertragssteigerung von etwa 10–25% erbringen würde, nach Straßer 500 Millionen bei Ertragsverbesserungen von 25–50%. Die Gesamtkosten dieser Landeskulturarbeiten wurden von Dräger auf 7,5 Milliarden geschätzt, die jährlichen Investitionen auf etwa 1,215 Milliarden RM. Straßer kam auf Gesamtkosten von 9,5 Milliarden RM und auf Jahresraten von 1,5 Milliarden RM.<sup>162</sup>

Die geringen Abweichungen hinsichtlich dieser Zahlen kamen vor allem dadurch zustande, daß Dräger seine Arbeit für einen relativ kleinen Kreis geschrieben hatte, während Straßers Zahlen für die Öffentlichkeit bestimmt und deshalb häufig etwas zu schön gefärbt waren, z. B. wenn er die Kosten eines Eigenheims nur mit etwa 5000 RM annahm und dabei die Boden- und Infrastrukturkosten vergaß oder wenn er die Ertragssteigerungen durch Flurbereinigung mit 25–50% weit überhöht angab. Ähnliches gilt auch für den sonst völlig gleichen Finanzierungsplan. Dräger wie Straßer wollten ihre Vorhaben zunächst aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung und aus Steuer- und Versicherungsmehreinnahmen finanzieren und die Restsumme durch staatliche Kreditschöpfung bestreiten. Doch während Straßer, eingedenk der Inflationsfurcht bei den deutschen Wählern, die Kreditschöpfung mit 25% der Gesamtkosten etwas verharmloste, war Drägers Angabe von 50% sicherlich realistischer.<sup>163</sup>

Über Grundlage und Herkunft der Ideen in Straßers Rede vom 10. Mai 1932, die für die damaligen wirtschaftspolitischen Debatten in Deutschland eine gewisse Zäsur setzte, sind schon mehrfach Überlegungen angestellt worden. So wies Kroll, der die Bedeutung der Rede und des Straßer-Programms als einer der ersten erkannt hat, auf die überraschenden Ähnlichkeiten mit den Ideen Friedländer-Prechtl hin,<sup>164</sup> wobei er glaubte, daß Friedländers Überlegungen Straßer eher zufällig in die Hände gefallen seien, er ihren Wert erkannt und sie, indem er praktisch geistigen Diebstahl beging, als die seinen politisch verwertet habe.<sup>165</sup> Nun trifft es zwar zu, daß Friedländer-Prechtl mit seinen Veröffentlichungen den Anstoß und damit auch wesentliche Grundlagen für die Diskussion und die Arbeiten der Studiengesellschaft geliefert hat. Trotzdem läßt sich beim Vergleich aller drei Programme leicht nachweisen, daß das Straßer-Programm mehr mit der Drägerschen Arbeit übereinstimmt

---

<sup>162</sup> Sofern die Zahlenangaben in der Straßerrede vom 10. 5. 1932 fehlen, sind sie hier durch solche aus dem Sofortprogramm vom Juli 1932 ergänzt worden.

<sup>163</sup> Kroll, a. a. O., S. 432.

<sup>164</sup> Ebenda, S. 435 ff.

<sup>165</sup> Ebenda, S. 455.

als mit dem Entwurf Friedländer-Prechtl, der im 14. Kapitel seines Buches „Die Wirtschaftswende“<sup>166</sup> wohl ebenfalls Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung machte, bei denen er die Meliorationen an erster Stelle nannte, jedoch im Gegensatz zu Dräger und Straßer keine Zahlenangaben oder Größenordnungen bot. Friedländer-Prechtl wurde bei der Stickstoffindustrie und beim Autobahnnetz konkreter, bei Punkten, die wiederum Dräger und Straßer nur kurz streiften.

Die Benzingewinnung aus Kohleverflüssigung, in der „Wirtschaftswende“ unter Angabe konkreter Zahlen gefordert, ist bei Dräger und Straßer nur noch in allgemeiner Form zu finden, nämlich in der Forderung nach planmäßigem Ausbau der Industrien, die von ausländischen Rohstoffen unabhängig machen. Andererseits fehlt bei Friedländer-Prechtl eine genau ausgeführte und mit Zahlen versehene Lieblingsidee Drägers und Straßers, nämlich die Eigenheimsiedlung zur Stadtanierung und die Ostsiedlung. Der ursprüngliche Plan Friedländer-Prechtl war also durch die intensive Arbeit der Studiengesellschaft beträchtlich verändert und weiterentwickelt worden. Dabei ergab sich einerseits eine beginnende Präzisierung, auf der anderen Seite stellten sich Unterschiede ein, die durch verschiedene Wissens- und Interessenlagen bedingt waren.

Ursula Hüllbüsch hat zur Entstehung des Straßerprogramms von 1932 die Ansicht vertreten,<sup>167</sup> daß es von Mitgliedern des „Tat“-Kreises, vor allem von Elbrechter,<sup>168</sup> verfaßt worden sei. Sie stützt sich auf eine Mitteilung Elbrechters vom 9. März 1955 und auf Formulierungsvergleiche. Am bedeutsamsten scheint ihr eine Stelle, in der Straßer begründete, weshalb er eine Unterscheidung zwischen SPD und ADGB für notwendig halte: Die Führung der SPD sei „teilweise fremdrässig intellektuell beeinflusst“, „während die Führer der deutschen Gewerkschaft ... von alters her und auch heute noch aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sind“.<sup>169</sup> Diese Stelle setzt Hüllbüsch mit einem bereits im März 1932 in der „Tat“ erschienenen Artikel in Parallele, in dem es heißt: „... die Gewerkschaften, die als ständische Gruppierung auf einem viel festeren Fundament stehen als die Partei und in ihrer Führung nicht in dem Maße von liberalistischen Intellektuellen korrumpiert wurden, ...“<sup>170</sup> Diese These widerspricht der hier beschriebenen Entstehungsgeschichte des Straßer-Programms nicht grundsätzlich. Schließlich war Ferdinand Fried, der Wirtschaftsfachmann des „Tat“-Kreises, ebenfalls, wenn auch nur am Rande, an den Arbeiten der „Studiengesellschaft“ beteiligt. Er dürfte also Kenntnis von den Überlegungen der

---

<sup>166</sup> Friedländer-Prechtl, *Die Wirtschaftswende*, S. 146 ff.

<sup>167</sup> Ursula Hüllbüsch, *Gewerkschaften und Staat*, Phil. Diss., Heidelberg 1961. Vgl. auch Hannes Heer, *Burgfrieden oder Klassenkampf*, Neuwied/Berlin 1971, der die Argumentation von Hüllbüsch übernommen hat.

<sup>168</sup> Elbrechter, geb. 19. 1. 1895, Studium der Zahnheilkunde, Mitarbeiter von Straßer und Kaufmann 1925/26 in Elberfeld, beteiligt am Bamberger Programm, seit 1923 freier Mitarbeiter der „Tat“, befreundet mit Straßer, Zehrer, Schleicher, Brüning und Treviranus.

<sup>168</sup> *Verhandlungen des Reichstages*, Bd. 446, S. 2512b + c.

<sup>170</sup> *Die Tat*, 1931/32, Bd. II, S. 1025 f.

Gesellschaft und sicher auch von dem Drägerschen Entwurf gehabt haben. Im übrigen war Elbrechter, auf den Hüllbüsch hier besonders verweist, ein alter Bekannter, seit Herbst 1931 sogar zunehmend enger Vertrauter und politischer Berater Straßers. Es ist wahrscheinlich, daß er Straßer bei der Formulierung der Reichstagsrede vom 10. Mai 1932 behilflich war; die ROL dürfte Straßer einen Plan vorgelegt haben, der erst noch in eine Parlamentsrede übertragen werden mußte. Daß der Straßer-Plan dem „Tat“-Kreis bereits vorher bekannt war, ist auch daraus ersichtlich, daß in der gleichen Märzangabe der „Tat“ ein mit F. F. gezeichneter Artikel erschien, der den WTB-Plan des ADGB kommentierte und dabei erwähnte, dieser Plan stehe dem Wirtschaftsdenken der NSDAP sehr nahe,<sup>171</sup> obwohl die NSDAP ihre Gedanken ja erst mit der Straßer-Rede vom 10. Mai 1932 der Öffentlichkeit vorstellte.

Auch Walther Funk erhob später Anspruch darauf, an der Ausarbeitung des Programms maßgeblich beteiligt gewesen zu sein.<sup>172</sup> In der Tat hatte Funk ebenfalls losen Kontakt zur „Studiengesellschaft“. Außerdem war er wirtschaftspolitischer Berater der ROL und mit Straßer persönlich befreundet. Er hat daher sicherlich sowohl an wirtschaftspolitischen Vorstudien der ROL als auch an der Endfassung der Reichstagsrede mitgewirkt.

## 6. Weitere wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen Straßers

Neben dem Skelett einer auf den Ideen der Reformgruppen basierenden antizyklischen Konjunkturpolitik, das in Straßers Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungsprogramm erkennbar ist, fallen noch einige Vorschläge auf, die ebenso wie die wirtschaftspolitischen Grundideen eine auf dem „Bamberger Programm“ fußende „Straßersche Richtung“ im Nationalsozialismus erkennen lassen.<sup>173</sup> Die staatliche Lenkung der Wirtschaft wurde von Straßer bejaht.<sup>174</sup> So forderte er, daß „Monopole, die nicht aufgelöst werden können“ – was er allerdings nicht genauer definierte –, „sofort in unmittelbare staatliche Verwaltung genommen werden“, d. h. daß sie „verstaatlicht“ werden. Er begründete dies damit, daß ein Monopol „vom Staat ebenso gut verwaltet werden“ könne „wie von der Privatwirtschaft. Die staatliche Verwaltung garantiert aber, daß die Gewinne der Allgemeinheit zugute kommen und nicht dem Finanzkapital“. Die übrigen Aktiengesellschaften sollten wie die Banken unter „Staatsaufsicht“ gestellt werden. Die „Staatsaufsicht“ wiederum, die bei den Banken nur als erster Schritt zu einer späteren Verstaatlichung anzusehen sei, gliederte er in das Aufsichts- und Eingriffsrecht des Staates einerseits und die

---

<sup>171</sup> Ebenda, S. 1027.

<sup>172</sup> Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. XIII, S. 97, Auskunft Horst Walter v. 18. 11. 1971.

<sup>173</sup> Siehe oben S. 99f.

<sup>174</sup> Sofortprogramm, S. 11 und 14f.

Berichterstattungspflicht der Banken bzw. der Aktiengesellschaften andererseits: „Das *Aufsichtsrecht* muß dem Staat die Möglichkeit geben, sich über jedes Vorkommnis auf dem Gebiete des Bankwesens (bzw. der Aktiengesellschaften) von den Beteiligten volle Klarheit verschaffen zu können, das *Eingriffsrecht* ermöglicht, die im Interesse der Volkswirtschaft erforderlichen Maßnahmen auf dem Gebiet des Bankwesens (der Aktiengesellschaften) durchzuführen. Die *Berichterstattungspflicht* hat in einer monatlichen Offenlegung aller Positionen und wichtigen Veränderungen gegenüber dem Aufsichtsamt zu bestehen.“

Er glaubte, daß „erst durch diese Maßnahmen ... die Möglichkeit zur Verhinderung von Fehlinvestitionen geschaffen“ werde und durch „Brechung der Zinsknechtschaft“ die „Voraussetzungen zur Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms“ entstünden.

Straßers Urteil über die deutsche Volkswirtschaft wurde nicht zuletzt von der Ansicht bestimmt, daß sie „an einer Aufblähung des industriellen Produktionsapparates und an einer zu geringen Entwicklung unserer Landwirtschaft“ leide. Neben der im gesamten völkischen Lager vorhandenen Vorliebe für eine agrarisch-ländliche Wirtschaftsstruktur wird hier auch einmal kurz sichtbar, wie Straßer über die Ursachen der Krise dachte. Offenbar glaubte er, daß die Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahrzehnte eine ungesunde Verschiebung von der Landwirtschaft zur Industrie gebracht habe und die dadurch entstandene „Disproportionalität“ als Krisenursache anzusehen sei, womit er wieder auf die alten liberalistischen Bilder zur Konjunkturerklärung zurückgriff.<sup>175</sup> Jedenfalls forderte er, daß „neugebildete Kapitalien nicht in der industriellen, sondern in der landwirtschaftlichen Produktion angelegt werden. Die Neuerstellung industrieller Produktionsanlagen muß genehmigungspflichtig gemacht werden. Die Genehmigung wird nur beim Vorliegen besonderer Gründe erteilt werden (z. B. für Erstellung von Werken, die Rohstoffzufuhr entbehrlich machen)“.

In einem Abschnitt über „soziale Fragen“<sup>176</sup> hat Straßer nicht allein das Recht auf Arbeit proklamiert, sondern auch die Sicherung der Sozialversicherung und „den großzügigen Ausbau der Altersversorgung“ verlangt. Ebenso faßte er die Gewinnbeteiligung ins Auge: „Zinssenkung ..., Preiskontrolle ..., Staatsaufsicht über die Aktiengesellschaften ..., das Gesetz der Arbeit ..., die steuerlichen Maßnahmen ... (vor allem stärkere Besteuerung der höheren Einkommen, d. Verf.) und die Sparmaßnahmen ... bürgen dafür, daß alle Erträge in erster Linie der Belebung der deutschen Wirtschaft durch die Arbeitsbeschaffung dienstbar gemacht werden. Sobald die deutsche Wirtschaft durch die Arbeitsbeschaffung wieder in den Stand gesetzt ist, nennenswerte Gewinne abzuwerfen, wird die Zeit zu einer umfassenden Regelung der Gewinnbeteiligung gekommen sein.“

Zum Schluß ging Straßer noch auf den Arbeitsdienst ein. Mit Recht betonte er, daß der Arbeitsdienst aus konjunkturellen Gründen nicht in Konkurrenz zur freien

---

<sup>175</sup> Vgl. Kroll, a. a. O., S. 434.

<sup>176</sup> Sofortprogramm, S. 16.

Wirtschaft treten dürfe, vielmehr solle er zum Ziele haben: „Arbeiten auszuführen, die für die Belegung der gesamten Wirtschaft notwendig sind und auf dem normalen Wege nicht durchgeführt werden können. (Die Arbeitsdienstpflichtigen werden also den Arbeitern, die in Tariflohn stehen, keinerlei Konkurrenz machen.)“<sup>177</sup> Wichtig sei, daß alle jungen Männer ohne Rücksicht auf Stand oder Besitz eingezogen würden und auf diese Weise die Achtung vor der Handarbeit lernten. Der Arbeitsdienst war im Sinne Straßers „das große Erziehungsmittel der Zwanzigjährigen, auf dem Asphalt der Straße heimatlos gewordenen deutschen jungen Menschen. Körperliche Arbeit erzieht den Respekt vor der Handarbeit, überwindet Klassendünkel und Klassenhaß und stellt über die Heimatscholle hinweg die Verbindung mit dem deutschen Staatsgedanken wieder her.“<sup>178</sup>

Abgesehen von der im Sinne der früher behandelten Konjunkturtheorie<sup>179</sup> richtigen Bemerkung, daß die Wirtschaft Vertrauen zum Staat und seiner Entwicklung haben müsse, um florieren zu können,<sup>180</sup> sagt Straßer nichts über die Ursachen der Weltwirtschaftskrise; insofern ist das Straßersche Programm enttäuschend. Wohl aber ist seine Krisentherapie, d. h. „die Arbeitsbeschaffung zum normalen Lohn“, finanziert durch „produktive Kreditschöpfung“,<sup>181</sup> als im wesentlichen richtig anzuerkennen; sie erwies sich, wie noch zu beschreiben sein wird, auch als durchführbar. Mit seinem Wirtschaftsprogramm setzte sich Straßer aber, wiewohl es ob seines konstruktiv-sachlichen Inhaltes Aufsehen erregte und Anerkennung fand, nicht nur zu anerkannten ökonomischen Lehrmeinung in Widerspruch, sondern auch zur Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning.

## 7. Exkurs: Die Wirtschaftspolitik Brünings

Brüning hat zwar mit einer Vielzahl von Maßnahmen, im Laufe der Krise mit steigender Häufigkeit durch Notverordnung, aktiv in die Wirtschaftspolitik eingegriffen und sich somit formal in Gegensatz zur verbreiteten klassischen Lehre von den Selbstheilungskräften der Wirtschaft gesetzt. Jedoch widersprachen die Notverordnungen<sup>182</sup> prinzipiell nicht der liberalistischen Wirtschaftsauffassung, griff die Regierung doch nur dort ein, wo der Anpassungsprozeß von Kosten und Preisen, Angebot und Nachfrage aufgrund – gemäß der liberalen Lehre ungerechtfertigter – Einschränkungen der Beweglichkeit nicht ohne weiteres möglich war, z. B. bei den

---

<sup>177</sup> Ebenda.

<sup>178</sup> Gregor Straßer, Rundfunkrede vom 29. 7. 1932, Deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt, Tonband VII 20004/86.

<sup>179</sup> Siehe oben S. 89 ff.

<sup>180</sup> Verhandlungen des Reichstages, Bd. 446, S. 2513 b.

<sup>181</sup> Interne Ausarbeitung Straßers für Reichs- und Landtagsanträge vom 24. 8. 1932, BA, NS 22/348.

<sup>182</sup> Hierbei ist eine Ausnahme bei den Notverordnungen anlässlich der Bankenkrise zu machen.

durch Tarife festgelegten Löhnen und Gehältern, bei Mieten, die meist vertraglich gebunden sind, bei den Preisen der Kartellgüter oder den gebundenen Preisen der Markenartikel. Über die Bewertung dieser oft unter dem Stichwort „Deflationspolitik“ zusammengefaßten Wirtschaftspolitik Brünings herrscht ein Streit, der weitgehend aus den völlig unterschiedlichen Ansätzen zu erklären ist. Die modernen Ökonomen, wie etwa Kroll, urteilen vom heutigen Wissensstand aus durchaus richtig, wenn sie die damals relevanten Faktoren des Wirtschaftsablaufes ins Verhältnis zu den Maßnahmen der Politik setzen und dabei klar erkennen, daß die Maßnahmen falsch waren und häufig sogar das Gegenteil dessen bewirkten, was sie beabsichtigten.<sup>183</sup> Indem sie den historischen Kontext außer acht lassen, zu dem neben den außenpolitischen Gegebenheiten, etwa der Frage der Reparationen oder der Abhängigkeit vom Welthandel, auch innenpolitische Machtverhältnisse und die damals vorhandene Erkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge gehörten, kommen sie zu im Sinne der historischen Forschung schiefen Ergebnissen. Anders verhält es sich bei den Nicht-Ökonomen, die sich bei ihrem Urteil auf die zeitgenössische wirtschaftswissenschaftliche Literatur stützen und deshalb die Problematik der Brüning'schen Wirtschaftspolitik kaum zu sehen vermögen<sup>184</sup> oder annehmen, Brüning habe seine „falsche“ Wirtschaftspolitik durchaus durchschaut, sie aber zur Erreichung des Endes der Reparationen als außenpolitisches Mittel eingesetzt, um dann auf Wirtschaftsankurbelung und Arbeitsbeschaffung umzuschalten, wie etwa Helbich meint.<sup>185</sup> Um zu einer einigermaßen richtigen Beurteilung der damaligen Maßnahmen zu kommen, muß aber sowohl der Wissensstand der modernen Konjunkturforschung herangezogen als auch die damalige politische Situation berücksichtigt werden, wie dies in fundierter Weise durch Sanmann geschehen ist.<sup>186</sup> Hier wird die Wirtschafts- und Finanzpolitik Brünings in drei sachbezogene Teilbereiche gegliedert: die Deflationspolitik, die Parallelpolitik und die Agrarpolitik. Unter Deflationspolitik sind hier die Versuche der Regierung zu verstehen, zunächst durch Appelle, dann durch Notverordnungen das innerdeutsche Preisniveau auf das Weltmarktniveau zu senken. Das Stichwort „Parallelpolitik“ umreißt den Versuch, auch bei konjunkturbedingt sinkenden Staatseinnahmen den Haushalt auf jeden Fall auszugleichen, indem einerseits neue Steuereinnahmen erschlossen werden und andererseits Ausgaben, z. B. Gehälter, Pensionen und die Erwerbslosenunterstützung, im Haushalt gekürzt werden. Beide Teilmaßnahmen hatten jede für sich depressionsverschärfende Wirkungen, die sich gegenseitig noch verstärkten. Die Deflationsmaßnahmen bewirkten, da es praktisch kaum möglich war, alle Kosten und Preise gleichzeitig zu senken, Verzerrungen der Erlös-Kosten-Relation für viele Branchen,

<sup>183</sup> Kroll, a. a. O., S. 361 ff.

<sup>184</sup> Bracher, a. a. O., S. 435 ff.

<sup>185</sup> W. J. Helbich, Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Planes für die deutsche Politik 1930–32, Berlin 1962, S. 54, 59.

<sup>186</sup> Horst Sanmann, Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 10 (1965), S. 109–140.

die zu Produktionseinschränkungen führten. Zum anderen wurde durch die Erwartung weiteren Preisverfalls die Investitionsneigung der Unternehmen, aber auch der Privathaushalte, noch mehr geschwächt. Die Parallelpolitik im Wirtschaftsabschwung erhöhte durch neue Steuern einerseits die Kosten in vielen Bereichen, verlangsamte aber vor allem durch Senkung der Haushaltsgröße die Kreislaufgeschwindigkeit des Geldes und wirkte so ebenfalls depressionsverschärfend. Die Agrarschutzpolitik war weitgehend konjunkturneutral und hatte sogar auf landwirtschaftlichem Sektor einige belebende Effekte, die jedoch zu schwach waren, den Niedergang der Landwirtschaft in der allgemeinen Wirtschaftskrise aufzuhalten. Werden nun diese Maßnahmen in Zusammenhang mit den Zielen der Politik Brüning gebracht, die ab Ende 1930 im wesentlichen auf die Ablösung der Reparationen gerichtet war, so ergeben sich folgende Zusammenhänge. Die Reparationen brachten zwei Probleme mit sich, zunächst das Aufbringungsproblem, dann – soweit es sich nicht um Sachleistungen, sondern um Devisen- bzw. Goldzahlungen handelt – das Transferproblem. Das Aufbringungsproblem, das durch steigende Raten bis 1988 noch erschwert wurde, verlangte eine langfristig stark wachsende Wirtschaft. Für das Transferproblem, das für den Devisenanteil der Zahlungen entstand, gab es mehrere Lösungen, falls die Beschaffung der Devisen aus Exportüberschüssen nicht unmittelbar möglich war. Einmal bestand die Möglichkeit von langfristigen Auslandsanleihen, wie bereits in den zwanziger Jahren vorexerziert. Dann hätten die Zahlungen in Warenlieferungen überführt oder die aufgebrauchten Leistungen thesauriert werden können, bis sich später eine Möglichkeit der Transferierung ergeben hätte. Nur langfristig, d. h. bis 1988 oder sogar noch darüber hinaus, hätte die Transfersumme durch Exportüberschüsse ausgeglichen werden müssen. Durch seine auf Exportförderung zielende Deflationspolitik versuchte nun Brüning fast verzweifelt, wenn auch erfolglos, die Devisen zu erwirtschaften, mit denen er das Transferproblem lösen wollte, aber durch eben diese Deflationspolitik, gekoppelt mit der Parallelpolitik, trug er andererseits zum starken Rückgang der Wirtschaft bei, wodurch er das an und für sich primäre Problem der Aufbringung nahezu unlösbar machte. Sein erklärtes Ziel war, sich als gutwilliger Reparationsschuldner zu erweisen, der die größten Anstrengungen machte, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Gerade dabei, so glaubte er, werde sich erweisen, daß die Reparationsleistungen für Deutschland untragbar seien, was dann zu ihrem Ende führen werde. Dieses außenpolitische Ziel erreichte er auch, allerdings dadurch, daß er mit einer Politik, die deutsche Zahlungswilligkeit beweisen sollte, die deutsche Wirtschaftskraft noch weiter schwächte und die völlige Zahlungsunfähigkeit noch schneller herbeiführte. Es wäre aber falsch zu glauben, daß gerade darin die Raffinesse und Klugheit Brüning'scher Politik bestanden habe; eine Voraussetzung wäre ja, daß nur Brüning und seine Ratgeber diese wirtschafts- und finanzpolitischen Zusammenhänge erkannt, alle anderen, insbesondere die Fachleute der ausländischen Gläubigerstaaten, sie jedoch nicht bemerkt hätten. Indes wurde Brüning bis zum Ende seiner Regierung sowohl vom Ausland als auch vom Inland bescheinigt, daß allein seine Politik den Bestimmungen des Youngplanes entspreche; auch offizielle inter-

nationale Sachverständige haben das, z. B. im „Layton-Bericht“ und im „Beneduce-Bericht“ ausdrücklich bestätigt.<sup>187</sup>

Die Ansicht, daß Brüning nach der Lösung der Reparationsfrage, die er ja nicht mehr im Amte erlebte, auf eine aktive Konjunkturpolitik zur Arbeitsbeschaffung umschalten wollte,<sup>188</sup> kann in dieser Form ebenfalls nicht aufrecht erhalten werden. Die geplanten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die von der Ministerialbürokratie vorbereitet wurden,<sup>189</sup> sollten nur aus Mitteln eines ausgeglichenen Staatshaushalts finanziert werden, was keine substantielle Nachfrageerhöhung bewirkt und damit die Konjunktur nicht stimuliert hätte.<sup>190</sup> Die vorbereiteten Pläne bezogen sich insbesondere auf den freiwilligen Arbeitsdienst<sup>191</sup> und sind vor allem als psychologisches Trostpflaster und Ablenkungsmanöver für die Bevölkerung gedacht gewesen, um unpopuläre Maßnahmen wie etwa eine Kürzung der Sozialausgaben besser durchsetzen zu können.<sup>192</sup> Ein antizyklisches Wirtschaftsprogramm ist von der Regierung Brüning im Zusammenhang mit dem absehbaren Ende der Reparationen nicht einmal in Ansätzen entwickelt worden. Es blieb auch ohne jeden Einfluß auf die Brüning'sche Regierungspolitik, daß auf einer Ressortbesprechung im Reichsfinanzministerium am 12. Februar 1932 Reichsfinanzminister Dietrich seinen Oberregierungsrat Lautenbach<sup>193</sup> über Finanzierungsmöglichkeiten eines Arbeitsbeschaffungsprogramms referieren ließ und daß Lautenbach, einer der eifrigsten Reformer, deutlich eine Kreditausweitung und damit eine grundsätzliche Neuorientierung der Brüning'schen Wirtschaftspolitik forderte: „Die Mittel zur Finanzierung öffentlicher Aufträge dürfen nicht anderweitigen produktiven Verwendungsmöglichkeiten, z. B. durch Besteuerung der Wirtschaft entzogen werden. Eine Ankurbelung der Wirtschaft ist nur möglich, wenn es sich nicht um eine Kaufkraftverlagerung, sondern um die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft durch Kreditausweitung handelt.“<sup>194</sup>

Brüning erreichte zwar das ihm vor Augen liegende Ziel, das Ende der Reparationen.<sup>195</sup> Aber die aus seiner Sicht einheitliche Wirtschafts-, Finanz- und Außenpolitik war aufgrund mangelnder Einsicht in die ökonomischen Bedingtheiten der Krise letztlich falsch. Sie führte nur deshalb zum außenpolitischen Erfolg, weil die Gläubigerstaaten den gleichen wirtschaftspolitischen Trugschlüssen unterlagen und Brü-

---

<sup>187</sup> Sanmann, a. a. O., S. 134.

<sup>188</sup> Helbich, a. a. O., S. 59f.; Hans Luther, Vor dem Abgrund. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten, Frankfurt/Berlin 1964, S. 256.

<sup>189</sup> Helbich, a. a. O., S. 60f.; Auskunft Schwerin-Krosigk v. 28. 11. 1971.

<sup>190</sup> Köhler, a. a. O., S. 304f.

<sup>191</sup> Köhler, a. a. O., S. 276ff.; vgl. auch derselbe, Sozialpolitik von Brüning bis Schleicher, in: VfZ 21 (1973), S. 146ff.

<sup>192</sup> Köhler, a. a. O., S. 280f.; Dietmar Petzina, Elemente der Wirtschaftspolitik in der Spätphase der Weimarer Republik, in: VfZ 21 (1973) S. 127ff.

<sup>193</sup> Vgl. Kroll, a. a. O., S. 380ff.; Dräger, a. a. O., S. 21f.; Grotkopp, a. a. O., S. 22f.; Ohl, a. a. O., S. 64.

<sup>195</sup> Köhler, a. a. O., S. 279f.

<sup>195</sup> Das Ende der Reparationen wurde erst unter der Regierung von Papen auf der Konferenz von Lausanne am 10. Juli 1932 erreicht.

nings Politik als in ihrem Sinne richtig ansahen. Diese Politik des Primats der Außenpolitik bewirkte jedoch durch die Fehleinschätzung der konjunkturellen Zusammenhänge eine derartige Verschlimmerung der wirtschaftspolitischen Situation in Deutschland, daß sich die Weimarer Republik, in der noch in obrigkeitsstaatlichen Kategorien denkenden Bevölkerung nur unvollständig verankert, im Chaos der Wirtschaftsdepression auflöste und der braunen Diktatur anheimfiel.

Tragisch ist auch, daß die Ideen der Reformer, die den Beginn einer neuen Konjunkturtheorie anzeigten, weder von Brüning noch von einem der anderen Politiker der Weimarer Parteien in ihrem Wert erkannt und aufgegriffen wurden. Allein Gregor Straßer, den die Entwicklung seines eigenen Denkens dafür prädestinierte, unterstützte die neuen Ideen, und im Frühjahr 1932 faßte er sie in ein politisch schlagkräftiges Programm und gab damit der NSDAP einen agitatorischen Vorsprung.

## 8. Die Propagandawirkung des Straßer-Programms

In einer Situation, in der über 6 Millionen Arbeitslose<sup>196</sup> und ein Heer von Kurzarbeitern die innenpolitische Szene beherrschten, und auch diejenigen Arbeiter, Angestellten und mittelständischen Selbständigen, die noch Arbeit hatten und sich in einer einigermaßen erträglichen Einkommenslage befanden, sich ständig fragen mußten, wann auch sie ohne Arbeit und Auskommen sein würden, war nichts so zugkräftig, wie ein Arbeitsbeschaffungsprogramm. Kein außenpolitischer Erfolg konnte, wie Brüning glaubte, die bürgerlichen Schichten gewinnen, auf die er sich vor allem stützen wollte, solange es nicht gelang, breiten Schichten bessere ökonomische Aussichten zu bieten. Solche Erwartungen konnten sich aber nur an konkreten oder glaubwürdig angekündigten und in jedem Falle einsichtigen Maßnahmen entzünden. Und eben solche Maßnahmen schlug Straßer vor. Landeskulturarbeiten, Eigenheimsiedlungen oder Straßenbau waren Projekte, von deren Notwendigkeit breite Volksschichten überzeugt werden konnten. Daß diese Arbeiten dem Gemeinwohl nützen würden, daß in Deutschland für sie genügend Arbeitskräfte zur Verfügung standen, daß auch die industriellen Voraussetzungen sowohl zur Durchführung der Arbeiten selbst wie zur Befriedigung der Bedürfnisse der durch jene Projekte wieder in Arbeit und Lohn kommenden Arbeitskräfte vorhanden waren, leuchtete unmittelbar ein. Straßers Slogan: „Nicht Kapital schafft Arbeit, sondern Arbeit schafft Kapital!“<sup>197</sup> zündete.

Die Reichstagsrede vom 10. Mai 1932 wurde in der NS-Presse und in der gegnerischen Presse so lebhaft kommentiert, daß Straßers Programm sofort weiteste Verbreitung fand. Kurz danach wurde es unter dem Titel „Wirtschaftliches Sofortpro-

---

<sup>196</sup> Im Jahresdurchschnitt 1932 gab es 5,6 Millionen bei den Arbeitsämtern gemeldete Arbeitslose; vgl. Kroll, a. a. O., S. 109.

<sup>197</sup> Verhandlungen des Reichstages, Bd. 446, S. 2514 a.

gramm“ in stichpunktartiger Form als Rednermaterial (Auflage 600000<sup>198</sup>) zur Vorbereitung der Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 veröffentlicht. Es war in ähnlicher Weise zusammengestellt wie das seit dem 1. Juli 1929 von Fritz Reinhardt, dem Reichspropagandaleiter II, vierzehntägig herausgegebene Rednermaterial.<sup>199</sup> Doch diesmal zeichnete nicht Reinhardt verantwortlich, sondern Gregor Straßer selbst. Es hieß im Vorspann:

„Wirtschaftliches Sofortprogramm der NSDAP“

Ausgearbeitet von der Hauptabteilung IV (Wirtschaft) der Reichsorganisationsleitung der NSDAP

Die nachfolgende Aufstellung enthält das wirtschaftliche Sofortprogramm der NSDAP in der Form eines knappen Rednermaterials. Es gilt als verbindliche Richtschnur für die Redner der NSDAP, sowie für die Veröffentlichungen in der Presse. Alle Äußerungen von Parteigenossen, die von diesem Material abweichen oder ihm widersprechen, sind lediglich als private Meinungsäußerung zu betrachten.

Den Rednern der NSDAP wird das Material insbesondere für den Wahlkampf zur Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 empfohlen.

Gregor Straßer

Reichsorganisationsleiter der NSDAP

Daß ein solches Programm überhaupt entstehen und auch noch für die ganze Partei verbindlich werden konnte, ist erstaunlich. Zum ersten Mal seit jenem an Hitlers Widerstand gescheiterten Bamberger Programm von 1926 war innerhalb der NSDAP wieder eine programmatische Aussage gemacht worden, und zwar diesmal eine Aussage, die offensichtlich von Hitler stillschweigend anerkannt wurde.<sup>200</sup> Bezeichnend für die Machtverhältnisse in der Partei war ferner, daß dieses Programm weder von Hitler selbst noch vom offiziellen Parteiprogrammatiker Feder stammte, und auch nicht, obwohl es als Propagandamaterial gedacht war, von Goebbels, dem Reichspropagandaleiter I, herausgegeben wurde, sondern von Gregor Straßer und seiner Reichsorganisationsabteilung erarbeitet worden war. Neben den unzähligen Rednern in der Partei, die in diesem Wahlkampf auftraten und sich vor allem auf dieses Sofortprogramm beriefen, verbreitete es Straßer selbst in zahlreichen großen

---

<sup>197</sup> Finanziert wurde diese Auflage von Dr. Dräger, Auskunft Dräger v. 31. 8. 1972.

<sup>199</sup> Siehe oben S. 58.

<sup>200</sup> Dirk Stegmann, a. a. O., S. 429ff. Stegmann arbeitet hier deutlich den Widerstand Hitlers gegen dieses Straßerprogramm heraus. Hierin wird Hitler sowohl von Schacht als auch vom „Keppler-Kreis“ und der damit verbundenen Industrie unterstützt (Vgl. Henry Ashby Turner jr, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Göttingen 1972, S. 18). Überbewertet wird dieser Widerstand Hitlers allerdings, wenn angenommen wird, daß das Programm daraufhin zurückgezogen worden sei, wie es etwa Schacht in einem Brief an Industrielle vom 12. September 1932 meldete (Stegmann, a. a. O., S. 465; Turner, a. a. O., S. 18) Im Gegenteil ist aus den Akten der ROL klar zu ersehen, daß dieses Programm bis Dezember 1932 von Straßer weiterverfolgt wurde und auch als parteiverbindliche Erklärungen in die NS-Zeitungen und in die Parlamente als Anfrage eingebracht wurde, ohne daß hierbei der Widerstand Hitlers in irgendeiner Form deutlich geworden wäre.

Reden. In seinen beiden Rundfunkreden vom 14. Juni 1932 und 29. Juli 1932, die auch als Schallplatten erschienen,<sup>201</sup> konnte er bereits davon ausgehen, daß sein Arbeitsbeschaffungsprogramm in der Öffentlichkeit bekannt war und er daher schon mit den Begriffen seiner Wirtschaftspolitik arbeiten konnte, ohne sie näher erläutern zu müssen.<sup>202</sup> Diesen beiden Rundfunkreden kommt auch deshalb Bedeutung zu, weil es sich um die ersten Sendezeiten handelte, die der NSDAP zur Verfügung gestellt wurden. Aber nicht etwa Hitler oder gar Goebbels oder Göring traten dabei als Redner auf, sondern beide Male präsentierte sich Gregor Straßer als Vertreter der NSDAP<sup>203</sup> – ein Indiz sowohl für seine damalige Machtstellung in der Partei als auch für die Werbewirksamkeit seiner Ideen. In den Wählermassen entstand der Eindruck, daß neben der fast mythischen Führerfigur der Bewegung, Adolf Hitler, Gregor Straßer der Mann der praktischen Politik sei. Der Wahlerfolg der NSDAP vom 31. Juli 1932, der sie mit 230 Mandaten zur stärksten Reichstagsfraktion machte, ist in der Tat ohne Straßers Wirtschaftsprogramm nicht in dieser Höhe denkbar. Allein er – und damit die NSDAP – boten den verunsicherten Schichten des Mittelstandes und auch den Arbeitslosen ein allgemein einsichtiges und verständliches Programm, und die NSDAP nutzte diese propagandistische Möglichkeit voll aus.<sup>204</sup> Indes wurde in der wirtschaftspolitischen Abteilung der ROL an den Plänen zur Krisenbekämpfung ständig weitergearbeitet. Im August 1932 kamen diese Arbeiten zu einem gewissen Abschluß, was sich darin zeigte, daß Straßer als Reichsorganisationsleiter am 24. August den entsprechenden Parteigliederungen und Fraktionen ausgearbeitete Pläne und Anträge für den Reichstag und für die Landtage zuleitete.<sup>205</sup> In den Anschreiben stellte er fest, daß zur Ankurbelung der Wirtschaft die „Arbeitsbeschaffung zum normalen Lohn“ am wirksamsten sei. Der Arbeitsdienst hatte somit in den Augen Straßers nur sozialpädagogischen Wert, hingegen keine Bedeutung für die eigentliche Wirtschaftsankurbelung. Das für den Reichstag bestimmte Antragsbündel verlangte staatliche Maßnahmen über einen Zeitraum von 4 Jahren. Antrag I forderte für Landeskulturarbeiten und ländliche Siedlung 3 Milliarden RM, aufgeteilt auf 4 Jahre. Antrag II sah zur Förderung des Eigenheimbaues 750 Millionen RM für die ersten beiden Jahre vor. Laut Antrag III sollten in den beiden ersten Jahren 600 Millionen RM zur Erneuerung und Erweiterung des Wege-, Straßen- und Kanalnetzes ausgegeben, laut Antrag IV 300 Millionen RM für Kredite an lebenswichtige Betriebe zur Ankurbelung der Produktion bereitgestellt werden. Was das Finanzierungsproblem anging, verwiesen

---

<sup>201</sup> Brief des Reichsverbandes Deutscher Rundfunkteilnehmer an Straßer vom 25. 6. 1932, BA, NS 22/3.

<sup>202</sup> Rundfunkarchiv, Tonband VII, 20004/74 vom 14. 6. 1932 und Tonband VII, 20004/86 vom 29. 7. 1932.

<sup>203</sup> Laut Auskunft des deutschen Rundfunkarchivs vom 25. 10. 1972 war Hitler als Rundfunkredner vorgesehen, doch beidemal wurde er kurzfristig von Gregor Straßer ersetzt.

<sup>204</sup> Entwürfe für Wahlkampfmaterial, BA, NS 26/289.

<sup>205</sup> Rundschreiben vom 24. 8. 1932 an alle NS-Fraktionen, BA, NS 22/348.

die Anträge auf die Ersparnisse an Erwerbslosenunterstützung und auf die Mehreinnahmen an Steuern und Sozialbeiträgen. Der Rest der Finanzierung sollte durch „produktive Kreditschöpfung“ geschehen. Für die Länderparlamente waren die gleichen Anträge vorbereitet worden, nur daß hier die Höhe der Geldbeträge offenblieb, die sich nach den jeweiligen Bedingungen richten mußten. Da der Reichstag bereits wieder Neuwahlen entgegenging und nicht arbeitsfähig war, kam es hier nicht zur Einbringung dieser Anträge. Ähnlich war die Lage im Preußischen Landtag und in manchen anderen Landesparlamenten. Doch überall, wo es möglich war, gingen die NS-Fraktionen entsprechend den Straßerschen Entwürfen vor, wie etwa in Anhalt. Hier wurden im November 1932 Anträge zur Arbeitsbeschaffung durch die NS-Fraktion eingebracht, die dem Straßerschen Entwurf völlig entsprachen und zu deren Finanzierung die „produktive Kreditschöpfung“ verstärkt gefordert wurde.<sup>206</sup>

Nach der Machtübernahme, als das Straßer-Programm nicht mehr namentlich erwähnt wurde, fußten denn auch die ersten Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaftskonjunktur, sowohl auf Gau- als auch auf Reichsebene,<sup>207</sup> auf den Straßerschen Vorarbeiten, insbesondere der sogenannte „Reinhardt-Plan“, mit dem die Regierung Hitler am 1. Juni 1933 ihre eigene Wirtschaftspolitik begann.<sup>208</sup> Als Straßer am 10. Mai 1932 sein Programm vor dem Reichstag verkündete, lag die Regierungsübernahme und damit die Möglichkeit, seine Pläne in die Wirklichkeit zu übersetzen, freilich noch in der Ferne. Umso bemerkenswerter ist daher ein kurzer Passus seiner Rede, der sich nicht eigentlich mit dem Wirtschaftsprogramm befaßte, innenpolitisch jedoch noch sensationeller wirken mußte, da er ein vorsichtig verkleidetes Angebot ausgerechnet an den ADGB enthielt. Daß eine Zusammenarbeit nur auf dem Boden der beiden Arbeitsbeschaffungsprogramme, nämlich des Straßer-Planes und des WTB-Planes der Gewerkschaften zustandekommen konnte, ließ Straßer deutlich durchblicken, wobei er allerdings verschwieg, daß beide Programme teilweise in Zusammenarbeit entstanden waren.<sup>209</sup> Er spielte sogar seine Kenntnis der Person Woytinskis, des wichtigsten Mitarbeiters des ADGB in der Studiengesellschaft und Mitschöpfers des gewerkschaftlichen Planes,<sup>210</sup> herunter. Zu dem Gewerkschaftskongreß, auf dem dieser Plan angenommen worden war, sagte er: „Ich habe überhaupt den Eindruck, als ob dieser Gewerkschaftskongreß vielleicht deswe-

---

<sup>206</sup> VB, 22. November 1932, S. 3.

<sup>207</sup> Grotkopp, a. a. O., S. 283. Die Aktivitäten der Gauwirtschaftsberater und anderer Parteivertreter zusammen mit Wirtschaft und Verwaltung bewirkten, daß jene „Ausschöpfung privater Investitionsmöglichkeiten begonnen hatte, die in der Wirtschaft selbst aufgestaute Investitionen in Gang setzte.“ Vgl. Hans Kehrl, Krisenmanager im Dritten Reich, Düsseldorf 1973, S. 28 ff.

<sup>208</sup> Reinhardt (bis Januar 1933 Reichspropagandaleiter II) bezeichnete sich im Sommer 1933 gegenüber Reichsfinanzminister Schwerin-Krosigk als Freund Straßers und erzählte, daß der nach ihm benannte Plan im wesentlichen auf Vorarbeiten Gregor Straßers beruhe. Auskunft Schwerin-Krosigk, v. 28. 11. 1971.

<sup>209</sup> Siehe oben S. 105 ff.

<sup>210</sup> Vgl. Kroll, a. a. O., S. 403 f.

gen für das deutsche Volk schicksalhaft gewesen ist, weil er ein starkes Wiederaufleben der alten Tragik der deutschen Gewerkschaften in ihrem Gegensatz zur politischen, nach ganz anderen Gesichtspunkten handelnden Partei gebracht hat. Es ist eine Entwicklung, die unter Umständen in Deutschland eine Front schaffender Menschen im Rahmen der nationalen Selbsthilfe als möglich erscheinen läßt, ... Es ist doch ein wichtiges Zeichen, wenn in der Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Gewerkschaften, über das man absolut reden kann, und bei dem wir jederzeit unter entsprechenden Bedingungen zur Mitarbeit bereit sind, die veraltete Führung zunächst keinen anderen Weg weiß als Kredite, Anleihen, Pumpen, und wenn dann in ihrer Zeitschrift „Die Arbeit“ ein Mann namens Woytinski, den ich persönlich nicht kenne, und von dem ich nicht weiß, ob er jung oder alt ist, diese Anleihen als Geldbeschaffungsmöglichkeit ablehnt und im weiteren Verlauf seiner Ausführungen zur Kreditschöpfung kommt, das heißt zu Finanzierungswegen, die letzten Endes von uns zum ersten Mal in die Debatte des deutschen Volkes geworfen worden sind.“<sup>211</sup>

Daraus ergibt sich die Frage, ob Straßer sein Programm dadurch in die Wirklichkeit umsetzen und an die Regierung kommen wollte, daß er unter Umständen zu Koalitionen bereit war, die in der damaligen politischen Landschaft Deutschlands fast revolutionär erscheinen mußten.

---

<sup>211</sup> Verhandlungen des Reichstages, Bd. 446, S. 2512.

## V. Gregor Straßers Rolle im Jahre 1932

### 1. Verbindungen und Beziehungen

Anders als Hitler<sup>1</sup> war Gregor Straßer von seinem Naturell her ein eher zu Kompromiß und Ausgleich neigender Politiker.<sup>2</sup> Von Zeitgenossen wird immer wieder hervorgehoben, daß er im Gespräch gut zuhören konnte und jederzeit bereit war, auf fremde Argumente einzugehen und aus ihnen zu lernen.<sup>3</sup> Zwar waren der Austausch von Argumenten und persönliche Kontakte nach seinem Selbstverständnis nur mit den im nationalen Sinne aufbauwilligen und im sozialen Sinne ausgleichenden Kräften sinnvoll und möglich,<sup>4</sup> aber die organisatorischen Grenzen der NSDAP spielten dabei für ihn keine Rolle, was ja schon seine Verbindungen zum Tannenbergbund, zu Oswald Spengler und zu verschiedenen jungkonservativen Gruppen bewiesen hatten.<sup>5</sup>

Lange Zeit waren die Versuche Straßers, seine Verbindungen auszuweiten, freilich durch den engen Rahmen der völkischen Sektierergruppen begrenzt gewesen. Nur durch seinen Kontakt zu Spengler war er in Beziehung zum anerkannten konservativen Deutschland getreten. Aber gerade Spengler hatte sich Straßers Wunsch nach Mitarbeit verschlossen, wenn auch die persönliche Verbindung bestehen blieb.

Die Grenzen, die Straßers Zugehörigkeit zur NSDAP, einer nationalsozialistisch-revolutionären und nicht ganz salonfähigen Splitterpartei, zog, fielen jedoch, als die NSDAP am 14. September 1930 von einer unwichtigen Randgruppe zur zweitstärksten Reichstagsfraktion aufstieg und damit in alle machtpolitischen Überlegungen in Deutschland einbezogen werden mußte. Die Signalwirkung dieses Ereignisses auf die deutsche Innenpolitik ist kaum zu überschätzen. Die Überlegungen und Maßnahmen deutscher Politiker standen nun nicht zuletzt auch unter der Frage, ob und wie die NSDAP in das deutsche Kräfte- und Machtgefüge eingeordnet oder daran beteiligt werden sollte, zumal sich bei jeder weiteren Regionalwahl abzeichnete, daß die NS-Wählerschaft noch immer in kräftigem Anstieg begriffen war. In dem Maße aber, wie die Bedeutung der NSDAP zunahm, wuchs auch das Interesse der übrigen Parteien und Machtgruppen an den Führern der NSDAP. Neben Hitler, der jedoch über der aktiven Politik zu schweben schien, war es vor allem Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer, der hiervon profitierte.<sup>6</sup>

---

<sup>1</sup> Fest, a. a. O., S. 23.

<sup>2</sup> J. M. Dixon, Gregor Straßer and the Organization of the Nazi Party 1925–32, Diss. Stanford 1966, S. 227f.

<sup>3</sup> Auskunft Dr. Hagert v. 20. 5. 1971, Auskunft Heinrichsbauer v. 3. 11. 1971, Auskunft Dr. Frauendorfer v. 7. 12. 1971, Auskunft Jordan v. 27. 11. 1971.

<sup>4</sup> Schüddekopf, a. a. O., S. 380.

<sup>5</sup> Siehe oben S. 19, 29f.

<sup>6</sup> Heinrichsbauer, a. a. O., S. 39.

Exakt zu dieser Zeit gewann Straßer seinen wichtigsten Mitarbeiter, Oberleutnant a. D. Paul Gustav Schulz. 1898 in Stettin geboren, trat Schulz 1914 freiwillig in die deutsche Armee ein. Wegen Tapferkeit zum aktiven Offizier befördert, schloß er sich nach Kriegsende dem Freikorps des Grafen zu Eulenburg an und wurde dann als aktiver Offizier ins Hunderttausend-Mann-Heer übernommen.<sup>7</sup> Hier wurde er in den Jahren 1921–24 mit Sonderaufgaben betraut, die unter das Stichwort Landesverteidigung im Osten fielen, d. h. er fungierte als einer der wichtigsten Organisatoren der sogenannten „Schwarzen Reichswehr“.<sup>8</sup> Wegen seiner Beteiligung an Fememorden wurde Schulz am 26. März 1927 zum Tode verurteilt,<sup>9</sup> das Urteil jedoch, nach Intervention hoher Reichswehroffiziere und anderer Persönlichkeiten, vor allem der nationalen Rechten, in eine Haftstrafe umgewandelt.<sup>10</sup> Juristisch wurde Schulz, wie andere in die Fememorde verwickelte Mithäftlinge,<sup>11</sup> durch den Essener Strafrechtler Professor Grimm vertreten. Da Grimm und Schulz einsahen, daß eine endgültige Freilassung nur durch eine Amnestie zu erreichen war, entfalteten beide eine rege Aktivität zur Schaffung der dafür notwendigen Parlamentsmehrheit. Schulz selbst nahm bereits 1928 Verbindung zu der wachsenden NSDAP auf. Aus der Zeit seiner Reichswehrezugehörigkeit kannte er Major a. D. Walter Buch, den Obersten Parteirichter, mit dem er nun in eine rege Korrespondenz trat. Buch informierte ihn über die Ziele der NSDAP, während Schulz Anregungen für das Verhalten der Reichstagsfraktion in Sachen „Feme-Amnestie“ gab. Buch wurde bei einigen Besuchen in der Strafanstalt vom Reichsschatzmeister Schwarz und Frick begleitet, wodurch die Kontakte von Schulz zur NS-Führung vertieft wurden; er erhielt auch finanzielle Zuwendungen von Schwarz.

Grimm hatte aber auch Verbindung zu Reichstagsabgeordneten des Zentrums, vor allem zu dem Mitglied des Amnestie-Ausschusses Dr. Emmendorfer, der sich zur Zufriedenheit Grimms aktiv für die Begnadigung der „Feme-Täter“ einsetzte. Nach der vorläufigen Entlassung auf Kautio n im Frühjahr 1930 lernte Schulz Emmendorfer auch persönlich kennen. Unmittelbar nach den Reichstagswahlen von 1930, und zwar am 17. September, kam über Grimm eine erste Verständigung zwischen Emmendorfer und Buch zustande, „die Möglichkeit einer großen Rechtsregierung von den N. S. bis zum Zentrum im Reich und in Preußen“ zu überdenken. Neben Schulz, der allerdings wegen seines ungeklärten Rechtsstatus – vorläufig war er nur gegen Kautio n freigelassen, aber noch nicht freigesprochen bzw. amnestiert – noch nicht der NSDAP angehörte, waren offenbar auch Brüning und Prälat Kaas in diese Überlegungen eingeweiht.<sup>12</sup>

---

<sup>7</sup> Schulz-Memorandum, S. 5, siehe Anhang.

<sup>8</sup> Ebenda.

<sup>9</sup> Schreiben – „Geheim!“ – des Landeskriminalpolizeiamtes Berlin, 3. 1. 1933, BA, NS 26/1367 a.

<sup>10</sup> Briefwechsel Schulz, Buch und Grimm in den Jahren 1928–30, BA, NS 26/1374. Schulz-Memorandum, a. a. O., S. 6.

<sup>11</sup> Oblts, Benn, Fuhrmann, Feldwebel Klapproth, Unhofer, Stein, Aschenkamp.

<sup>12</sup> Brief Grimm an Buch vom 17. 9. 1930, BA, NS 26/1374.

Schulz selbst fühlte sich allerdings schon im Sommer 1930 als NSDAP-Mitglied und war bereit, soweit es sein ungeklärter Rechtsstatus erlaubte, mitzuarbeiten. Von seiten der Reichsleitung der NSDAP wurde sogar überlegt, ihn für die kommenden Reichstagswahlen kandidieren zu lassen. Einer möglichen erneuten Verhaftung wollte Frick dadurch begegnen, daß er Schulz mit nach Thüringen nahm und dort als Innenminister seine Verhaftung verweigerte.<sup>13</sup> Lediglich auf Grimms Einwand, Schulz werde durch ein verfrühtes politisches Engagement nicht nur sich selbst, sondern auch seinen noch inhaftierten Gefährten schwer schaden, wurden solche Überlegungen fallengelassen.<sup>14</sup> Nachdem Schulz aber im Oktober 1930 endgültig begnadigt worden war, trat er am 24. 10. 1930 offiziell der NSDAP bei, wo er als Stellvertreter des Reichsorganisationsleiters I, Gregor Straßer, sofort eine einflußreiche Position erhielt.<sup>15</sup> Rasch wurde aus dieser Zusammenarbeit eine enge persönliche Freundschaft, und Schulz fungierte in der Partei bald als die „rechte Hand“ Straßers.<sup>16</sup> Neben seinem Organisationstalent und seinen praktischen Erfahrungen, die er für den weiteren Aufbau der Parteiorganisation in Straßers Sinne einsetzte, brachte er wichtige politische Kontakte mit. Schulz, der persönlich mittellos war, konnte weder die Prozeß- und Anwaltskosten seit 1924 noch die Kautions im Jahre 1930 selbst tragen. Diese Kosten wurden, wie auch in anderen ähnlich gelagerten politischen Prozessen, weitgehend von der Industrie – vor allem vom Ruhrbergbau – übernommen. Als Vermittler betätigte sich der Wirtschaftsjournalist August Heinrichsbauer,<sup>17</sup> der damals Herausgeber des „Rheinisch-Westfälischen-Wirtschaftsdienstes“ war und über die entsprechenden Verbindungen zum Bergbau verfügte. Nach der Entlassung von Schulz lud ihn Professor Grimm vermutlich im Herbst 1930<sup>18</sup> zu einem Herrenabend nach Essen ein, bei dem auch Heinrichsbauer zugegen war. Nachdem die beiden sich persönlich kennengelernt hatten, trafen sie sich öfter. Schon bald stellte Schulz bei einem dieser Besuche, nachdem er in der Zwischenzeit Vertrauter Straßers geworden war, die Frage, ob Heinrichsbauer ihnen, d. h. Straßer und Schulz, durch Vermittlung von Spenden der ihm bekannten Industriellen zu einer gewissen Unabhängigkeit innerhalb der Partei verhelfen könne. Heinrichsbauer lehnte nicht ab, wollte aber Straßer erst kennenlernen. Bei dem bald folgenden Treffen war er offensichtlich so tief beeindruckt von Gregor Straßer, daß sich eine enge Freundschaft entwickelte.<sup>19</sup> Kurz darauf machte Heinrichsbauer auch

---

<sup>13</sup> Brief Buch an Grimm vom 24. 7. 1930, BA, NS 26/1374.

<sup>14</sup> Brief Grimm an Buch vom 29. 7. 1930, BA NS 26/1374.

<sup>15</sup> Tyrell, a. a. O., S. 361; Schulz Memorandum, a. a. O., S. 7.

<sup>16</sup> Siehe oben S. 67.

<sup>17</sup> August Heinrichsbauer, geb. 15. 6. 1890 in Bochum, Auskunft v. 3. 11. 1971.

<sup>18</sup> Angabe in Heinrichsbauer Brief vom 7. 12. 1956 (Nachlaß Elbrechter). Vermutlich war, wie auch das Interview ergab, dieses Treffen etwas früher, auf jeden Fall vor dem 24. 10. 1930, dem Tage von Schulz' Eintritt in die Partei.

<sup>19</sup> Auskunft Heinrichsbauer v. 3. 11. 1971; August Heinrichsbauer, Schwerindustrie und Politik, Kettwig 1948, S. 40; Personalakten Reupke und Heinrichsbauer, BDC.

seinen Freund Walther Funk mit Straßer bekannt,<sup>20</sup> was dann am 21. November 1931 zu Funks Berufung in den Wirtschaftsrat der ROL der NSDAP führte.<sup>21</sup> Bis zum Ausscheiden Straßers aus der Partei traf er sich mit Funk und Heinrichsbauer ziemlich regelmäßig, meist in Berlin, zu politischen Aussprachen.

Die Verbindung zu Kreisen der Ruhrindustrie stellte Heinrichsbauer für Straßer und Schulz tatsächlich her. Er machte sie unter anderem mit Tengelmann (Essener Steinkohle), Brandi (Vereinigte Stahlwerke), Kanert (Gelsenberg), Vögler (Vereinigte Stahlwerke) und Springorum (Hoesch AG) bekannt.<sup>22</sup> Daraus entwickelten sich gute persönliche Beziehungen, die von den Industriellen seit Frühjahr 1931 benutzt wurden, um durch persönliche Zuwendungen die Stellung der Straßergruppe in der Partei zu stärken und auf diese Weise selbst Einfluß auf die NSDAP zu gewinnen.<sup>23</sup> Heinrichsbauer gibt die Höhe der Zuwendungen, die bis Ende 1932 gezahlt wurden, mit etwa 10000 RM pro Monat an.<sup>24</sup> Offenbar ist dieses Geld aber zum größten Teil nicht als frei verwendbare Summe an Straßer und Schulz überwiesen, sondern wohl in mehreren zweckgebundenen Einzelzahlungen von sehr unterschiedlicher Größe zur Verfügung gestellt worden. Allerdings wurden die Zahlungen wohl zur Routine, wie sich in einigen Fällen noch nachweisen läßt. So erhielt Schulz durch Heinrichsbauer regelmäßige Benzinzuschüsse für seinen Dienstwagen. Doch wurden auch größere Summen gezahlt, und gelegentlich erfolgten die Zuwendungen sogar als Sachlieferungen, so durch die Einrichtung einer kompletten Schreiner-, Schlosser- und Schmiedewerkstatt im Arbeitsdienstlager Hammerstein am 25. August 1932.<sup>25</sup> Jedoch hatten Straßer und Schulz auch frei verwendbare Summen zur Verfügung, mit denen sie in Einzelfällen auch wichtige Parteigenossen durch direkte Zuwendungen oder kleine günstige Kredite unterstützen und dadurch an sich binden konnten.<sup>26</sup>

Schulz, der, wie bereits erwähnt, gewisse Verbindungen zum Zentrum hatte, kannte im übrigen auch Brüning persönlich, und zwar aus den Zeiten des Ruhrkampfes.<sup>27</sup> Jetzt erneuerte er diese Bekanntschaft, und zwar zur Vermittlung von Kontakten zwischen Straßer und Brüning. Reichskanzler Brüning hatte mit allen wichtigen Parteiführern im Anschluß an die Septemberwahlen 1930 Gespräche arrangiert und

---

<sup>20</sup> Brief des Oberregierungsrat a. D. Rechenberg vom 14. 10. 1971; Auskunft Heinrichsbauer v. 3. 11. 1971.

<sup>21</sup> Tyrell, a. a. O., S. 363.

<sup>22</sup> Auskunft Heinrichsbauer v. 3. 11. 1971, Auskunft Schulz jr. u. Frau Schulz v. 14. 4. 1972.

<sup>23</sup> Vgl. Turner, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, S. 22ff.; vgl. auch Heinrichsbauers Brief vom 20. 9. 1932, IfZ, MA 127/1

<sup>24</sup> Heinrichsbauer, Schwerindustrie und Politik, S. 40.

<sup>25</sup> Brief Schulz an Schroeder, 6. Oktober 1932; Brief Schulz an Heinrichsbauer, 25. August 1932, BA, NS 26/353.

<sup>26</sup> Nicht unterschriebener Entwurf (16. 3. 1933) eines Briefes an Straßer. Hier bedankte sich ein Amtsträger der NSDAP, der wohl gleichzeitig auch NS-Reichstagsabgeordneter war, daß Straßer ihm 1932 einen Kredit über 1000 RM ausgezahlt habe und ihm im gleichen Jahr noch einmal 450 RM gegeben habe; BA, NS 26/1371.

<sup>27</sup> Brief Brünings vom 6. Dezember 1956 in Schulz-Memorandum, siehe Anhang.

dabei auch mit der NSDAP offiziell Fühlung aufgenommen. In einer Unterredung, in der er seine außen- und reparationspolitischen Vorstellungen und seine Ansicht über die Dauer der Wirtschaftskrise darlegte, warb er bei der aus Hitler, Frick und Straßer bestehenden NS-Delegation um ein Mindestmaß an Abstimmung der Politik, jedenfalls soweit es die nationalen Interessen betraf.<sup>28</sup> Die eigentlichen Kontakte zwischen Straßer und Brüning liefen aber unter Ausschluß der Öffentlichkeit, jedoch bis Herbst 1932 mit Wissen Hitlers. Sie bestanden zunächst im wesentlichen aus einem Informationsaustausch. Straßer, hier anstelle Görings auftretend, der als persönlicher Beauftragter Hitlers für Kontakte mit der Reichsregierung eigentlich zuständig war, bekam vom Reichskanzler z. B. Informationen außen- und sicherheitspolitischer Art aus erster Hand. Brüning wiederum wurde genau über innere Strömungen in der NSDAP informiert und suchte seinerseits Straßers Stellung in der NSDAP zu stärken. Seit dem Jahreswechsel 1931/32 erweiterte sich dieser Meinungsaustausch, der jetzt in fast freundschaftlicher Atmosphäre verlief, zu Überlegungen über eine mögliche Regierungskoalition NSDAP/Zentrum.<sup>29</sup>

Fast noch wichtiger als die Wege, die ihm sein neuer Mitarbeiter Schulz ebnete, wurde für Straßer im Laufe des Jahres 1932 die Auffrischung einer alten Bekanntschaft aus den Zeiten des Großgaues Ruhr und der Norddeutschen AG in den Jahren 1925/26, nämlich mit dem damals in Elberfeld und jetzt in Berlin wohnenden und praktizierenden Zahnarzt Helmut Elbrechter.<sup>30</sup> Obgleich wohl nie Parteimitglied geworden,<sup>31</sup> galt er in Elberfeld als dazugehörig, wie aus Geburtstagsgrüßen vom 18. Januar 1926 hervorgeht, als ihn z. B. Kaufmann, Goebbels und Viktor Lutze als „Mitarbeiter“, „Freund und Kampfgenosse“ beglückwünschten.<sup>32</sup> Da er schon bald vor Goebbels warnte, zog er sich früh dessen Feindschaft und die Apostrophierung als „böser Geist Kaufmanns“ zu.<sup>33</sup> Doch etwa Ende 1926 brach seine Verbindung zur NSDAP ab, einerseits wegen dieser Differenzen, andererseits aber auch, weil er Elberfeld verlassen hatte, um in Berlin eine Praxis zu eröffnen. Nur zu Kaufmann, der im September 1926 sein Schwager geworden war, hielt er noch Kontakt.<sup>34</sup>

Elbrechter war schon seit 1923 freier Mitarbeiter der Zeitschrift „Die Tat“.<sup>35</sup> So

---

<sup>28</sup> Heinrich Brüning, *Memoiren 1918–1934*, Stuttgart 1971, S. 191ff.

<sup>29</sup> Brüning-Brief vom 6. September 1940 in: Heinrich Brüning, *Briefe und Gespräche 1934–1945*, Stuttgart 1974, S. 318ff.; eidesstattliche Erklärung Brünings vom 10. Januar 1953 in: Elbrechter-Nachlaß, siehe Anhang. Brüning-Brief vom 6. Dezember 1956 in Schulz-Memorandum, siehe Anhang.

<sup>30</sup> Siehe oben S. 28f.

<sup>31</sup> Eidesstattliche Erklärung (Elbrechter Nachlaß). Im BDC konnte keine Akte Elbrechter gefunden werden.

<sup>32</sup> Glückwunsch vom 19. 1. 1926 (Elbrechter Nachlaß).

<sup>33</sup> Heiber, *Goebbels-Tagebuch*, S. 83.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 104.

<sup>35</sup> Gottfried Reinhold Treviranus, *Das Ende von Weimar*, Düsseldorf/Wien 1968, S. 95, 405 Anm. Nr. 30. Dr. Elbrechter schrieb unter dem Pseudonym Herrmann Vensky in der „Tat“ 1923, S. 616–623, den Artikel „Querschnitt durch die Rechte“. Die von Treviranus

bestand schon in dieser frühen Zeit der NSDAP, von 1925 bis 1926, über Elbrechter eine lose Verbindung Straßers zu dieser später wichtigen Zeitschrift. Praktische Bedeutung hat dies damals noch nicht gehabt; denn erstens war Straßer nur Repräsentant einer Splitterpartei und zweitens war auch die „Tat“ in jenen Jahren nur eine unbedeutende Monatszeitschrift.<sup>36</sup> 1932 jedoch wurde die 1930 aufgefrischte Bekanntschaft<sup>37</sup> sogar zu einer Schaltstelle für eine mögliche Anti-Hitler-Koalition. 1928/29 übernahm Zehrer die „Tat“ von Eugen Diederichs und machte sie in etwa einem Jahr zu einer der wichtigsten deutschen politischen Monatszeitschriften mit einer Auflage von über 20000; um die Jahreswende 32/33 stieg die Auflage auf über 30000. Elbrechter schrieb in der von Zehrer zu politischer Bedeutung geführten neuen „Tat“ etliche wichtige Artikel.<sup>38</sup> Er freundete sich mit Zehrer in dieser Zeit der Zusammenarbeit so an, daß ihm Zehrer 1933, nach der Machtübernahme, in einem Brief gestand, daß er, Elbrechter, der einzige echte Freund gewesen sei, den er je gehabt habe und den er nicht verlieren wolle.<sup>39</sup> Diese Stellung benutzte Elbrechter, um Straßer mit dem „Tat“-Kreis zusammenzuführen und ihm auch dessen Informationsmöglichkeiten und Verbindungen zu eröffnen.<sup>40</sup> Erleichtert wurde eine solche Zusammenarbeit zwischen Straßer und dem „Tat“-Kreis durch eine ähnliche Geisteshaltung, die sich im gemeinsamen politischen Ziel einer nationalen Gesundung durch sozialen Ausgleich ausdrückte. Das erste Ergebnis der beginnenden Allianz war, daß Straßer unter einem Pseudonym im Frühjahr 1932 einen grundsätzlichen Artikel in der „Tat“ veröffentlichen soll, was in der Partei als Gerücht Unruhe auslöste.<sup>41</sup> Neben den wichtigen Informationen, die Straßer zweifellos aus dem „Tat“-Kreis erhielt, und neben den Publikationsmöglichkeiten, die sich ihm hier boten, waren vor allem die Verbindungen wichtig, die ihm der Kreis verschaffte. So hatte Elbrechter sowohl private als auch berufliche Beziehungen zu Reichskanzler Brüning und auch zu Reichsminister Treviranus, die ihn offenbar als intelligenten wie auch verschwiegenen Mittelsmann schätzten.<sup>42</sup> Außerdem hatte Zehrer schon durch seine Tätigkeit als Redakteur der Vossischen Zeitung (bis 1929) General v. Schleicher kennengelernt. Nach der Übernahme der „Tat“ wurde diese

---

angegebene Adresse ist damals bis etwa Ende 1926 noch falsch. Der zweite Dokortitel wurde erst 1947 erworben.

<sup>36</sup> Gespräch Sontheimer – Zehrer vom 18. 8. 1959, IfZ, ZS 1723. 1929, bei der Übernahme durch Zehrer, hatte die „Tat“ nur eine Auflage von 800 Stück.

<sup>37</sup> Erklärung Elbrechters, Elbrechter Nachlaß, siehe Anhang.

<sup>38</sup> Z. B. Elbrechters Artikel in: „Die Tat“, 24 (1932/33), S. 310ff., „Wider den Sozialismus in jeder Form?“

<sup>39</sup> Brief Zehrer an Elbrechter vom 30. 7. 1933, Elbrechter Nachlaß.

<sup>40</sup> Erklärung Elbrechters, siehe Anhang.

<sup>41</sup> Krebs kann sich allerdings heute auf Anfrage auch nach Vorlage des Inhaltsverzeichnisses der „Tat“ nicht mehr auf den Artikel besinnen, so daß dies vorläufig unklar bleibt. Albert Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959, S. 192; Krebs Brief vom 17. 3. 1972.

<sup>42</sup> Im Elbrechter-Nachlaß sind viele Brüning- und Treviranus-Briefe enthalten, die dies bezeugen. Treviranus, a. a. O., S. 405.

Bekanntschaft fortgesetzt und namentlich im Jahre 1932 immer enger, so daß die „Tat“, insbesondere aber die im Sommer 1932 mit finanzieller Unterstützung des Reichswehrministeriums übernommene Tageszeitung „Tägliche Rundschau“, eingeweihten Kreisen als offizielles Sprachrohr Schleichers galt.<sup>43</sup> Nachdem über den „Tat“-Kreis Schleicher auf Elbrechter als Verbindungsmann Straßers aufmerksam gemacht worden war, kam auch ein persönlicher Kontakt zwischen Schleicher und Elbrechter zustande. Von den unabhängigen und originellen Gedanken Elbrechters beeindruckt, nahm der General ihn als einen seiner engsten persönlichen Berater an.<sup>44</sup> Als wichtigstes praktisches Ergebnis dieser Entwicklung vermittelte Elbrechter dem General vertrauliche und von der Öffentlichkeit unbemerkte Verhandlungen, die ab August 1932 stattfanden, mit Gregor Straßer in seiner Wohnung in Berlin, Schaperstr. 29.<sup>45</sup>

Zu Schleicher hatte Straßer jedoch schon vorher einen zuverlässigen, wenn auch indirekten Kontakt. Der ehemalige Hauptmann i. G. Cordemann<sup>46</sup> hatte den damaligen Major v. Schleicher in der OHL 1918/19 kennengelernt. Bei der durch den Versailler Vertrag notwendig gewordenen Bildung des Hunderttausend-Mann-Heeres schied Cordemann aus dem Dienst aus und ging zur Industrie. Für die AEG arbeitete er vor allem im Ausland, und zwar in Mexiko, USA und Spanien. Als er 1930 nach Deutschland zurückkehrte, nahm er die Verbindung zu Schleicher wieder auf. Dieser bat ihn, für ihn in die jetzt nach den Septemberwahlen immer wichtiger werdende NSDAP einzutreten, da er dort erst über wenige Verbindungen verfüge. Cordemann schien Schleicher besonders geeignet, da er und insbesondere seine Verbindung zum Reichswehrministerium nach seinem langen Auslandsaufenthalt unbekannt waren und er daher keinen Argwohn erregen konnte. Als ehemaligem Generalstabsoffizier, der dazu über Auslandserfahrung und auch Wirtschaftskennnisse und Verbindungen verfüge, war es ihm nicht allzu schwer, Eingang in die NS-Parteiführung zu bekommen. Über Kriegskameraden konnte er Beziehungen zu Dr. Otto Wagener, dem Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung, anknüpfen, für den er im Laufe des Sommers die Unterabteilung Handel übernahm und bald auch Leiter des Berliner Büros wurde.<sup>47</sup> Schon im Herbst 1931 meldete er, nachdem er nach und nach die gesamte NS-Prominenz kennengelernt hatte, über Bredow an Schleicher Positives über Straßer. Seit Anfang 1931 stand er im Auftrage Straßers in

---

<sup>43</sup> Gespräch Sontheimer–Zehrer vom 18. 8. 1959, vgl. Anm. 36; Kurt Sontheimer, Der Tat-Kreis, in: VfZ (7) 1959, S. 229–260, hier S. 248f.; Treviranus, a. a. O., S. 345.

<sup>44</sup> Treviranus, a. a. O., S. 343ff.

<sup>45</sup> Laut Treviranus muß auch Alvensleben eine Rolle bei der Vermittlung des Treffens Straßer – Schleicher im Hause Elbrechter gespielt haben. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß Horst Walter, Sekretär von Walther Funk, Alvensleben als damaligen Zwischenträger zwischen Straßer und Schleicher bezeichnet. Über die Zeit dieses ersten Treffens im Hause Elbrechter gibt es zwei Versionen. Treviranus behauptet, es sei im Winter 1931 gewesen, während Elbrechter es selbst auf den August 1932 legt. Treviranus, a. a. O., S. 345; Elbrechter-Erklärung, siehe Anhang.

<sup>46</sup> IfZ, ZS Cordemann.

<sup>47</sup> Tyrell, a. a. O., S. 362; IfZ, ZS Cordemann.

ständigem Kontakt zu Bredow, aus Geheimhaltungsgründen im wesentlichen auf der privaten Ebene; Cordemann verkehrte häufig in der Familie Bredows.<sup>48</sup> Er streckte jedoch noch weitere Fühler aus. Über seinen Kriegskameraden v. Etzdorf<sup>49</sup> bekam er Fühlung mit dem „Gerekekreis“.<sup>50</sup> Etzdorf war bereits 1925 mit einigen offensichtlich in der Nachfolge Silvio Gesells stehenden Wirtschaftsreformern in Berührung gekommen, und zwar mit Dr. Dickel und Dr. Herpel. Mit ihnen war er an den Vorarbeiten für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm beteiligt. 1930 wurde von Angehörigen dieses Kreises die „Rendsburger Ausgleichskasse“ gegründet, die Kreditschöpfung auf genossenschaftlich-kommunaler Ebene betrieb und damit „Landeskulturarbeiten“ finanzieren wollte, um der revolutionären Landvolk-Bewegung, der „schwarzen Fahne“, etwas entgegenzusetzen zu können.<sup>51</sup>

Nachdem dieses Ausgleichssystem trotz offensichtlicher Zustimmung des preußischen Innenministers Severing auf Betreiben der Reichsbank, die in den Schecks der Ausgleichskassen gesetzwidriges Notgeld erblickte, verboten worden war, wollte die Gruppe aufgrund der ihres Erachtens positiven Erfahrung mit ihrem Kreditschöpfungssystem versuchen, ihre Idee in größerem Rahmen durchzusetzen. Sie trat daher Anfang 1932 an den Präsidenten des Landgemeindetages, Gereke, heran, um dessen Organisation für ihr System zu gewinnen. Da Gereke bereits vorher, etwa im Herbst 1931, mit Straßer über Fragen eines staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms verhandelt hatte und mit ihm auch weiterhin in Gedankenaustausch stand, und zwar über Cordemann, reagierte Gereke durchaus aufgeschlossen.<sup>52</sup> Etzdorf wurde der eigentliche Organisator des so entstehenden „Gerekekreises“, der im Sommer 1932 den sogenannten „Gereke-Plan“ entwickelte. Neben Etzdorf, Herpel und Gereke selbst waren die wichtigsten ständigen Mitarbeiter: Gebhardt (2. Vorsitzender des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“), Hauptmann a. D. Eckstein (Mitarbeiter des Industriellen Dr. E. Lübbert, der außerdem Mitglied des Bundesvorstandes des „Stahlhelm“ war), Joseph Furtwängler (vom ADGB) und Cordemann (als Vertreter Straßers). Aufgrund ihrer Zusammensetzung aus Vertretern wichtiger, wenn auch sehr unterschiedlicher politischer Gruppierungen bürgerte sich für diese Gruppe auch der Name „Querfront“ ein. Darüberhinaus gab es, wie schon erwähnt, sowohl persönliche Verzahnungen als auch sachliche Zusammenarbeit bei der Entwicklung einer neuen Wirtschaftsstrategie zur Arbeitsbeschaffung mit anderen Gruppen, z. B. mit der von Dräger organisierten „Studiengesellschaft“ und dem Reformerkreis des ADGB, die den WTB-Plan vorlegte.<sup>53</sup> Auch müssen noch die Beziehungen genannt werden, die Straßer über den ehemaligen Hamburger Gauleiter Krebs<sup>54</sup> und den NS-Reichstagsabgeordneten Stöhr<sup>55</sup> zu Habermann und

<sup>48</sup> Kurzorientierung des Ministeramtes vom 23. 11. 1932, IfZ, F 41; IfZ, ZS Cordemann.

<sup>49</sup> Papiere Walther v. Etzdorfs, 1963 dem IfZ zur Einsichtnahme übergeben, ZS 1926.

<sup>50</sup> Siehe oben S. 107.

<sup>51</sup> IfZ, ZS 1926, S. 1 ff.; Grotkopp, a. a. O., S. 101.

<sup>52</sup> IfZ, ZS 1926, S. 3; Gereke, a. a. O., S. 194 ff.; IfZ, ZS Cordemann.

<sup>53</sup> Siehe oben S. 104 ff.

<sup>54</sup> Albert Krebs, Gauleiter von Hamburg 1. 4. 1928–1. 10. 1928.

Bechly vom Deutschnationalen-Handlungsgehilfen-Verband (DHV) unterhielt. Die losen Verbindungen zu Stegerwald von den Christlichen Gewerkschaften, über die sowohl Straßer als auch Schleicher und Gereke verfügten, rundeten das Verhandlungs- und eventuelle Koalitionsspektrum ab, das Grundlage einer mit einem Wirtschaftsankurbelungsprogramm antretenden Regierung aller „aufbauwilligen Kräfte“ werden konnte.

## 2. Die Reichspräsidenten-Wahlen

In diesen inner- und zwischenparteilichen Konstellationen schob sich neben der Figur des Generals von Schleicher vor allem Gregor Straßer in den Vordergrund; an seiner Position und seinen Zielen entzündete sich die Phantasie der Beteiligten. Indes begann mit den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1932 das Jahr der permanenten Wahlen, in dem sich das parlamentarische System von Weimar selbst paralyisierte, andererseits aber auch Organisationskraft, Finanzstärke und innere Struktur der NSDAP auf eine harte Probe gestellt wurden.

Die Partei und insbesondere Hitler selbst standen Anfang 1932 im Hinblick auf ihr Verhalten bei der Reichspräsidentenwahl vor einem Dilemma. Nachdem sich eine erneute Kandidatur Hindenburgs herausgeschält hatte, sah sich die NS-Führung vor einer schwierigen Alternative: entweder mußte sie sich dem Brüning'schen Vorschlag anschließen und die parlamentarische Lösung unterstützen, d. h. als Teil einer Zweidrittel-Mehrheit im Reichstag durch Verfassungsänderung die Amtszeit des 84jährigen Reichspräsidenten um ein oder zwei Jahre verlängern helfen, oder sie mußte einen eigenen Gegenkandidaten aufstellen, was nach Lage der Dinge nur eine Kandidatur Hitlers bedeuten konnte. Diese zweite Lösung aber bedeutete, daß gegen einen Nationalheros zu kämpfen war, einen Heros gerade jener bürgerlichen und nationalgesinnten Schichten, die man selbst zu gewinnen hoffte und die in Hindenburg, dem Sieger von Tannenberg, eine Art Ersatzkaiser sahen, der ihnen die beruhigende Rückerinnerung an das alte glanzvolle Reich gewährte.<sup>56</sup>

Hitler war zunächst unentschlossen und ratlos; er beschäftigte sich, wiewohl angespannt nach einem Ausweg Ausschau haltend, seinem Naturell entsprechend mit Nebensächlichkeiten, wie den Bauplänen eines neuen Parteihauses und dem zukünftigen grandiosen Umbau der Reichshauptstadt.<sup>57</sup> Ein solcher Ausweg zeigte sich im Januar, als der DNVP-Führer Hugenberg, der zu entsprechenden Verhandlungen am 3. Januar 1932 in Berlin eingetroffen war, Brüning's Pläne eines consensus omnium für eine parlamentarische Lösung schroff abwies,<sup>58</sup> worauf sich Hitler zunächst auf verfassungsrechtliche Bedenken zurückzog, um Zeit zu gewinnen. Nach dem

---

<sup>55</sup> Stöhr, Reichstagsabgeordneter der NSDAP.

<sup>56</sup> Fest, a. a. O., S. 438.

<sup>57</sup> Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1941, S. 38.

<sup>58</sup> Fest, a. a. O., S. 439; Vogelsang, a. a. O., S. 149.

Scheitern der „parlamentarischen“ Lösung, das auch Schleichers Eingreifen nicht hatte verhindern können, erfolgte die Aufstellung Hindenburgs zur verfassungsmäßigen Neuwahl nach mühsamen Verhandlungen eines überparteilichen Wahlausschusses erst am 16. Februar. Grundlage dieser Kandidatur bildete jedoch jetzt nicht mehr eine breite Front des konservativen und nationalen Lagers, wie bei seiner ersten Kandidatur 1925, sondern Gruppierungen der Mitte, vor allem das Zentrum und die, wenn auch versteckte, Unterstützung der Sozialdemokraten. Hier eröffnete sich Hitler die Möglichkeit, einer totalen Konfrontation mit Hindenburg auszuweichen, dessen „Geneigtheit“ für ihn persönlich immer ein Wert an sich war.<sup>59</sup> Er konnte jetzt versuchen, sozusagen an Hindenburg vorbei einen Wahlkampf gegen die hinter dem Reichspräsidenten stehenden Kräfte des verhaßten Weimarer Systems zu führen und dabei unterschwellig anzudeuten, gerade Brüning, als der Vertreter dieses Systems, sei der Schuldige daran, daß der verehrte Feldmarschall gegen seinen Willen in eine falsche Allianz hineingedrängt worden sei.<sup>60</sup> Wohl wissend, daß dies ein „Kampf der Peinlichkeiten ohne Maßen“<sup>61</sup> werden mußte, zierte sich Hitler noch lange, bis er Goebbels, offensichtlich mit gemischten Gefühlen, am 22. Februar die Zustimmung gab, seine Kandidatur öffentlich bekanntzugeben.<sup>62</sup> In diesen Wochen des Taktierens und Abwartens hatten sich erste geringe Verwerfungslinien in der Struktur der NSDAP gezeigt. Die auf Aktivität und Kampf gedrillte, den Erfolg als nahezu selbstverständlich betrachtende Partei erwartete die Kandidatur Hitlers als die große Möglichkeit zur Ergreifung der Macht. Schon am 3. Februar erhofften die versammelten Gauleiter Hitlers Kandidatur, doch vergebens. Auch Goebbels bedrängte Hitler immer wieder. In seinem Tagebuch berichtete er, wie „zermürbend“ dieses „ewige Warten“ sei und wie deprimiert viele „alte Parteigenossen“ deswegen schon seien.<sup>63</sup> Auch der Druck der Parteispitze, bestehend aus „Frick, Goebbels und Straßer“, die – wie an Groener gemeldet wurde – jetzt die letzte Chance für Hitler sahen, legal an die Macht zu kommen,<sup>64</sup> paßt in diese Situation. Wenn Goebbels zu seiner Rede im Sportpalast am 22. Februar, in der die Kandidatur Hitler endlich angekündigt wurde, erleichtert niederschrieb: „Er ist und bleibt doch unser Führer“, so drückte er unwillkürlich die allgemeinen und auch auf ihn übergreifenden Zweifel an Hitler aus, die angesichts der zutage getretenen Führungsschwäche in diesen Wochen zum erstenmal aufgetaucht waren.<sup>65</sup> Doch

---

<sup>59</sup> Fest, a. a. O., S. 439.

<sup>60</sup> Hitler am 27. Februar 1932 im Sportpalast, zitiert bei Max Domarus, *Hitler Reden und Proklamationen 1932–1945*, kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Wiesbaden 1973, S. 94f.: „Alter Mann, Du bist uns zu verehrungswürdig, als daß wir es dulden können, daß hinter Dich sich die stellen, die wir vernichten wollen. So leid es uns daher tut, Du mußt zur Seite treten, denn sie wollen den Kampf und wir wollen ihn auch.“

<sup>61</sup> Goebbels, a. a. O., S. 36.

<sup>62</sup> Ebenda, S. 50.

<sup>63</sup> Ebenda, S. 38.

<sup>64</sup> Schulthess, *Europ. Gesch. Kal. 1932*, S. 61.

<sup>65</sup> Goebbels, a. a. O., S. 50.

kaum war die Kandidatur ausgesprochen so verschwanden jene leichten Bedenken im Rausch des Wahlkampfes. Der aufgestaute Aktivitätsdrang der Partei, sowohl der politischen Organisation als auch der SA, brach im Wahlkampf durch und verlieh ihr eine bis dahin unbekannte Kraft. Er versetzte die Partei auch in einen solchen hohen Erwartungsstand, daß die Mitglieder nur noch mit einem Sieg zu rechnen vermochten. „Überall herrscht Siegesstimmung“, notierte Goebbels in seinem Tagebuch am Morgen des Wahltages,<sup>66</sup> und der Berliner „Angriff“ verkündete: „Morgen wird Hitler Reichspräsident“.<sup>67</sup> Um so größer war der Schock der Niederlage. Hindenburg hatte 49,6% der Stimmen erhalten und damit die notwendige absolute Mehrheit nur knapp verfehlt, die dann im zweiten Wahlgang am 10. April 1932 erreicht wurde, während Hitler im Hinblick auf die hochgespannten Erwartungen seiner Wähler mit 30,1% enttäuschend abgeschnitten hatte. Goebbels konstatierte: „Wir sind geschlagen, furchtbare Aussichten ... Wir haben seit September 1930 86% zugenommen, aber was hilft das alles! Unsere Parteigenossenschaft ist auf das tiefste deprimiert und mutlos. Wir können uns jetzt nur durch einen kühnen Wurf retten.“ Der sofortige Aufruf zu neuer Aktivität für den zweiten Wahlgang, obgleich man sich über die Aussichtslosigkeit im klaren war, hat fast Züge einer Flucht aus der Depression der Niederlage. Die NSDAP legte es im zweiten Wahlgang nur noch auf einen Achtungserfolg an, der mit einer Steigerung auf 36,8% auch erreicht wurde und eine gute Ausgangsbasis für die wichtigen Landtagswahlen bildete, die nur 14 Tage später, am 24. April 1932, in den Ländern Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg stattfanden. Da diese Länder den größten Teil des Reiches einnahmen, bedeutete das praktisch die dritte Wahl auf Reichsgebiet innerhalb von 6 Wochen. Die Ergebnisse unterschieden sich kaum von denen der Reichspräsidentenwahlen: Preußen 36,3%, Bayern 32,5%, Württemberg 26,4%, Anhalt 40,9%, Hamburg 31,2%. Immerhin war die Partei in Preußen, wo jetzt 162 der 423 Abgeordneten von der NSDAP gestellt wurden, zur weitaus stärksten Fraktion aufgestiegen. Die alte Regierungskoalition aus SPD und Zentrum hatte die Mehrheit verloren. Aber die Nationalsozialisten verfügten, selbst mit allen Rechtsparteien zusammen, noch über keine Mehrheit. Die Lage wurde schwierig. Goebbels vermerkte: „Die sogenannte Rechte hat 9 Mandate zu wenig, um zu regieren. Jetzt muß irgendetwas geschehen. Wir müssen in absehbarer Zeit an die Macht kommen. Sonst siegen wir uns in den Wahlen tot.“<sup>68</sup> Genau hier lag das Dilemma, in das die NSDAP zunehmend geriet. Sie hatte unter Aufbietung aller Kräfte drei Wahlkämpfe ausgetragen, und mit jeweils über 30% drei Ergebnisse erzielt, die damals für eine einzelne Partei in Deutschland einzigartig dastanden, aber der praktische Erfolg blieb aus.

Für den kleinen Parteigenossen noch nicht bemerkbar, führten auch die finanziellen Belastungen dieser Wahlkämpfe bereits zu ersten Schwierigkeiten. So bemerkte

---

<sup>66</sup> Ebenda, S. 62.

<sup>67</sup> „Angriff“, 13. März 1932.

<sup>68</sup> Goebbels, a. a. O., S. 86f.

Goebbels nach dem zweiten Gang der Reichspräsidentenwahl am 15. April 1932: „Uns fehlt das Geld, um eine wirklich großzügige Propaganda zu machen“,<sup>69</sup> und nach der Preußenwahl stellte er mit einem Unterton der Resignation fest: „Die Liquidation der Wahlkasse ergibt, daß wir ohne nennenswertes Defizit herauskommen.“<sup>70</sup> Straßer, der dieses Dilemma offensichtlich schon recht früh erkannte, sah als einzig gangbaren Ausweg Koalitionen an. Koalitionen aber konnten, sofern sie auf eine parlamentarische Mehrheit gestützt sein sollten, nur durch eine Erweiterung über die Grenzen der Rechtsparteien hinaus erfolgen, von kleineren Ländern mit günstigen Verhältnissen abgesehen. Hier lag der Grund für die vielfältigen Unterredungen, Kontaktaufnahmen und Beratungen, die, soweit sie die NSDAP betrafen, im wesentlichen von Straßer und Schulz betrieben wurden und die damals schon bis zu vagen Überlegungen über Regierungsbildungen unter Beteiligung Straßers und Brünings gingen.<sup>71</sup> Allerdings hatte die NSDAP auch für den Fall eines Wahlsieges, d. h. falls Hitler tatsächlich Reichspräsident geworden wäre, kaum detaillierte Pläne für weitere Maßnahmen. Lediglich die SA hatte Vorsorgemaßnahmen getroffen, um bei einem Wahlsieg Hitlers gegen einen eventuellen Linksputsch gewappnet zu sein bzw. um, wie Meldungen an Reichswehrminister Groener lauteten, bei einem knappen Unterliegen Hitlers selbst zu putschen. Als sicher kann lediglich angenommen werden, daß ein Reichspräsident Hitler als eine seiner ersten Amtshandlungen die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen verfügt hätte, welche Forderung von der NSDAP damals schon konstant erhoben wurde. Daß er allerdings bis dahin mit einer unveränderten Regierung Brüning weiterregiert hätte oder daß Brüning überhaupt bereit gewesen wäre, unter Hitler weiterzuarbeiten, ist nicht sehr wahrscheinlich. Zum Reichskanzler hätte er aber dann nur den Reichsorganisationsleiter und mächtigsten Mann innerhalb der Reichstagsfraktion ernennen können: Gregor Straßer!<sup>72</sup>

### 3. Die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932

Wenn die Partei ihren Anteil an der Wählerschaft, wie er in den Reichspräsidentenwahlen sichtbar geworden war, auf die Verhältnisse im Reichstag übertragen wollte, mußte ihr nächstes Ziel in der Tat eine neue Reichstagswahl sein. In Preußen hinhaltend mit den Zentrumsvertretern verhandelnd, ohne die dort eine Koalition ja nicht möglich war, wollte die NSDAP, bevor sie sich in Preußen endgültig entschied, erst entsprechende Machtverhältnisse auch im Reiche erlangen, um dann sowohl im Reich wie in Preußen parallele Regierungsverhandlungen führen zu können. Begün-

<sup>69</sup> Ebenda, S. 81.

<sup>70</sup> Ebenda, S. 89.

<sup>71</sup> Treviranus, a. a. O., S. 164; Auskunft Föhr v. 10. 9. 1972.

<sup>72</sup> Wagener-Tagebuch, S. 678. Dort sagt Straßer zu Wagener etwa 1930: „Später käme in Frage, ob vielleicht Hitler die Präsidentschaft übernimmt und mich zum Reichskanzler ernennt.“

stigt durch den beginnenden Zerfall der Führungsgruppe im Reich – Hindenburg, Brüning, Groener, Schleicher –, gelang es, Kontakte mit Schleicher herzustellen. In Verhandlungen zwischen Hitler und Schleicher wurden am 28. April und 7. Mai, bei letzterem Treffen waren auch „einige Herren aus der nächsten Umgebung des Reichspräsidenten“ dabei,<sup>73</sup> Übereinkünfte erzielt: ein neues Präsidialkabinett sollte gebildet und der Reichstag aufgelöst werden, die NSDAP außerdem nach der Aufhebung des SA-Verbotese volle Agitationsfreiheit erhalten. So konnte Goebbels bereits am 8. Mai notieren: „Brüning soll in den nächsten Tagen schon fallen. Der Reichspräsident wird ihm sein Vertrauen entziehen. Der Plan geht dahin, ein Präsidialkabinett zu installieren, der Reichstag wird aufgelöst, alle Zwangsgesetze sollen fallen, wir bekommen Agitationsfreiheit und liefern dann ein Meisterstück an Propaganda. Eine Woche haben wir nötig für die Vorbereitungen. Der Wahlkampf muß ganz kurz sein, wir arbeiten mit Flugzeugeschwadern und beackern eine Provinz nach der anderen. So wenigstens ist es von uns geplant. Beglückend das Gefühl, daß noch kein Mensch etwas ahnt, am wenigsten Brüning selbst. Wir sind gespannt, aber doch immer noch mißtrauisch. Wenn's gelingt, dann haben unsere Unterhändler ein Meisterstück gemacht.“<sup>74</sup> Die NS-Führung war also bereits seit dem 7./8. Mai auf die Reichstagsauflösung eingestellt, wenn sich auch ihre Hoffnung, daß Brüning schon „in den nächsten Tagen“ stürzen werde, nicht ganz erfüllte. So muß Gregor Straßers Reichstagsrede am 10. Mai 1932, in der er sein Arbeitsbeschaffungsprogramm und das Wirtschaftsprogramm verkündete, vornehmlich unter dem Gesichtspunkt der Wahlkampföffnung gesehen werden. Für Straßers Realitätssinn sprach das nur leicht verschleierte Koalitionsangebot, das er in seiner Rede an „alle aufbauwilligen Kräfte“, besonders aber an den ADGB richtete, wobei er zwischen alle Polemik auch ein persönliches Lob für den Reichskanzler einflocht. Er billigte Brüning gute Absicht und besten Willen zu, wies ihn aber darauf hin, daß es für jede Regierung unmöglich sei, Politik auf der Basis von schwankenden Mehrheiten heterogener kleiner Parteien zu betreiben, „deren Ansprüche im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Größe stehen“.<sup>75</sup> Mit anderen Worten sagte er ihm, daß eine solche Politik, wie er sie betreibe, auf der Grundlage der Zusammenarbeit einiger großer Parteien oder ähnlicher Organisationen durchaus erfolgreich sein könnte. So merkwürdig ein solches Angebot zur Zusammenarbeit als Auftakt zu einem Wahlkampf auch ist – und Goebbels wußte das auch zu kritisieren,<sup>76</sup> – so spricht es doch für eine kritische Beurteilung der eigenen Möglichkeiten. Offensichtlich glaubte Straßer nicht an die Möglichkeit, die absolute Mehrheit zu erringen; er sah auch, entsprechend den Ergebnissen in Preußen, keine Aussicht, zusammen mit den

---

<sup>73</sup> Vogelsang, a. a. O., S. 188f.

<sup>74</sup> Goebbels, a. a. O., S. 93.

<sup>75</sup> Verhandlungen des Reichstages, Bd. 446, S. 2520a u. b.

<sup>76</sup> Goebbels, a. a. O., S. 94. 10. Mai 1932: „Der Reichstag geht weiter, Straßer spricht ... Merkwürdig wie wenig Widerstand er im ganzen Hause findet. Er ist von uns allen der Beliebteste bei unseren Gegnern. Das spricht stark gegen ihn.“

anderen Rechtsparteien eine Mehrheit zu finden. Nur vor dem Hintergrund solcher Überlegungen werden seine Angebote an die Gewerkschaften und auch seine Freundlichkeiten Brüning gegenüber erklärlich. Eine legale Machtergreifung konnte für die NSDAP, nach Straßers Meinung, nur im Rahmen einer Koalition möglich werden, die über die rechten Gruppierungen hinausging.

Am 30. Mai 1932 reichte Brüning dann für sich und sein Kabinett auf Aufforderung des Reichspräsidenten seine Demission ein. Noch am gleichen Tage begannen die Besprechungen Hindenburgs mit den Parteiführern, vor allem auch mit Hitler und Göring. Hitler gab, entsprechend dem Ergebnis der Verhandlungen vom 8. Mai mit Schleicher, die Zusicherung ab, daß er eine neue Regierung der nationalen Kräfte, für die er keine personellen Ansprüche stelle, unterstützen wolle – Reichstagsneuwahlen und die Aufhebung des SA-Verbotes vorausgesetzt.<sup>77</sup>

Am 2. Juni konnte der auf Vorschlag Schleichers mit der Regierungsbildung beauftragte Franz von Papen sein neues Kabinett vorstellen, und bereits am 4. Juni wurde die wichtigste NS-Forderung, die Reichstagsauflösung, verkündet, jedoch der Termin für die Neuwahlen auf den 31. Juli hinausgeschoben, im Gegensatz zu den Hoffnungen der NSDAP auf einen möglichst kurzen Wahlkampf. Sie besaß ja einen erheblichen zeitlichen Vorsprung, da die internen Wahlkampf vorbereitungen schon am 8. Mai angelaufen waren, andererseits mußte ein langer Wahlkampf höhere Kosten verursachen. Goebbels war gar nicht zufrieden und distanzierte sich sofort deutlich von der Regierung Papen, die zu tolerieren und zu unterstützen die NSDAP zugesagt hatte: „Der Termin für die Reichstagswahlen wird am 8. Juni auf den 31. Juli festgelegt. Das ist der erste schwere Fehler, den dieses Kabinett macht. Je länger der Wahlkampf, desto besser für unsere Gegner. Wir werden schwer zu arbeiten haben, um dieses Versäumnis wiedergutzumachen.“<sup>78</sup> Am 9./10. Juni veröffentlichte Straßer seine Parteiorganisationsreform.<sup>79</sup> Nachdem er auf diese Reform schon lange hingearbeitet hatte, konnte er jetzt vor allem Hitler gegenüber damit argumentieren, daß die Partei unter dem Druck der Ereignisse stehe: Einerseits sei die rationelle Organisation nötig, um eine einheitliche Führung der PO in den Wahlen sicherzustellen, zum anderen müsse man nach dem zu erhoffenden Wahlerfolg und beim Erreichen staatlicher Macht die Partei im Griff behalten können, „denn die Gauleiter und Kreisleiter bekommen zunächst sämtlichst den Größenwahn, wenn die Partei an der Macht ist“.<sup>80</sup>

Organisatorisch vorbereitet und durch Straßers Reichstagsrede vom 10. Mai 1932 mit einem Wahlprogramm „Arbeit und Brot“ versehen, überwand die NSDAP die Enttäuschungen der letzten Zeit und steigerte ihre Aktivitäten in der vierten großen Wahl innerhalb von fünf Monaten erneut. Der Reichspropagandaleiter I und Gauleiter von Berlin, Goebbels, steuerte, sich mehr in den Vordergrund schiebend, neue

---

<sup>77</sup> Vogelsang, a. a. O., S. 204 ff.

<sup>78</sup> Goebbels, a. a. O., S. 108.

<sup>79</sup> Siehe Anhang.

<sup>80</sup> Wagener-Tagebuch, S. 677 f.

Propagandamethoden bei, die gerade wegen ihrer überraschenden Originalität ein hohes Maß an Effektivität hatten. So wurden Schallplatten eingesetzt, ausgeklügelte Flugrouten für Hitler entworfen, der auf diese Weise für breite Bevölkerungskreise auch entlegener Provinzen Allgegenwärtigkeit demonstrieren konnte. In besonderem Maße kümmerte sich Goebbels auch um die Entwürfe der Wahlplakate und wichtigsten Flugblätter, die er über den Apparat der Reichspropagandaleitung zentral verteilte.<sup>81</sup>

Obwohl aber Goebbels die Tastatur moderner Wahlpropaganda, wenn auch durch finanzielle Sorgen eingeengt, immer mehr in die Hand bekam und mit neuartigen Ideen operierte, ist nicht zu übersehen, daß nicht er, sondern Gregor Straßer die Thematik und damit den Inhalt der Propaganda bestimmte. Seine Wahlslogans, die „das Recht auf Arbeit“ forderten und „Arbeit und Brot“ versprachen, zündeten. Wenn er feststellte, daß „die große antikapitalistische Sehnsucht, die bereits 95% unseres Volkes ergriffen hat“, sich gegen den falschen „Verteilungsapparat des weltwirtschaftlichen Systems“ wende, und wenn er erklärte, daß nicht „Kapital Arbeit schafft, sondern Arbeit Kapital“, so ergriff dies die Gemüter einer Bevölkerung, in der über 6 Millionen arbeitslos waren, und es flöbte in der gegebenen Situation Vertrauen in die Partei ein, die ein solches Programm verkündete. Außerdem kontrollierte Straßer nach wie vor auch den Apparat, der seine Thesen in die Bevölkerung trug. Während Goebbels als Reichspropagandaleiter I die spektakuläre, ins Auge fallende Propaganda inszenierte, lag die Leitung der vielfältigen Aktivitäten an der Basis der Partei und damit des direkten Kontakts zum Wähler in den Händen des Reichspropagandaleiters II, Fritz Reinhardt.<sup>82</sup> Die Reichspropagandaleitung II bestand aber im wesentlichen immer noch aus der Reichsrednerschule in Herrsching am Ammersee, die die vielen Tausende von unbekanntem Reichs- und Gaurednern ausgebildet hatte und sie außerdem laufend mit dem jeweils aktuellen Grundlagematerial für ihre Redetätigkeit versorgte.<sup>83</sup> Genau hier griff Gregor Straßer ein. In einer Auflage von 600 000 Stück ließ er sein Arbeitsbeschaffungsprogramm unter dem Titel „Wirtschaftliches Sofortprogramm der NSDAP“ als stichwortartiges Rednermaterial für die Wahlen zum 31. Juli 1932 drucken<sup>84</sup> und über den Apparat der Reichspropagandaleitung I an alle Redner und Dienststellen der Partei verteilen. Am 15. Juli 1932 gab die Reichspropagandaleitung ein letztes Mal das gesamte Propagandamaterial für die Reichstagswahlen allen Gauen bekannt.<sup>85</sup> Die Reihenfolge in der Ankündigung läßt Einblicke in die Bedeutung des Materials zu. Es wurde vor allem angeboten:

1. „Stürzt das System“ (Wahlbroschüre)

---

<sup>81</sup> Goebbels, a. a. O., S. 109. Wesentlichstes Thema der Flugblätter und Wahlplakate von Straßers Slogan „Arbeit und Brot“; BA, NS 22/2.

<sup>82</sup> Siehe oben S. 55.

<sup>83</sup> Siehe oben S. 57 ff.

<sup>84</sup> Die Druckkosten hierfür spendete Dr. Dräger. Auskunft Dräger v. 31. 8. 1972.

<sup>85</sup> Die Reichspropagandaabteilung gibt allen Gauen Propagandamaterial bekannt, 18. 7. 1932, BA, NS 26/289.

2. „Wirtschaftliches Sofortprogramm der NSDAP“ (Broschüre)
3. Straßer-Rede (Flugblatt mit Straßer-Bild)
4. Hitler-Manifest (Flugblatt mit Hitler-Bild)
5. Goebbels-Rede (Flugblatt mit Goebbels-Bild)

Wie dieses Material genutzt wurde, geht aus einem Tätigkeitsbericht des Gaues Hamburg vom 15. August 1932 hervor.<sup>86</sup> In Hamburg wurden verteilt:

- 28000 Broschüren „Stürzt das System“,
- 28000 Sofortprogramme,
- 48000 Straßer-Reden,
- 48000 Hitler-Reden,
- 48000 Goebbels-Reden.

Als zusätzliche Initiative des Gaues wurde noch eine Sonderausgabe des „Hamburger Tageblatts“ in Höhe von 30000 Stück mit der in Hamburg gehaltenen Straßer-Rede verteilt. Unter Einbeziehung des von Straßer gezeichneten Sofortprogramms wurden so in Hamburg 106000 Straßer-Drucke eingesetzt, nur 48000 Hitler-Drucke. Auch in der Attraktivität bei Wahlversammlungen stachen Hitler und Straßer klar hervor. Am 20. Juli zogen Hitler und Kube als Redner etwa 60000 Menschen in Hamburg an, und eine Woche später kamen 50000 zu einer Straßer-Versammlung. Zusätzlich, wie am gesamten Wahlmaterial zu bemerken, floß in allen Veröffentlichungen und Aussagen der vielen kleineren Redner das Straßer-Programm in Ansätzen mit ein. Noch ein anderer Weg stand Straßer offen: die NSBO, die mit ihren jetzt immerhin etwa 150000 Mitgliedern zunehmend an Bedeutung gewann. In ihrer Zeitschrift „Arbeitertum“ wurde, mit Gregor Straßers Bild auf der Titelseite, das Wirtschaftsprogramm, fußend auf der Reichstagsrede vom 10. Mai, vollständig gedruckt; damit startete die NSBO eine großangelegte Propagandaaktion in der Arbeiter- und Angestelltenschaft, vor allem auch unter den Arbeitslosen.<sup>87</sup>

Zur Juliwahl waren den Parteien erstmals Sendezeiten im Reichsrundfunk zugebilligt worden. Auf die NSDAP entfielen zwei Sendungen. Was hätte näher gelegen, als daß Adolf Hitler selbst, der schon mythisierte Führer der NS-Bewegung, seine Redekunst ausnutzte und die Gelegenheit ergriff, diese beiden Rundfunkreden zu halten. Er war auch beide Male als Redner beim Rundfunk angekündigt, doch jedesmal zog er kurzfristig zurück, und zwar deshalb, weil die Reden als fertiger Text vorher einem „Überwachungsausschuß“ zur Genehmigung vorgelegt werden mußten.<sup>88</sup> Das widersprach Hitlers Auffassung von Redekunst, aber auch seinen Möglichkeiten. Schon der formale Rahmen, wie er ihn in Jahren stilisiert hatte, hätte gefehlt, der mit Marschmusik, ausgeklügelten Wartezeiten, effektvollen Bühnenauftritten, Beleuchtungseffekten usw. nicht nur der Beeindruckung und Vorbereitung seiner Zuhörer galt, sondern auch für ihn selbst als Redner zur unabdingbaren Vorausset-

<sup>86</sup> Tätigkeitsbericht des Gaues Hamburg vom 15. 8. 1932, BA, NS 22/1052.

<sup>87</sup> „Arbeitertum“, Zeitschrift der NSBO, Juni 1932.

<sup>88</sup> Auskunft des deutschen Rundfunkarchivs vom 25. 10. 1972.

zung gehörte. Obwohl er seine Reden sorgfältig vorzubereiten pflegte, formulierte er sie doch nie aus, sondern legte nur umfangreiche Notizen an, aus denen er in kommunizierendem Austausch mit der Masse seine Reden wachsen ließ. Mit ungewohnter, fast femininer Sensibilität konnte er die Empfindungen seiner Zuhörer aufnehmen und im Austausch und in Vereinigung der „Pathologien“, seiner individuellen und der kollektiven der Masse, in rauschähnlicher Steigerung der Rede die Stimmung bis zu fast orgiastischen Höhepunkten mitreißen.<sup>89</sup> Eine Rede aber, die in nüchterner Schreibtischarbeit konzipiert und formuliert, dann in Reinschrift vorher eingereicht und schließlich vor einem technisch-sterilen Mikrophon abgelesen werden mußte, ohne Kontakt zu den Gefühlsregungen der Zuhörer, von denen er nicht einmal wußte, wer und wo und wieviele sie waren, das war für Hitler nahezu unmöglich. So trat in beiden Fällen Gregor Straßer vor das Mikrophon und hielt vielbeachtete Reden: zunächst am 14. Juni 1932 über die „Staatsidee des Nationalsozialismus“, und am 29. Juli 1932, zwei Tage vor der Wahl, als er einen letzten Aufruf an die Bürger richtete, der NSDAP ihre Stimme zu geben.<sup>90</sup> Das Wirtschaftsprogramm konnte er hier bereits als bekannt voraussetzen und sich vor allem mit den Grundsätzen eines nationalsozialistischen Staates beschäftigen. Die Staatsform selbst, d. h. Monarchie oder Republik, sei, so sagte er, „kein Problem, das einer kräftezerstörenden Diskussion wert ist ...“, wichtiger sei es, einen „natürlichen organischen Aufbau eines Gemeinschaftslebens“ herzustellen. „Der Staat unserer Prägung hat die Aufgabe, durch Mobilisierung aller Kräfte der Nation das Volk, seine Wirtschaft, seinen Nationalreichtum, seine Arbeitsplätze nach außen jederzeit verteidigen und schützen zu können. Die Innen-, Sozial- und Wirtschaftspolitik muß vom Staate, unter weitgehendster Einschaltung der Privatinitiative, deshalb kontrolliert werden, damit dort nicht durch Fehler und Versäumnisse Verhältnisse geschaffen werden, die in ihrer Auswirkung die Heranziehung aller im Volke vorhandenen Kräfte gefährden, weil sie ein Beiseitestellen eines sich benachteiligt fühlenden Volksteiles zur Folge haben.“ Er wandte sich gegen einen Krieg in Europa, „denn wir wissen, daß Europa und die Welt nur gesunden können, wenn die führenden alten Kulturvölker wieder in sich gesunden.“ Als Ursachen für die vergangenen Kriege nannte er neben dem „Panslavismus“ und der „Revanche-Idee in Frankreich“ auch „vor allen Dingen die krankhafte wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Staaten, der im Grunde unnötige Kampf um die Absatzgebiete und Futterplätze der Erde, der krankhafte Drang nach Errichtung rein spekulativer Machtgebilde der Weltwirtschaft ...“ Allerdings scheute er einen Krieg auch nicht, „wenn er einmal das letzte Mittel sein sollte, um die deutsche politische und soziale Freiheit zu verteidigen.“ Ferner sagte er: „Das Volk will Ordnung, Arbeit und Brot. – So wie wir Nationalsozialisten einen gesunden, lebensfähigen Mittelstand aus biologischen Gründen bejahen, eine starke Arbeiterschaft durch Lösung des sozialen Problems wollen und ein sauberes, auf

---

<sup>89</sup> Fest, a. a. O., S. 448ff., besonders 456f.

<sup>90</sup> Deutsches Rundfunkarchiv, Katalog 1929–43, Tonband Nr. VII, 20004/74 und VII, 20004/86.

Leistung aufgebautes Berufsbeamtentum fordern, sehen wir in den deutschen Bauern nicht nur einen Stand unter Ständen, sondern bei der kommenden Gestaltung unserer Wirtschaft mit der Tendenz zum geschlossenen Wirtschaftsraum die Voraussetzung unseres wirtschaftlichen Daseins, ja den Urquell unserer rassischen Erneuerung überhaupt!“ Nachdem er sich gegen einen übertriebenen Antisemitismus ausgesprochen und eine gedeihliche Zusammenarbeit mit den beiden christlichen Konfessionen als wünschenswert bezeichnet hatte, wandte er sich dem wirtschaftlichen Niedergang zu, der sofort bekämpft werden müsse: „Unser nächstes Ziel ist daher die Beseitigung des Leerlaufes der deutschen Wirtschaft, und zwar erstens durch Überwindung der Arbeitslosigkeit und Gesundung der Landwirtschaft, zweitens durch Lösung der Frage des gerechten Arbeitslohnes und drittens durch sinngemäße Einschaltung unserer Geldwirtschaft in den Rahmen der kommenden Nationalwirtschaft.“ Hitler erwähnte er zwischendurch nur kurz als Erbauer und Träger der Bewegung. Er schloß mit den Sätzen: „Das Losungswort und Programm aber heißt Deutschland nur Deutschland, nichts als Deutschland!“<sup>91</sup>

Neben den Reden im Rundfunk, von denen die erste auch als Flugblatt und als Schallplatte<sup>92</sup> verteilt wurde, ging Straßer auch selbst auf Rednertournee. So wurde er in den Augen vieler Zeitgenossen neben Hitler, der sozusagen als Inkarnation der nationalsozialistischen Idee galt, der Mann der praktischen Politik, d. h. derjenige, der jene Idee in die Wirklichkeit umsetzen konnte.

Straßer selbst schätzte die Wahlchancen der NSDAP realistisch ein. Zwar ließ er Vorbereitungen auf die Machtübernahme in der Parteiorganisation durchführen, doch hütete er sich vor übertriebenem Optimismus. Mit der Neugliederung der Parteiorganisation hatte er am 10. Juni eine Anordnung an alle Gauleiter herausgegeben, in der er von jedem Gauleiter verlangte, sofort einen tüchtigen Nachfolger für sich zu benennen, der bereit und in der Lage sei, die Gauleiterstelle kurzfristig zu übernehmen.<sup>93</sup> Dies sollte z. B. bei der Übernahme des amtierenden Gauleiters in den Staatsdienst geschehen, da Straßer für die Zeit nach der Machtübernahme eine strikte Trennung von Staat und Partei anstrebte, er aber bei der Besetzung von Staatsstellen auf die bewährten Gauleiter zurückgreifen zu müssen glaubte. Als die Stimmung der Amtsträger und der gesamten Partei in den Tagen vor der Wahl immer höher stieg, bremste Straßer aber in einem als „persönlich, vertraulich“ bezeichneten Schreiben vom 27. Juli 1932 an die Gauleiter: „In den beiden letzten Tagen waren mehrere Gauleiter bei mir, um mir Besorgnisse wegen der Befehlserteilung in einer Angelegenheit, die in naher Zukunft liegen sollte, vorzutragen. Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, daß alle Maßnahmen der Partei in dieser wichtigen Zeit nur nach eingehender Fühlungnahme *aller* Führungsinstanzen der Partei erfol-

---

<sup>91</sup> Rede vom 14. 6. 1932, zitiert nach Gregor Straßer, *Kampf um Deutschland*, München 1932, S. 390 ff.

<sup>92</sup> Schallplattenankündigung, BA, NS 22/3.

<sup>93</sup> Anordnung des Reichsorganisationsleiters an alle Gauleiter vom 10. 6. 1932, BA, NS 22/348.

gen und *nur durch den Befehl des Führers ausgelöst werden*. Grund zur Besorgnis besteht nicht. Unterrichtung der politischen Führer erfolgt rechtzeitig.<sup>94</sup> Im internen Kreis bezeichnete Straßer es als unwahrscheinlich, daß die NSDAP zusammen mit den anderen Rechtsparteien am 31. Juli eine Mehrheit erlangen würde. Trotzdem rechnete er mit einer Regierungsbeteiligung, wenn nicht gar mit einer Übernahme der Regierung durch die NSDAP bis spätestens Herbst des Jahres.<sup>95</sup>

In den Wahlen vom 31. Juli 1932 stieg der Stimmenanteil der NSDAP auf 37,3%, was im Reichstag 230 von 608 Abgeordneten bedeutete. Die NSDAP war nun die größte Fraktion, die der deutsche Reichstag je gehabt hatte,<sup>96</sup> der Jubel der NS-Mitglieder ungeheuer. Rechnerisch war jedoch Straßers Vorausschau richtig gewesen. Die Zahlen ergaben das gleiche Dilemma wie im preußischen Landtag. 305 Abgeordnete waren zur absoluten Mehrheit notwendig; 230 hatten die Nationalsozialisten, bei der Koalition mit Hugenberg's DNVP erhöhte sich die Zahl auf 267, und selbst unter Hinzunahme der DVP wären es nur 274 gewesen. Auch wenn alle Splitterparteien mitgezählt wurden, und das wäre bei ihrer Verschiedenartigkeit schon sehr gewagt gewesen, kamen nur 285 Abgeordnete heraus, also 20 zu wenig. Als parlamentarische Lösung bot sich nur ein Zusammengehen mit dem Zentrum an, genau wie in Preußen, da beide Parteien zusammen im Reichstag über 327 Stimmen, also eine ausreichende Mehrheit, verfügten.

#### 4. Vom Wahlsieg der NSDAP bis zum 13. August

Wie zu Jahresanfang bei der Frage der Präsidentschaftskandidatur, besaß die NSDAP, d. h. vor allem Hitler, auch jetzt keinen Plan, wie nach den Wahlen weiter gehandelt werden sollte. Obgleich das Ergebnis vorauszusehen gewesen und von Straßer, wie vermutlich auch von anderen NS-Führern ebenfalls, vorher auch so eingeschätzt worden war, hatte die NSDAP in der Vorwahlzeit offenbar nur eine hohe Anzahl von Parlamentssitzen zu erringen gehofft, um aus einer Position der Stärke ihren Machtanspruch stellen zu können. Über die Wege zur Durchsetzung des Machtanspruchs hatte die NS-Führungsspitze, von Straßer einmal abgesehen, keine konkreten Vorstellungen entwickelt. So entstand die merkwürdige Lage, daß die Anhängerschaft der Partei, in der Euphorie des Sieges, glaubte, die NSDAP

---

<sup>94</sup> Schreiben des Reichsorganisationsleiters an alle Gauleiter vom 27. 7. 1932. BA, NS 22/348.

<sup>95</sup> Brief Hans Humann an Franz von Papen vom 24. Juni 1932, Bericht über Straßer-Aussage vom 21. 6. 1932; BA-Militär-Archiv, Schleicher Nachlaß.

<sup>96</sup> Die größte Fraktion war die NS-Fraktion natürlich nur in absoluten Zahlen. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. 1. 1919 und zum 1. Reichstag am 6. 6. 1920 hatte die SPD mit 45,48% und 39,55% höhere Ergebnisse erzielt als die NSDAP am 31. 7. 1932 mit 37,3%. Da die Gesamtzahlen der Parlamente jedoch wesentlich kleiner waren, betrug die Stärken dieser beiden SPD-Fraktionen nur 185 bzw. 186 Abgeordnete.

komme in den nächsten Tagen an die Macht, während die Führung nicht nur keine Planung für die nächsten Schritte besaß, sondern sich erst einmal, sozusagen „nach getaner Arbeit“, ausruhen wollte.<sup>97</sup> Man ging in Ferien, ins Theater, wo Aufführungen wie die „Meistersinger“ oder „Tristan“ lockten. So notierte Goebbels: „Kein anderer Gedanke kommt auf als der, daß nun der Wahlkampf zu Ende ist. Jetzt wollen wir uns ein paar Tage Ruhe gönnen und sie mit vollen Zügen genießen. Überhaupt erst mal wieder Mensch werden.“ Konsequenzen, so glaubte Goebbels gemeinsam mit Hitler, hätten noch Zeit. Klarheit bestand nur darüber, daß „irgend-etwas“ geschehen müsse, denn „die ganze Nation wartete auf ein erlösendes Wort“. In der Tat begann die Zeit zu drängen und das nicht etwa durch die Aktivitäten der Gegner, sondern aus der explosiven Bewegung der eigenen Anhänger heraus. Während Hitler und Goebbels sich noch auf dem Obersalzberg erholten, erhielten sie dort am 8. August alarmierende Nachrichten: „Anruf von Berlin. Dort rumort was. Vor allem auch in der eigenen Partei und SA ... Die ganze Partei hat sich bereits auf die Macht eingestellt. Die SA verläßt ihre Arbeitsplätze, um sich bereit zu machen. Die politischen Amtswalter richten sich auf die große Stunde ein. Wenn es gut geht, ist alles in Ordnung. Geht es aber schlecht, dann gibt es einen furchtbaren Rückschlag.“<sup>98</sup>

Die Planungen waren offenbar auf dem Stande vom März stehengeblieben, als man angenommen hatte, daß ein Reichspräsident Hitler Gregor Straßer zum Reichskanzler berufen werde.<sup>99</sup> Bisher hatte Hitler das Amt des Reichskanzlers gar nicht für sich gefordert; er war auch im Wahlkampf kaum damit in Zusammenhang gebracht worden.<sup>100</sup> Überhaupt erkannte auch seine Umgebung, daß er dieses Amt im Prinzip nicht erstrebte und auch gar nicht dazu befähigt war, „da er eine regelmäßige, disziplinierte Gedankenarbeit gar nicht zu leisten vermochte.“<sup>101</sup> Erst in den Tagen nach der Wahl scheint die Möglichkeit einer Kanzlerschaft Hitlers innerhalb der Führungsgremien der NSDAP ernsthaft erwogen worden zu sein.

Fühlung mit der Regierung, d. h. mit dem Reichswehrministerium, nahm als erste NS-Stelle die ROL durch Straßers Stellvertreter Oblt. Schulz am 3. August auf.<sup>102</sup> Bei einem Besuch setzte er Bredow davon in Kenntnis, daß Hitler sich überlege, selbst den Anspruch auf die Kanzlerschaft zu stellen. Offensichtlich war diese Entscheidung Hitlers aber noch nicht unumstößlich, denn Schulz versicherte Bredow in

---

<sup>97</sup> Goebbels, a. a. O., S. 136 ff.

<sup>98</sup> Goebbels, a. a. O., S. 140.

<sup>99</sup> Siehe oben S. 134.

<sup>100</sup> Vogelsang, a. a. O., S. 256.

<sup>101</sup> Schulz-Memorandum, S. 9; „Kurzorientierung des Ministeramtes“, 3. 8. 1932, IfZ, F41; Auskunft Dr. Frauendorfer v. 7. 12. 1971. Dr. Frauendorfer berichtet, Gregor Straßer habe ihm im Winter 1931/32 im Zusammenhang mit der Geli-Rabaul-Affäre etwa folgendes wörtlich gesagt: „Es ist schon schlimm genug, wenn einer ein Bohemien ist, wenn er dazu hysterisch ist, dann gibt es eine Katastrophe. Denken Sie einmal an mich, Herr Frauendorfer.“

<sup>102</sup> Kurzorientierung des Ministeramtes, 3. 8. 1932.

längeren Ausführungen, „daß er mit Straßer und Göring versuchen wolle, Hitler von seinem Vorhaben abzubringen“. Jedoch scheint Hitlers Anspruch auf die Kanzlerschaft gerade an jenem Widerstand erstarkt zu sein. Sowohl die innerparteilichen Bemühungen wie erst recht Versuche von außerhalb, ihm „das“ auszureden, bewirkten das Gegenteil, weckten oder verstärkten einen instinktiven Wunsch nach der Kanzlerschaft. So begann die NS-Führung jetzt mit der Möglichkeit einer Koalition mit dem Zentrum zu spielen. Doch je kräftiger sich in Hitler der Wunsch regte, selbst Kanzler zu werden, desto mehr verstand er unter seiner Kanzlerschaft die Führung eines mit präsidialen Vollmachten ausgestatteten Kabinetts, da ihm bei einer Koalition, die auf Parlamentsmehrheiten Rücksicht nehmen müsse, nur hinderliche „Handfesseln“ angelegt würden.<sup>103</sup>

Zunächst brachte diese starre Haltung auch einige Erfolge in den im Hintergrund anlaufenden Verhandlungen. In einem Treffen zwischen Hitler und Schleicher, das der General benutzen wollte, um Hitler seine Vorstellungen auszureden – denn „der alte Herr macht das nie“,<sup>104</sup> – konnte Hitler am 6. August seine Ideen durchsetzen. Hitler argumentierte dabei mit den Notwendigkeiten der hierarchischen Befehlsstruktur seiner Partei. Er erklärte, daß „bei einem Eintritt einzelner Nationalsozialisten in das Kabinett und einem Draußenbleiben Hitlers das Führungsprinzip in seiner Partei es gebieten würde, daß stets dessen Genehmigung geholt werden müsse und dadurch praktisch keine Arbeit im Kabinett zustande kommen könne“.<sup>105</sup> Offensichtlich von diesen Darlegungen beeindruckt, entschloß sich Schleicher, den Versuch zu unternehmen, Hindenburg für einen Kanzler Hitler zu erwärmen. Er wurde zusätzlich von der Überzeugung geleitet, daß die NS-Führung bei einer entscheidenden Beteiligung am Reichskabinett auch selbst bestrebt sein müsse, „die SS- und SA-Formationen abzuhalftern“, wie das Schulz schon am 3. August angeboten hatte.<sup>106</sup> Zwischen dem 6. und 10. August<sup>107</sup> begab sich Schleicher tatsächlich zu Hindenburg auf Gut Neudeck, um ihm Hitler als Kanzler vorzuschlagen. Hindenburg lehnte dieses Verlangen jedoch schroff ab: „Man sagt mir, Sie wollten mich den Nazis ausliefern.“<sup>108</sup> Wie aus der Umgebung Schleichers berichtet wird, war die Ablehnung bei Hindenburg sogar so stark verwurzelt, daß daraus eine erste Verstimmung zwischen Schleicher und Hindenburg resultierte. Die NS-Führung wußte jedoch von der für sie ungünstigen Wendung in Neudeck noch nichts. Im Vertrauen auf die Unterstützung Schleichers steigerte sie sich nach dem 6. August in die gleiche Euphorie, die bereits die gesamte Partei seit den Wahlen vom 31. Juli ergriffen hatte. In den Tagen vom 9. bis 11. August trafen sich Goebbels, Straßer, Frick und Funk bei Hitler auf dem Obersalzberg, um die „Probleme der Machtergreifung“

---

<sup>103</sup> Goebbels, a. a. O., S. 136; Erinnerungen des Gen. Maj. a. D. von Holtzendorff, IfZ, ZS 248.

<sup>104</sup> Vogelsang, a. a. O., S. 257.

<sup>105</sup> Ebenda, S. 257 f.

<sup>106</sup> Ministerbesprechung vom 10. 8. 1932, BA, Reichskanzlei, R. 43I, Bd. 1457.

<sup>107</sup> Zur Beurteilung dieser Unterredung im einzelnen vgl. Vogelsang, a. a. O., S. 260, Anm. 1214. <sup>108</sup> IfZ, ZS 248.

eingehend durchzusprechen.<sup>109</sup> Wenn auch immer wieder einige Skepsis durchbrach, so erörterten die NS-Größen doch die Besetzung der Ministerressorts, die sie für sich beanspruchten, ein Ermächtigungsgesetz und Maßnahmen zur Bindung der Partei an den Staat.

In militanter Manier rüstete, trotz des bis Monatsende verlängerten Burgfriedens, die SA zur Übernahme der Macht. Auch die Parteifunktionäre waren in „Bereitschaft“. Dieser Zustand steigerte sich zur Siegestrunkenheit, als Hitler am 13. August nach Berlin kam, um dort ein offizielles Gespräch mit dem Reichspräsidenten zu führen.<sup>110</sup> Das konnte nach Ansicht der Partei nur die Betrauung mit der Regierungsbildung bedeuten. Vor dem Hintergrund solcher Erwartungen spielte sich die für die weitere Entwicklung so wichtige Unterredung ab. Nach einem Vorgespräch mit Schleicher bereits mit der Tatsache vertraut, daß Hindenburg schwerste Bedenken gegen ihn als Reichskanzler habe, ging Hitler, begleitet von Röhm und Frick, um 11.30 Uhr zu Reichskanzler von Papen, der ihm eröffnete, daß er sich nach dem Wunsche des Reichspräsidenten mit dem Amte des Vizekanzlers begnügen müsse. Einlenkend gab ihm Papen zu verstehen, daß er bei Eignung nach einigen Wochen eventuell doch Kanzler werden könne. Er, Papen, würde sich einer solchen Entwicklung nicht in den Weg stellen. Als Ausweichlösung schlug Papen weiter vor, daß, falls Hitler sich unter diesen Umständen nicht persönlich zur Mitarbeit bereitfinden wolle, er einige seiner Mitarbeiter damit betrauen könnte, womit seine Partei immerhin aktiven Einfluß auf das Geschehen bekomme.<sup>111</sup> Doch Hitler lehnte tief enttäuscht ab. Als nachmittags um 3 Uhr Staatssekretär Planck aus der Reichskanzlei anrief, um den Termin für die Unterredung mit dem Reichspräsidenten abzustimmen, und auf die Frage, ob schon eine endgültige Entscheidung gefallen sei, antwortete: „Der Herr Reichspräsident will ihn zuerst sprechen“, kam noch einmal „vage Hoffnung“ unter den NS-Führern auf.<sup>112</sup>

Die Ernüchterung folgte jedoch schnell, als Hitler schon nach einer halben Stunde wieder zurückkam. Der Reichspräsident, von Reichskanzler Papen über Hitlers Wünsche informiert, hatte nur noch einmal formell gefragt, ob er sich an der Regierung Papen beteiligen wolle, und ihn dann mit Ermahnungen und Warnungen zu einer „ritterlichen Opposition“ entlassen.<sup>113</sup> Der psychologische Rückschlag in der Partei, sowohl in der Spitze wie in der Basis, war sehr stark. Hatten sich die führenden Parteigenossen aller Gliederungen eben noch für die Übernahme der Macht im

---

<sup>109</sup> Goebbels, a. a. O., S. 139.

<sup>110</sup> VB, 14./15. August 1932: „Adolf Hitler in Berlin. Nach Abschluß gewisser Vorbesprechungen ... traf nunmehr auch Adolf Hitler in der Reichshauptstadt ein, um am Sonnabend mit dem derzeitigen Reichskanzler und dem Reichspräsidenten die *letzten* Verhandlungen zu führen.“

<sup>111</sup> Vogelsang, a. a. O., S. 263 f.; Edgar von Schmidt-Pauli, Hitlers Kampf um die Macht. Der Nationalsozialismus und die Ereignisse des Jahres 1932, fortgeführt bis zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, Berlin o. J. (1933), S. 108.

<sup>112</sup> Goebbels, a. a. O., S. 144.

<sup>113</sup> Vogelsang, a. a. O., S. 264 f.; Goebbels, a. a. O., S. 144 f.

Staate bereit gemacht, so war dies jetzt, bedingt durch den Anspruch Hitlers auf die Kanzlerschaft und den dagegen stehenden generellen Widerspruch Hindenburgs, wieder in fast unerreichbare Ferne gerückt.<sup>114</sup> In jäher Hoffnungslosigkeit, die sowohl in der Parteiorganisation als auch in der SA um sich griff, fragten sich die NS-Mitglieder, ob die Aufbauarbeit von sieben Jahren umsonst, die Kette der sich übersteigernden Siege der letzten Jahre nutzlos gewesen sei. Blieb die Macht für immer unerreichbar? Neben der Stärkung radikaler Tendenzen in der SA, die den Ausweg aus dem Dilemma in einem erfolgreichen Putsch sah, führte die Lage jetzt auch erst recht zu der Frage, ob es nicht auch jenseits des Hitlerschen Ausschließlichkeitsanspruches Wege gab, die Macht durch Beteiligung schrittweise zu erlangen, wobei der Erfolg dieser Strategie in einigen Ländern aufmunternd wirkte.

Auch auf der Gegenseite, vor allem bei Schleicher, dem Chef der Reichswehr und starken Mann hinter den Kulissen, hatte dieser 13. August zum Nachdenken Anlaß gegeben.<sup>115</sup> Bisher hatte Schleicher bei allen Überlegungen, die Basis der Staatsmacht nach rechts bis einschließlich der NSDAP zu erweitern, die Verhandlungs- und Zusammenarbeitsbereitschaft Hitlers als feststehende Gegebenheit betrachtet. Daß Brüning als Reichskanzler diese nach seiner Ansicht bestehende Möglichkeit nicht nutzen wollte oder konnte, hatte ja nicht zuletzt Schleichers Entschluß reifen lassen, die Initiative zur Beendigung der Regierung Brüning zu ergreifen. Die Anfänge der Regierung Papen hatten ihn in seiner Ansicht noch bestätigt, da die NSDAP unter Führung Hitlers die Bereitschaft zur Tolerierung des neuen Kabinetts durchblicken ließ.<sup>116</sup> Ernüchtert erkannte Schleicher jetzt, daß Hitler eine intransigente Haltung einnahm. Das Drängen auf die alleinige Macht entzog Schleichers Überlegungen und Handlungen vom Mai und Juni 1932 weitgehend den Boden. Nach einigem Nachdenken bemerkte aber Schleicher am Abend des 13. August im privaten Kreise regelrecht erleichtert: „Die Entscheidung war doch richtig – man konnte Hitler die Macht nicht geben.“<sup>117</sup>

## 5. Auf der Suche nach einer neuen Koalition

Nachdem so die Hoffnung auf eine Zusammenarbeit mit Hitler zerstoßen war, ergab sich freilich auch, daß sich im neuen Reichstag keine Mehrheit für die Regierung Papen finden würde. Das Instrument erneuter Parlamentsauflösung und anschlie-

---

<sup>114</sup> Beispielhaft hierfür die Eintragung von Goebbels (Goebbels, a. a. O., S. 146f.) am 14. 8. 1932: „Unter den Parteigenossen herrscht große Hoffnungslosigkeit. Ich mag gar nicht vom Zimmer heruntergehen, weil ich gleich von hundert Fragen bestürmt werde, ich will eine Woche nichts von Politik hören, nur Sonne, Licht, Luft und Ruhe einatmen.“ Vgl. ferner Bericht der Polizei-Direktion München vom 8. 9. 1932 über die Stimmung in der Mitgliedschaft der NSDAP, BA, NS 26/1759, und Horn, a. a. O., S. 357f.

<sup>115</sup> W. Frhr. von Rheinbaben, vgl. Vogelsang, a. a. O., S. 265.

<sup>116</sup> Ebenda, S. 265 ff.

<sup>117</sup> Ebenda, S. 265, Anm. 1242.

bender Neuwahlen bot sich als Möglichkeit an, solange die „auctoritas“, d. h. der Reichspräsident, und die „potestas“, d. h. die Reichswehr, hinter der Regierung Papen standen.<sup>118</sup> Die Zustimmung des „Volkswillens“, die sich die Regierung weder im Reichstag noch im preußischen Landtag sichern konnte, mußte im außerparlamentarischen Raum gesucht werden. Neben dem Stahlhelm, zu dem jetzt vor allem Papen Beziehungen pflegte,<sup>119</sup> kamen hierfür die Massenorganisationen der Gewerkschaften und auch die NSDAP in Frage, wobei jetzt zwischen der NSDAP als einer nationalen Bewegung und Hitlers Machtansprüchen unterschieden wurde. Schleicher, der sich zunächst volle Bewegungsfreiheit erhalten wollte, besann sich nun auf Kontakte zu den Gewerkschaften und auch zu einzelnen Gruppen in der NSDAP, die er bisher, auf Hitler rechnend, wohl mehr der vollständigen Information und der Vielfalt der Möglichkeiten wegen unterhalten hatte. Anfänglich unterstützte er Initiativen des Reichskanzlers Papen, der seit etwa Anfang August versuchte, Verbindungen zu den christlichen Gewerkschaften zu knüpfen. Außerdem intensivierte er jetzt seine eigenen Kontakte älteren Datums zum DHV.<sup>120</sup> Lose Verbindungen unterhielt er auch bereits zu einigen führenden Männern des ADGB,<sup>121</sup> von denen er sich am 30. Juli, also unmittelbar vor der Reichstagswahl, eine Tolerierung der Reichsregierung unter gewissen Bedingungen hatte zusichern lassen. Ferner hatte sein Abgesandter Planck, darüber hinausgehend, bereits umrißhaft die Möglichkeit von vertraulichen Gesprächen über eine von den Gewerkschaften unterstützte Wirtschafts- und Sozialpolitik angedeutet und die Zustimmung des ADGB erfragt, ob der Kreis der Fachleute eventuell bis hin zur NSDAP erweitert werden könnte.<sup>122</sup> Die Beteiligung der NSDAP als solcher blieb auch nach dem 13. August für Schleicher eine der Grundbedingungen einer nationalen Konzentration. Hatte er bislang allein auf Hitler als Partner gesetzt, so nahm er jetzt andere sich bietende Möglichkeiten auf, um die Politik der NSDAP zu beeinflussen. Bereits seit Anfang 1931 pflegte er ja über Cordemann Verbindung zu Gregor Straßer,<sup>123</sup> der als Reichsorganisationsleiter und mächtigster Mann neben Hitler jetzt für ihn zum Ansatzpunkt „eines Zähmungsversuches“ der NSDAP wurde. Von Vorteil für ihn war, daß auch Straßer nach Koalitionsmöglichkeiten suchte, um die NSDAP an die Macht zu bringen, glaubte der Reichsorganisationsleiter doch, daß die Partei an einer Grenze angekommen sei, über die sie in der Opposition nicht hinwegkommen könne. Auch bezweifelte er, ob für die Partei die Erlangung der alleinigen Macht überhaupt wünschenswert sei, da sie nicht über genügend Fachleute verfüge, die ihr dann zufallenden Ämter kompetent zu besetzen.<sup>124</sup> Straßer pflegte seit langem Kon-

---

<sup>118</sup> Sontheimer, a. a. O., S. 248.

<sup>119</sup> Vogelsang, a. a. O., S. 265.

<sup>120</sup> Brief Henseler vom 19. August 1932 an Papen, BA-Militärarchiv, Schleicher Nachlaß Bd. 17/Iv.

<sup>121</sup> Siehe oben S. 107f.

<sup>122</sup> Siehe unten S. 152f.

<sup>123</sup> Siehe oben S. 129.

<sup>124</sup> Wagener-Tagebuch, S. 674f.; Rudolf Jordan, *Erlebt und Erlitten*, Freising 1971, S. 70f.

takte zur Angestelltengewerkschaft DHV. Mit den Vorstandsmitgliedern Habermann und Bechly stand er über den NS-Reichstagsabgeordneten Stöhr und den ehemaligen Gauleiter Krebs, die beide Mitglieder des DHV waren, seit November 1930 in engem Kontakt, wobei sich der DHV bemühte, Koalitionen der NS-Führung zunächst mit Brüning und dann mit Schleicher zu vermitteln.<sup>125</sup> Im Mai 1932 machte Straßer im Reichstag sogar dem ADGB kaum verhüllte Angebote zu einer zeitweiligen wirtschafts- und sozialpolitischen Zusammenarbeit.<sup>126</sup> Dies kam den Intentionen Schleichers direkt entgegen. Unter dem beratenden Einfluß Hans Zehlers und der anderen Mitglieder des „Tat“-Kreises, der im Laufe des Jahres 1932 zunehmend wichtiger wurde, übernahm Schleicher deren Sicht einer neuen Staatsform:<sup>127</sup> Unter dem Schutz der „auctoritas“ des Reichspräsidenten sollte eine präsidiale Regierung gebildet werden, die sich auf die „potestas“ der Reichswehr stützte und sich dadurch legitimierte, daß sie mit einer staatssozialistischen Politik der „antikapitalistischen Sehnsucht“ die breiten Massen der Anhänger der Gewerkschaften und der NSDAP für sich gewann.

Daß Schleicher und Straßer gleichzeitig an die Möglichkeit einer „Gewerkschaftsachse“ dachten, war kein Zufall, denn nicht nur Schleicher wurde vom „Tat“-Kreis beraten, sondern auch Straßer, und zwar durch Elbrechter, der in den Wochen des Spätsommers und Herbsts 1932 so etwas wie eine „graue Eminenz“ wurde, die in Berlin hinter den Kulissen wirkte.<sup>128</sup> Er vermittelte Schleicher im August 1932 ein erstes und in der Öffentlichkeit unbemerkt gebliebenes Gespräch mit Gregor Straßer,<sup>129</sup> dem in den nächsten Wochen weitere folgten. Über den Inhalt dieser Gespräche sind Aufzeichnungen weder unmittelbar noch später angefertigt worden, so daß über Verlauf, Inhalt und Ergebnisse nichts Konkretes bekannt ist. Sicher ist aber, daß die Gesprächspartner einen Konsens über staatliche Wirtschaftsmaßnahmen zur Krisenbekämpfung erreichten und auch darüber, daß die NSDAP einen solchen Kurs unterstützen würde, was auch in einer personellen Beteiligung am Kabinett Ausdruck finden müsse. Straßer selbst zeigte sich grundsätzlich bereit, in ein solches

---

<sup>125</sup> Krebs, a. a. O., S. 32ff., S. 190f.

<sup>126</sup> Siehe oben S. 121f.

<sup>127</sup> Sontheimer, a. a. O., S. 244ff.; Vogelsang, a. a. O., S. 268f.; Elbrechter-Erklärung, siehe Anhang.

<sup>128</sup> Siehe oben S. 127ff.

<sup>129</sup> Dieser Termin kann nicht genau festgelegt werden, da in den Aufzeichnungen des Elbrechter-Nachlasses nur von Sommer 1932 die Rede ist. Unzweifelhaft geht jedoch daraus hervor, daß diese Verhandlung nur auf dem Boden des NS-Wahlsieges geführt wurde, also nach dem 31. Juli 1932 stattgefunden hat. Wenn Schleichers Intentionen berücksichtigt werden, der bis zu dem für ihn enttäuschend verlaufenen 13. August auf die Möglichkeit einer Übereinkunft mit Hitler gerechnet hatte, so ist wahrscheinlich, daß dieses Treffen erst danach in der zweiten Hälfte des August, spätestens jedoch Anfang September stattfand. Anfang September 1932 verkehrten Straßer und Schleicher offenbar bereits so vertraut miteinander, daß Straßer ihm Einstellungswünsche von Parteigenossen in bestimmte Positionen der Reichswehr persönlich überbringen konnte. Vgl. Briefwechsel Schulz-Kramer, BA, NS 26/353.

Kabinett einzutreten. Als weitere Namen von NS-Vertretern für eine mögliche Regierungsbeteiligung wurden Frick und Stöhr genannt. Auch die Einbeziehung Leiparts und Stegerwalds als Vertreter der Gewerkschaften in eine solche Koalition wurde übereinstimmend erwogen.

Schleicher scheint nach seinem Gespräch mit Straßer von der Persönlichkeit seines Partners so beeindruckt gewesen zu sein, daß er ihn spätestens von jetzt an als feste Größe in seine zukünftigen Überlegungen mit einbezog. Den Kontakt zu ihm pflegte er aus Geheimhaltungsgründen weiterhin nur über Mittelsmänner, über Elbrechter und Cordemann.<sup>130</sup> Straßer, der erst die Meinung der NS-Führung klären und insbesondere Hitler überzeugen wollte, blieb zunächst vorsichtig und zurückhaltend, obwohl ihm Elbrechter, Habermann, Cordemann und Schulz zur engen Zusammenarbeit mit Schleicher rieten und auch grundsätzliche Erwägungen diese Möglichkeit in einem positiven Licht erscheinen ließen. So war er z. B. schon immer für die verstärkte Einschaltung von Offizieren in die Politik eingetreten, da dort soldatische Tugenden und straffe Disziplin nötig seien,<sup>131</sup> und solche Ideen schienen durch eine Verbindung mit Schleicher, der die Macht und das Ansehen der Reichswehr verkörperte, verwirklicht werden zu können.

Auf einer öffentlichen NS-Parteiversammlung, die am 3. September 1932 in Dresden vor einer „vieltausendköpfigen Menschenmenge“ anlässlich der Eröffnung des „Gregor-Straßer-Heimes“ stattfand, hielt Straßer eine „grundsätzliche“ Rede, in der er seine politische Forderung nach einer breiten Koalition unter maßgeblicher Beteiligung der NSDAP der Öffentlichkeit präsentierte.<sup>132</sup> Er griff die Regierung Papen als „Exponent einer untergehenden Herrschaft“ an und verurteilte vor allem den zentralen Punkt des Wirtschaftsprogramms der Regierung, die Steueranrechnungsscheine. Diese Art der Geldschöpfung hielt er für inflationär, da sie im Gegensatz zu seinem eigenen Wirtschaftsprogramm nicht an Investitionsmaßnahmen gebunden sei, sondern vermutlich nur zu privaten Entschuldungsmaßnahmen benutzt werde: „Kein Kredit ohne Arbeit. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Krediterweiterung nur möglich ist, wenn der letzte Pfennig zu einer sofortigen Auftragserteilung zur Leistung neuer Arbeit verwandt wird. Wir haben nur das eine Interesse, daß jeder Pfennig eines neugeschaffenen Kredites bis zur letzten Konsequenz als Lohn in die Hand der Erwerbslosen kommt. Wir werden erleben, daß zwei Milliarden Mark – eine Summe, mit der wir Nationalsozialisten unser ganzes Arbeitsbeschaffungsprogramm durchführen – ausgegeben werden, damit die Bankkonten ausgeglichen werden, sodaß für die wirkliche Arbeitsbeschaffung nichts übrig bleiben wird.“ Demagogisch fragte er: „Wer soll Deutschland regieren? Der Frontsoldat und die junge Generation! Das Gebot der Stunde ist, daß sobald wie möglich eine Regierung gebildet wird, die so stark wie möglich ist.“ Erste Aufgabe einer solchen Regierung müsse es sein, die Arbeitslosenfrage zu lösen: „Wir verhandeln

---

<sup>130</sup> Siehe oben S. 127 ff.

<sup>131</sup> Siehe oben S. 26.

<sup>132</sup> VB, 6. September 1932.

nur deswegen mit anderen Parteien, weil vor uns die große Forderung steht: Arbeit zu schaffen und dem Elend der Arbeitslosigkeit ein Ende zu machen. Wir werden dieser Verpflichtung nachkommen und nicht einen Millimeter von unserem Programm abweichen.“ Da er dies als vordringliches Problem betrachte, wolle er „nicht länger säumen, ... eine Regierung zu bilden, die diese Verpflichtung vor dem deutschen Volke ebenfalls vertritt!“ Er fordere „die Front der schaffenden Menschen“. Als er die Armee in die potentielle Koalition grundsätzlich einschloß, warnte er sie zugleich vor einem militärischen Staatsstreich zugunsten Papens: „Ich bin überzeugt, daß die Armee ihre Aufgabe nie in dem Schutz der Reaktion und in dem Schutz der Regierung einer lächerlichen Minderheit sehen darf, sondern daß ihre Aufgabe ist, eins mit dem Volke zu sein und in die Front der Arbeit und der Kraft auf allen Gebieten einzuschwenken.“

Diese Rede erschien im VB als Leitartikel auf der ersten Seite. Sie wurde demgemäß in der Partei und in der gesamten Öffentlichkeit bekannt. Vor allem beflügelte die groß aufgemachte Meldung über eine NS-Regierungsbildung die Phantasie der seit dem 13. August stark deprimierten NS-Mitglieder und gab ihnen wieder Hoffnung, daß man nun endlich irgendwie an die Macht kommen werde. Gregor Straßer erschien dem durchschnittlichen Parteigenossen erneut als der Mann der praktischen Politik, der die harte Tagesarbeit verrichtete, während der legendäre Führer Adolf Hitler die großen Ziele und Wege der deutschen völkischen Erneuerung aufzeigte.<sup>133</sup> Straßer setzte mit seiner Rede ein öffentliches Zeichen seiner Bereitschaft zu einer Koalition aller „schaffenden Menschen“, womit nur eine Gewerkschaftsachse gemeint sein konnte. Insbesondere aber appellierte er direkt an die Reichswehr, sich dieser Koalition der „schaffenden Stände“ mit ihrem Ansehen und ihrer Macht zur Verfügung zu stellen. Offenbar war die Rede als Versuchsballon für die Öffentlichkeit bestimmt, um zu testen, wie wohl der Gedanke eines Zusammengehens einerseits mit Schleicher und andererseits mit den Gewerkschaften aufgenommen würde.

Wenige Tage nach Straßers Rede suchte Habermann am 7. September das Reichswehrministerium auf und ließ Schleicher durch Bredow die dringende Bitte übermitteln, der Reichswehrminister möge sich einer Berufung zum Reichskanzler eines Gewerkschaftskabinetts nicht entziehen, in dem neben der NSDAP auch das Zentrum, und zwar durch Brüning, vertreten sein solle.<sup>134</sup> Dies kam Straßer durchaus entgegen, der sowohl persönlich als auch über seinen Mitarbeiter Schulz einen Kontakt mit Brüning unterhielt, der zunehmend auch auf sachlicher Übereinstimmung in der Beurteilung der innenpolitischen Lage beruhte. Wie aber war eine Zusammenarbeit zwischen Straßer und den Führern des ADGB denkbar? Zwar hatten beide Seiten, wie dargelegt, an der Entstehung eines zugkräftigen Arbeitsbeschaffungsprogramms mitgewirkt,<sup>135</sup> das ja wichtige Grundlage eines neuen Kabinetts werden

---

<sup>133</sup> Auskunft Cordemann v. 8. 9. 1971.

<sup>134</sup> „Kurzorientierung des Ministeramtes“ vom 7. 9. 1932; vgl. Vogelsang, a. a. O., S. 276.

<sup>135</sup> Siehe oben S. 107.

sollte. Aber eine Übereinstimmung nur in diesem Punkt wäre wohl zu gering gewesen, um ernsthaft an ein gemeinsam getragenes Kabinett denken zu können, hätten sich nicht mittlerweile auch auf anderen Gebieten, und zwar vor allem in der Frage der Autarkie und der Reparationen, Übereinstimmungen entwickelt.

Die Annäherung in diesen für die NSDAP überaus wichtigen Punkten ermöglichte es Straßer, die Gewerkschaften als Arbeitspartner endgültig zu akzeptieren. Hier handelte es sich in Straßers Augen um die Frage nach der Stellung zur Nation schlechthin, wie sie sich an den sogenannten „Tributverträgen“ und den Reparationszahlungen immer wieder stelle. In seinem Aufruf zur Zusammenarbeit machte Straßer denn auch die Bildung einer „Front schaffender Menschen“ von der Ablehnung der Tributpolitik durch die Gewerkschaften abhängig.<sup>136</sup> Daß sich die Gewerkschaften zum Nationalen hin wandelten, erklärte Straßer daraus, daß die Gewerkschaftsführer aus dem deutschen Arbeiterstand hervorgegangen seien und sich daher in ihren Intentionen ein auf ständischem Bewußtsein ruhendes Nationalgefühl erhalten hätten. Er sah sowohl in der Arbeitspolitik als auch in der Ablehnung der Tributpolitik einen deutlichen Gegensatz des ADGB zur SPD, der im Wachsen begriffen sei; er glaubte, daß „auch die sozialdemokratische Partei keinen Anlaß“ habe, diese Entwicklung „in ihrer letzten Auswirkung zu unterschätzen“.<sup>137</sup>

In ihrer Arbeit „Gewerkschaften und Staat“ hat Ursula Hüllbüsch die divergierende Entwicklung von SPD und ADGB während der zwanziger Jahre beschrieben und vor allem auf zwei Punkte hingewiesen:<sup>138</sup> einmal auf die eigenständige Entwicklung einer Wirtschaftstheorie, wobei der ADGB „auf jede weltanschauliche Interpretation des Sozialismus“ verzichtet habe, „indem er ihn auf ein bloßes System der Volkswirtschaft reduzierte“; zum anderen hätten die freien Gewerkschaften, im Gegensatz zur Partei, „das Nationale sehr stark (betont) und wurden nicht zuletzt durch diese Tatsache zu einer in wachsendem Maße selbständigen Organisation“.<sup>139</sup> In der Tat setzten die Gewerkschaften im Dezember 1931 ein deutliches Zeichen in diesem Sinne. Nach einigen Vorstößen gegen weitere Reparationszahlungen im Laufe des Jahres 1931, die zum großen Teil vom Chefredakteur der ADGB-Zeitung „Die Arbeit“, Lothar Erdmann, unternommen wurden,<sup>140</sup> verkündete Leipart am 16. Dezember 1931 anlässlich einer Konferenz von Gewerkschafts- und Parteidelegierten: „Schluß mit den Reparationen! Die Kriegsverwüstungen sind durch die bisherigen Leistungen Deutschlands bereits wiedergutmacht.“<sup>141</sup> Und der Durchbruch zu einer national orientierten Politik der Sicherung und Beschaffung von Arbeit schlug sich auch im neuen Wirtschaftsprogramm des ADGB nieder. Hatte Woytynski seine Vorstudien im Juni 1931 zu einem Arbeitsbeschaffungspro-

---

<sup>136</sup> Verhandlungen des Reichstages, Bd. 446, S. 2512.

<sup>137</sup> Ebenda, S. 2512.

<sup>138</sup> Ursula Hüllbüsch, a. a. O..

<sup>139</sup> Ebenda, S. 120f.

<sup>140</sup> Hannes Heer, a. a. O., S. 39ff.

<sup>141</sup> „Die Tat“, 23 (31/32) S. 1026; siehe auch DGB-Archiv, Brief Leipart an Keil, 8. Jan. 1932.

gramm<sup>142</sup> noch im internationalen Rahmen gesehen und eine Kaufkraftsteigerung aufgrund einer international vereinbarten neuen Deckungskonvention verlangt, so war der endgültige Plan, der unter der Bezeichnung WTB-Plan im Februar 1932 im Bundesausschuß verhandelt und dann im April auf dem Gewerkschaftskongreß bekannt gegeben wurde, ein auf Autarkie beruhender nationaler Wirtschaftsplan.<sup>143</sup>

Gregor Straßer hatte mit der NSDAP immer die Verwirklichung der „politisch-wirtschaftlichen Machtidee eines nationalen Sozialismus“ im Auge gehabt,<sup>144</sup> wobei der ständische „Sozialismus“ durch eine revolutionäre Befreiung im Innern erreicht werden müsse und der „Nationalismus“ die Stärke nach Außen zur Sicherung der inneren Befreiung verschaffe. Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise im Jahre 1932 vertrat er die Ansicht, daß die ökonomische Sicherheit des Einzelnen erst in einem ständischen System verwirklicht werden könne, in dem neben der allgemeinen Wehr- und Schulpflicht auch die „Proklamation der allgemeinen Nähr- und Arbeitspflicht“ bestehe.<sup>145</sup> Dieser „deutsche Sozialismus“ sollte nach außen erstens durch Aufgabe der Golddeckung der Währung, zweitens durch Einstellung der Reparationen und drittens durch Organisation der Wirtschaft auf der Grundlage der Autarkie abgeschirmt werden; die „Autarkie“ stellte allerdings sowohl für Straßer als auch für den „Tat“-Kreis im Hinblick auf eine neue Wirtschaftsordnung und auf Deutschlands Erneuerung einen Wert an sich dar.<sup>146</sup> Da auch die Gewerkschaften der sofortigen Arbeitsbeschaffung den Vorrang vor der marxistischen Ideologie gegeben hatten und die Arbeitsbeschaffung ebenfalls im Rahmen einer autarken nationalen Volkswirtschaft – ohne Reparationen und von der Goldwirtschaft gelöst – verwirklichen wollten, wurden sie für Straßer zumindest auf Zeit zum möglichen Verbündeten. Direkte Kontakte zwischen Straßer und führenden Gewerkschaftsvertretern lassen sich allerdings nur schwer fassen. Über die Verhandlungsinhalte wissen wir so gut wie nichts. Abgesehen von den bereits erwähnten Expertengesprächen, wie z. B. in der „Studiengesellschaft“ zur Erarbeitung eines Wirtschaftsprogramms,<sup>147</sup> und der Fühlungnahme mittels geeigneter Zwischenträger, wie z. B. Gereke,<sup>148</sup> v. Etzdorf<sup>149</sup> und Lübbert,<sup>150</sup> tasteten sich die beiden Seiten – der ADGB und die Straßer-Gruppe – durch vorsichtige Presseverlautbarungen ab.<sup>151</sup> Erst An-

---

<sup>142</sup> Woytinski in: „Die Arbeit“, Juni 1931, S. 439.

<sup>143</sup> Heer, a. a. O., S. 33 ff.

<sup>144</sup> Brief G. Straßer an O. Spengler vom 8. 7. 1925, abgedruckt in O. Spengler, Briefe 1913–36, S. 399.

<sup>145</sup> Verhandlungen des Reichstages, Bd. 444, S. 60.

<sup>146</sup> Rebe, Autarkie, S. 381, Anm. 24.

<sup>147</sup> Siehe oben S. 106 ff.

<sup>148</sup> Günther Gereke, Ich war königlich-preußischer Landrat, Berlin 1970, S. 173 f.; Vogel-sang, a. a. O., S. 275.

<sup>149</sup> Zeugnis v. Etzdorf, IfZ, ZS 1926.

<sup>150</sup> Siehe Heer, a. a. O., S. 161 ff.

<sup>151</sup> Ebenda, S. 54 f.

fang September kam es auch zu unmittelbaren Gesprächen, von denen eines genauer, und zwar auch inhaltlich, belegt werden kann.

Die Vorgeschichte dieses Gespräches verdient im einzelnen aufgehellert zu werden. Bereits am 21. Juli 1932, also am Tage nach Papens Preußen-Aktion, erörterte Eggert von der ADGB-Leitung mit Staatssekretär Schäffer vom Reichsfinanzministerium, ob ein Gespräch zwischen Leipart und Papen oder Schleicher nicht nützlich sei, um letzteren einen Eindruck von den Sorgen und Wünschen der Gewerkschaften zu geben.<sup>152</sup> Eine Woche später, am 28. Juli 1932, schlug Schäffer Staatssekretär Planck vom Reichskanzleramt vor, ein solches Gespräch zu vermitteln. Planck nahm sich vor, mit Leipart zu telefonieren und ein Gespräch Schleichers mit Leipart in dessen Privatwohnung zu arrangieren.<sup>153</sup> Dieses Telefonat ist im Protokoll festgehalten: „Am 29. 7. 32 Telefongespräch von der Reichskanzlei zum ADGB, begonnen von Schleicher mit Leipart – dieser lehnte Verhandlungen mit dem Reichswehrministerium ab. Darauf sprach der Reichskanzler, der Unterredung mit bevollmächtigtem Delegierten des ADGB verlangte. Zugesagt zum nächsten Tag nachmittags. Pl.“

Die Verbitterung der Gewerkschaften über die Hilfe der Reichswehr beim Preußenputsch ist in der Ablehnung eines Gesprächs mit Schleicher deutlich erkennbar, aber ebensowohl die grundsätzliche Bereitschaft, mit jeder Regierung auf dem Boden der formalen Legalität zumindest gesprächsweise Möglichkeiten der weiteren Politik zu klären; man stimmte dem Wunsche des amtierenden Reichskanzlers nach einer Aussprache zu. Handschriftlich sind auf der Aktennotiz über das Telefonat noch die Besprechungspunkte der Regierungsseite hinzugefügt: „Friedenspflicht nach den Wahlen. Aussprache mit rechtsstehenden Wirtschaftstheoretikern.“ Mit den rechtsstehenden Wirtschaftstheoretikern konnten nach Lage der Dinge nur Nationalsozialisten gemeint sein. War der erste Gesprächspunkt rein taktisch motiviert, und zwar wesentlich unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung der Ordnung nach den Wahlen, so war der zweite Punkt von großer politisch-strategischer Bedeutung.

Das vereinbarte Gespräch kam schon am nächsten Tage, also am 30. Juli 1932, dem Vortrag der Wahl, zustande. Im Protokoll,<sup>155</sup> dessen Niederschrift den Teilnehmern nicht bekannt gewesen ist, werden die folgenden Anwesenden genannt: „Reichskanzler von Papen, Plank, Leipart, Grassmann, Eggert und ein Berichterstatter des Reichswehrministeriums.“ Nach einem kurzen Dank für das Erscheinen der Anwesenden hält sich Papen exakt an die beiden Punkte. Die erste Frage: „Haben die Gewerkschaften ihre Leute so fest in der Hand, daß sie unbedingt Ruhe ohne Rücksicht auf Ausgang der Wahlen garantieren können?“ wurde „von Leipart und Grassmann rückhaltlos bejaht“. Die zweite Frage wurde vorsichtiger formuliert: „Ferner erbat der Reichskanzler eine Erklärung der Gewerkschaftsführer über ihre

---

<sup>152</sup> Hans Schäffer, Tagebuch, IfZ, ED 93/17, Bd. 21, S. 673.

<sup>153</sup> Ebenda, S. 695.

<sup>154</sup> DGB-Archiv, Gew. A. 1932/1439.

<sup>155</sup> Ebenda, Gew. A. 1932/1440.

Bereitschaft, an prinzipiellen Diskussionen über die Frage der zukünftigen Gewerkschaftsgestaltung teilzunehmen. Er beabsichtige, auch gegnerisch eingestellte Wirtschaftstheoretiker aufzufordern.“ Obgleich Grassmann auf seine Frage, wer damit gemeint sei, nur eine „ausweichende Antwort“ erhielt, erklärten sich die Vertreter des ADGB zu einer solchen Diskussion bereit. Dieses zweite Gespräch fand am 9. September 1932 im Pressezimmer des Ministeriums des Innern statt, nur wenige Tage nach der Dresdner Rede Straßers, in der er gerade ein Zusammengehen mit den Gewerkschaften öffentlich gefordert hatte. Das Protokoll<sup>156</sup> vermerkte als anwesend: den Reichsminister des Innern, den Reichswehrminister v. Schleicher, Dr. Planck als Vertreter des Reichskanzlers. Von der Seite der Gewerkschaften waren zugegen: Eggert, Grassmann und Dressel, von der NSDAP Gregor Straßer und Wagner.<sup>157</sup> Schleicher, der die Begrüßung und die Gesprächsführung übernahm, gab sich einleitend als der eigentliche Organisator des Treffens zu erkennen. Wagner entwickelte sodann seine Idee eines ständisch aufgebauten Staates. Hierbei ging er besonders auf die Rolle der Gewerkschaften ein und kam zu dem Schluß, daß sie in den staatlichen Apparat eingebaut werden müßten: „Zuerst Zusammenfassung aller bestehenden Arbeitnehmerorganisationen nach Fachgebieten, sodann eine Art Zwangsmitgliedschaft und dann Übernahme des gesamten dazu notwendigen Apparates durch den Staat.“ Straßer betonte anschließend, daß sowohl er als auch die von ihm vertretene Partei sich grundsätzlich mit diesen Ausführungen identifizierten, daß sich aber über die weitere Durchführung solcher Pläne durchaus reden lasse. Dann wandte er sich, wie das Protokoll vermerkt, unmittelbar an die Vertreter des ADGB: Er sei fest davon überzeugt, daß im staatlichen Apparat die Gegensätze sich ausgleichen und achtbare Gegner freundschaftliche Mitarbeiter sein könnten. Erstaunlicherweise griff Eggert, der Sprecher des ADGB, dies auf und erklärte, daß er grundsätzlich mit dem Ziele der „Verstaatlichung“ der Gewerkschaften einverstanden sei. Jedoch bezweifelte er einschränkend, ob die erwünschte Verstaatlichung sehr schnell zu erreichen sei. „Man muß daher allen Organisationen Zeit lassen, diesen Gedankengängen assimiliert zu werden. Durch die Ideologie der Gewerkschaften sei die Assimilation schon weit, aber noch nicht weit genug fortgeschritten.“ Nach einer lebhaften Debatte resümierte Schleicher erfreut, daß sich eine „sachliche Übereinstimmung“ ergeben habe, auf der man weiterarbeiten solle. Nach der Bitte um strengste Diskretion wurde das Treffen beendet.

Nach dem großen Wahlerfolg der NSDAP vom 31. Juli 1932 war es Straßers Strategie, durch politische Kompromisse sachbezogene Koalitionen zu bilden und damit die innenpolitische Stagnation zu überwinden. Auf der parlamentarischen Ebene hoffte er dies zunächst durch eine Übereinkunft mit dem Zentrum erreichen zu können, während er für die Zukunft außerhalb der bisherigen Verfassungsnorm durch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und der Reichswehr zu neuen

---

<sup>156</sup> Ebenda, Gew. A. 1932/1456.

<sup>157</sup> Mit Wagner kann nur der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung der ROL der NSDAP, Otto Wagener, gemeint sein.

ständestaatlichen Zielen vorstoßen zu können glaubte. So wollte er die NSDAP aus der strategischen Ziellosigkeit herausführen und mit dem Aufbau eines neuen Deutschland, wie es in den NS-Vorstellungen aussah, beginnen. Ermutigt durch die Erfolge bei Koalitionen auf Länderebene, glaubte er, daß im Rahmen einer durch NS-Beteiligung handlungsfähig gemachten Staatsführung die NSDAP durchaus weiter wachsen und eines Tages die Regierung allein übernehmen werde.

Doch teilten diese Überzeugung nicht alle Mitglieder der NS-Führung. Zwar kann angenommen werden, daß weite Teile der Reichstags- und auch der preußischen Landtagsfraktion prinzipiell auf der Straßerschen Linie lagen. Auch eine Mehrzahl der Gauleiter und Landesinspektoren dürfte in einer irgendwie gearteten Koalition einen Ausweg gesehen haben; viele von ihnen warteten auf staatliche Stellungen (z. B. als Regierungspräsidenten), worauf sie ja auch schon durch Straßers ROL vorbereitet worden waren.<sup>158</sup> Die SA drängte ebenfalls darauf, daß irgendetwas geschehe, auch in Richtung einer etappenweisen Machtübernahme, wobei besonders Röhm selbst versuchte, Kontakt mit dem Reichswehrministerium zu halten.<sup>159</sup> Göring beteiligte sich laufend an den zwischenparteilichen Verhandlungen und richtete sein Hauptaugenmerk wohl darauf, bei der zu erwartenden Regierungsvereinbarung nur ja nicht abseits zu stehen.<sup>160</sup>

Hitlers Interessenlage war anders. Unkundig des parlamentarischen Getriebes, begabwöhnte er alle zwischenparteilichen Koalitionsverhandlungen, erst recht nachdem er am 13. August in völliger Überschätzung seiner Verhandlungsposition in Berlin eine fast blamable Niederlage erlitten hatte. Zwar mußte auch er sehen, daß der Straßersche Weg eine Möglichkeit war, die Partei aus der augenblicklichen Zwangslage herauszuführen und sie vermutlich auch in einiger Zeit an die volle Macht zu bringen. Aber Hitler hat sicherlich auch erkannt, daß ein solcher Weg die NSDAP praktisch ohne ihn selbst zum Erfolg führen und seine persönliche Macht schmälern würde. Intuitiv forderte und erwartete er daher genau dort den entscheidenden Erfolg, wo er vor den Augen der Öffentlichkeit am 13. August die große Niederlage erlebt hatte: er forderte für sich die Kanzlerschaft, und zwar eine unumschränkte, auf präsidentalen Vollmachten basierende Kanzlerschaft. Er wollte voll rehabilitiert werden. Je unerreichbarer dies durch Hindenburgs Veto zu werden schien, desto unbedingter strebte er es an.

## 6. Die Wahlniederlage vom 6. November 1932

Zunächst war kein Ausweg für Hitler zu erkennen. Er besaß, wie offensichtlich im ganzen Krisenjahr 1932 bis zur Machtübernahme, keine klare Vorstellung, wie der Durchbruch zur staatlichen Macht erfolgen könnte, wenn nicht das Warten auf eine

<sup>158</sup> Siehe oben S. 64f.

<sup>159</sup> Verschiedene Notizen des Sommers 1932 in der „Kurzorientierung des Ministeramtes“.

<sup>160</sup> IfZ, ZS Cordemann; Auskunft Cordemann v. 8. 9. 1971; zum Gespräch Ott-Göring vom 1. 12. 1932 vgl. Vogelsang, a. a. O., S. 330.

irgendwann erscheinende große Chance als ein von Hitler entwickeltes Kalkül angesehen werden soll. Seit Ende August 1932 schien er sich mit dem Gedanken an Neuwahlen anzufreunden, dabei vor allem von Goebbels unterstützt.<sup>161</sup> In dem Spiel mit Neuwahlen konnten mehrere Vorteile liegen. Goebbels sah klar, daß dies ein weiterer Anlaß sein würde, seine Position als Propagandaleiter weiter auszubauen. Ferner konnten Parteigenossen durch neue Aktivität aus ihrer Lethargie und Depression herausgerissen werden.<sup>162</sup> Außerdem wurde durch einen Wahlkampf der Zwang zum politischen Handeln zunächst unterbrochen. Es konnte also Zeit gewonnen werden. Im übrigen war es wohl die Meinung des größten Teils der Parteispitze und auch der Anhängerschaft, daß eine erneute Wahl nur eine verstärkte NS-Reichstagsfraktion bringen könne. Nachdem in den letzten Jahren die NS-Stimmen regelmäßig von Wahl zu Wahl angestiegen waren, wurde diese Tendenz jetzt als normal betrachtet. Einen Wendepunkt hielt niemand für möglich, wenn auch kritische Leute in der Führung, wie Straßer und Schulz, annahmen, daß ein wesentlicher Stimmenzuwachs nicht mehr zu gewinnen sei.<sup>163</sup> Die einzige Frage, die in der Parteiführung klar gesehen wurde, lautete denn auch, ob die Partei einen fünften großen Wahlkampf innerhalb eines Jahres organisatorisch und vor allem auch finanziell durchstehen würde.<sup>164</sup> Sowohl vor wie nach seinem Gespräch mit Schleicher und den Vertretern des ADGB am 9. September 1932 verhandelte Straßer am 8. und vermutlich am Abend des 9. September mit Hitler in engstem Kreise, um ihn, auch vom Zentrum unterstützt, von der Idee der eigenen Kanzlerschaft abzubringen und für den Versuch eines Kabinetts Schleicher mit NSDAP-Beteiligung zu gewinnen.<sup>165</sup> Doch Hitler blieb fest und unbeirrbar. Er wollte jetzt „die Früchte seiner jahrelangen Arbeit“ ernten<sup>166</sup> und sich daher nicht von der eigenen Kanzlerschaft abbringen lassen. Erst recht konnte er sich nicht mit dem Gedanken eines Reichskanzlers von Schleicher anfreunden; Papen war vorläufig, solange Hitler nicht selbst an die Macht kommen konnte, wesentlich angenehmer für die NSDAP als Schleicher, da er keine reale Macht hinter sich hatte und sich auch propagandistisch vorzüglich als Vertreter der reaktionären alten Herrenschaft angreifen ließ. In der Ablehnung eines Kanzlers Schleicher war sich Hitler übrigens mit dem Reichspräsidenten Hindenburg einig, der eine Kanzlerschaft Schleichers ablehnte, weil er mit Papen und dessen Regierung völlig einverstanden war und sie auch gegen ein Mißtrauensvotum zu halten gedachte.<sup>167</sup>

Vor diesen unterschiedlichen Positionen spielten sich die Ereignisse des 12. Septem-

---

<sup>161</sup> Goebbels, a. a. O., S. 153ff.

<sup>162</sup> Ebenda, S. 161: „Die Organisation selbst mit Einschluß ihrer Untergliederungen ist in tiefster Depression. Man muß alles tun, um sie wieder emporzureißen. Nur der Kampf kann dieses Wunder vollbringen.“

<sup>163</sup> Ebenda, S. 164, 175.

<sup>164</sup> Ebenda, S. 165, 167.

<sup>165</sup> Ebenda, S. 159f.; Vogelsang, a. a. O., S. 276f.

<sup>166</sup> „Kurzorientierung des Ministeramtes“.

<sup>167</sup> Vogelsang, a. a. O., S. 277.

ber im Reichstag ab, die beinahe einer Tragikomödie glichen. Da Schleicher, die Wünsche des Reichspräsidenten wohl kennend, sich am 10. September auch öffentlich von den Spekulationen um seine Person absetzte,<sup>168</sup> blieb den Verhandlungsparteien – NSDAP und Zentrum – nur eine hinhaltende Taktik. Dem Wunsch Essers (Zentrum), der als Mitglied des Reichstagspräsidiums Hindenburg vorgeschlagen hatte, vor der Reichstagssitzung die Parteiführer zu empfangen, um nach neuen politischen Lösungsmöglichkeiten zu suchen, schloß sich Straßer an. Er ließ durch Habermann bei Bredow und Schleicher die Erklärung abgeben, „man möge es am Dienstag, also nach der Kanzlerrede zu keiner Diskussion kommen lassen. Die NSDAP würde dann ein Vertagen tolerieren können, wenn der Reichspräsident die Parteiführer vorher gesprochen haben würde. In diesem Falle würde Gregor Straßer im Namen der Nationalsozialisten sprechen“.<sup>169</sup> Doch auf wiederholte Anfragen des Reichstagspräsidenten Göring bei Hindenburg hinsichtlich des Termins dieser Aussprache bekam er nur zeitlich unklare Zusagen, so daß nicht sichergestellt war, daß sie wenigstens vor der Abstimmung über den Mißtrauensantrag stattfinden würde.<sup>170</sup>

Als am 12. September 1932 die Reichstagssitzung eröffnet wurde, beantragte der Abgeordnete Torgler (KPD), über den Mißtrauensantrag gegen die Regierung noch vor Eintritt in die Tagesordnung abzustimmen.<sup>171</sup> Da sich in der ersten Überraschung kein Widerspruch regte, wurde dem Verlangen Torglers stattgegeben. Die allgemeine Verwirrung, vor allem in den Reihen der „Verhandlungsparteien“, d. h. der NSDAP und des Zentrums, war komplett. In einer von Frick beantragten Sitzungsunterbrechung besorgte sich Papen eiligst die Auflösungsorder, während das Zentrum versuchte, die NS-Fraktion zu einem gemeinsamen Vorgehen zu veranlassen, das nur darin bestehen konnte, den kommunistischen Antrag durch Mehrheitsbeschluß abzusetzen.<sup>172</sup> Doch die NSDAP, die wußte, daß die Auflösungsorder kam, setzte sich mehrheitlich, entsprechend dem Wunsche Hitlers, für die Abstimmung ein und entschied sich damit für den Konflikt mit der Regierung, was gleichzeitig auch eine Ausgangsbasis für einen neuen Wahlkampf ergab. Nach Wiedereröffnung der Reichstagssitzung übersah Göring zunächst die Wortmeldung Papens und damit die Auflösungsorder geflissentlich und ließ abstimmen. Das Ergebnis war für Papen katastrophal: 512 zu 42 bei 5 Enthaltungen gegen die Regierung. Göring bezeichnete die Regierung als nicht mehr im Amte befindlich und daher die von ihm jetzt zur Kenntnis genommene Auflösungsorder als ungültig. Der Konflikt war da! Nach wenigen Tagen gegenseitiger Presse- und Rundfunk-Erklärungen mußte sich Göring allerdings unruhlich von seinem Standpunkt zurückziehen. Der Reichstag war aufgelöst, die Regierung Papen blieb im Amt.

---

<sup>168</sup> Ebenda, S. 278.

<sup>169</sup> „Kurzorientierung des Ministeramtes“.

<sup>170</sup> Hierzu im einzelnen Vogelsang, a. a. O., S. 278 f.

<sup>171</sup> Vogelsang, a. a. O., S. 279.

<sup>172</sup> Frankfurter Zeitung (Reichsausgabe), 14. 9. 1932; vgl. Vogelsang, a. a. O., S. 279.

Der Wahltermin wurde am 19. September auf den 6. November festgelegt.<sup>173</sup> Zu dieser Zeit war die Partei schon längst wieder in voller Wahlkampf­tätigkeit. Zwar machten die finanziellen Schwierigkeiten große Sorgen, da „die vergangenen Wahlkämpfe alles verfügbare Geld verschlungen haben“.<sup>174</sup> Jedoch half die intakte Parteiorganisation über manche Schwierigkeiten hinweg. Die Partei konnte wieder agieren, die nationale Notlage demagogisch aufzeigen und an die Sehnsüchte der Massen appellieren. Vor allem aber war der Druck zum politischen Handeln und parlamentarischen Verhandeln gewichen. Erst nach dem Wahlkampf kam wieder die Stunde der Verhandlungen.<sup>175</sup>

Goebbels, der jetzt die Reichspropagandaleitung in Berlin konzentriert hatte, stürzte sich mit Elan in den Wahlkampf. Von den eigenen Großauftritten als Redner abgesehen, kümmerte er sich vor allem um Plakat- und Flugblattentwürfe sowie um die Einteilung der Redner nach bestimmten terminierten Reiserouten in allen Gauen. Die Bestimmung der Wahlkampfthematik und auch die Lenkung der organisatorischen Zusammenarbeit aller Parteigliederungen blieben aber Sache der Straßerschen Reichsorganisationsleitung. Auch Straßer trat in Massenveranstaltungen als Redner auf, wie am 20. September in München<sup>176</sup> und am 15. Oktober vor 15 000 NSBO-Mitgliedern im Berliner Sportpalast.<sup>177</sup> Vor allem organisierte er Sondertagungen der verschiedenen Fachgruppen der NSDAP, auf denen er die Parteimitglieder auf gleiche Aussagen festlegte und sie zu hoher Aktivität zu motivieren suchte. Am 18. September 1932 sprach er auf der Tagung des NSD-Ärztbundes,<sup>178</sup> am 2. Oktober hielt er das Hauptreferat auf der NS-Agrartagung in Weimar.<sup>179</sup> Zwischendurch fuhr er nach Wien, wo er am 30. September, von der deutschen NS-Presse vielbeachtet und damit auch auf die Stimmung in Deutschland einwirkend, dem österreichischen Gauparteitag als Vertreter der deutschen Parteiführung bewohnte.<sup>180</sup> Schließlich leitete er die wichtigste Parteiveranstaltung dieses Wahlkampfes überhaupt, die Reichspropagandatagung am 6. und 7. Oktober in München.<sup>181</sup> Unter der Schlagzeile „Auftakt zum Wahlkampf“ berichtete der VB auf der ersten Seite. Zur einleitenden und richtungweisenden Rede Straßers hieß es: „Gregor Straßer wies auf die mit dieser Tagung beginnenden Wahlkampf­vorbereitungen im Rahmen der Parteiorganisation hin und streifte sodann kurz den Verlauf des politischen Geschehens der letzten Monate. In der Geschichte der Nation ... werde einmal der 13. August, an dem man dem Führer der großen politischen Bewegung Deutschlands die ihm zukommende Führung der Regierung verweigerte, als ein

---

<sup>173</sup> Goebbels, a. a. O., S. 174.

<sup>174</sup> Ebenda, S. 165.

<sup>175</sup> Goebbels, a. a. O., S. 174.

<sup>176</sup> Straßer-Rede, München, Zirkusgebäude Marsfeld, VB, 22. 9. 1932.

<sup>177</sup> Straßer-Rede, Berliner Sportpalast, 15. 10. 1932, Flugblatt.

<sup>178</sup> VB, 20. 9. 1932.

<sup>179</sup> VB, 4. 10. 1932.

<sup>180</sup> VB, 2./3. 10. 1932.

<sup>181</sup> VB, 7. 10. 1932; Goebbels, a. a. O., S. 174ff.

Verbrechen angesehen werden. Ohne Resonanz im Volke gebe es keine wirkliche Regierung. Wenn die heute noch regierenden Herren wirklich überzeugt wären, daß das nationalsozialistische Programm schon nach 6 Wochen scheitern müßte, warum hätten sie dann eine solche Angst vor uns? Aber die Drahtzieher wußten nur zu genau, daß das nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm, wenn wir regieren, nicht scheitern, sondern daß eine nationalsozialistische Regierung es auch durchführen werde ... Wenn in den nächsten Tagen und Wochen unsere gewaltige Propagandawelle, deren organisatorischen Vorbereitung diese Tagung gelte, zu laufen beginne, dann stünde das Volk hinter Hitler, um mit ihm das junge nationalsozialistische Deutschland für Freiheit und Brot zum Siege zu führen.“ Damit profilierte Straßer sich einerseits als der eigentliche Wahlkampforganisator und stellte andererseits auch den neuen Wahlkampf wieder unter die Leitgedanken seines Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Außerdem saß er der gleichzeitig ablaufenden Sondertagung der Landesinspektoren und Gauleiter vor, die sich mit internen Organisationsfragen, insbesondere auch mit den bisherigen Erfahrungen der Neugliederung der politischen Organisation, befaßte. Gerade in diesen Wochen wurden die Landesinspektoren für Straßer immer mehr zu den eigentlichen Schaltstellen der Lenkung der Partei. In zahlreichen Treffen oder Tagungen wurde die Straffung der Parteiführung mit ihnen besprochen, wobei Straßer selbst sich auch häufig von seinen beiden Reichsinspektoren Schulz und Ley vertreten ließ.<sup>182</sup> Bezeichnend für das Verhältnis der ROL zur Reichspropagandaleitung I unter Goebbels ist die Tatsache, daß sich dessen Mitarbeiter bei Schwierigkeiten mit irgendwelchen Gauleitungen nicht mehr auf ihre eigene Richtlinienkompetenz verließen, d. h. sie wandten sich nicht an ihren Gaupropagandaleiter, sondern baten Straßer, d. h. die ROL, um Untersuchung und Klärung.<sup>183</sup>

Auch die Parteipresse wurde jetzt von Straßer gleichgeschaltet. In einer Anordnung vom 21. November 1932 bestimmte er,<sup>184</sup> daß sie, ähnlich wie die NS-Parlamentsfraktionen,<sup>185</sup> vor grundsätzlichen Erklärungen, insbesondere auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Genehmigung der entsprechenden Hauptabteilung der ROL einholen mußte. Für den Verkehr mit der Reichspropagandaleitung verbot er, daß einzelne Fachreferate der ROL Material zur Propaganda übergaben, bevor es von der Führung der ROL genehmigt worden war.<sup>186</sup> Abgesehen von einzelnen Überschneidungen in den verschiedenen Fachreferaten der ROL, funktionierte die politische Organisation der NSDAP in diesem Wahlkampf so gut wie noch nie. Die Reibereien zwischen PO und SA, die ja schon zur Tradition geworden waren, liefen freilich weiter und gelangten sogar im Oktober 1932, im Gefolge der

---

<sup>182</sup> Siehe oben S. 70ff.

<sup>183</sup> Siehe Anm. III/217.

<sup>184</sup> Rundschreiben vom 21. 11. 1932 an die NS-Presse, BA, NS 22/356.

<sup>185</sup> Siehe oben S. 73f.

<sup>186</sup> In einem Brief des Reichsorganisationsleiters vom 5. 12. 1932 wird daran erinnert; BA, NS 22/348.

Münchner Prozesse,<sup>187</sup> zu einem gewissen störenden Höhepunkt. So besserte sich die Stimmung in der Partei im Laufe des Oktobers immer mehr, und im Hinblick auf das Ergebnis der Wahl stiegen die Erwartungen der NSDAP-Führung Anfang November wieder steil an.<sup>188</sup>

Um so deprimierender wirkte das Resultat der Wahl vom 6. November 1932 auf die Partei und ihre Anhängerschaft. Mit gut 2 Millionen Stimmen Verlust war die NSDAP von 37,3% auf 33,1% abgerutscht, was im Reichstag 196 anstatt der bisher 230 Mandate bedeutete.<sup>189</sup> Wie die übrige Parteiführung sah dies auch Goebbels als klare Niederlage. Er gab sogar zu, wenn auch nur indirekt, daß Straßer mit seiner Beurteilung der Lage Recht gehabt habe.<sup>190</sup> Zudem wurden die Finanzsorgen immer größer. Schulden, die man im Wahlkampf in der Hoffnung auf einen Sieg gemacht hatte, wurden jetzt, da die NSDAP verloren hatte, härter eingetrieben, und auf neue Spenden konnte nun kaum noch gerechnet werden. Doch die Partei bekam keine Zeit und damit keine Möglichkeit, sich von dem Schock zu erholen. Eine Woche später waren Gemeinderatswahlen in Sachsen. Die NSDAP verlor hier etwa 20% ihrer Stimmen vom 6. November, erlitt also noch eine schlimmere Niederlage als in den Reichstagswahlen.<sup>191</sup> In der Parteipresse konnte man das zwar noch zu verschleiern suchen, indem die Zahlen einfach mit der letzten Gemeinderatswahl vor 1928 verglichen wurden, als die NSDAP auf Reichsebene erst 2,6% erreicht hatte.<sup>192</sup> Die deprimierende Wirkung auf die Stimmung in der Partei war damit freilich nicht zu verhindern.

Straßer und eine Reihe weiterer NS-Führer sahen sich von der Entwicklung in ihren negativen Befürchtungen bestätigt. Schon im August hätte sich die NSDAP an einem Kabinett beteiligen müssen. Damals war die Partei noch mit 230 Abgeordneten im Reichstag vertreten und von der Aura des Wahlsieges umgeben. Jetzt stellte sie zwar immer noch die stärkste Reichstagsfraktion, aber die Zahl war zusammengesmolzen und der in Jahren aufgebaute Nimbus der Unbesiegbarkeit einer stetig anschwellenden Bewegung gebrochen. Die eigene Verhandlungsposition war offensichtlich schwächer geworden. Die Depression in allen Parteigliederungen war ungeheuer.<sup>193</sup> Außerdem erreichte auch die Finanzlage der Partei einen äußerst kritischen Punkt. Sowohl die PO wie die SA verschlangen immer größere Summen, dazu waren die vielen kostspieligen Wahlen gekommen. Auch eine große Anzahl von Presseorganen geriet, wiewohl hier eine gewisse Konzentration im Gange war,<sup>194</sup> in finanzielle Bedrängnis.<sup>195</sup>

---

<sup>187</sup> Siehe oben S. 80f.

<sup>188</sup> Goebbels, a. a. O., S. 190ff.

<sup>189</sup> Wilhelm Dittmann, *Das politische Deutschland vor Hitler*, Zürich/New York 1945, S. 6.

<sup>190</sup> Goebbels, a. a. O., S. 199.

<sup>191</sup> Dietrich Orlow, *The History of the Nazi Party 1918–1933*, Pittsburgh 1966, S. 288.

<sup>192</sup> VB, 16. 11. 1932.

<sup>193</sup> Goebbels, a. a. O., S. 197ff., IfZ, ZS Cordemann.

<sup>194</sup> Verschiedene Vorgänge, die Hamburger NS-Presse betreffend, im BA, Nachlaß Krebs.

<sup>195</sup> Auskunft Schwaebe v. 8. 12. 1971; IfZ, ZS Cordemann.

Am 23. März 1932 hatte Straßer über die ihm unterstehende Reichspressestelle eine Anordnung an die gesamte NS-Presse gerichtet, die sich mit dem Wahlkampf anlässlich der Reichspräsidentenwahl befaßte.<sup>196</sup> Die Presse wurde darin verpflichtet, und zwar sowohl die Tages- wie auch die Wochenzeitungen, etwa zwei Wochen lang ihre Ausgaben auf die dreifache Zahl zu steigern und davon zwei Drittel kostenlos der Partei für Verteilungsaktionen zur Verfügung zu stellen. Wochenzeitungen sollten in diesem Zeitraum nach Möglichkeit auf Tagesausgaben umschalten. Die Zeitungen hatten diese Maßnahmen selbst, ohne zusätzliche Unterstützung von der Parteizentrale, zu finanzieren. Die einzige Erleichterung, die ihnen gestattet wurde, war eine Kürzung des Umfangs auf 4 Seiten, wobei die politisch-agitatorischen Artikel allerdings nicht beschränkt werden durften. Die Pressekampagne war bei den beiden nächsten Wahlkämpfen in ähnlichen Formen durchgeführt worden und hatte die NS-Verlage in hohem Maße verschuldet. Über die Begleichung dieser Schulden hatte man sich in Erwartung der Machtübernahme keine allzu großen Gedanken gemacht. Mit dem Beginn innerparteilicher Zweifel im Herbst und der dadurch bedingten Zurückhaltung der Kreditgeber, vielfach der Druckereien, war die Lage der NS-Presse so schwierig geworden,<sup>197</sup> daß zur Wahl am 6. November eine solche Aktion nicht mehr durchgeführt werden konnte.<sup>198</sup> So wurde denn im Augenblick nichts mehr gefürchtet als ein neuer großer Wahlgang. Schon die kleinen lokalen Wahlkämpfe, wie eben in Sachsen und im Saarland oder in wenigen Wochen, am 3. Dezember, in Thüringen, waren schwer genug. Aber gerade eine solche Reichstagswahl mußte für die nächsten Wochen oder Monate befürchtet werden, erwies sich doch auch der Reichstag vom 6. November als im Sinne des Reichspräsidenten nicht handlungsfähig, solange die NSDAP nicht half, im Rahmen einer Koalition eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden.

Um sich für alle Eventualitäten wappnen und bei einer möglichen erneuten Reichstagsauflösung den Schwund der Wählerstimmen aufhalten zu können, bereitete Straßer zunächst einmal eine Analyse der Gründe für das schlechte Abschneiden der NSDAP am 6. November vor. Von allen Landesinspektoren forderte er einen ausführlichen Bericht über Ablauf des Wahlkampfes, Beobachtungen über den Stimmungsverlauf und Angabe der Gründe über das Abstimmungsergebnis an. Die Berichte von vier Landesinspektionen und einer Gauleitung liegen vor.<sup>199</sup> Als posi-

<sup>196</sup> Anordnung für die Werbeaktion der nationalsozialistischen Presse vom 23. 3. 1932, BA, NS 26/289.

<sup>197</sup> Otto Dietrich, Mit Hitler an die Macht, München 1934, S. 69: „Viele Blätter standen vor dem Ruin.“ Auskunft Schwaebe v. 8. 12. 1971.

<sup>198</sup> Bericht über die Reichstagswahlen vom 6. November durch die Landesinspektion West, 10. 11. 1932, BA, NS 22/7.

<sup>199</sup> Landesinspektion-West (Haake), Bericht vom 10. November 1932, BA, NS 22/7; Landesinspektion-Süd-West (Sprenger), Bericht vom 7. November 1932, NS 22/7; Landesinspektion-Ost (Brückner), Bericht vom 9. November 1932, BA, NS 22/347; Landesinspektion-Mitteldeutschland-Brandenburg (Loeper), Bericht vom 11. November 1932, BA, NS 22/347; Gauleitung Halle-Merseburg (Jordan), Bericht vom 9. November 1932, BA, NS 22/1051.

tiv wurde allgemein die neue Organisation der PO angeführt. Mängel in diesem Bereich traten offenbar nur deshalb auf, weil auf Block- und Zellenebene die Neuorganisation noch nicht voll durchgeführt worden war. Sehr gelobt wurde auch die NSBO, die vor allem im Westen und in Schlesien Schlimmeres verhütet habe und daher weiter ausgebaut werden müsse. Für die Stimmenverluste wurden vor allem vier Gründe angegeben:

1. seien durch die Anti-Papen-Agitation bürgerliche Wähler verunsichert worden,
2. habe die Röhm-Affaire so sehr geschadet, daß Röhm selbst und etliche andere SA-Führer, wie etwa Heines, nicht mehr tragbar seien,
3. habe sich die SA nicht voll am Wahlkampf beteiligt, sondern sich da und dort auf das „unpolitische Soldatentum“ zurückgezogen, weshalb die SA politisch besser geschult und weitgehend der PO unterstellt werden müsse,
4. wurde die „katastrophale“ Finanzlage beklagt.

Daneben war noch von einer allgemeinen Wahlmüdigkeit die Rede, weswegen dies die letzte Wahl gewesen sein und die Partei sich jetzt so schnell wie möglich in entsprechenden Koalitionen an der Staatsmacht beteiligen müsse. Von zu spät eintreffendem Propagandamaterial und fehlenden Presseaktionen abgesehen, wurde auch auf das Ereignis des 13. August hingewiesen.

Doch Straßer blieb kaum Zeit zur Auswertung. Die Ereignisse in Berlin begannen sich zu überstürzen. Nach einem dreitägigen Verbot des VB gehörte Straßer bei Wiedererscheinen am 16. November 1932 die Titelseite.<sup>200</sup> Unter der großen Schlagzeile: „Das Gebot der Stunde. Rettung des Deutschen Volkes durch den Nationalsozialismus“ ging er in einem ausführlichen Artikel auf die Lage in Deutschland ein: „Darum ist es das Gebot der Stunde, für das es kein Ausweichen und kein Entrinnen gibt, diese neue, zur größten deutschen Partei überhaupt gewordene Bewegung in den Staat überhaupt einzubauen und ihr die Führung des Volkes zu übergeben.“ Er betonte, daß die neue Bewegung bereit sei, „alles zu tun, alle persönlichen und materiellen Opfer zu bringen, um die Nation zu retten.“ Er bedauerte, daß man „den Sinn der Wahl vom 31. Juli so verfälschte, die Wahl, die ein Fanal hätte werden können.“ Weiter fragte er: „Was ist für Deutschland gewonnen worden, als Herr von Papen die sinnlose Wahl vom 6. November festsetzte?“ Nachdem er dem Reichskanzler a. D. Brüning bescheinigt hatte, daß er „persönlich unanfechtbar“ sei, und sich gegen „Lügen“ der Presse gewandt hatte, die von Zerwürfnissen in der NSDAP zwischen Straßer, Funk, Frick einerseits und Hitler andererseits berichtete, forderte er: „Das Gebot der Stunde heißt: Die Rettung Deutschlands. Dies kann angesichts der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur von einer Autorität und Kraft besitzenden Regierung auf breiter Basis durchgeführt werden ... Das Denken in Geld und der liberalistische Weltwirtschaftsgedanke haben den Trümmerhaufen von heute verursacht, das Denken in Arbeit und das Bekenntnis zur Nationalwirtschaft unter Ablehnung aller Experimente werden den Aufbau bringen.“ In diesem Artikel, der als grundsätzliche Erklärung über die

---

<sup>200</sup> VB, 16. 11. 1932; vgl. Schmidt/Pauli, a. a. O., S. 182f.

„Nationalsozialistische Korrespondenz“ auch an die anderen NS-Verlage ging, hatte Straßer, wenn auch stark verkleidet, die von ihm geforderte strategische Linie für die bevorstehende Zeit deutlich gemacht. Er erwartete zur Lösung der schweren wirtschaftlichen und politischen Fragen sofort ein Kabinett auf breiter Grundlage unter Einbezug der NSDAP, der als stärkster Partei natürlich eine entscheidende Rolle zukommen müsse. Jedoch betonte er, daß seine Partei bereit sei, persönliche und materielle Opfer zu bringen. Unabdingbar war für ihn nur eine Arbeitsbeschaffungspolitik im Rahmen einer nationalen Autarkie. Am nächsten Tag, also am 17. November, drei Tage nach den Sachsenwahlen und elf Tage nach den Reichstagswahlen, trat die Regierung Papen zurück.<sup>201</sup>

## 7. Konflikt und Resignation

Das Regierungskarussell begann sich zu drehen. Wollte die NSDAP nicht weiter in „fruchtloser Opposition“ verharren und sich allen Gefahren aussetzen, die sich aus der inneren Lage der Partei, dem Schwinden ihres Sympathievorsprungs in der Bevölkerung und der in diesem Stadium nur als Bedrohung zu empfindenden Möglichkeit erneuter Reichstagswahlen ergaben,<sup>202</sup> mußte sie sich nach der Meinung Straßers jetzt an der Regierung beteiligen. Gleichzeitig mit der Annahme des Rücktritts der Regierung am 17. November lud Hindenburg eine Reihe der wichtigsten Parteiführer ein. Hitler war noch in München, wo über die Lage beraten wurde. Goebbels versuchte, sich von Berlin aus telefonisch einzuschalten. Über Verlauf und Inhalt dieser Beratungen ist uns nichts bekannt. Ergebnis war jedenfalls, daß Hitler in Begleitung von Straßer und Frick am 18. November im Flugzeug nach Berlin kam. Dies meldete der VB, mit einem Bild der drei NS-Führer vor dem Flugzeug, seinen Lesern auf der Titelseite unter der Überschrift: „Deutschlands Retter vor der roten Flut! Adolf Hitler mit den Pg Dr. Frick und Gregor Straßer nach der Ankunft in Berlin.“<sup>203</sup>

Allein aus der personellen Zusammensetzung – Hitler, Straßer und Frick – konnte geschlossen werden, daß sich Hitler, auch unter dem Zwang der Gesamtlage der Partei, jetzt Straßers Argumenten aufgeschlossener zeigte, denen ja auch Frick anhing. Was hätten sonst Verhandlungen mit Hindenburg einbringen können, da nicht mit einer Revision der grundsätzlichen Aussage des Reichspräsidenten vom 13. August zu rechnen war. So zeigte sich denn auch in der ersten Unterredung am 19. November Hitler wesentlich verbindlicher als im August. Auf des Messers Schneide stand offenbar die Entscheidung Hitlers bei der zweiten Unterredung am 21. des Monats. Würde Hitler nachgeben und entweder eine rein parlamentarische

<sup>201</sup> Zum Papen-Rücktritt, VB, 18./19. 11. 1932; Vogelsang, a. a. O., S. 317.

<sup>202</sup> VB, 16. 11. 1932. Hier wurde die Nachricht vermittelt, daß in den der Regierung nahestehenden Kreisen des „Herrenclubs“ mit der Möglichkeit einer erneuten Reichstagsauflösung gerechnet werde, eventuell sogar noch vor Konstituierung des neuen Reichstages.

<sup>203</sup> VB, 20./21. 11. 1932.

Mehrheitsregierung zu bilden suchen oder aber unter einem Kanzler von Hindenburgs Vertrauen Vizekanzler werden? Straßer wartete im Kaiserhof mit den anderen NS-Führern gespannt auf Hitlers Rückkehr. Seine Nervosität ließ er seinem Vertrauten Cordemann gegenüber erkennen, der neben ihm wartete, indem er die Hoffnung ausdrückte, daß „Adolfs Sturheit“ nicht auch diesmal alles verderben werde.<sup>204</sup> Auf Cordemanns Antwort, sie müßten doch gemeinsam hoffen, daß Hitler „stur“ bleibe und sich dadurch weiter isoliere, damit dann sie selbst, die „Straßerleute“, die Zügel der Partei in die Hände bekämen, reagierte Straßer nicht. Offenbar hoffte er immer noch, daß Hitler selbst einlenken werde und man ihn nicht dazu drängen müsse.

Gregor Straßer war damals auf dem Höhepunkt seiner Macht in der Partei;<sup>205</sup> nur der offizielle Titel des Generalsekretärs der NSDAP fehlte noch.<sup>206</sup> Spätestens bei den Präsidentenwahlen vom Frühjahr 1932 war er zu der Einsicht gekommen, daß die Partei im Alleingang nicht auf legalem Wege zur Macht kommen könne. Außer ihm hatten auch Frick und Goebbels in den Präsidentenwahlen auf längere Zeit die „letzte Chance“ für Hitler gesehen, sich „legal“ in den Sattel zu setzen.<sup>207</sup> Wenn von Putschplänen abgesehen wurde – und die haben damals wohl weder Hitler noch Straßer oder andere Parteiführer als real ansehen können –, so blieb nur noch eine Koalition übrig, es sei denn, man setzte auf ein präsidiales Minderheitskabinett, mit dem sich die NSDAP aber, wie es Straßer schien, von der Sympathie des Reichspräsidenten und seiner Kamarilla abhängig machen würde. Straßer hatte daher Verhandlungen mit allen in seinen Augen „aufbauwilligen nationalen Kräften“ eingefädelt, um eine breite Mehrheit zu bekommen. Bereits seit Herbst 1931 stand er in dauerndem Kontakt zum Zentrum, besonders zu Brüning und zu den christlichen Gewerkschaften, und zum DHV.<sup>208</sup> Seit Frühjahr 1932 waren die Verhandlungen allmählich intensiviert und auch auf Führungspersonen des ADGB ausgedehnt worden. Zu Industriekreisen hatte er ebenfalls erfolgreich Verbindung aufgenommen, die in ihm geradezu einen Garanten von Ruhe und Ordnung zu sehen begannen.<sup>209</sup> Für das jungkonservative Deutschland und die nationalrevolutionäre Bewegung war er zur allein möglichen politischen Integrationsfigur geworden.<sup>210</sup> Auch mit der Reichswehr, d. h. vor allem mit Schleicher, hatte er im Namen der NSDAP gute Beziehungen angeknüpft und sich bereits über viele Sachfragen – wie Wirtschaftsankurbelung, Arbeitsbeschaffung, Autarkie und Ständestaatsmodelle – geeinigt. Mit seinem Arbeitsbeschaffungsprogramm hatte er ja bereits die sachliche Grundlage einer zukünftigen Regierung vorgelegt. In seiner ROL hatte er dieses Programm

---

<sup>204</sup> IfZ, ZS Cordemann; Auskunft Cordemann v. 8. 9. 1971.

<sup>205</sup> Siehe oben S. 65.

<sup>206</sup> BDC, Personalakte Reupke.

<sup>207</sup> Schulthess, a. a. O., S. 61; vgl. Vogelsang, a. a. O., S. 162.

<sup>208</sup> Vogelsang, a. a. O., S. 268 ff.; „Kurzorientierung des Ministeramtes“.

<sup>209</sup> IfZ, MA 127/1, Blatt 11436 ff.

<sup>210</sup> Otto-Ernst Schüddekopf, Linke Leute von Rechts, Stuttgart 1960, S. 504; Karl O. Paetel, Versuchung oder Chance, Göttingen 1965, S. 28f., 157, 240.

weiter bearbeiten und bereits teilweise als Gesetzesanträge formulieren lassen. In einigen Ländern begannen die NS-Fraktionen schon mit diesen Vorlagen zu arbeiten.<sup>211</sup> Er war bereit, in ein solches Kabinett einzutreten, machte das aber nicht zur Bedingung. Die Kontrolle über den NS-Parteiapparat genügte ihm, ja sie war ihm sogar wichtiger.<sup>212</sup> Er konnte nicht verstehen, wie man die Möglichkeiten, die sich zwangsläufig aus der Situation ergaben, scheitern lassen konnte, wie dies Hitler mit seinem egoistischen Machtanspruch des „Alles-oder-Nichts“ am 13. August getan hatte. Der günstigste Zeitpunkt war damals seiner Ansicht nach schon verpaßt worden. Jetzt, nach den großen Wahniederlagen, war die Partei noch immer die stärkste politische Kraft im Reiche, und Chancen boten sich erneut. Doch die Zeit drängte. Die Finanzlage der Partei erschien als katastrophal, die Depression in allen Parteigliederungen als gefährlich. Austritte begannen sich zu häufen,<sup>213</sup> neue Wahniederlagen drohten. Viele Parteigenossen wollten endlich auch aktiv arbeiten können, wollten einen Staatsposten mit Einfluß, Ansehen und Sicherheit; wofür hatten sie sonst jahrelang in der Partei gearbeitet und in manchen Fällen gerade auch dadurch ihre Arbeitsplätze verloren! Ein neuer Krisenwinter stand bevor! Vorher mußte etwas geschehen!<sup>214</sup>

Wie das Goebbelsche Tagebuch erkennen läßt, hat Straßer in diesen Wochen offensichtlich keine Gelegenheit vergehen lassen, Hitler mit solchen Argumenten zu bearbeiten und ihn zum Einlenken zu bewegen. Mit Sicherheit hatte er ihm, zusammen mit Frick, bei der Reise am 18. November nach Berlin erneut und eindringlich seine Vorstellungen nahegebracht; beide suchten offensichtlich Hitler vor anderen Einflüssen abzuschirmen. Daher auch Straßers gespannte Erwartung am 21. November. Würde Hitler über seinen Schatten springen, einlenken und zum Wohle der Partei und zum Start der deutschen Erneuerung die NSDAP in eine neue Regierung eingliedern? Doch Hitler lehnte wiederum ab, ohne daß eine neue Möglichkeit sichtbar wurde. Er hatte in den Augen Straßers und vieler Eingeweihter als Realpolitiker versagt. Die Kreise inner- und außerhalb der Partei, die Hitler in irgendeiner Form kaltstellen und an seiner Stelle Straßer an die Spitze bringen wollten, frohlockten;<sup>215</sup> Hitler hatte sich, wie es schien, ins innenpolitische Abseits manövriert und sich damit offensichtlich selbst ausgeschaltet. Straßer hielt in diesem Moment „das Schicksal der Bewegung“ und damit auch der deutschen Innenpolitik in der Hand.<sup>216</sup>

So richtig die Lagebeurteilung sein mochte, so falsch war doch die Einschätzung der Intentionen Straßers, die hinter dem Urteil stand. Einige beteiligte Zeitgenossen, wie zeitweise wohl Schleicher, nahmen damals an, und die historische Forschung tut

---

<sup>211</sup> Siehe oben S. 120ff.

<sup>212</sup> Wagener-Tagebuch, S. 676f.

<sup>213</sup> BA, NS 26/352 und 353.

<sup>214</sup> Kurzorientierung des Ministeramtes; Rundschreiben des Reichsorganisationsleiters an alle Gaue vom 26. 8. 1932, BA, NS 22/348.

<sup>215</sup> IfZ, ZS Cordemann, ZS 1926.

<sup>216</sup> Fest, a. a. O., S. 493.

das zum überwiegenden Teil noch heute,<sup>217</sup> daß Straßer die Partei habe spalten oder Hitler entmachten wollen. Dies ist unzutreffend. Straßer hat nach allen vorliegenden Quellen bis zum Ende des Jahres 1932 nie an eine Spaltung gedacht. Die Parteiorganisation war sein Lebenswerk und auch Grundlage seiner persönlichen Macht. Warum sollte er sie zerstören? Hitler gegenüber besaß er einen merkwürdigen, nur aus dem völkisch-ständischen Denken erklärbaren „Paladin-Komplex“.<sup>218</sup> Das wußten auch seine engsten Mitarbeiter, z. B. Cordemann, der zu Bredow sagte, „Straßer täte nie etwas ohne Hitler, auch würde er sich nie, wie behauptet würde, von ihm trennen“.<sup>219</sup> Straßer hat, soweit zu sehen ist, bis zu seinem Rücktritt keine Verhandlungen geführt oder Maßnahmen ergriffen, ohne Hitler davon zumindest grundsätzlich zu informieren.<sup>220</sup> Er wollte die Parteiorganisation festigen, um über die Krise der Partei hinwegzukommen, und er wollte Hitler mit allen Mitteln beibringen, daß die NSDAP sich so schnell wie möglich an einer Regierung beteiligen müsse, ehe es durch weitere Wahniederlagen zu einer katastrophalen Entwicklung in der Partei komme. Sollte Hitler nicht willens oder nicht in der Lage sein, aus persönlichen Motiven oder aus parteitaktischen Überlegungen,<sup>221</sup> als Vizekanzler in eine Regierung einzutreten, so hielt er sich bereit, „sich persönlich in die Bresche zu werfen“, wie er Schleicher am 23. November über Mittelsmänner wissen ließ.<sup>222</sup> Am gleichen Tage suchte Hitler selbst Schleicher auf.<sup>223</sup> Offenbar nicht gewillt oder, wie es Straßer immer mehr scheinen mußte, nicht fähig, von seinem einmal geäußerten Entschluß, selbst Reichskanzler mit weitgehenden Vollmachten zu werden, wenigstens aus taktischen Erwägungen abzurücken und sich wenigstens zeitweise mit einem Vizekanzlerposten zu begnügen, erkannte Hitler doch wohl genau, in welche – zumindest im Augenblick – schwierige Lage er sich damit manövriert hatte. In der Klemme sitzend, legte er eine noch härtere Haltung an den Tag, indem er Schleicher erklärte, nicht nur er werde nicht als Vizekanzler in die Regierung eintreten, sondern er werde auch jedem Angehörigen seiner Partei verbieten, sich an einer nicht von ihm selbst geführten Regierung als Vizekanzler, Minister oder Verbindungsmann zu beteiligen, und zwar auch für den Fall, daß die nächste Regierung ein Kabinett Schleicher sein sollte. Nach diesem Affront setzte er etwas hysterisch hinzu, er werde eine jede neue Regierung nicht einmal tolerieren, sondern in scharfer Opposition gehen und – eine Anspielung auf den BVG-Streik<sup>224</sup> – auch „jeden

<sup>217</sup> Z. B. Bracher, Sauer, Schulz, Die Nationalsozialistische Machtergreifung, Köln/Opladen 1960, S. 41f.

<sup>218</sup> Paetel, a. a. O., S. 210; Orlow, a. a. O., S. 291.

<sup>219</sup> „Kurzorientierung des Ministeramtes“.

<sup>220</sup> Gregor Straßers noch lebende Verwandte, wie seine Brüder Otto Straßer und Pater Bernhard Straßer und seine Schwester Frau Höfler, bezeugen, daß ihr Bruder Gregor ihnen nach seinem Ausscheiden aus der Politik wiederholt versichert habe, keine Verhandlungen ohne das grundsätzliche Wissen Hitlers unternommen zu haben.

<sup>221</sup> Siehe oben S. 144.

<sup>222</sup> „Kurzorientierung des Ministeramtes“.

<sup>223</sup> Vogelsang, a. a. O., S. 322f., Anm. 1531.

<sup>224</sup> Goebbels, a. a. O., S. 191–198.

Streik“ mitmachen. In einer schon fast masochistischen Untergangsstimmung erklärte er, daß es ihm gleich sei, wenn der Partei bei einer solch scharfen Obstruktionspolitik die bürgerlichen Anhänger verloren gingen, es blieben ja noch die „Bauern und Arbeiter“.

Damit war nun freilich der innerparteiliche Konflikt zwischen Hitler und Straßer programmiert. Hitler war aus egoistischen Motiven bereit, die Partei weitgehend zu opfern, denn eine Beschränkung auf die Bauern und Arbeiter hätte sicher eine Halbierung der Partei oder Schlimmeres bedeutet, was ihr Ende gewesen wäre. Straßer hingegen wollte sich „persönlich in die Bresche werfen“, um die Partei aus der „fruchtlosen Opposition“ in die Regierungsverantwortung zu führen und die NS-Bewegung dadurch zu konsolidieren. Beide suchten in den nächsten Tagen nach Auswegen aus der Situation. Straßer hatte ein Konzept, für das er Hitlers Placet zu erhalten suchte. Hitler konnte im Moment keinen Weg angeben; die Unhaltbarkeit seiner Argumentation gegenüber Schleicher mußte ihm selbst einleuchten. Seine Haltung beruhte ja wohl auch nicht auf ernsthaften Überlegungen und klarem Kalkül, sondern war offenbar Ausdruck einer Phase neurotischer Depression, die als ins „Bodenlose stürzende“, sich selbst „wegwerfende Bewegung“ zu erkennen ist, wie sie „so auffällig die Unglücksschläge seines Lebens begleitet“. <sup>225</sup> Die depressive Haltung, die ihn in jenen Tagen der Niederlage beschlich, einer Niederlage, die er in egozentrischer Verengung auf sich selbst vor allem als persönliches Unglück ansah, fiel auch seiner Umgebung auf. <sup>226</sup> In theatralischer Übertreibung der wirklichen Lage sah er die Partei, entsprechend seinem Schleicher-Gespräch, bereits als weitgehend zerstört. Sich selbst sah er wieder ins Nichts zurückfallen. In dieser Gemütsverfassung begann er sich Straßers Plänen zu beugen. Für die seiner neurotischen Egozentrik entspringende Starrheit war es bezeichnend, daß er sich, falls er auf seine Forderung, selbst Reichskanzler eines Präsidialkabinetts zu werden, verzichten würde, zumindest auf längere Zeit ganz aus der aktiven Politik zurückziehen wollte. So glaubte er, einer erneuten Niederlage zu entkommen, denn nur als solche konnte er eine Entwicklung begreifen, die ihn zwang, von seiner eigenen öffentlichen Forderung auf die Kanzlerschaft abzugehen. Wenn er sich aus der aktiven Politik zurückzog, brauchte er seinen persönlichen Mißerfolg nicht zur Kenntnis zu nehmen. Nur aus dieser neurotischen Verstrickung einer wenige Tage dauernden depressiven Phase, die einer Fluchtreaktion glich, ist das Beinahe-Abkommen zwischen Hitler und Straßer erklärlich, das fast Geschichte gemacht und dem Sinne nach etwa folgendermaßen gelaute hätte: <sup>227</sup> Straßer wird als Vizekanzler, einige andere NS-Führer werden als Minister in eine Regierung Schleicher eintreten. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der NSDAP wird Grundlage des Regierungsprogramms sein.

---

<sup>225</sup> Fest, a. a. O., S. 446.

<sup>226</sup> IfZ, ZS Cordemann; Wagener-Tagebuch, S. 2056f. und 2072f. Werner Maser, Adolf Hitler. Legende, Mythos, Wirklichkeit, München/Esslingen 1971, S. 363.

<sup>227</sup> IfZ, ZS Cordemann, ZS 1926; Auskunft Dr. Hagert v. 18. 5. 1971; Auskunft Otto Straßer v. 10. 4. 1971.; Auskunft Cordemann v. 8. 9. 1971.

Hitler selbst zieht sich auf eine Art Ehrenvorsitz der Partei mit allerdings erweiterten Vollmachten zurück. Als eigene Aufgabe übernimmt er die Führung der deutschen Jugend, um so als legendärer Mythos an Deutschlands Erneuerungsbewegung teilzuhaben. Zu seiner wirtschaftlichen Absicherung bekommt er den gesamten Eher-Verlag einschließlich des Völkischen Beobachters überschrieben, nachdem der Verlag und die gesamte Partei von Schleicher finanziell saniert worden sind.

Schleicher war mit diesem Übereinkommen einverstanden. Um es völlig abzusichern, wollte der noch immer zögernde Hitler allerdings selbst nach Berlin kommen und mit Schleicher alles noch einmal endgültig besprechen. Wahrscheinlich hoffte er auch, die eigene Abdankung, die sein Ja zu der Vereinbarung mindestens auf einige Zeit bedeutet hätte, durch einen geeigneten propagandistischen Auftritt verwischen oder verklären zu können. Nach Kontakten mit Schleicher, bei dem grundsätzliche Einigkeit über das Abkommen erreicht wurde,<sup>228</sup> ließ Straßer Hitler aus München rufen. Schon dies und die Tatsache, daß Straßer weitgehend den Termin bestimmte, läßt noch einmal die Machtverschiebung zwischen den beiden NS-Führern erkennen, wie sie sich in jenen Tagen ergeben zu haben schien.<sup>229</sup> Um den Termin dieses Treffens hat es einige Schwierigkeiten in der Literatur gegeben, die auf einen offensichtlichen Schreibfehler in Goebbels Tagebuch zurückzuführen sind.<sup>230</sup> Hitler sollte mit dem Nachtzug<sup>231</sup> von München am Morgen des 30. November in Berlin ankommen und nicht erst am 1. Dezember, wie vielfach angenommen wird.<sup>232</sup> Um allen Eventualitäten vorzubeugen, war Hitler ein Herr von Zengen, der auch das Vertrauen der Reichswehrführung besaß, entgegengeschickt worden, der ihn auf der

---

<sup>228</sup> IfZ, ZS 1926 (Bericht W. v. Etdorf vom 26. 12. 1963).

<sup>229</sup> H. R. Berndorf, General zwischen Ost und West, Hamburg o. J. S. 212: „Straßer war so stark, daß er von Berlin aus Hitler in München anrufen und ihm sagen lassen konnte: ‚Sie müssen nach Berlin kommen, ich stehe vor wichtigen Entschlüssen.‘“ Wenn diese Bemerkung auch etwas überpointiert ist, so fällt doch auf, daß auch Goebbels berichtet: „Man hat ihn (Hitler) nach Berlin gerufen.“ Goebbels, a. a. O., S. 212.

<sup>230</sup> Wörtz, a. a. O., S. 909; siehe auch VB, 1. 12., 2. 12., 3. 12. 1932; ferner Dietrich, a. a. O., S. 160.

<sup>231</sup> In der Nacht vom 29./30. November 1932 verkehrten zwei D-Züge mit Schlafwagen von München nach Berlin. Der D-49 verließ München um 21.20 Uhr, hielt in Jena/Saalbf 5.22/24 Uhr und erreichte Berlin um 9.20 Uhr. Der D-25 verließ München um 21.15 Uhr, also fünf Minuten früher, fuhr nicht über Jena und erreichte Berlin bereits um 8.01 Uhr (Auskunft Deutsche Bundesbahn vom 9. November 1971 und 24. Mai 1974). Für den D-25, der also nicht in Jena hielt, hatte Hitler Schlafwagenkarten bestellt, er stieg auch in diesen ein, aber im letzten Moment wieder aus, um in den fünf Minuten später abfahrenden D-49 umzusteigen, der in Jena hielt, wo er nachts ausstieg. Vgl. Dietrich, a. a. O., S. 160ff.

<sup>232</sup> Wenn vom Morgen des 30. November 1932 als Hitlers vorgesehener Ankunft in Berlin ausgegangen wird, läßt sich auch die schriftliche Absage Hitlers an Meissner, die vom 30. November datiert ist, sinngemäß richtig einordnen. Es war dies nicht etwa eine kurzfristige vorherige, sondern eine nachträgliche Absage. Schreiben Hitlers an Meissner vom 30. November 1932, Potsdam, Deutsches Zentralarchiv, Büro des Reichspräsidenten, BD 47.

Reise zu begleiten hatte.<sup>233</sup> Zengen reiste im selben D-Zug wie Hitler in einem benachbarten Schlafwagenabteil. In Berlin wurde der Zug, der um 8.01 Uhr am Anhalter Bahnhof eintraf, von Straßer und Etzdorf und wohl auch von einem Vertreter Schleichers erwartet.<sup>234</sup> Doch Hitler war nicht mehr in seinem Abteil. Unbemerkter von Zengen war er schon früher, und zwar offenbar noch vor der Abfahrt des Zuges in München, wieder ausgestiegen und in einen anderen, in Jena haltenden Nachtzug, eingestiegen. Nach einer kurzen, ratlosen Konferenz im Hotel Excelsior gegenüber dem Bahnhof,<sup>235</sup> an der auch Cordemann teilnahm, erfuhren sie, daß Hitler nach Weimar gefahren war. Damit war die Verhandlung mit Schleicher geplatzt.

Die Gründe für diese plötzliche Reisezieländerung, an deren Tatsache nicht zu rütteln ist,<sup>236</sup> sind völlig unbekannt. Ob Hitler kurzfristig neue Informationen oder Angebote von irgendeiner Seite zugespielt wurden, wissen wir nicht. Offenbar ist jedoch Hitlers Depressionsphase, aus der heraus er mit der Zustimmung zur Straßer-Schleicher-Lösung gespielt hatte, plötzlich überwunden gewesen. Vielleicht war sie gerade dadurch überwunden worden, daß er Straßer eine halbe Zustimmung, wenn auch unter dem Vorbehalt der persönlichen Abschlußverhandlung, gegeben und ihn die nun wieder einsetzende Aktivität aufgeweckt und zur instinktiven Erkenntnis gebracht hatte, daß eine solche Lösung mit großer Wahrscheinlichkeit sein endgültiges Ausscheiden aus der Politik bedeuten mußte. Außerdem ist anzunehmen, daß andere Personen dem Einfluß Straßers entgegenwirkten. Berndorff nennt drei mögliche Namen: Göring, Goebbels, Röhm.<sup>237</sup> Bei Goebbels ist ziemlich sicher, daß er an diesen Vorgängen nicht beteiligt war. Er befand sich im thüringischen Wahlkampf in Weimar und wurde von den Ereignissen nur kurz telegraphisch unterrichtet.<sup>238</sup> Über Röhm ist nichts bekannt. Zwar ist seine Abneigung gegen die Gruppe Straßer-Schulz erwiesen,<sup>239</sup> was einen Versuch zur Beeinflussung Hitlers gegen Straßer erklärlich machen würde, doch waren gerade in jenen Wochen Bemühungen um eine Vermittlung zwischen beiden im Gange, denen gegenüber sich Röhm nicht ablehnend verhielt.<sup>240</sup> Da auch Röhm aus eigenem Interesse an einem

---

<sup>233</sup> IfZ, ZS Cordemann; Wagener-Tagebuch, S. 2060 ff.

<sup>234</sup> IfZ, ZS Cordemann; Wagener-Tagebuch, S. 2062.

<sup>235</sup> Das Hotel „Excelsior“ war, ähnlich wie der „Kaiserhof“ für Hitler, Treffpunkt und auch Konferenzort für Straßer.

<sup>236</sup> Neben den Zeugen Cordemann, Etzdorf, Wagener berichtete auch die gesamte damalige Presse, wenn auch zum Teil mit recht blumigen Ausschmückungen, darüber. Auch Otto Straßer berichtet (30. Juni, Prag 1934, S. 35) darüber. Im Interview am 10. 4. 1971 bestätigt er dies. Seine Aussage geht ebenso wie die gleichlautende Aussage Dr. Hagerts vom 18. 5. 1971 auf direkte Erzählungen Gregor Straßers aus dem Jahre 1933 zurück. Auch Dietrich gibt diese geplante Berlinreise, wenn auch ungewollt, zu; Dietrich, a. a. O., S. 160 f.

<sup>237</sup> Berndorff, a. a. O., S. 212.

<sup>238</sup> Goebbels, a. a. O., S. 212.

<sup>239</sup> Siehe oben S. 80 f.

<sup>240</sup> Lüdecke, a. a. O., S. 444 ff.

Abkommen mit der Reichswehrführung nicht uninteressiert war, ist eine Intervention von seiner Seite unwahrscheinlich. Anders lagen die Dinge bei Göring. Er war über die Berliner Ereignisse – über den Stand der Regierungsverhandlungen zwischen Straßer und Schleicher – gut unterrichtet und glaubte sie so weit gediehen, daß er in letzter Minute durchzusetzen versuchte, als Minister in das Kabinett mit aufgenommen zu werden. Verunsichert durch die Fehlschläge des Jahres 1932, vor allem durch die Wahniederlagen der letzten Zeit, dachte wohl auch Göring, daß der Höhepunkt der NSDAP überschritten und es für ihn geboten sei, auf den abfahrenden Zug der neuen Regierung noch aufzuspringen, bevor es zu spät war. Jedenfalls berichten zwei Zeugen, daß ihnen Schleicher bzw. Bredow erzählt hätten, Göring sei zwischen dem 21. November und 1. Dezember bei Schleicher gewesen und habe ihn sozusagen mit „Tränen in den Augen angefleht“, ihn in sein neues Kabinett aufzunehmen.<sup>241</sup> Dies stimmt völlig mit Görings Verhalten am 1. Dezember in Weimar überein, als er Oberstleutnant Ott, dem Abgesandten Schleichers, erklärte, falls er, Göring, als Reichsluftfahrtminister ins Kabinett aufgenommen würde, werde er Hitler zu einer Einigung mit Schleicher bewegen können. Jedoch lehnte Schleicher, der von Görings Fähigkeiten wenig hielt, die Bitte Görings rigoros und endgültig ab. Die Interessen Görings sprachen jetzt eher dafür, ein Übereinkommen Hitler-Straßer-Schleicher wenigstens solange zu verhindern, bis er mit entsprechender Absicherung beteiligt war. In allen Erzählungen und Berichten über jene Nachtfahrt Hitlers heißt es denn auch, daß Göring Hitler mit dem Wagen von Berlin aus entgegengefahren sei und ihn in Jena aus dem Zuge geholt habe, um ihn nach Weimar zu bringen. Wenn das auch sicher theatralisch übertrieben ist, so ist es doch wahrscheinlich, daß Görings Einfluß Hitler von der Berlinreise abgehalten hat. Vielleicht geschah das telefonisch noch am Tage der Abreise, fest steht jedenfalls, daß der Entschluß Hitlers, nicht nach Berlin, sondern nach Weimar in den thüringischen Wahlkampf zu fahren, erst in letzter Minute vor der Zugabfahrt in München gefallen ist.<sup>242</sup> Was lag näher, als daß Göring dann nach Jena fuhr, wo der D-Zug nach Berlin hielt, um Hitler nach Weimar zu bringen; das würde die Presseberichte erklären. Bei einer so späten Entscheidung konnte natürlich niemand mehr verständigt werden, so daß er in Berlin vergeblich erwartet wurde. Auch der Begleiter, v. Zengen, schlief ruhig im Zug, ohne von der Umdisponierung etwas gemerkt zu haben. Lediglich Goebbels wurde noch am Abend des 29. November in Weimar telegraphisch verständigt und auf die Ankunft Hitlers vorbereitet.<sup>243</sup> Im Laufe des 30. November kamen dann auch noch Straßer und Frick in Weimar an. Im Hotel „Zum Elefanten“ fanden die

---

<sup>241</sup> IfZ, ZS Cordemann.

<sup>242</sup> Dietrich, a. a. O., S. 160.

<sup>243</sup> Goebbels, a. a. O., S. 212. Hier heißt es unter der Eintragung vom 30. 11. 1932, die aber nach obigen Überlegungen unter den 29. 11. 1932 gehört: „Abends spät kommt ein Telegramm vom Führer an. Man hat ihn nach Berlin gerufen. Er fährt aber nicht hin, er läßt General Schleicher warten und will gleich nach Weimar kommen, um in den thüringischen Wahlkampf einzugreifen. Jetzt ist das Verhandeln wieder zu Ende.“

entscheidenden „internen“ Verhandlungen zwischen den Parteiführern statt.<sup>244</sup> Straßer berichtete über die fast verzweifelte innere Lage der Partei<sup>245</sup> und riet erneut zum Übereinkommen mit Schleicher. Doch hat ihn vermutlich allenfalls Frick unterstützt. Straßer erlitt im engsten Kreis eine entscheidende Niederlage. Zwar wurde die Verhandlung am nächsten Tage fortgesetzt, wobei auch ein offizieller Vertreter Schleichers, Oberstleutnant Ott, erschien, jedoch änderte Hitler, von Goebbels und Göring bestärkt, seine Meinung nicht mehr. Näheres über Inhalt und Ablauf der so entscheidenden Verhandlungen ist, abgesehen von der Unterredung mit Ott,<sup>246</sup> nicht bekannt.<sup>247</sup> Schleicher blieb zwar mit Straßer in Kontakt, um nach einem Ausweg zu suchen, doch wurde er nun von Hindenburg unter Zeitdruck gesetzt, der auf jeden Fall wieder ein ordentliches Kabinett, d. h. kein Präsidialkabinett, haben wollte. Auch durch den Hinweis auf noch laufende Gespräche mit der NSDAP ließ Hindenburg sich nicht mehr zu einem weiteren Aufschub bewegen. Noch am Abend des 1. Dezember betraute er v. Papen erneut mit der Regierungsbildung. Doch stieß Papen bei der überwiegenden Mehrheit des alten, noch geschäftsführenden Kabinetts auf eine so starke Ablehnung, daß er den Auftrag zur Regierungsbildung am nächsten Tag an Hindenburg zurückgab, der daraufhin Schleicher zum Reichskanzler ernannte. Das Kabinett blieb weitgehend unverändert. Die einzige wichtige Neuerung in der Regierung bestand darin, daß ein Reichskommissariat für Arbeitsbeschaffung gebildet und zu seinem Leiter Gereke ernannt wurde.<sup>248</sup> Damit war institutionell und personell dokumentiert, wo das Gewicht der Regierungsarbeit künftig liegen sollte. Hier ist noch eine Wirkung der Verhandlungen zwischen Straßer und Schleicher zu erkennen, deren Idee einer Gewerkschaftsachse auch im Mitarbeiterstab Gerekes deutlich wurde. Als Referenten traten in sein Amt ein: Dr. Herpel,<sup>249</sup> Cordemann (NSDAP), Gebhardt (Reichsbanner), Furtwängler (ADGB) und Eckstein (Stahlhelm).<sup>250</sup> Mit Cordemann war doch noch ein Mitglied der NSDAP, und zwar immerhin der Leiter des Berliner Büros der wirtschaftspolitischen Abteilung der ROL, Mitarbeiter der Regierung Schleicher geworden.<sup>251</sup> Gregor Straßer spielte seit seiner Weimarer Niederlage mit dem Gedanken an Rücktritt. Er besprach mit politischen Freunden in den nächsten Tagen verschiedene Entwürfe eines Rücktrittsschreibens an Hitler, und zwar unter anderem mit Funk,<sup>252</sup>

<sup>244</sup> VB, 2. Dezember 1932.

<sup>245</sup> Goebbels, a. a. O., S. 212: Straßer male „die Situation in der Partei schwarz in schwarz. Es kommt da ein Pessimismus zum Vorschein, den wir nie für möglich gehalten hätten“.

<sup>246</sup> IfZ, ZS 279; vgl. Vogelsang, a. a. O., S. 330.

<sup>247</sup> Gregor Straßers Bruder, Pater Bernhard Straßer, berichtet über die Weimarer Verhandlungen, daß ihm Gregor erzählt habe, es habe ein Angebot eines Vertreters einer Großbank vorgelegen, die finanzielle Situation der Partei zu verbessern. Es ist hierfür aber sonst kein Anzeichen zu bemerken.

<sup>248</sup> Gereke, a. a. O., S. 211 ff.

<sup>249</sup> Siehe oben S. 97.

<sup>250</sup> Bericht Walther v. Etdorf vom 26. 12. 1932, IfZ, ZS 1926; Gereke, a. a. O., S. 216.

<sup>251</sup> Personalakte Cordemann, BDC.

<sup>252</sup> Auskunft Horst Walter v. 18. 11. 1971.

Heinrichsbauer,<sup>253</sup> Schulz,<sup>254</sup> Reupke<sup>255</sup> und Elbrechter.<sup>256</sup> Auch Brüning berichtet, daß Straßer bei einem Treffen, allerdings wohl schon einige Tage früher, ungewöhnlich bedrückt und niedergeschlagen gewesen sei.<sup>257</sup> Doch hatte er noch keineswegs aufgegeben und wollte auf jeden Fall eine letzte Anstrengung machen, um Hitler für einen Kompromiß mit Schleicher zu gewinnen.<sup>258</sup> Bei den Gemeindewahlen in Thüringen vom 4. Dezember 1932 verlor die NSDAP rund 40% ihrer Anhänger vom Sommer.<sup>259</sup> Die Lage sah katastrophal aus. Straßer war in seinen pessimistischen Voraussagen der letzten Wochen voll bestätigt, wenn nicht sogar noch übertroffen worden. Die Unsicherheit in der Partei nahm deutlich zu. Auf der Reichsführertagung vom 4. und 5. Dezember 1932 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, bei denen Straßer keineswegs so eindeutig verlor wie am 30. November 1932. Am Abend des 4. Dezember traf er sich noch einmal mit Schleicher. Er glaubte jetzt, daß er sich mit seiner Meinung in der NSDAP durchsetzen würde, der ohnehin schon viele Führer und auch Mitglieder der Reichstagsfraktion anhängen. Schleicher bot ihm nochmals den Vizekanzlerposten an, und Straßer akzeptierte grundsätzlich.<sup>260</sup> Am zweiten Tag der Reichsführerkonferenz konnte Straßer Hitler, der offensichtlich wieder unsicher zu werden begann, darauf festlegen, eine Besichtigung der wichtigsten Landesinspektionen und Gaue in den nächsten zwei Wochen vorzunehmen.<sup>261</sup> Straßer wollte offenbar den desolaten Zustand der PO und vor allem auch die stark verunsicherten regionalen Führungsgruppen vorführen, um Hitler endgültig zu überzeugen.<sup>262</sup> Diese Aktion hatte Straßer schon vor Weimar vorbereitet. Am 28. November hatte er durch Anordnung Nr. 14 alle Landesinspektoren verpflichtet, im Laufe des Monats Dezember in ihren Gauen Gauamtswalter-Tagungen durchzuführen.<sup>263</sup> Die Termine der Tagungen mußten umgehend der ROL gemeldet werden. Schon am 6. Dezember konnte er diese Termine für alle Gaue bekanntgeben. Er selbst und Hitler sollten in den wichtigsten Orten sprechen, die restlichen Gaue von den Reichsinspektoren besucht werden. Am Vormittag des 8. Dezember besprach sich Gregor Straßer mit Walter Funk.<sup>264</sup> Nachdem er in den letzten Wochen mit Rücktrittsabsichten gespielt und darüber mit seinen Freunden und Beratern diskutiert hatte,<sup>265</sup> sagte er Funk an diesem Morgen,

---

<sup>253</sup> Auskunft Heinrichsbauer v. 3. 11. 1971.

<sup>254</sup> Personalakte Lübbert, BDC.

<sup>255</sup> Personalakte Reupke, BDC.

<sup>256</sup> Elbrechter-Nachlaß.

<sup>257</sup> Brüning, a. a. O., S. 633f.

<sup>258</sup> Orlow, a. a. O., S. 290f.

<sup>259</sup> Goebbels, a. a. O., S. 217f.; Orlow, a. a. O., S. 289.

<sup>260</sup> Goebbels, a. a. O., S. 216; Orlow, a. a. O., S. 290.

<sup>261</sup> Termine der vorgesehenen Gauamtswaltertagungen im BA, NS 22/348 und NS 26/351.

<sup>262</sup> Orlow, a. a. O., S. 291.

<sup>263</sup> Anordnung vom 28. 11. 1932, BA, NS 22/348.

<sup>264</sup> Auskunft Horst Walter v. 18. 11. 1971.

<sup>265</sup> Nachweislich hat er den Rücktritt besprochen mit Funk, Schulz, Elbrechter, Reupke, Vollmuth, evtl. auch mit Reventlow.

daß er sich jetzt endgültig durchgerungen habe. Funk versuchte zwar, ähnlich wie Schulz, ihn davon abzubringen, jedoch ohne Erfolg. Schließlich schickte Funk seinen Sekretär zu Straßer ins Hotel „Excelsior“.<sup>266</sup> Dort diktierte Straßer dem Sekretär Funks einen kurzen Rücktrittsbrief an Adolf Hitler und schickte ihn mit dem Brief ins Hotel „Kaiserhof“, wo er ihn Hitler persönlich aushändigen sollte. Damit war die erste Bombe geplatzt!<sup>267</sup>

Der überbrachte Rücktrittsbrief ist nicht erhalten. Wohl aber befindet sich im Nachlaß von Straßers Stellvertreter Schulz ein handschriftlicher Entwurf des Schreibens,<sup>268</sup> in dem Straßer für seinen Rücktritt drei Gründe anführt: Erstens warf er Hitler vor, sich noch immer gegen die Neuorganisation der NSDAP und deren Weiterentwicklung zu wenden, obwohl gerade wegen der augenblicklichen „politischen Verhältnisse und des inneren Zustandes der Bewegung straffste, autoritative Führung allergrößte Notwendigkeit“ sei; wenn Hitler sich hinter seinem, Straßers, Rücken in die Organisation destruktiv einmische, könne er, Straßer, die Folgen nicht verantworten.<sup>269</sup> Zweitens stellte er fest, daß seiner Auffassung nach die NSDAP nicht in erster Linie „eine zur Religion werdende Weltanschauung ist, sondern eine Kampfbewegung, die die Macht im Staate in jeder Möglichkeit anstreben muß, um den Staat zur Erfüllung seiner nationalsozialistischen Aufgabe und zur Durchführung des deutschen Sozialismus in allen seinen Konsequenzen fähig zu machen“. Drittens wandte er sich gegen „die brachiale Auseinandersetzung mit dem Marxismus“, die nicht zum „Mittelpunkt der innenpolitischen Aufgabe“ werden dürfe. Vielmehr müsse es das Ziel sein, „eine große, breite Front der schaffenden Menschen zu bilden und sie an den neu geschaffenen Staat heranzubringen“. Den Gedanken, man könne aus der momentanen Ausweglosigkeit der Partei doch herauskommen indem man ein künstlich erzeugtes „Chaos zur Schicksalsstunde der Partei“ zu machen hoffe, halte er für „falsch, gefährlich und nicht im gesamtdeutschen Interesse liegend“. Zum Schluß versicherte er, daß er „ohne persönlichen Groll in die Reihe der einfachen Parteigenossen“ zurücktreten werde. Er sei immer Nationalsozialist gewesen und werde es auch immer bleiben. Auf jeden Fall werde er niemals Kristallisationspunkt irgendeiner Oppositionsbewegung werden, und um auch keine entsprechenden Spekulationen aufkommen zu lassen, werde er sofort ohne weitere Erklärungen in der Presse oder sonstige Verlautbarungen für einige Zeit ins Ausland gehen.

---

<sup>266</sup> Auskunft Horst Walter v. 18. 11. 1971; Wagener-Tagebuch, S. 2098.

<sup>267</sup> Goebbels, a. a. O., S. 218f.

<sup>268</sup> Laut Aussage von Horst Walter, des Sekretärs von Funk, der den Brief auf der Schreibmaschine tippte, hatte Straßer einen fertigen Briefentwurf bei sich, den er ihm diktierte. An den Inhalt kann sich Walter nicht mehr genau erinnern, er weiß aber sicher, daß es nur etwa 10–15 Zeilen waren. Da der gefundene Brief wesentlich länger und ebenfalls vom 8. Dezember datiert ist, handelt es sich hierbei wahrscheinlich um einen Entwurf, den Straßer Schulz am Vortage oder frühen Morgen des 8. Dezember zur Absprache vorgelegt hat, während er später dem Sekretär Walter ein wesentlich knapperes Schreiben diktierte.

<sup>269</sup> Personalakte Reupke, BDC.

Trotz der beruhigenden Schlußversicherung schlug Straßers Brief im „Kaiserhof“ bei Hitler und seinem Gefolge wie eine Bombe ein.<sup>270</sup> Die Bestürzung steigerte sich noch, als die Nachricht kam, daß Straßer die Landesinspektoren der NSDAP bei sich versammelt habe.<sup>271</sup> Bald darauf traf ein weiterer Rücktrittsbrief ein; er stammte von Gottfried Feder.<sup>272</sup> War dies der Beginn einer großen Parteirevolte? Zwar gelang es Hitler im Laufe des Nachmittags, die Landesinspektoren bei sich zu versammeln und sie durch eine große Rede zu beeinflussen,<sup>273</sup> doch wie lange würde die Wirkung anhalten? Den ganzen Abend und die ganze Nacht wartete der Kaiserhof auf neue Hiobsbotschaften. Vor allem wurde befürchtet, daß stündlich verkündet werden könnte, Straßer sei als Vizekanzler und Arbeitsminister in die Regierung Schleicher berufen worden – ein Signal für die an die Macht und in Staatspositionen drängende Partei.<sup>274</sup> Ley rief Hitler an und meldete, die Lage in der Partei werde von Stunde zu Stunde kritischer. Nachts um 2.00 Uhr hielt man im Kaiserhof die druckfrische „Tägliche Rundschau“ in den Händen. Sie meldete den bisher ängstlich geheimgehaltenen Rücktritt Straßers. Die Zeitung kannte auch die von Straßer angegebenen Gründe und stellte die These auf, nur dann, wenn Straßer anstelle Hitlers zum Führer der Bewegung gemacht werde, bestehe die Möglichkeit, die NS-Bewegung aus ihrer heillosen Verwirrung wieder herauszuführen.<sup>275</sup> Diese Meldung mußte Hitler als das Fanal Straßers zum Abfall erscheinen.<sup>276</sup> Die Parteispitze war erschüttert. Hitler selbst wanderte die Nacht über ruhelos in seinem Hotelzimmer auf und ab und drohte: „Wenn die Partei einmal zerfällt, dann mache ich in 3 Minuten mit der Pistole Schluß.“<sup>277</sup> Goebbels und andere blieben die ganze Nacht bei ihm im Zimmer, um ihn aufrecht zu halten. Er war tief demoralisiert. Es drängten sich Parallelen zu Hitlers Verhalten nach dem Tode Geli Rabauls auf, als Straßer die Nacht über bei ihm geblieben war, um ihn aufzurichten und ihn von den angeordneten Selbstmordabsichten abzubringen.<sup>278</sup>

Für Hitler stellte sich damals die auch für die heutige Betrachtung wichtige Frage: „Wie groß ist der Anhang Straßers in der Parteiorganisation?“ Im Rückblick ist die Frage aber kaum noch zu beantworten. Das hängt auch mit der Art des Bruches zwischen Hitler und Straßer zusammen. Hitler hätte Straßer damals nicht mehr so ohne weiteres entlassen und sich dabei vor den Augen von Führung und Gefolgschaft der NS-Bewegung ins Unrecht setzen können. In einem solchen Falle wäre

---

<sup>270</sup> Goebbels, a. a. O., S. 218; Wagener-Tagebuch, S. 2086 ff.

<sup>271</sup> Lohse-Bericht, S. 23 ff., IfZ, ZS 265.

<sup>272</sup> Wagener-Tagebuch, S. 2088 f.; Feder-Tagebuch (Im Besitz der Familie).

<sup>273</sup> Lohse-Bericht, S. 30; Goebbels, a. a. O., S. 219.

<sup>274</sup> Wagener-Tagebuch, S. 2089, 2097.

<sup>275</sup> Tägliche Rundschau, 9. 12. 1932; Goebbels, a. a. O., S. 219.

<sup>276</sup> Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß diese Meldung nicht von Straßer in der „T. R.“ lanciert wurde, sondern daß sie von Elbrechter stammte, der an der Vorbereitung des Rücktrittsbriefes beteiligt war.

<sup>277</sup> Goebbels, a. a. O., S. 220.

<sup>278</sup> Auskunft Otto Straßer v. 10. 4. 1971; Orlow, a. a. O., S. 292.

wohl ein großer Teil der Organisation bei Straßer geblieben. Die Sorge Hitlers, sich ja nicht ins Unrecht zu setzen, wird in seiner Rede vor den Inspektoren deutlich, denen er versicherte, er habe Straßer immer voll vertraut und ihn vor jedem anderen hervorgehoben und mit besonderer Macht und besonderem Einfluß versehen.<sup>279</sup> Anders lagen die Dinge, wenn Straßer von sich aus zurücktrat und keine klaren Gründe erkennbar waren. Straßers Anhänger warteten zumindest auf ein Zeichen, was er vorhabe und wie es weitergehen solle. Dabei hätte Straßer verständlich machen müssen, daß sein Weg eher als die „Hitlersche Sturheit“ des „Alles-oder-Nichts“ zur Teilhabe an der Macht führe. Die Partei wollte aus der Opposition heraus, die Früchte des jahrelangen Kampfes genießen und die nationalsozialistischen Ideen in die Wirklichkeit umsetzen. Wenn Gregor Straßer eine Möglichkeit dazu aufgezeigt hätte, wäre es sicherlich zu einer Spaltung der NSDAP gekommen, und die Straßergruppe, zunächst wohl Minderheit, hätte bei einer erfolgreichen Politik durchaus die Chance haben können, im Laufe der nächsten Monate Mehrheit zu werden. Das Dissidentenpotential läßt sich allerdings kaum in Zahlen und Namen fassen. Wir sind weitgehend auf Vermutungen angewiesen. Immerhin schieden mit Straßer aus der Spitze der ROL Hauptstabsleiter Dr. Glaser, sein 1. Adjutant Vollmuth und sein Stellvertreter Reichsinspekteur Schulz aus. Prominente Mitwisser seiner Überlegungen waren Dr. Walther Funk,<sup>280</sup> Gottfried Feder<sup>281</sup> und Dr. Wilhelm Frick.<sup>282</sup> Cordemann hatte ihm schon lange zum Abfall von Hitler geraten.<sup>283</sup> Mit Dr. Rudolf Buttmann, Leiter der Abteilung Volksbildung und Vorsitzender der bayerischen NS-Landtagsfraktion, war er aufs engste befreundet. Offensichtlich deckte sich auch ihr Urteil über die innerparteilichen Mißstände.<sup>284</sup> Auch von der Mehrzahl seiner ROL-Mitarbeiter am Arbeitsbeschaffungsprogramm darf angenommen werden, daß sie mit ihm gegangen wären, falls er als Regierungsmitglied begonnen hätte, das Programm zu verwirklichen. Das gilt vor allem für Fritz Reinhardt, Werner Daitz, Herrmann Tholens, Bernhard Köhler, Dr. Arthur R. Herrmann und Dr. Th. A. v. Rentelen.<sup>285</sup> Ähnlich darf die Situation bei der Hauptabteilung VI (NSBO) beurteilt werden. Hier war Straßer zum Idol geworden, und gerade sein Arbeitsbeschaffungsprogramm zum Hauptziel dieser ständig wachsenden Organisation. Besonders wichtig war natürlich das Verhalten der Reichstagsfraktion. Nach Schätzung von Zeitgenossen waren von den 196 NS-Abgeordneten etwa 60 bis 100 Abgeordnete bereit, bei einem offenen Bruch mit Straßer zu gehen.<sup>286</sup> Nachzu-

---

<sup>279</sup> Lohse-Bericht, S. 23 ff.

<sup>280</sup> Heinrichsbauer, a. a. O., S. 42; Auskunft Heinrichsbauer v. 3. 11. 1971; Auskunft Walter v. 18. 11. 1971.

<sup>281</sup> Wagener-Tagebuch, S. 2089; Feder-Tagebuch.

<sup>282</sup> Ebenda.

<sup>283</sup> Siehe oben S. 163.

<sup>284</sup> Buttmann-Nachlaß (im Besitz der Familie).

<sup>285</sup> Tyrell, a. a. O., S. 365 ff.

<sup>286</sup> Otto Straßer, Exil, München 1958, S. 65; Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 244; Wörtz, a. a. O., S. 228; Vogelsang, a. a. O., S. 342.

prüfen sind diese Zahlen nicht, sie sind aber wahrscheinlich. Neben Straßer selbst wurden bereits die Abgeordneten Frick, Funk und Feder erwähnt. Als im Sinne Straßers sicher konnten der prominente Graf Ernst zu Reventlow,<sup>287</sup> der Verbindungsmann zum DHV Stöhr,<sup>288</sup> der hessische Gauleiter Lenz,<sup>289</sup> der fränkische SA-Führer Stegmann,<sup>290</sup> der schlesische Gauleiter Brückner<sup>291</sup> und der Gauleiter der Rheinpfalz Josef Bürckel gelten.<sup>292</sup> Ferner durften noch folgende Gauleiter und Reichstagsabgeordnete zur Straßer-Gruppe gerechnet werden: Karl Kaufmann, Erich Koch, Friedrich Hildebrandt, Bernhard Rust, Carl Röver, Josef Wagner,<sup>293</sup> Karpenstein<sup>294</sup> und Karl Linder.<sup>295</sup> Oberst Hierl, den Straßer in seinem Rücktrittsbrief Hitler als Nachfolger vorschlug, war offensichtlich auch in der letzten Phase mit den Straßerschen Plänen vertraut gewesen und wird mit ihm grundsätzlich übereingestimmt haben.<sup>296</sup> Auch ist an Hinkel, Straßers Freund aus Zeiten des Kampfverlages, zu denken,<sup>297</sup> ferner an den Leiter der NSBO Walter Schumann<sup>298</sup> und die Reichstagsabgeordneten Wilhelm Börger,<sup>299</sup> Fritz Kern,<sup>300</sup> Fritz Kiehn<sup>301</sup> und Nikolaus Selzner.<sup>302</sup> Als weitere prominente NS-Mitglieder, die offenbar zu den Straßer-Anhängern zu zählen sind, müssen noch die Gauleiter Wilhelm Kube,<sup>303</sup> gleichzeitig NS-Fraktions-Vorsitzender im Preußischen Landtag, Karl Wahl aus Augsburg<sup>304</sup> und Dr. Ernst Schlange aus Brandenburg<sup>305</sup> genannt werden. Noch mehr Namen von Gauleitern aufzuführen, wäre reine Spekulation, doch darf davon ausgegangen werden, daß noch etliche Straßer anhängen. Nach Mitteilung des Gauleiters Kaufmann war am 7./8. Dezember die Mehrheit der Gauleiter bereit, eine Namensliste zugunsten Straßers zu unterschreiben, um dessen Stellung gegen Hitler zu stützen

---

<sup>287</sup> Personalakte Reventlow, BDC.

<sup>288</sup> Krebs, a. a. O., S. 190; Vogelsang, a. a. O., S. 342.

<sup>289</sup> Personalakte Lenz, BDC.

<sup>290</sup> Siehe unten S. 182.

<sup>291</sup> Personalakte Brückner, BDC.

<sup>292</sup> Personalakte Bürckel, BDC.

<sup>293</sup> Krebs, a. a. O., S. 192.

<sup>294</sup> Aussage Mdr Schwickart in Personalakte Bürckel, BDC.

<sup>295</sup> Karl Linder, Gauleiter von Hessen-Nassau-Süd vom 17. 8. 1932–31. 12. 1932. Personalakte Linder, BDC.

<sup>296</sup> Siehe Anhang.

<sup>297</sup> Briefwechsel Straßer-Hinkel, BA, Slg. Schumacher/319; Brief Reupke an Straßer vom 9. 12. 1932, Personalakte Reupke, BDC.

<sup>298</sup> Tyrell, a. a. O., S. 368.

<sup>299</sup> Briefwechsel Straßer-Berger, BA, Slg. Schumacher/319; Aussage Ehefrau vom 20. 8. 1971.

<sup>300</sup> Personalakte Lenz, BDC.

<sup>301</sup> Personalakte Kiehn, BDC.

<sup>302</sup> Personalakte Bürckel, BDC.

<sup>303</sup> Vogelsang, a. a. O., S. 342.

<sup>304</sup> Auskunft Otto Straßer v. 10. 4. 1971; Karl Wahl, Es ist das deutsche Herz, Augsburg 1954, S. 165, 177 ff.

<sup>305</sup> Auskunft Otto Straßer v. 10. 4. 1971.

und sein Ausscheiden zu verhindern.<sup>306</sup> Doch die Ängste und Sorgen, die sich Hitler und seine Umgebung an jenem 8. Dezember 1932 und an den folgenden Tagen machten, entbehrten jeder Grundlage, ebenso die Erwartungen Schleichers und der gegnerischen Presse, die am 9. Dezember die Ereignisse um Straßer als den beginnenden Zerfall der NSDAP bezeichnete. Gregor Straßer wollte kein Zeichen für einen Machtkampf innerhalb der NSDAP setzen und keine Anti-Hitler-Opposition aufbauen, sein Rücktritt war das Ergebnis persönlicher Resignation.<sup>307</sup>

Er war der eigentliche Organisator der Partei gewesen, immer berstend vor Energie und ständig aktiv. Ob er im Wahlkampf als Redner von einer Versammlung zur anderen eilte, zwischendurch im Zug oder Wagen Konferenzen abhaltend, ob er bei Saalschlachten selbst mit Hand anlegte oder in geheimen Gesprächen und Verhandlungen mit den Vertretern der staatlichen Autorität und der Industrie konferierte, ob er zusammen mit seinem Mitarbeiterstab ein Wirtschaftsprogramm entwickelte, nie hatte er Ermüdungserscheinungen gezeigt. Jetzt, vierzig Jahre alt, auf dem Höhepunkt seiner Macht in der NSDAP, resignierte er gerade dann, als er für einen kurzen historischen Augenblick die Geschicke Deutschlands in den Händen hielt.<sup>308</sup> Sicher war er durch einen „Paladin-Komplex“ an Hitler gebunden:<sup>309</sup> dem „Mythos Hitler“ hatte er sich, anders etwa als sein Bruder Otto Straßer oder Stennes, nicht entziehen können.<sup>310</sup> Obgleich überzeugt, daß die Dinge falsch liefen, war er daher persönlich nicht in der Lage, aktiv gegen eine Hitlersche NSDAP zu arbeiten. Doch erklärt dies allein noch nicht die totale Änderung seiner Verhaltensweise. Er kam nie mehr aus seiner resignativen Haltung heraus. Auch als er im Januar 1933 wieder die politische Bühne zu betreten begann, geschah dies in merkwürdig unentschlossener Haltung. Er, der eben noch die Millionen der NSDAP organisiert und angetrieben hatte, ließ sich jetzt apathisch auf der politischen Bühne hin und her schieben. Alle Aktivität ging jetzt von den ihm verbliebenen politischen Ratgebern aus, etwa von Elbrechter und Reupke.<sup>311</sup> Wer ihm später begegnete, bezeugte, daß er kaum wiederzuerkennen war, einen schwer deprimierten und uninteressierten Eindruck machte und allen Kontakten, auch persönlichen, möglichst auswich.<sup>312</sup>

Es ist unmöglich, eine Art von Psychogramm aufzustellen, das diese Persönlichkeitsentwicklung erklären könnte. Trotzdem soll auf einige Punkte hingewiesen werden, die Straßers Entwicklung immerhin verständlich machen. Das aufregende und ar-

---

<sup>306</sup> Aufzeichnung, die auf Karl Kaufmann zurückgeht (Nachlaß Elbrechter). Wagener-Tagebuch, S. 2098: „16 Gauleiter hatten Straßer bereits ihre Gefolgschaft zugesagt.“

<sup>307</sup> Orlow, a. a. O., S. 291.

<sup>308</sup> Fest, a. a. O., S. 493.

<sup>309</sup> Paetel, a. a. O., S. 210; Orlow, a. a. O., S. 291.

<sup>310</sup> Ebenda. Otto Straßer bezeichnet ihn als „legalen Rebell“ (Auskunft Otto Straßer v. 10. 4. 1971).

<sup>311</sup> Siehe oben S. 190ff.

<sup>312</sup> Auskunft Hagert v. 18. 5. 1971; Auskunft Cordemann v. 8. 9. 1971; Auskunft Frauendorf v. 7. 8. 1971. In Briefen an Elbrechter vom 13. 2. 1933 und 21. 3. 1933 kündigt er seine Ankunft in Berlin an, jeweils mit dem Vermerk, er wolle „am liebsten niemand“ sprechen (Elbrechter-Nachlaß).

beitsreiche Jahr 1932 hat wie bei allen NS-Führern<sup>313</sup> so auch bei Straßer einen psychischen Erschöpfungszustand verursacht, der leicht in eine resignative Haltung umschlagen konnte. Straßer war aber auch, und zwar in dem Maße, in dem er gesellschaftliche Anerkennung fand und unter bürgerlich-konservativen Einfluß kam, in einen inneren Konflikt zur „brachialen“ Gewalt des staatszerstörenden Straßenterrors der eigenen Partei und SA geraten; schließlich konnte er diesen Widerspruch in sich nicht mehr austragen.<sup>314</sup> Außerdem gab es gewichtige Momente in der privaten Sphäre. Seine Ehe, in der es wohl seit der Geburt der Zwillingssöhne am 7. Dezember 1920 große Schwierigkeiten gegeben hatte, bestand zum Schluß nur noch formal, doch bemühte er sich immer, den Schein nach außen zu erhalten. Am 7. Januar 1931 hatte der begeisterte Skifahrer einen schweren Skiunfall in Oberstaufen,<sup>315</sup> bei dem er sich einen Rückenwirbel brach. Erst nach drei Monaten konnte er das Krankenhaus verlassen, ohne allerdings frei von Beschwerden zu sein. Diese Schmerzen verfolgten ihn die weiteren Jahre trotz fortgesetzter ärztlicher Behandlung;<sup>316</sup> stets mußte der ehemals aktive Sportler einen Stock bei sich tragen.<sup>317</sup> Außerdem war er Diabetiker.<sup>318</sup> Die schwere Stoffwechselerkrankung, die mit damaligen medizinischen Methoden nicht ausreichend behandelt werden konnte, mußte ihn dauernd belasten, und gerade für einen nicht eingestellten Diabetiker können eine gewisse Lethargie und Inaktivität typisch sein.

Straßer selbst verbrachte den Nachmittag und Abend des 8. Dezember mit einigen persönlichen Vertrauten im Hotel Excelsior. Etliche führende Parteigenossen, an ihrer Spitze Gauleiter Rust, suchten ihn dort auf, um ihn umzustimmen, doch Straßer lehnte ab.<sup>319</sup> Am nächsten Morgen setzte er sich in den Zug und fuhr nach München zu seiner Familie;<sup>320</sup> von da aus reiste er nach Tirol in Ferien und kam erst unmittelbar vor Weihnachten zurück.<sup>321</sup> Er war damit zunächst für alle Freunde, Mitarbeiter und sonst an ihm Interessierten nicht auffindbar.<sup>322</sup>

Hitler gab eine vorsichtig formulierte Presseerklärung ab: „Pg Gregor Straßer tritt mit Genehmigung des Führers einen Krankheitsurlaub von 3 Wochen an. Alle weiteren daran geknüpften Gründe und Kombinationen sind unzutreffend und entbehren jeglicher Grundlage.“<sup>323</sup>

---

<sup>313</sup> Goebbels, a. a. O., S. 196, 209, 218.

<sup>314</sup> Schulz-Memorandum, Rücktrittsbrief Straßers, siehe Anhang.

<sup>315</sup> VB, 10. 1. 1931.

<sup>316</sup> Auskunft Frauendorfer v. 7. 8. 1971.

<sup>317</sup> VB, 20./21. 11. 1932, siehe Bild auf der Titelseite.

<sup>318</sup> Krebs, a. a. O., S. 183. Auskunft Pater Bernhard Straßer v. 16. 8. 1972.

<sup>319</sup> Lohse-Bericht S. 33.

<sup>320</sup> Der sächsische NS-Landtagsabgeordnete Studentkowski traf Straßer am Morgen des 9. Dezember 1932 in Berlin auf dem Bahnhof und trug ihm dort ein Anliegen vor, das Straßer ihn schriftlich einzusenden bat, da er jetzt in Erholung fahre. BA, NS 26/351.

<sup>321</sup> Auskunft Otto Straßer v. 10. 4. 1971.

<sup>322</sup> Ihn zu finden, versuchte z. B. Kaufmann mit den Unterschriften der Gauleiter Habermann und Bechly vom DHV (Elbrechter Nachlaß).

<sup>323</sup> VB, 10. 12. 1932; vgl. Lohse-Bericht, S. 33.

## VI. Nach Straßers Rücktritt

### 1. Änderung der Parteiorganisation

Am 9. Dezember 1932,<sup>1</sup> also bereits am Tage nach Straßers Ausscheiden aus seinen Parteiämtern, übernahm aber Hitler selbst die Leitung der Reichsorganisationsabteilung. Zu seinem Stellvertreter und damit zum eigentlichen Leiter der ROL machte er den bisherigen Reichsinspekteur Ley mit dem neuen Titel eines Stabsleiters der PO. Eiligst begann Hitler Straßers Machtapparat zu zerschlagen, wobei er allerdings vorsichtig bemüht blieb, nicht direkt Stellung gegen Straßer zu beziehen; er erwähnte nicht einmal seinen Namen. Die von Hitler vorgenommene Umstrukturierung betraf einmal die vertikale Gliederung der Partei, zum anderen die Ressorts der ROL. In vier verschiedenen Verfügungen vom 14. und 15. Dezember 1932, die im VB veröffentlicht wurden, gab Hitler die Neugliederung der Partei bekannt.<sup>2</sup> Intern erläuterte er seine Anordnungen noch in einer zweiteiligen Denkschrift vom 15. und 20. Dezember 1932.<sup>3</sup>

Zunächst wurden die Reichsinspektionen abgeschafft, was personell insofern unproblematisch war, als Reichsinspekteur II Ley durch die Neuorganisation zum Stabsleiter, d. h. praktisch zum Nachfolger Straßers aufrückte. Die Landesinspektoren sollten alle in ihre früheren Gauleitungen zurückkehren und erhielten die Stellung eines Kommissars für das Gebiet ihrer ehemaligen Landesinspektion. Soweit bereits unter Straßer Nachfolger für die zu Landesinspektoren beförderten Gauleiter ernannt worden waren, kam es sicherlich zu Schwierigkeiten, mußten doch die neuerannten Gauleiter ihre Posten für die nun zurückkehrenden Landesinspektoren wieder räumen. Jedoch waren sie in ihren Stellungen noch zu neu und ungefestigt, als daß sie größeren Widerstand hätten leisten können. Von den hier wichtigen vier Fällen ist lediglich einer in den Akten zu verfolgen, und zwar der Fall Sprenger – Linder. Nachdem Sprenger im Juni 1932 zum Landesinspekteur ernannt worden war, wurde sein stellvertretender Gauleiter Karl Linder nach einigen Querelen am 17. August 1932 von Straßer zum Gauleiter Hessen-Nassau bestellt. Jetzt mußte er den Platz wieder räumen. Ohne daß die Gründe ersichtlich sind, trat er aber erst am 31. Dezember 1932 zurück und übernahm wieder die Stellung des stellvertretenden Gauleiters. Offenbar zur endgültigen Bereinigung wurde er am 12. März 1933 zum Bürgermeister der Stadt Frankfurt a. Main ernannt.<sup>4</sup> Ein Sonderfall war der Landes-

---

<sup>1</sup> VB, 11./12. 12. 1932.

<sup>2</sup> VB, 16. u. 17. 12. 1932.

<sup>3</sup> Denkschrift über die inneren Gründe für die Verfügungen zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung: Teil I v. 15. 12. 1932 (BA, NS 22/110), Teil II v. 20. 12. 1932 (BA, NS 22/356).

<sup>4</sup> Personalakte Linder, BDC.

inspekteur West, Heinz Haake: Da er vorher keinen eigenen Gau gehabt hatte, konnte er auch jetzt keine Gauleiterposition zurückbekommen. Er wurde zum Kommissar – West ernannt und gleichzeitig dem Stabsleiter Ley zur besonderen Verfügung gestellt.

Zu den Aufgaben eines Kommissars ordnete Hitler an: „Die kommissarische Tätigkeit findet nur statt auf Anordnung der Reichsleitung bzw. in meinem Auftrage oder im Auftrage des Stabsleiters der PO.“ In der internen Denkschrift ging Hitler ausführlich auf die Stellungen der Gauleiter und der Kommissare ein. Den Gauleitern wurde eine Immediatstellung bei Hitler zugesichert. Klar und deutlich erklärte er, daß die Gauleiter nicht, wie alle anderen Amtswalter der Partei, der ROL, sondern allein dem Führer unterständen. „Der Gauleiter ist in seinem Bereich der Repräsentant der Bewegung. Er wird dieser Aufgabe um so mehr nachkommen können, je mehr in der Organisation selbst die Bedeutung seiner Stellung zum Ausdruck kommt.“ Die Bedeutung der Stellung sollte nach den Worten Hitlers gerade darin ihren Ausdruck finden, daß keine Zwischeninstanz, wie etwa die früheren Landesinspektionen, sie mehr von ihm, dem Führer, trennte. So sollten auch die Kommissare, wie die bisherigen Inspektoren nun genannt wurden, möglichst „selbst als Gauleiter in der Front der Bewegung verankert sein“. Der Titel sollte die Kommissare aus den übrigen Gauleitern nur insoweit herausheben, als er sie als besonders erfahrene und Hitler besonders ergebene Mitarbeiter auszeichnete. Eine Funktion war normalerweise nicht damit verbunden. Nur in besonderen Ausnahmefällen sollten die Kommissare als „Bevollmächtigte der Reichsleitung“ für kurze Zeit auf Aufforderung des Führers in die Nachbargaue eingreifen können, um dort etwaige kritische Situationen, etwa beim völligen Versagen eines Gauleiters, auffangen zu können. Die Funktionslosigkeit der Kommissare zeigte sich auch darin, daß ihnen mit Ende des Monats Dezember 1932 der bis dahin für die Landesinspektoren gewährte Etat durch Reichsschatzmeister Schwarz gestrichen wurde. Nur Kommissar-West, Haake, erhielt weiter den bisherigen Etat, da er keine Gauleiterposition innehatte; von den übrigen heißt es lakonisch, daß sie „ihre Auslagen als Kommissare aus der Gaukasse decken“ müssen.<sup>5</sup>

Dann wandte sich Hitler dem großen „zentralen Organisationsapparat“ der ROL zu.<sup>6</sup> Wiederum ohne Straßer persönlich anzugreifen, kritisierte er den Apparat der ROL grundsätzlich. So polemisierte er gegen die Größe der ROL: „Es ist auch ein Irrtum anzunehmen, die Organisation wäre umso besser, je umfangreicher und gegliederter ihr Apparat in Erscheinung tritt.“ Auch einen Seitenhieb auf die Fachleute, die Straßer um sich versammelt hatte und die ihm bei der Ausarbeitung von programmatischen Aussagen, Reden oder Gesetzesvorlagen halfen, konnte sich Hitler nicht verkneifen: „Wissenschaftliche Forschungsinstitute auf mehr oder weniger abseits liegenden Gebieten gehören nicht in den politischen Organisationsapparat.“ An anderer Stelle sagte er: „Ganz besonders aber ist die Organisation der Partei

---

<sup>5</sup> Brief Ley an alle Kommissare v. 21. 12. 1932, BA, NS 22/7.

<sup>6</sup> Vgl. Anm. 3.

kein Betätigungsfeld für wissenschaftliche Experimente. Ob und welche technische revolutionäre Umwälzung die Partei einst durchführen wird, kann nicht in den Schreibstuben einer Organisationsabteilung entschieden werden. Denn dies hieße die Bewegung von ihrer weltanschaulichen Mission immer mehr entfernen und damit an die Stelle ihrer ewig richtigen weltanschaulichen Grundsätze ewig schwankende und unsichere wissenschaftliche Theorien setzen.“ Im einzelnen wurden folgende Veränderungen in der ROL verfügt:

1. Die Abteilung für Volksbildung, bisher eine Unterabteilung der Hauptabteilung III der ROL, wurde in die Reichspropagandaabteilung eingegliedert und Goebbels unterstellt, der damit eine wesentliche Abrundung seiner Kompetenzen auch im Hinblick auf sein späteres Ministerium erhielt.
2. Die innenpolitische Abteilung, bisher ebenfalls in der Hauptabteilung III, wurde der Rechtsabteilung zugeschlagen.
3. Der agrarpolitische Apparat, bisher Hauptabteilung V der ROL, wurde mit allen angeschlossenen Abteilungen als selbständige Reichsleitung dem Führer direkt unterstellt.
4. Die Wirtschaftspolitische Abteilung, bisher Hauptabteilung IV der ROL, wurde ebenso wie der Reichswirtschaftsrat aufgelöst.

Um einige Kompetenzen der alten ROL aufzufangen, rief Hitler eine politische Zentralkommission ins Leben, die unmittelbar dem Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, unterstand. Sie unterteilte sich wiederum in:

1. Kommission für Beratung und Überwachung der nationalsozialistischen parlamentarischen Arbeit in den Länderparlamenten und Kommunen; Vorsitzender Dr. Buttman
2. Kommission zur Überwachung der nationalsozialistischen Presse; Vorsitzender Dr. Dietrich
3. Kommission für Wirtschaftsfragen;  
Vorsitzender der Abteilung Wirtschaftspolitik, Funk  
Vorsitzender der Abteilung Arbeitsbeschaffung, Feder

Zu den der ROL unter Robert Ley verbliebenen Aufgaben bemerkte Hitler in seiner Denkschrift: „Es muß daher unser Ziel sein, das politische Organisationsamt (gemeint ist die ROL, der Verf.) auf seine wenigen sinngemäßen Aufgaben zu beschränken: 1. Personal-Politik (Personalamt, Führerkartothek), 2. Parteigliederung, 3. Parteischulung (nicht zu verwechseln mit den Aufgaben der Propaganda).“ Es blieb Ley also aus Straßers Machtapparat neben der NSBO bzw. später der DAF<sup>7</sup> im wesentlichen nur die Verwaltung der Partei und die Schulung der Funktionäre, wobei die Gauleiter grundsätzlich, da Hitler unmittelbar unterstellt, angenommen waren. Hitler hofierte die Gauleiter regelrecht, wenn er feststellte: „Es ist mein Wunsch und Wille, daß ihre Stellung in der Bewegung eine möglichst souveräne ist. Mögen sie sich aber auch selbst in der Partei als ebenso souveräne Repräsentanten der Partei fühlen und führen.“

---

<sup>7</sup> Hüttenberger, a. a. O., S. 131 ff.

Am Ende der Denkschrift hielt Hitler den Gauleitern und anderen führenden Männern der Parteispitze noch ein Ziel vor Augen, das sie sozusagen bei guter Führung erreichen könnten: den Parteisenat. Der kleine Senat sollte unter Hitlers Führung 24 Mitglieder haben, seine Aufgabe darin bestehen, „in Voll- und Teilsitzungen die gemeinsam berührenden wichtigen Parteifragen durchzusprechen und zu behandeln“. Daneben war an einen großen Parteisenat mit 64 Mitgliedern gedacht: „Durch ihn soll eine Anzahl der ältesten, treuesten und fähigsten Köpfe der Bewegung in unmittelbare Verbindung mit der obersten Parteileitung gebracht werden. Zu diesem großen Senat der Bewegung zu gehören, soll in Zukunft als größte Ehre der Bewegung empfunden und angesehen werden.“ Außerdem sollte dem großen Senat nach Hitlers Willen eine durchaus bedeutende Aufgabe zufallen. Er hielt die Bildung des großen Senats „schon deshalb für wichtig, damit im Falle meines Todes die Frage des neuen Führers der Partei nicht in einem wilden Kampf unter den Parteigenossen entschieden wird, sondern von dem Senate aus seine Entscheidung findet“.

## 2. Die Erschütterung in der NSDAP

Auf Grund der Neuorganisation der NSDAP notierte Goebbels bereits am 12. Dezember 1932 in seinem Tagebuch: „Straßer hat auf der ganzen Linie verloren.“<sup>8</sup> Daß dies jedoch etwas voreilig war, ließ er in weiteren Eintragungen erkennen. Vom 10. Dezember 1932 bis Anfang Januar 1933 verging kaum ein Tag, an dem er nicht von Amtswaltertagungen oder anderen parteiinternen Versammlungen zu berichten hatte, auf denen Hitler und er im gesamten Reichsgebiet die Parteifunktionäre über die Lage aufklären und dadurch von Straßer ablenken mußten.<sup>9</sup> In der Tat verlief die Krise völlig anders als vergleichbare frühere Erschütterungen der Partei. Sowohl in der Otto-Straßer-Krise von 1930 als auch 1931 beim Stennes-Abfall hatten jeweils die Führungspersonen, also Otto Straßer und der SA-Führer Stennes, aktiv zum Abfall von München aufgerufen und versucht, alle ihnen bekannten oder verbundenen NS-Mitglieder, insbesondere auch Amtsträger der Partei, zu sich herüberzuziehen. Anders Gregor Straßer, der bei seinem Abschied sowohl in seiner Rede vor den Landesinspektoren<sup>10</sup> wie auch in seinem Rücktrittsbrief<sup>11</sup> eindeutig erklärte, daß sein Rücktritt eine persönliche Entscheidung sei und er alle anderen auffordere, auf ihren Posten in der Partei zu bleiben. Anschließend war er für mehrere Wochen in Urlaub verschwunden und hatte sich damit bewußt jeder Möglichkeit, Kristallisationskern einer Hitler-Fronde zu werden, entzogen. Während aber 1930 und 1931 die Bemühungen der Partairebellen an der Integrations-

---

<sup>8</sup> Goebbels, a. a. O., S. 224.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 223 ff.

<sup>10</sup> Lohse-Bericht.

<sup>11</sup> Schulz-Memorandum, siehe Anhang.

kraft des Hitlermythos scheiterten,<sup>12</sup> war der Glaube an die politische Unfehlbarkeit des Führers durch die vielfältigen Rückschläge und Mißerfolge des Jahres 1932 so stark erschüttert, daß die Krise nicht so ohne weiteres überwunden werden konnte. Durch den plötzlichen Rücktritt überrascht und durch die politische Abstinenz des unauffindbaren Straßer ihres Mittelpunktes beraubt, verharrten seine zahlreichen Anhänger zunächst in konsterniertem Abwarten. Viele blieben in ihren Positionen, um bei der erwarteten Rückkehr Straßers bereit zu sein.<sup>13</sup> Bald aber begannen Straßer-Anhänger und allgemein unzufriedene NS-Mitglieder auf regionaler Basis in der Rolle einer Parteioption aufzutreten und eine Änderung der Hitlerschen Politik zu fordern, wobei sie sich mehr oder weniger offen auf Straßer und dessen Konzeption beriefen. Die Ansätze einer Parteirevolte zeigten sich an verschiedenen Stellen fast gleichzeitig, ohne daß die einzelnen Aktionen koordiniert waren und ohne daß die Zentralfigur der Bewegung aktiven Anteil an ihr nahm. Die kurz danach erfolgte Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933 entzog dann allerdings dieser Bewegung den Boden, die ja auch an vielen Orten noch nicht über das Vorbereitungsstadium hinausgekommen war. Oft wurden die Spuren solcher Aktivitäten auch von den Initiatoren im Laufe der Festigung der NS-Herrschaft beseitigt, so daß sie heute nicht mehr oder nur noch schemenhaft zu erkennen sind. Jedoch sind die heute noch nachweisbaren Fälle interessant und beispielhaft genug, um eine beginnende Auflösung der Hitlerschen NSDAP als Folge des Straßer-Rücktritts und bei längerer Erfolglosigkeit Hitlers immerhin möglich erscheinen zu lassen.

#### a) Das „Freikorps Franken“

Am bekanntesten, wenn auch noch nicht erschöpfend untersucht, ist die Revolte des SA-Gruppenführers und NS-Reichstagsabgeordneten Wilhelm Stegmann, die im Januar 1933 zur Gründung des „Freikorps Franken“ führte. Der Diplolandwirt und Pächter der Domäne „Schillingsforst“ in Franken zählte zur alten Garde der Nationalsozialisten. Am 14. Dezember 1925 war er mit der Parteinummer 24713 in die NSDAP eingetreten. Seitdem hatte er zu den eifrigsten Propagandisten und Organisatoren der NSDAP und der SA in den ländlichen Gebieten Frankens gehört. Die enge Zusammenarbeit mit der Reichspropagandaleitung in den Jahren 1928 bis 1930 hatte ihm die Duzfreundschaft Himmlers eingebracht. 1930 war er als Abgeordneter der NSDAP in den Reichstag eingezogen. In der SA stieg er zum Führer der SA-Gruppe Franken auf. Im Laufe des Jahres 1932 häuften sich die Schwierigkeiten der fränkischen SA-Führung mit der Nürnberger Gauleitung unter Julius Streicher, dem von der SA „Bonzentum“ und „Korruption“ vorgeworfen wurde. Im Spätherbst wurde dieser Streit so heftig, daß die Parteileitung am 9. Dezember 1932 die SA-Untergruppe „Mittelfranken“, d. h. den Nürnberger Raum, aus der SA-

<sup>12</sup> Horn, a. a. O., S. 299 ff.

<sup>13</sup> Auskunft Dr. Hagert v. 18. 5. 1971; Personalakte Reupke, BDC.

Gruppe Franken und damit aus Stegmanns Befehlsgewalt herauslöste, um dadurch die Reibungsflächen mit Streicher zu vermindern.<sup>14</sup>

Der Konflikt war jedoch, zumal vor dem Hintergrund der jetzt offen ausbrechenden Straßerkrise, bereits zu weit gediehen, als daß er mit rein organisatorischen Maßnahmen hätte beigelegt werden können. Die SA-Funktionäre, die sich verbal stets mit Hitler solidarisierten, griffen Streicher und seine „Bonzen“ immer heftiger an und forderten demonstrativ deren Entlassung. Als daraufhin die Parteileitung Stegmann seines Postens enthob und weitere Unterführer maßregelte oder gar ausschloß,<sup>15</sup> wurde dies von der fränkischen SA mit der Bildung des „Freikorps Franken“ beantwortet, an dessen Spitze sich Stegmann, freilich erst nach einigem Zögern, gestellt hatte. Dies führte am 20. Januar 1933 zu seinem Parteiausschluß. Schienen zunächst örtliche und auch persönliche Querelen Anlaß des Konflikts gewesen zu sein, so äußerte sich Stegmann nach seinem Ausschluß deutlicher über die wahren Gründe. In einer öffentlichen Versammlung sagte er am 24. Januar 1933, daß nach seiner Auffassung die Partei 1932 ihren geschichtlichen Augenblick verpaßt habe und offenbar deshalb in ein gefährliches Stadium hineingeschlittert sei. Mit der Parole „Der Kampf geht weiter!“ sei heute nichts mehr getan. Notwendig sei vielmehr ein neuer revolutionärer Aufbruch der Partei mit sozialem Einschlag.<sup>16</sup> Ohne den Namen zu nennen, hatte er damit genau Straßers Position in dessen Zerwürfnis mit Hitler bezogen.

Im Gegensatz zur Stennes-Affäre, die organisatorisch wesentlich daran gescheitert war, daß die SA-Unterführer loyal zu Hitler gestanden hatten, beteiligten sich diesmal nahezu alle fränkischen Unterführer an der Revolte.<sup>17</sup> Das Ausmaß dieser Oppositionsbewegung der fränkischen SA ist ungefähr an den Ausschlüssen zu erkennen, die im „Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung“ vom 1. Februar 1933 verkündet wurden.<sup>18</sup> Während unter „Ausschließung“ in anderen SA-Gruppen durchweg nur einfache SA-Männer oder, ganz selten, niedrige Chargen genannt werden, ergibt sich für Franken folgendes Bild: Neben dem Gruppenführer Stegmann wurden sieben Standartenführer,<sup>19</sup> vierzehn Sturmbannführer und vierzehn Sturmführer ausgeschlossen. Im Januar 1932 zählte Franken 6711 SA-Mitglieder.<sup>20</sup> Angesichts der Gesamtentwicklung kann daher für die Jahreswende 1932/33 ein Mitgliederstand von 7–8000 Männern angenommen werden. Das „Freikorps Franken“ zählte gegen Ende Januar 1933 etwa 6–7000 Mitglieder, und es trafen noch „täglich Neuanmeldungen“ ein. Also war nahezu die gesamte fränkische SA zu

<sup>14</sup> Horn, a. a. O., S. 411.

<sup>15</sup> VB, 21./22. 1. 1933.

<sup>16</sup> „Münchener Zeitung“, 25. 1. 1933.

<sup>17</sup> Brief Reupke an Elbrechter vom 24. 1. 1933 (Elbrechter-Nachlaß): „Wesentlich ist, daß so gut wie sämtliche Unterchargen von Stegmann zu ihm übergetreten sind.“

<sup>18</sup> „Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung“, 1. 2. 1933, BA, NS 26/308.

<sup>19</sup> Da eine Standarte etwa 1000–3000 Mann Stärke haben sollte (siehe Tyrell, a. a. O., S. 354), die SA-Franken damals aber 7000–8000 Mitglieder hatte, müssen dies sämtliche Standartenführer gewesen sein.

<sup>20</sup> „Der Oberste SA-Führer“, München, den 27. 2. 1932, BA, NS 26/307.

Stegmann übergelaufen.<sup>21</sup> Auch aus der SS kam Zulauf, wiewohl offenbar im wesentlichen nur niedere Chargen.<sup>22</sup>

Stegmann versuchte auch sofort, Verbindungen herzustellen, die das politische Gewicht seiner Gruppierung stärken sollten; ferner bemühte er sich finanzielle Unterstützung zu erschließen, und zwar über den Rechtsanwalt Dr. Reupke, Syndikus des Reichsverbandes der deutschen Industrie und enger persönlicher Freund und politischer Berater Gregor Straßers. Reupke suchte den Ruhrbergbau finanziell für die Stegmann-Aktion zu gewinnen,<sup>23</sup> auch berichtete er über Elbrechter laufend Schleicher über die Entwicklung des Freikorps, um dadurch den Reichskanzler zur finanziellen Hilfe für Stegmann zu veranlassen.<sup>24</sup> Für den 29. Januar 1933 vermittelte Reupke schließlich ein geheimes Treffen zwischen Stegmann, Gregor Straßer und Schulz in München.<sup>25</sup>

Organisatorisch begann sich das „Freikorps Franken“ schnell zu festigen. In bewährter SA-Manier wurden „ständige Sprechabende“ in bestimmten Lokalen zu festen Zeiten eingerichtet: „Eintritt frei. Juden haben keinen Zutritt! Ruhestörer fliegen raus!“ Daneben wurden Verkehrslokale angegeben und ein Hilfswerk eingerichtet, das an Erwerbslose Essen ausgeben und für Obdachlose Unterkünfte bereitstellen sollte. Auch Appelle der einzelnen Kompanien wurden festgesetzt. Zur Erweiterung der Basis entstand bald noch eine „Frauen-Arbeits-Gemeinschaft des Freikorps“.<sup>26</sup> Im Januar 1933 erschien dann die erste Nummer einer eigenen Zeitschrift: „Das Freikorps, Herausgeber Wilhelm Stegmann, Kampfblatt für Sauberkeit und Reinheit der Nationalsozialistischen Idee.“ Die Schlagzeilen der ersten Ausgabe lauteten: „Kameraden – Nationalsozialisten. Nun erst recht! Licht im Bonzen-Nebel.“ Noch im Januar 1933 versuchte Stegmann aber auch, die territoriale Basis seiner Bewegung zu verbreiten, und zwar zunächst offensichtlich mit Erfolg. So bereitete er Berichte über die Ereignisse, die zur Bildung des „Freikorps“ geführt hatten, vor, um sie an alle SA- und SS-Gruppenführer zu schicken; sie sollten in seinem Sinne unterrichtet werden.<sup>27</sup> Dann trat er mit einzelnen SA-Verbänden in direkten Kontakt, um sie zum Anschluß zu bewegen. Zuerst verhandelte er mit der Standarte Regensburg, die ihm Ende Januar auch zusicherte, sich ihm anzuschließen.<sup>28</sup> Am 27. Januar 1933 lag in Berlin die Nachricht von Stegmann vor, daß sich ihm auch eine Standarte in der Pfalz und Teile der Hitlerschen Leibstandarte angeschlossen hätten.<sup>29</sup> Auch in der Berliner SA erregte die Stegmann-Parole „für Sauberkeit und Ordnung“ Aufsehen. Offensichtlich waren hier Ende Januar einige Gruppen, in

---

<sup>21</sup> Brief Reupke, siehe Anm. 17.

<sup>22</sup> Personalakte Reupke, BDC; Personalakte Stegmann, BDC.

<sup>23</sup> Brief Reupke an Heinrichsbauer vom 26. 1. 1933, Personalakte Reupke, BDC.

<sup>24</sup> Brief Reupke, vgl. Anm. 17.

<sup>25</sup> Brief Reupke an Schulz vom 27. 1. 1933, Personalakte Reupke, BDC.

<sup>26</sup> Zeitschrift „Das Freikorps“, 1. 2. 1933.

<sup>27</sup> Brief Reupke, vgl. Anm. 17.

<sup>28</sup> Ebenda.

<sup>29</sup> Brief Reupke, vgl. Anm. 25.

denen neben der allgemeinen Unruhe auch noch Erinnerungen an Stennes schwellen, bereit, sich in den nächsten Tagen oder Wochen dem Freikorps anzuschließen.<sup>30</sup> Gleichzeitig tauchten Gerüchte auf, daß in Westdeutschland die Gründung eines „Freikorps Ruhr“ unmittelbar bevorstehe.<sup>31</sup>

Das „Freikorps Franken“ hielt sich noch einige Monate nach der Machtergreifung. Dann löste es sich langsam wieder auf. Viele Mitglieder suchten und fanden einzeln den Weg zurück in die NSDAP, während sich der Rest im Laufe der Festigung des Hitler-Regimes verlor.

### *b) Die Notgemeinschaften*

Aber nicht nur in der SA gärte es, auch in der Politischen Organisation machten sich Auflösungserscheinungen bemerkbar. Wie Gauleiter Wagner (Baden) in einem vertraulichen Bericht an die Reichs-USchla schrieb,<sup>32</sup> bildeten sich im Winter 32/33 im ganzen Reich Oppositionsgruppen innerhalb der Partei, die durchweg unter dem Namen „Notgemeinschaften“ arbeiteten. Das Material der Notgemeinschaft in Lahr, die in den Gauen Baden und Hessen-Nassau-Süd arbeitete, ist zum Teil erhalten geblieben. Zentrale Figuren dieser Notgemeinschaft waren der Reichstagsabgeordnete Karl Lenz, gleichzeitig Gauleiter von Hessen-Darmstadt, der Reichstagsabgeordnete Fritz Kern und Dr. Werner Best,<sup>33</sup> der Autor der sogenannten Boxheimer-Dokumente.<sup>34</sup> Eigentlicher Organisator der Gruppe war aber der bereits am 20. Oktober 1932 ausgeschlossene<sup>35</sup> ehemalige Kreisleiter von Mannheim, der Ingenieur Felix Wankel. Schon im November 1932 begann Wankel zusammen mit einigen anderen oppositionellen NS-Mitgliedern eine eigene Zeitung herauszugeben, die unter dem Namen „Alemannische Grenzlandnachrichten (Algrena)“ zweimal wöchentlich erschien und abweichende Ideen unter dem nationalsozialistisch orientierten Teil der Bevölkerung verbreitete.<sup>36</sup> Ende November stieß Gauleiter Lenz zu dieser Gruppe. Nachdem Straßer am 8. Dezember zurückgetreten war, legte Lenz etwa Mitte Dezember 1932 seinen Gauleiterposten nieder und zog nach Heidelberg.<sup>37</sup> Dort begann er Artikel für die „Algrena“ zu schreiben, in denen er sich mit dem Rücktritt Straßers befaßte. Außerdem reiste er in den Gauen Baden und Hessen-Darmstadt herum und versuchte, gleichgesinnte NS-Mitglieder zu finden. Zur

<sup>30</sup> Ebenda.

<sup>31</sup> Brief Reupke an Heinrichsbauer vom 26. 1. 1933 und Antwort Heinrichsbauer an Reupke vom 27. 1. 1933, Personalakte Reupke, BDC.

<sup>32</sup> Personalakte Lenz, BDC. Der Bericht des Gauleiters Wagner ist undatiert, gehört aber in die Uschla-Akten des Monats August 1933, vgl. IfZ, MA 329, Blatt 652261.

<sup>33</sup> Personalakte Lenz, BDC: Zeugenvernehmungen.

<sup>34</sup> Bracher, Auflösung der Weimarer Republik, S. 431 ff.; vgl. auch Horn, a. a. O., S. 335 f.

<sup>35</sup> Personalakte Lenz, BDC, Bericht vom 26. 1. 1934.

<sup>36</sup> Personalakte Lenz, BDC, Belegexemplare der „Algrena“ vom 21. 12., 24. 12., 28. 12. 1932.

<sup>37</sup> Das genaue Datum des Rücktritts ist nicht zu ermitteln. Im Tagebuch von Felix Wankel taucht die Nachricht unter dem 17. 12. 1932 auf. Personalakte Lenz, BDC.

Festigung der „Notgemeinschaft“ wurden von ihm Bevollmächtigte auf regionaler Ebene bestimmt, die etwa den Kreisleitern der NSDAP entsprachen.

Im ersten Artikel „Ich hab's gewagt“, der am 21. Dezember 1932 in der „Algreña“ erschien, schrieb Lenz noch recht nebelhaft. Unter Hinweisen auf den Freiherrn vom Stein, Graf York von Wartenburg, Ulrich von Hutten und Franz von Sickingen verherrlichte er den Rebellen, der „die Fahne weitertragen (werde)“ zum Siege der „Revolution des deutschen Nationalismus und Sozialismus“; den Namen Straßer nannte er nicht. In der nächsten Ausgabe vom 24. Dezember 1932 wurde er deutlicher. Unter dem Titel „Hitler oder Straßer“ ließ er einen linientreuen Bonzen mit einem „hitlertreuen Oppositionellen“ diskutieren. Ebenso wie Stegmann in Franken und schon früher Stennes berief sich auch die „Notgemeinschaft“ auf die Person Hitlers und behauptete, der wahre Träger der Hitler-Idee zu sein. Das eigentliche Übel, so wurde erklärt, sei die „byzantinierende“ Umgebung Hitlers, die den Führer längst der wirklichen Lage des Volkes und der Partei entfremdet und ihn daher seiner Unabhängigkeit beraubt habe. Lenz ließ den Oppositionellen sagen: „Schau seine (Hitlers) Umgebung an – betrachte Dir seine Berater und Einflusser – die führen ihn in Massenversammlungen, und im Tosen des Beifalls, unter Bergen von Blumen und im Banne von Kinderaugen, fanatischen Frauen, einsatzbereiten Männern, sagt ihm sein Gefolge – so treu stünde diese Masse zur Partei. Keiner von diesen Kerlen wagt es, dem Führer reinen Wein einzuschenken – und die Wahrheit zu sagen.“ Straßer wurde dagegen als „revolutionärer Kämpfer mit glasklarem Urteil“ bezeichnet, der alleine noch in der Lage sei, die Bewegung zu erneuern und zu erhalten: „Hitler muß es hören, wie es in Wirklichkeit ausschaut, und Straßer hat das einzig Mögliche getan. Wir tun es ihm nach. Noch hat Hitler die Liebe des Volkes. Damit aus Liebe nicht Haß wird, darum stehen wir in Opposition. Wir sind die Alten geblieben aus Treue zum Führer und im Glauben an Deutschland.“ Am 28. Dezember 1932 veröffentlichte Lenz seinen dritten Artikel unter dem Titel „Der Fall Straßer“. Auf die Umgebung Hitlers anspielend, vor allem auf Goebbels, schrieb er, daß die Entwicklung der letzten Wochen den Sieg „der falschen Hitlerpaladine über den Soldaten und Mann Straßer“ gebracht habe. „Heute dürfen solche Elemente schreiben, es sei gleichgültig, ob ein Gregor Straßer aus der Bewegung ging oder nicht. Gregor Straßer trug um Hitler schon Narben, als jene noch intellektuelle Fassadenklettereien vollführten“.<sup>38</sup> Zum Schluß erklärte er: „... das Herz der Nationalsozialisten schlägt für Straßer. Das Herz und die Kraft der Bewegung hoffen, daß Straßer zurückkehren wird. Die Bedingung, die er stellen wird, und die er stellen muß, ist die Wiederherstellung der alten Linie, die Übernahme der Führung durch die alte Garde ...“ Das war allerdings die letzte Ausgabe der „Alemannischen Grenzlandnachrichten“. Offensichtlich um Einfluß auf den Inhalt des Blattes zu bekommen, waren die Herausgeber vom Verleger unter finanziellen Druck gesetzt worden. Es ist zu vermuten, daß dahinter politische Einflüsse standen, wahrschein-

---

<sup>38</sup> Gemeint ist der Artikel zum Ausscheiden Straßers in der Berliner Gauzeitung „Der Angriff“ vom 10. 12. 1932, von dem sich Goebbels später distanzieren mußte.

lich von Seiten der offiziellen NSDAP. Am 31. Dezember 1932 wurden diese Zusammenhänge den „Lesern und Abonnenten“ der *Algrena* durch ein Rundschreiben erklärt, nicht ohne die Ankündigung, daß bald ein Nachfolgeorgan erscheinen werde.<sup>39</sup>

Am 7. Januar trat „Die Notgemeinschaft, Nachrichten- und Kampfblatt der NSN“, ein wöchentliches Mitteilungsblatt, diese Nachfolge tatsächlich an. In der Begrüßung der Leser wurde auf die Bildung zweier neuer Ortsgruppen in Baden hingewiesen. Dann folgte ein Versuch, die „Notgemeinschaft“ in das Parteispektrum einzuordnen. Im völkischen Lager, so hieß es, gebe es außerhalb der NSDAP noch drei Parteien. „1. Die Revolutionären Nationalsozialisten unter Führung von Dr. Otto Straßer, 2. die Deutschsozialistische Partei, und 3. die deutschvölkische Freiheitsbewegung unter Graefe, Wulle, Henning“. Während die Otto-Straßer-Bewegung als konsequent antiparlamentarische Bewegung kaum als Bündnispartner in Frage kam, war die deutschvölkische Partei Graefes als konservativ-monarchistische Gruppe für die „Notgemeinschaft“ nicht tragbar. Die Deutschsozialistische Partei jedoch, die im wesentlichen aus ehemaligen Nationalsozialisten bestehe und die jetzt durch den Anschluß der früheren Deutsch-Sozialen unter Knüppel-Kunze verstärkt worden sei, so sagte die „Notgemeinschaft“, könne ein Partner sein: „Die Führer der Deutschsozialisten haben uns in einem Schreiben mitgeteilt, daß sie sich geschlossen mit ihren Anhängern hinter Gregor Straßer stellen würden, wenn dieser handeln würde. Die gleiche Erklärung haben auch zahlreiche Abgeordnete der NSDAP, angewidert von dem Byzantinismus und undeutschem Gehorsam in der Partei, abgegeben. Ebenso werden sich die Notgemeinschaften in Baden geschlossen für Gregor Straßer erklären. Welchen Weg die weitere Entwicklung nehmen wird, werden wir in den nächsten Wochen sehen. Wir erinnern uns an das offene Wort, das Gregor Straßer Hitler gegenüber vor seinem Abgang gebraucht hat, daß es gar keinem Zweifel unterliege, daß die NSDAP bei Neuwahlen, d. h. wenn Schleicher seine Drohung, den Reichstag aufzulösen, wahrmachen würde, wiederum 2 Millionen Stimmen verlieren würde.“

In großen Aufrufen wurden die SA- und SS-Männer aufgefordert, darüber nachzudenken, für welche Parteibonzen sie arbeiteten und bluteten.<sup>40</sup> Aus den offensichtlich vielen Überläufern – exakte Zahlen fehlen allerdings – wurde Ende Januar 1933 in Anlehnung an das Beispiel Stegmanns, mit dem man auch in Kontakt getreten war, ein „Freikorps Oberrhein“ gegründet,<sup>41</sup> außerdem eine „Frauenschat“ geschaffen<sup>42</sup> und schon bald der regelmäßige Sprechabend eingeführt. Außer zu Stegmann bestanden enge Beziehungen zu einer schnell wachsenden Berliner NS-Opposition unter Leitung von Wilhelm Klutz,<sup>43</sup> in deren Organ „Der deutsche Weg“

---

<sup>39</sup> Erklärung der „*Algrena*“ vom 31. 12. 1932 in der Personalakte Lenz, BDC.

<sup>40</sup> „Die Notgemeinschaft“, 7. 1. 1933, S. 6, 14. 1. 1933, S. 6.

<sup>41</sup> A. a. O., 4. 2. 1933, S. 1.

<sup>42</sup> A. a. O., 28. 1. 1933, S. 1.

<sup>43</sup> A. a. O., 14. 1. 1933, S. 2.

unter anderem der Vertraute Straßers Reupke schrieb,<sup>44</sup> und nach Sachsen, wo sich aus „Massenaustritten aus der NSDAP“ ebenfalls eine Opposition zu bilden begann.<sup>45</sup>

Über die Wahlen in Lippe am 15. Januar 1933 wurde in der „Notgemeinschaft“ unter der Überschrift „Der Pyrrhussieg von Lippe“ berichtet.<sup>46</sup> Die Wahl habe vor allem eine taktische Bedeutung, und zwar vornehmlich im innerparteilichen Bereich, wo durch einen Erfolg die deprimierten Anhänger wieder aufgerichtet werden sollten. Indes wurde bezweifelt, daß die NSDAP wirklich einen Sieg errungen habe; im Verhältnis zum riesigen Wahlaufwand der NSDAP, die ihre „Kanonen Hitler, Goebbels, Lutzmann, Göring“ selbst in die kleinsten Ortschaften und Versammlungen geschickt habe, sei der Erfolg recht bescheiden ausgefallen. Zwar habe die Partei in Lippe den Tiefstand an Stimmen vom 6. November 1932 (39 056) um rund 6000 Stimmen übertroffen, aber das Ergebnis vom 31. Juli 1932 immer noch um 3000 Stimmen verfehlt – und noch nicht einmal das damalige Wahlergebnis habe ja zur Machtübernahme gereicht. Da aber die NSDAP im Reich nicht zu einem solchen Aufwand wie in Lippe fähig sei, könnten „weder die Siegesfanfaren noch die neuen Kampfansagen gegen Schleicher darüber hinwegtäuschen, daß eine Reichstagsauflösung und Neuwahlen keiner Partei so unangenehm wären wie der NSDAP.“ In der Ausgabe vom 4. Februar 1933, also nach der Machtübernahme Hitlers, die mit Skepsis betrachtet wurde, machte dann „Die Notgemeinschaft“ ihrer Enttäuschung über Straßers Zögern Luft: „Hätte Straßer seine Schicksalsstunde erkannt, hätte er gehandelt, hätte er den offenen Kampf gegen die NSDAP im Rahmen einer eigenen Partei und scharfer und klarer Heraushebung der positiven und taktischen Ziele aufgenommen, dann wäre ihm die Gefolgschaft aller Oppositionsgruppen sicher gewesen, und er hätte eine große Aufgabe und eine für Deutschland segensreiche Mission erfüllen können. Aber in der entscheidenden Stunde hat er versagt. Sein Zögern, seine Unentschlossenheit und seine freiwillige Unterwerfung haben die starke Wirkung, die von seiner Persönlichkeit ausging, genommen. Von einem Führer werden klare und entschlossene Entscheidungen, aber keine taktischen Bauchtänze verlangt.“ „Die Notgemeinschaft“ erschien noch einige Male – die technische Aufmachung der beiden letzten Nummern war schon recht schlecht – und endete mit der Ausgabe vom 11. März 1933, in der über die Wahlen vom 5. März 1933 berichtet wurde. Gleichzeitig löste sich auch die „Nationalsozialistische Notgemeinschaft“ als Organisation wieder auf.

Im Juli 1933 begann ein Parteigerichtsverfahren gegen das Haupt der Lahrer „Notgemeinschaft“, den ehemaligen Gauleiter Lenz.<sup>47</sup> Die Untersuchung des Falles wurde der Gau-Uschla des benachbarten Gaues Rheinpfalz übertragen. Lenz versuchte zunächst, alles abzuleugnen bzw. als Bagatelle hinzustellen; er benannte auch

---

<sup>44</sup> Personalakte Reupke, BDC.

<sup>45</sup> „Die Notgemeinschaft“, 14. 1. 1933, S. 1f.

<sup>46</sup> A. a. O., 21. 1. 1933, S. 1.

<sup>47</sup> Personalakte Lenz, BDC.

etliche Entlastungszeugen, vor allem höhere Parteifunktionäre aus seinem ehemaligen Gau Hessen-Darmstadt. In dem „Bericht über die Voruntersuchung zum Parteigerichtsverfahren gegen den Pg Karl Lenz M. d. R. in Heidelberg“ vom 26. Januar 1934 stellte jedoch der Vorsitzende der Gau-USchla fest, daß die geschilderten Vorgänge des Winters 32/33 erwiesen und die hessischen Entlastungszeugen offenbar selbst in die Affäre verwickelt gewesen seien. Merkwürdigerweise setzte er an den Schluß des Untersuchungsberichtes noch eine eigene Stellungnahme, zu der er, wie er selbst bemerkte, satzungsgemäß gar nicht befugt war. Darin bat er um eine milde Beurteilung des Falles und erklärte, daß es für Lenz zu hart sei, aus der Partei ausgeschlossen zu werden. Zuvor hatte der gleiche Bericht Lenz einer schwerwiegenden Parteirevolte überführt. Dies lenkt den Blick auf den Gau Rheinpfalz.

### *c) Der Gau Rheinpfalz*

Gauleiter Bürckel galt als besonderer Straßer-Freund, und der Gau Rheinpfalz wurde als „Straßer-Gau“ bezeichnet; Straßer besuchte ihn denn auch häufig zu Versammlungen.<sup>48</sup> In den Tagen nach Straßers Ausscheiden suchte Gauleiter Bürckel alle wichtigen Funktionäre und Abgeordneten seines Gauers auf, um sie auf sich einzuschwören. Am 11. Dezember 1932, einem Sonntag, fand in Neustadt der Generalappell des Gauers Rheinpfalz statt,<sup>49</sup> bei dem auch der neue Stabsleiter der ROL, Ley, anwesend war. Bürckel jedoch forderte in einer großen Rede die revolutionäre Verwirklichung „des deutschen Sozialismus“ durch die NSDAP, mehrfach betonend, daß alle alten Kämpfer „deutsche Sozialisten“ seien, womit er typisches Vokabular des Straßerflügels aufgriff. Im nichtöffentlichen Teil der Tagung sagte er vor den Kreisleitern und in Anwesenheit von Ley, „er werde jeden in seinem Gau in Fetzen reißen, der es wage, etwas gegen Gregor zu sagen oder etwas zu unternehmen“.<sup>50</sup> Zusätzlich ließ er sich von allen Kreisleitern Treue geloben und versichern, „daß er immer den richtigen Weg in seinem Gau gegangen sei, den er auch in Zukunft gehen werde“. Offenbar hatte Bürckel die Funktionäre und, soweit erkennbar, auch die Abgeordneten seines Gauers tatsächlich hinter sich. Nur der landwirtschaftliche Gaufachberater und Reichstagsabgeordnete Schickert opponierte, der bisher mit Bürckel eng befreundet war. Jetzt entzündete sich an dem unterschiedlichen Verhältnis zu Straßer eine tiefe Feindschaft, die im Laufe des Frühjahrs 1934 soweit führte, daß Bürckel versuchte, Schickert aus der Partei auszuschließen. Schickert schloß sich stärker an den Reichsbauernführer Darré an und strengte im Herbst 1934 seinerseits ein Parteigerichtsverfahren gegen den Gauleiter wegen dessen Haltung in der Straßerfrage an. Aus seiner Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter, so gab Schickert dabei an, wisse er, daß die Gauleiter Lohse, Koch, Karpenstein und Bürckel ebenso wie der Pfälzer Reichstagsabgeordnete und Freund Bürckels Selzner

<sup>48</sup> Personalakte Bürckel, BDC: Aussage Schickert MdR, Aussage Leyser, stellvertr. Gauleiter und Vorsitzender des Gaugerichts.

<sup>49</sup> VB, 16. 12. 1932.

<sup>50</sup> Personalakte Bürckel, BDC: Aussage MdR Schickert.

in engem persönlichen Kontakt zu Straßer gestanden hätten, der auch noch nach dessen Ausscheiden als Reichsorganisationsleiter fortgesetzt worden sei; Selzner habe kurz vor den Lippe-Wahlen geäußert, „man wisse nicht, was besser sei, ob die Wahlen gut oder schlecht ausgingen. Falls sie gut ausfielen, dann bekommen die Herren in Berlin den Größenwahnsinn“.

Die pro-Straßer-Stimmung im Gau Rheinpfalz, besonders beim Gauleiter selbst, hielt offensichtlich bis 1934 unvermindert an. Am 30. Juni 1934 fand dort in Anwesenheit von Darré eine große Bauernversammlung statt. Nach einem persönlichen Affront gegen Schickert griff Bürckel am Schluß seiner Eröffnungsrede auch noch den Reichsbauernführer so scharf an, daß Darré nach der Kundgebung äußerst verletzt abfuhr. Am nächsten Tag, also am 1. Juli 1934, rief Darré bei der Gauleitung an und ließ Bürckel bestellen, „daß das Schlußwort des Gauleiters Bürckel auf dem Donnersberg ihm so gefallen hätte, daß er nicht umhin könne, Gauleiter Bürckel mitzuteilen, daß soeben Gregor Straßer erschossen worden sei“.<sup>51</sup> Bürckel, nun offensichtlich verängstigt, rief daraufhin Darré mehrfach an, um sich für seine Rede zu entschuldigen; auch suchte er sich sofort Rückhalt im eigenen Gau zu verschaffen, indem er Zeugen sammelte, die aussagen sollten, daß er seit der Gauleitertagung vom 17. Januar 1933, also unmittelbar nach den Lippe-Wahlen, keinen Kontakt mehr mit Straßer gehabt habe.

### 3. Straßer nach seinem Ausscheiden aus der ROL

Gregor Straßer war am 8. Dezember 1932, als er alle Parteiämter niederlegte, Mitglied der NSDAP geblieben. Entgegen der Ankündigung in seinem Rücktrittsbrief, er wolle auch sein Reichstagsmandat zur Verfügung stellen, behielt er es jedoch bis zum Ende der Wahlperiode am 5. März 1933. Dies hatte vor allem zwei Gründe. Einmal hätte er dann seine Immunität verloren, was ihm am 8. Dezember noch sehr unangenehm gewesen wäre. Aus den Zeiten des Kampfverlages verfolgten ihn nämlich noch eine Reihe von Prozessen wegen Beleidigung politischer Gegner und Vergehen gegen das Republikenschutzgesetz,<sup>52</sup> die zum Teil bereits zu rechtskräftigen Verurteilungen geführt hatten, deren Vollstreckung nur durch sein Reichstagsmandat verhindert wurde. Die Prozesse dürften auch ein wesentlicher Grund für seine Mitgliedschaft im Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertreter gewesen sein.<sup>53</sup> Es gehörte zu den wichtigsten Rechten dieses Ausschusses, daß er als einziger Reichstagsausschuß auch nach einer Auflösung des Reichstages weiterbestand und bis zur Neuwahl als eine Art Notparlament arbeitete. Den Ausschußmitgliedern sicherte das in einer Zeit häufiger Parlamentsauflösungen eine

---

<sup>51</sup> Ebenda.

<sup>52</sup> Siehe oben S. 43.

<sup>53</sup> Von Frick am 4. 1. 1933 angefertigte Liste der NS-Obleute in den einzelnen Reichstagsausschüssen, BA, Slg. Schumacher/318.

gewisse politische Einflußmöglichkeit, für Straßer bedeutete es aber auch den Schutz vor dem Zugriff der Gerichte, nämlich permanente Immunität. Erst mit dem Amnestiegesetz, das der Reichstag am 21. Dezember 1932 erließ, erledigten sich für ihn diese Prozesse und ihre Folgen. Der zweite Grund, sein Reichstagsmandat zu behalten, bestand für Straßer vermutlich darin, daß er sich die Möglichkeit zur Rückkehr in die Politik offenhalten wollte.

Als er zu Weihnachten 1932 von seiner Erholungsreise nach Bozen zurückkehrte, hatte er sich mit dem Gedanken eines Wiedereintritts in die Politik bereits angefreundet und nahm daher sofort Kontakt zu den verbliebenen Freunden auf. Zwischen Weihnachten und Neujahr traf er mit Brüning in Freudenstadt zusammen und sprach sich mit ihm aus.<sup>54</sup> Zu diesem Zeitpunkt war er schon in der Lage, Brüning auf ein Treffen Papen/Hitler Anfang Januar im Hause des Barons Schroeder aufmerksam zu machen. Den Vorschlag Brünings jedoch, er solle sich sobald wie möglich mit Hitler aussöhnen und wieder in seine Stellung in der Partei zurückkehren, um Schlimmeres zu verhüten, lehnte Straßer als unmöglich ab. Im weiteren Verlauf des Gesprächs versicherte ihn Brüning seiner grundsätzlichen Unterstützung, warnte ihn zugleich aber vor kritiklosem Glauben an Versprechungen Schleichers. Straßer hatte auch wieder Kontakte nach Berlin herstellen können, und zwar über seine Vertrauten Reupke<sup>55</sup> und Elbrechter.<sup>56</sup> Von Elbrechter war er auch über das geplante Treffen Papen/Hitler am 4. Januar 1933 informiert worden. Elbrechter hatte überdies Schleicher vorgewarnt, jedoch mochte der Reichskanzler an diese Information nicht so recht glauben. So schickte Elbrechter privat einen Fotografen nach Köln und ließ Hitler und Papen dort fotografieren.<sup>57</sup> Die Bilder erschienen am nächsten Tag, als innenpolitische Sensation aufgemacht, in der „Täglichen Rundschau“. Ebenfalls am 4. Januar 1933 ließ Schleicher Gregor Straßer beim Reichspräsidenten Hindenburg als zukünftigen Vizekanzler vorstellen. Hindenburg, sichtlich von Straßer angetan, stimmte der geplanten Ernennung zu.<sup>58</sup> Schleicher jedoch, geschockt durch das Kölner Treffen, wartete in leicht resignierender Haltung zunächst ab, ohne die Ernennung Straßers sofort zu vollziehen, die auf die Partei Anfang Januar nicht ohne Signalwirkung hätte bleiben können. Gregor Straßer, seit dem Tage seines Rücktritts in jene merkwürdige resignative Inaktivität gefallen, war offensichtlich ebenfalls froh, sich wieder nach München zurückziehen und weiter abwarten zu können, zumal in ihm ein gewisses Mißtrauen gegen Schleicher langsam stärker wurde.<sup>59</sup> Erst in der Ministerbesprechung vom 16. Januar 1933 ließ Schleicher über die Einbeziehung Straßers ins Kabinett diskutieren, wobei er klarmachte, daß Straßer Mitglied der NSDAP bleiben wolle.<sup>60</sup> Am Tag zuvor, also am 15. Januar

<sup>54</sup> Brüning, a. a. O., S. 639f.

<sup>55</sup> Personalakte Reupke, BDC.

<sup>56</sup> Elbrechter-Nachlaß.

<sup>57</sup> Elbrechter-Nachlaß; Auskunft Elbrechter jr. v. 20. 10. 1971; Treviranus, a. a. O., S. 355.

<sup>58</sup> Otto Meissner, Staatssekretär unter Ebert-Hindenburg-Hitler, Hamburg 1950, S. 251f.

<sup>59</sup> Brief Heinrichsbauer an Reupke vom 13. 1. 1933, Personalakte Reupke, BDC.

<sup>60</sup> BA, Reichskanzlei, Bd. 1459.

1933, war jedoch, wie bereits erwähnt, der Landtag des kleinen Landes Lippe neu gewählt worden. Das Wahlergebnis stellte, ohne allerdings das Ergebnis vom 31. Juli 1932 erreichen zu können, einen Erfolg der NSDAP dar, der es der Parteiführung erlaubte, sowohl gegenüber der Öffentlichkeit als auch intern wieder Siegesparolen auszugeben; Hitlers Stellung festigte sich. Am gleichen Tag, an dem der Ministerrat die Ernennung Straßers erörterte, konnte Hitler auf einer internen Gauleitertagung in Weimar, mit dem Wahlsieg im Rücken, den Gauleitern Mut einflößen und sie dadurch wieder fester an sich binden.<sup>61</sup> So glaubte auch Schleicher zu diesem Zeitpunkt nicht mehr, daß Straßer viel Anhang mitbringen würde. In Schleichers Augen hatte Straßer aber, neben seiner persönlichen Leistungsfähigkeit, noch immer zwei nicht zu übersehende Vorteile anzubieten. Das Ansehen, das Straßer in der SA, vor allem auch in Preußen, besaß, hätte es Hitler erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht, die SA geschlossen zu einem Staatsstreich gegen eine Regierung Schleicher-Straßer zu führen,<sup>62</sup> falls die Regierung etwa durch Reichstagsauflösung und langes Hinausschieben der Neuwahlen in die formale Illegalität gegangen wäre. Eine solche Befürchtung hatte dem sogenannten „Planspiel Ott“ zugrunde gelegen.<sup>63</sup> Der große Ruf, den Straßer in der NSDAP, aber auch in anderen bürgerlichen Kreisen genoß, bot aber außerdem die Möglichkeit, bei Neuwahlen eine eigene Liste „Straßer“ aufzustellen.<sup>64</sup>

Straßer selbst beschäftigte sich jedoch bereits mit dem Gedanken an einen zivilen Beruf. Etwa seit Mitte Januar suchte Reupke für ihn im Berliner Raum eine passende Apotheke oder eine entsprechende Position, jedoch zunächst erfolglos.<sup>65</sup> Seit Ende Januar 1933 bemühte sich Straßer auch um eine Aussprache mit Hitler, von der er sich zwar keine politischen Gewinne versprach, die aber seine persönliche Lage klären und ihm den Eintritt in einen Beruf erleichtern konnte.<sup>66</sup> Vor allem Frick und Funk waren ihm bei diesem Versuch behilflich; auch Hess wurde von Straßer eingeschaltet, doch offenbar vergeblich. Hitler war für ihn nicht zu sprechen. Seit April 1933 bemühte sich noch Pietsch<sup>67</sup> um Straßer. In Gesprächen mit Hitler brachte er das Problem Straßer zur Sprache, da ohne das Wohlwollen des Führers Straßer nur schwer in einer entsprechenden Stellung in der Wirtschaft unterzubringen war.<sup>68</sup> Offenbar im Frühsommer 1933 erhielt Pietsch von Hitler tatsächlich das Einverständnis mit einer Direktionsstelle für Straßer bei der Firma Schering-Kahlbaum in Berlin.<sup>69</sup> Straßer mußte sowohl dem Vorstand der Firma als auch der

---

<sup>61</sup> VB, 18. 1. 1933.

<sup>62</sup> „Abegg-Bericht“, S. 13, IfZ, F 86.

<sup>63</sup> „Planspiel Ott“, IfZ, F 41, Bd. 4, Dokument 38.

<sup>64</sup> Elbrechter-Nachlaß; Personalakte Reupke, BDC.

<sup>65</sup> Brief Reupke an Straßer vom 28. 1. 1933, Personalakte Reupke, BDC.

<sup>66</sup> Ebenda.

<sup>67</sup> Personalakte Pietsch, BDC.

<sup>68</sup> Brief Pietsch an Reupke vom 15. 4. 1934, Personalakte Reupke, BDC.

<sup>69</sup> Laut Auskunft der Schering AG ist eine Personalakte Gregor Straßer nicht mehr vorhanden (Brief vom 23. 4. 1971).

Parteiloyalität gegenüber schriftlich versichern, sich jeglicher politischer Tätigkeit und, soweit er das geschäftlich irgendwie konnte, auch nahezu aller privaten und gesellschaftlichen Kontakte zu enthalten. Am 1. Februar 1934 bekam er von Reichsschatzmeister Schwarz das goldene Parteiabzeichen der NSDAP verliehen.<sup>70</sup> Mit Genehmigung Hitlers übernahm er die unpolitische, aber ehrenvolle Position eines „1. Vorsitzenden der Reichsfachschaft der Pharmazeutischen Industrie“. So schien sich alles um ihn beruhigt zu haben. In der Presse wurde er nicht mehr erwähnt, seine berufliche Position sicherte ihm und seiner Familie ein gutes Auskommen; er konnte auch noch seine Mutter und seine Schwiegereltern unterstützen. Er arbeitete sich in seinem neuen Beruf allmählich ein und begann seine bürgerliche Tätigkeit langsam interessanter zu finden.

Doch im Frühjahr 1934 bekam er offensichtlich Warnungen zugespielt, daß seine Rolle wieder im Gespräch sei. Anlaß dazu war die Verhaftung von Dr. Reupke, seines Vertrauten vom Winter 1932/33, der zu den wenigen Personen gehörte, mit denen er auch jetzt noch losen privaten Kontakt hatte; gleichzeitig wurde gegen Reupke ein Parteigerichtsverfahren eingeleitet. Am 18. Juni 1934 schrieb Straßer daher einen fünfseitigen Brief an Hess, in dem er zunächst die Bedeutung Reupkes herunterspielte, dann aber auf seine eigenen Probleme einging.<sup>71</sup> In ängstlichem und fast weinerlichem Ton beteuerte er, sich nie wieder politisch betätigt zu haben und dies auch in Zukunft nicht tun zu wollen. Auch stritt er jede Verbindung zu seinem im Exil lebenden Bruder Otto ab und bat Hess, ihm doch Glauben zu schenken:

„Heute bitte ich Sie um Auskunft, was ich nach Ansicht der Partei tun soll, um die in meinen verschiedenen Erklärungen abgegebene und von mir restlos durchgeführte politische Abstinenz auch nach außen hin deutlich sichtbar zu machen. Ich bin in dieser Hinsicht bereit, jedes Verlangen und jede Forderung, die die Partei an mich stellt, zu erfüllen, denn auch ich will nichts mehr, als ohne Angriff und Mißdeutung meine neue Lebensarbeit aufbauen und niemals werde ich irgend etwas tun, was der Partei schaden könnte. Wenn man die Tatsache, daß ich erster Vorsitzender der Reichsfachschaft der Pharmazeutischen Industrie bin, als ein nicht erwünschtes Hervortreten in der Öffentlichkeit bezeichnet, so bitte ich um eine diesbezügliche Nachricht, um dann meinen Rücktritt zu vollziehen. Wenn irgendeine andere Maßnahme für notwendig gehalten wird, wenn aus Gründen, die ich letzten Endes sogar verstehen kann, eine genaueste Überwachung meiner Person und meiner Tätigkeit für notwendig gehalten wird, so bin ich damit deswegen ohne weiteres einverstanden, weil ich weiß, daß eine sachliche und objektive Überwachung auch im letzten Jahr der beste Beweis für die Richtigkeit meiner Darlegungen und die genaueste Einhaltung meiner Erklärung sein würde.

Kurzum, ich bitte auf Grund einer zehnjährigen, opferfreudigen und einsatzbereiten Tätigkeit beim Aufbau der Partei um ihren Schutz und um die Bekanntgabe dessen, was ich tun soll, um im Sinne meiner Erklärung aus jeder Debatte zu verschwinden

---

<sup>70</sup> Besitzurkunde, Personalakte Gregor Straßer, BDC.

<sup>71</sup> Brief G. Straßer an Hess vom 18. 6. 1934, Personalakte Pietsch, BDC.

und vor allen Dingen das mich unsäglich verletzende und infamierende Gefühl einer feindlichen Einstellung zur Partei zu beseitigen.

Ich bitte um Entschuldigung, daß ich Ihre Zeit so lange in Anspruch genommen habe, ich bitte aber andererseits auch um Verständnis für meine kaum mehr zu ertragende Lage.“

Nach diesem Brief fühlte sich Straßer offenbar wieder einigermaßen sicher, trotz der Warnungen, die er von den verschiedensten Seiten, unter anderem von Brüning,<sup>72</sup> erhielt. Wenige Tage später bat er jedenfalls die Familie Höfler, seine Schwester und seinen Schwager, Ende Juni von Bayern nach Berlin zu Besuch zu kommen und dort einige Tage zu verweilen.<sup>73</sup> Die Einladung konnte zwar nicht angenommen werden, doch hofften alle, sich anlässlich des Urlaubs, den Gregor Straßer für August plante, wiederzusehen.

Am 30. Juni 1934, einem Samstag, saß die Familie Straßer am Mittagstisch in der Berliner Privatwohnung, Müllerstraße 170/71.<sup>74</sup> Unerwartet erschienen fünf Beamte der Gestapo in Zivil und teilten ihm mit, daß er sofort mit ihnen zu kommen habe, da sie eine Haussuchung in seinem Büro bei Schering-Kahlbaum durchführen mußten. Nachdem Straßer seine Familie beruhigt hatte, fuhr er mit den Beamten. Anstatt ihn in sein Büro zu bringen, übergaben sie ihn jedoch an ein SS-Kommando, das mit ihm ins Gebäude der Geheimen Staatspolizei in der Prinz-Albrecht-Straße fuhr.<sup>75</sup> Bereits gefesselt, wurde er von drei mit Maschinenpistolen bewaffneten Schergen an etlichen anderen Verhafteten vorbei in eine Einzelzelle des Kellergeschosses gebracht und sofort mit mehreren Pistolenschüssen durch einen SS-Hauptsturmführer ermordet, der den Keller dann mit den Worten verließ: „Das Schwein wäre erledigt.“ Die Leiche wurde offenbar an Ort und Stelle in Einzelteile zerstückelt und in mehreren blutigen Säcken weggebracht.

Eine Woche später, am 7. Juli 1934, wurde Frau Straßer eine Urne in die Wohnung gebracht mit der Aufschrift: „Gregor Straßer, geboren 30. 5. 92 zu Geisenfeld, ist am 30. 6. 34 um 17.20 gestorben. Geheime Staatspolizei Berlin.“<sup>76</sup> Da der Familie gleichzeitig dringendst nahegelegt wurde, kein öffentliches Aufsehen zu erregen, unterblieb die Beisetzung der Urne. Der Familie zufolge befindet sie sich noch heute in der Wohnung der Witwe Else Straßer.

Offiziell war als Todesursache, wie bei anderen Opfern des 30. Juni 1934, „Selbstmord“ angegeben worden.<sup>77</sup> Frau Straßer, die ohne materielle Grundlage dastand und zusätzlich für ihre beiden Söhne sorgen mußte, geriet dadurch in zusätzliche Schwierigkeiten. Die abgeschlossenen Lebens- und Unfallversicherungen enthielten nämlich die Klausel, daß bei Selbstmord keine Zahlungsverpflichtung der Versiche-

---

<sup>72</sup> Eidesstattliche Erklärung Brünings vom 10. 1. 1953, Elbrechter-Nachlaß, siehe Anhang.

<sup>73</sup> Auskunft Frau Höfler, geb. Straßer v. 10. 4. 1971. Sie besitzt auch noch die entsprechende schriftliche Einladung Straßers.

<sup>74</sup> Otto Straßer, Die deutsche Bartholomäusnacht, Prag/Zürich/Brüssel 1938, S. 44 ff.

<sup>75</sup> Fritz Günther v. Tschirschky, Erinnerungen eines Hochverrätters, Stuttgart 1972, S. 195 f.

<sup>76</sup> O. Straßer, Bartholomäusnacht, S. 46.

<sup>77</sup> „Amtliche Totenliste vom 30. Juni 1934“, IfZ, MA 131, Bl. 103458–64.

rungen bestehe.<sup>78</sup> Frau Straßer wandte sich, als sich die Versicherungen in der Tat weigerten, die Beträge auszuzahlen, an den Reichsinnenminister Frick, dem es nach etlichen Schwierigkeiten, vorsichtig an der Gestapo vorbeigierend, gelang, die führenden Herren der beiden Versicherungsgesellschaften zur Freigabe der Gelder zu bewegen, ohne daß er von der Fiktion des „Selbstmordes“ offen abging. Da das schriftlich zu schwierig war, ließ er die entscheidenden Informationen durch geeignete Mitarbeiter des Ministeriums mündlich übermitteln.

Seit 1. Mai 1936 wurde Frau Straßer zusätzlich vom Reichsführer SS Heinrich Himmler unterstützt,<sup>79</sup> der ihr eine Rente von monatlich 500 RM auszahlen ließ, wovon 300 RM für sie selbst bestimmt waren und für jeden der beiden Söhne weitere 100 RM. Auch danach hielt Himmler offensichtlich seine Hand über sie. Ob es darum ging, Krankenhauskosten von über 1500,- RM zu übernehmen, ihr Bescheinigungen für die Befreiung von einer Haussteuer zu senden oder ob er sich dafür verwandte, daß die beiden Söhne Günther und Helmut in die Offizierslaufbahn des Heeres übernommen wurden, stets reagierte er auf entsprechende Bitten von Frau Straßer oder ihres Bruders Vollmuth<sup>80</sup> positiv. Auch als nach dem Tod ihrer Söhne, die am 30. Juli 1941 bzw. am 27. Mai 1942 im Osten gefallen waren, zunächst 1600 RM Rente zuviel gezahlt worden waren, entschied er sofort, daß das Geld nicht zurückzufordern sei, die Rente aber jetzt auf 300 RM festgesetzt werden sollte. In einem Brief vom 18. Oktober 1942 an die „Sehr verehrte Frau Straßer“ entschuldigte er sich, daß er nicht früher habe schreiben können und erst jetzt „zu dem Heldentode Ihres Jungen ... herzliche Anteilnahme und herzliches Gedenken“ ausspreche. Sobald sein Osteinsatz vorbei sei und er wieder nach Berlin zurückkomme, wolle er ihr einen Terminvorschlag für eine Rücksprache machen.<sup>81</sup>

---

<sup>78</sup> Einzelheiten hierzu bei Lothar Gruchmann (Hrsg). Erlebnisbericht Werner Pünders über die Ermordung Klauseners am 30. 6. 1934 und ihre Folgen; in: VfZ 19 (1971), S. 407ff.

<sup>79</sup> Personalakte Else Straßer, BDC.

<sup>80</sup> Vollmuth war 1. Adjutant des Reichsorganisationsleiters Straßer.

<sup>81</sup> Personalakte Else Straßer, BDC.

# Anhang

## Dokument I

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei  
*Organisations-Abtlg. I.*  
Str./Tü.

München, den 7. VIII. 1930.

Herrn

Zahnarzt Erckmann,

*Alzey (Hessen) Schloßgasse 22*

Sehr geehrter Herr Pg.,

Ihr Brief vom 30. VII. ebenso wie der Briefwechsel mit meinem Bruder wurde mir zu Erledigung übergeben. Ich habe denselben mit Interesse gelesen. Sie habe ich aus Ihren Briefen kennengelernt, die Art des Schreibens meines Bruders kenne ich. Ich halte mich zur Beantwortung Ihres Briefes vor allen Dingen deswegen besonders autorisiert, weil ich nicht nur einer der ältesten und, wie ich wohl von mir sagen darf, konsequentesten Nationalsozialisten war, bin und sein werde, sondern auch deswegen, weil durch mich mein Bruder zur Partei kam und damit zu der jahrelangen Zusammenarbeit im Kampf-Verlag.

Ich greife bewußt den wichtigsten Punkt heraus, nämlich den Vorwurf, daß die NSDAP durch Mitregieren ihren revolutionären Standpunkt und die 25 Thesen verraten hat. Hierzu ist Folgendes zu sagen:

Adolf Hitler und seine Mitarbeiter haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie Eines wollen, nämlich die Macht im Staate und zwar ganz und vollständig, um dann das durchzusetzen, was sie bereits 1919 als Nationalsozialismus umrissen und proklamiert haben. Niemals wurde der Standpunkt vertreten, daß diese Machtergreifung nur auf einem Weg, nämlich durch eine Revolution von unten erreicht werden könnte, obwohl zu gegebener und passender Zeit auch dieser Versuch am 9. November 1923 unter Einsatz des Lebens gemacht wurde, wobei nicht einer der heute im „revolutionären“ Lager stehenden beteiligt oder auch nur Mitglied der Partei gewesen wäre.

Die Erreichung der Macht im Staate als Ziel muß dem Führer das Recht geben, alle Wege dazu souverän und autoritativ einschlagen zu können und niemals wurde ein Zweifel gelassen, daß die Disziplin der Bewegung nur deswegen als ihr vornehmstes Gut erachtet und gepflegt wurde, damit die Art dieser Machtergreifung in der Befehlsgewalt des Führers stets unumschränkt bleibe.

Bei den heutigen Machtverhältnissen der durch bürgerliche Feigheit konsolidierten Republik ist zur Zeit der Weg einer Revolution von unten als weniger aussichtsreich

zu betrachten, als eine weitgehende Erfassung der Machtpositionen im Staate selbst, die durch ein zusammenbrechendes und verfaulendes Bürgertum freigeworden sind. Tausendmal habe ich meinem Bruder erklärt: Sozialismus, d. h. der granitene Wille, das heutige kapitalistische System, das gleich ungerecht gegen den Einzelnen wie gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes sich auswirkt, zu zerschlagen, dieser Sozialismus wird nicht gefördert durch die Proklamierung überspitzter theoretischer Formulierungen, sondern er wird eines Tages dadurch verwirklicht, daß ein nationalsozialistischer Arbeitsminister das notwendige Gesetz veröffentlicht und hinter ihm die Polizeigewalt eines gleichgesinnten oder abhängigen Innenministers steht. Vom Verrat des Sozialismus zu sprechen hätten die Leute um meinen Bruder nur dann das Recht, wenn sie die Gewißheit hätten, daß Hitler und seine Mitarbeiter im Besitz der Macht ihr ursprüngliches, die Gründung seinerzeit bewirkendes Wollen als Inhaber der Staatsgewalt verraten würden. Nachdem das ein Problem der Zukunft ist, hat kein Mann der Gegenwart das Recht uns einen solchen Verrat zuzutrauen, noch weniger von ihm als einer feststehenden Tatsache zu sprechen. Letzten Endes ist der Nationalsozialismus formuliert worden von Adolf Hitler, groß gemacht in tausend Versammlungsschlachten von uns seinen Mitarbeitern. Sämtliche Leute, die sich heute „revolutionäre Nationalsozialisten“ nennen sind *später* in ein in Forderungen, Pflichten und Rechten genau umrissenes Gedankengut eingetreten, wenn sie daher *heute* schreiben: „Wir fassen und haben aufgefaßt den Nationalsozialismus als“ ... usw., so ist das eine Anmaßung. Der Nationalsozialismus war, verkörpert durch seine Gründer und seine Mitarbeiter, in der Idee vor 10 Jahren genau das Gleiche wie heute.

Wenn mein Bruder und seine Freunde ihn anders aufgefaßt haben, dann haben sie, die *später* gekommen sind, sich *damals* geirrt, oder haben diese Erkenntnis später erhalten, dann können sie ohne weiteres, nachdem sie *ihren Irrtum* eingesehen haben, austreten, aber eine Gegenbewegung zu gründen mit dem Ruf „Hitler habe den Nationalsozialismus verraten“, weil sie, die viel später gekommenen Empörer, anders auffassen, ist im höchsten Grad unlogisch und in der Auswirkung zerstört. Um eine Idee wie die unsere, ihr Wollen, ihre momentane Taktik und unter Umständen die jeweils richtig gehaltenen Wege zu erkennen, muß man in der Lage sein, den Rhythmus und die idealsten Kräfte, die aus Opfern kommen und zu Opfern werden, innerlich und seelisch verstehen zu können. Mein Bruder – ein intellektuell außerordentlich hochstehender Mann – hat diese seelischen Vorausbedingungen niemals erfüllt. Er war meines Wissens nicht dreimal in einer nationalsozialistischen Versammlung, er hat sich stets geweigert in einer solchen zu sprechen, für ihn war und ist der Nationalsozialismus seiner Auffassung ein Produkt seiner rein verstandesmäßigen abstrakten Folgerungen, seiner Arbeit am Schreibtisch, vermehrt durch eine außerordentlich starke Einschätzung seines Könnens und eine schon in früherer Zeit mehrmals bewiesene Unfähigkeit aus Disziplin eigene Erkenntnisse der Autorität des Führers hintanstellen zu können. Formulierungen, Begriffe, Ergebnisse rein verstandesmäßigen Denkens, überscharfe Kritik an den Unzulänglichkeiten jeder Organisation auf Erden haben vielleicht einen gewissen Wert, mehr aber ist das

Leben und im Leben der lebendige Mensch. Würde ich als Innenminister in Sachsen diesen Posten als erfreuliches Resultat eines 10jährigen opferreichen Kampfes betrachten, mich dort wohlfühlen und behaglich einrichten, dann wäre dies Verrat im Sinne meines Bruders. Gehe ich in dieses Amt ausgesprochen nur als nationalsozialistischer Kämpfer, um von dort aus vielmehr wie anderswo schwere Hindernisse zur letzten Machtergreifung und damit zur Durchführung des nationalsozialistischen Zieles aus dem Wege zu räumen, verlasse ich lachend dieses Amt, wenn eine günstige Wahlparole oder neue Aufklärung des Volkes durch meine Arbeit, durch die Unsittlichkeit des heutigen Systems geschaffen ist, dann ist das Realität des politischen Kampfes gegenüber einer letzten Endes unfruchtbaren, ja bei offener Meuterei nach meiner Ansicht verbrecherischen Ideologie, die auch nicht dadurch wertvoller wird, daß sie sich revolutionärer Phrasen bedient. Bin ich bereit heute als Innenminister alles zu tun, um dieses System zum Zusammenbruch zu bringen und bin ich morgen bereit, wenn es irgendwelche Entwicklung notwendig und aussichtsreich machen sollte, auf der Barrikade zu stehen, dann erst habe ich im Dienste der Idee, der meine Lebensarbeit gilt, jene Handlungsfreiheit gewonnen, aus der in absehbarer Zeit der Erfolg entspringt.

Es ist auch unerhört und hat mich von meinem Bruder, der jahrelang mein bester Freund war menschlich getrennt, daß er das Vertrauen, das er zu mir und meiner Einstellung und über mich zu Adolf Hitler, dem ich bedingungslos diene, haben muß, zerstört hat mit der Behauptung, das, was er Verrat nennt, sei restlos gegeben, nachdem wir alle nach bestem Wissen und Gewissen und mit einer weiß Gott staunenswerten Leistung in den vergangenen Jahren hinter uns heute Möglichkeiten zur Machtergreifung sehen und zu ergreifen gewillt sind, die aus der Lage sich ergeben, die aber, weil sie nicht in Gedankengänge einiger weniger Theoretiker zu passen scheinen, nicht nur nicht abgelehnt, sondern in teilweise unerhörter Form bekämpft werden. Sich in einem so schweren Kampf wie er uns noch bevorsteht einer politischen Führung unterwerfen ist nicht nur Sache des Verstandes, sondern jener seelischen Bindung von Mensch zu Mensch, die man Vertrauen nennt. Dieses Vertrauen war bei den sämtlichen Leuten, die sich heute „revolutionäre Nationalsozialisten“ nennen und die ich fast alle kenne niemals da. Darum waren sie nicht stark genug, Taktik und Prinzip auseinanderzuhalten, waren nicht vertrauensvoll genug, an die Männer zu glauben, die in jeder Stellung die echte deutsche Revolution, nämlich eine radikale Änderung des Denkens und des Geistes unseres Volkes auf allen Gebieten erstreben und brachten es fertig, diesem Kampf, dem sie erst in viel späteren Jahren beigetreten sind, durch Gründung ihrer Gemeinschaft in den Rücken zu fallen. Bei den wertvolleren Leuten dieses Kreises, bei denen aber Prinzipienreiterei, Sturheit des Denkens und Selbstüberschätzung den Blick verdunkelt, ist es eine gewisse Tragik, bei vielen, die sich ihnen anschließen werden, werden es nur üble negative Momente sein, für uns alle aber gilt der Wille, auch hier in Glauben, Vertrauen und Disziplin dieser Bestrebungen Herr zu werden.

Vermittlungsversuche halte ich aus meiner Kenntnis und Sie vielleicht nach dem Lesen dieses Briefes weder für möglich noch für wünschenswert.

Ich habe Ihnen trotz meiner Arbeitsüberlastung so ausführlich geschrieben, weil ich aus Ihren Zeilen eine Gesinnung und Offenheit zu erkennen glaubte, der ich eine ebensolche gegenüberstellen wollte.

Daß diese meine Ausführungen nur für Sie bestimmt sind, ist wohl außer jedem Zweifel.

Mit deutschem Gruß  
gez.: G. Straßer

[Nachlaß Erckmann]

## Dokument II

Paul Schulz: MEMORANDUM

Ich bin am 5. 2. 1898 in Stettin geboren und trat 1914 als Freiwilliger in die deutsche Armee im aktiven Dienstverhältnis ein.

Den ersten Weltkrieg machte ich an der Front mit. Ich wurde mehrfach, teilweise schwer verwundet und wegen Tapferkeit vor dem Feind zum aktiven Offizier befördert.

Nach Kriegsende stellte ich mich den damaligen Volksbeauftragten (Ebert, Noske u. a.) zur Bildung der ersten Nachkriegswehrmacht zur Verfügung. Mit diesen allgemein als Freicorps bekannten militärischen Verbänden nahm ich an der Zurückschlagung der eingesickerten Roten Armee von Ostpreußen bis Kurland teil.<sup>1</sup> Nach Auflösung dieser Freicorps wurde ich als Offizier in die Reichswehr übernommen. Von der damaligen Heeresleitung der Reichswehr wurde ich von 1921–1924 mit wichtigen Aufgaben der Landesverteidigung im Osten betraut. Ich unterstützte damals das „vorsichtig aufgebaute Landesverteidigungssystem des Ostens“<sup>2</sup> durch den Aufbau der sog. „Schwarzen Reichswehr“. Der damalige Reichskanzler Dr. *Wirth* hat diese Maßnahme der Reichsregierung in seiner Reichstagsrede vom 16. Dezember 1926 wie folgt begründet:

„Wir müssen uns klar sein über den furchtbaren Rhythmus jener Tage, die, so Gott will, nunmehr zum Abschluß gekommen sind. Wir spürten den Druck Frankreichs am Rhein, wir sahen die separatistischen Bewegungen wachsen am Rhein und insbesondere in der Pfalz, und wir wußten und sahen, welchen Gefahren wir ausgesetzt waren. Wir spürten den wachsenden Druck an unserer Ostgrenze, wir spürten und sahen in der Entwicklung, daß nicht irgend eine Bande, daß nicht irgend eine kleine Gruppe in Oberschlesien an der ganzen Ostgrenze entlang einem Schiedsspruch des Völkerbundes zuvorkommen wollte, sondern wir spürten, daß es offizielle, polnische Kräfte waren. In dieser Stunde der Entwicklung hat die damalige Reichsregierung – und ich persönlich hatte die Verantwortung in den Händen – und hat auch Herr Reichspräsident Ebert das getan, was zur Sicherung der Ostgrenze notwendig war. Wir wußten, was damals auf dem Spiele stand. In dieser Not des Reiches haben wir damals an der

<sup>1</sup> Im Freicorps des Grafen zu Eulenburg, Kommandeur des 1. Garde-Regiments zu Fuß.

<sup>2</sup> So bezeichnete Reichswehrminister Dr. Geßler alle Maßnahmen, die in den Notjahren 1920–1923 getroffen wurden, um die deutschen Ostgrenzen vor dem Einfall ausländischer Truppen zu schützen.

Ostgrenze zur Abwehr die Vorbereitungen getroffen, die zu treffen unsere vaterländische Pflicht gewesen ist. Wir haben die Abwehr organisiert und haben einen Grenzschutz aufgezogen, der keiner Partei Werk war, sondern ein gemeinsames Werk der Deutschnationalen, der Bayrischen Volkspartei, des Zentrums und der Sozialisten gewesen ist.“

Im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit wurde ich von der „preußischen“ politischen Justiz von 1924 bis 1929 verfolgt und zum Tode verurteilt. Nachdem führende Persönlichkeiten aus allen Parteien und Konfessionen, einschl. der jüdischen, sowie der Reichspräsident von Hindenburg und Generaloberst von Seeckt, Chef der Heeresleitung, für mich eintraten, wurde ich völlig rehabilitiert.

Ich war 32 Jahre alt, als Deutschland im Jahre 1930 einen politischen und wirtschaftlichen Tiefstand erreicht hatte, der zu schwersten Besorgnissen Anlaß gab. In Deutschland zählte man damals 9 Millionen Arbeitslose. Innerlich wurde das deutsche Volk von dem Gift einer progressiven, von Moskau dirigierten Bolschewisierung zersetzt, dem das in zahlreiche Parteien aufgesplitterte, im Grunde antibolschewistische Bürgertum keinen wirksamen Widerstand entgegensetzen konnte.

Die Reichsregierung war infolge ihrer brüchigen Koalitionsstruktur mehr und mehr auf die Anwendung von Notverordnungen angewiesen. Die kommunistische Partei Deutschlands (KPD) zählte damals rd. 6 Millionen Mitglieder bei über 80 Reichstagsmandaten. Es war eine Frage der Zeit, ob es ihr über kurz oder lang gelingen würde, das der Verzweiflung mehr und mehr verfallende Arbeitslosenheer und die Masse der Unterverdiener zu radikalisieren und zum Umsturz zu führen.

Der KPD stand als entschieden antibolschewistischer und in sich geschlossener Kampfgegner nur die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) gegenüber, die zwar über eine lawinenhaft wachsende Gefolgschaft in breiten Volksschichten verfügte, aber mit zunächst nur 11 Reichstagsmandaten ihrem politischen Willen keinen verfassungsmäßigen Ausdruck verleihen konnte.

Es ist bezeichnend für die Ratlosigkeit der Parteilager zwischen den Extremen, der KPD und der NSDAP, daß ab 1930 gute Freunde von der sozialdemokratischen bis zur deutschnationalen Partei an mich herantraten und mich aufforderten, einer durch Hitler an mich ergangenen Berufung in die Reichsleitung der NSDAP als sein Mitarbeiter und als Stellvertreter des Reichsorganisationsleiters Gregor Straßer Folge zu leisten. Meine Tätigkeit als Organisator der „Schwarzen Reichswehr“ und die bitteren Konsequenzen, die sich aus dieser von der Reichsregierung legalisierten Tätigkeit für mich ergeben hatten, bildeten die Grundlagen für die an mich ergangene Berufung durch Hitler und für die Initiative der von mir zitierten Freunde aus allen Parteilagern, diese Berufung anzunehmen.

Ich überlegte mir reiflich. Mir war geläufig, daß der Nationalsozialismus in seiner ursprünglichen Zielsetzung und begrifflichen Definition im Innern den sozialen Frieden und Wohlstand der breiten, arbeitenden Schichten und nach außen sowie innen den Abwehrkampf gegen den Bolschewismus wollte. Die Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930 erhöhten die Zahl der Mandate der NSDAP von 11 auf 107. Der kommunistische Terror wuchs, als die KPD hier ihren entschiedensten Gegner in die politische Arena einrücken sah. Die sich ständig verschlechternde innere Lage gab

schließlich den Ausschlag. Am 24. 10. 1930 trat ich der NSDAP in der bereits erwähnten Funktion als stellvertretender Reichsorganisationsleiter bei.

Ich schloß mich bald sehr eng an Gregor Straßer an, dessen, von einem überzeugenden inneren Ethos getragene Auffassung der sozialen Probleme mich tief berührte. Hitler selbst blieb mir wesensfremd. Seine Charakteristik ist am besten durch die Werke des damaligen nationalsozialistischen Senatspräsidenten von Danzig, Rauschning, wiedergegeben.

In der praktischen Zusammenarbeit ergaben sich nach und nach allerdings nicht geringe Divergenzen zwischen Straßer und mir einerseits und Hitler sowie seiner Umgebung andererseits. Ich verweise auf Gregor Straßers Buch „Kampf um Deutschland“ und auf seine aufsehenerregende Reichstagsrede vom 10. Mai 1932. Ich hielt mit dem damaligen Reichskanzler Dr. Brüning, mit dem ich befreundet war, engste Beziehungen. Auch Gregor Straßer kam mit ihm wiederholt zusammen. Hierbei sei ein kleiner Vorfall erwähnt:

Der Reichspräsident von Hindenburg wurde von General von Schleicher dahin informiert, daß Dr. Brüning zu den Nationalsozialisten keinerlei Beziehungen habe. Der Reichspräsident hielt dies Dr. Brüning vor, worauf letzterer dem Reichspräsidenten antworten konnte, daß er zu der Parteileitung durch mich und Straßer in engster Verbindung stehe. Der Reichspräsident teilte diese Mitteilung seines Kanzlers, dem General von Schleicher, mit. Dieser hatte nichts eiligeres zu tun, als Hitler die Neuigkeit sofort mitzuteilen, daß Schulz und Straßer mit Dr. Brüning befreundet seien. Hitler, der von dieser Verbindung wußte, ersuchte uns daraufhin, unseren Verkehr mit Dr. Brüning nunmehr zu unterlassen.

Wir versuchten Hitler davon zu überzeugen, daß das Führercorps mit besseren, den Durchschnitt überragenden Persönlichkeiten besetzt werden müsse, um die uns gestellte Aufgabe lösen zu können. Den in der Geschichte beispiellosen Wahlerfolg des 14. 9. 1930 schrieb Hitler aber der Tüchtigkeit seiner Parteiführer zu und wider setzte sich den notwendigen Reorganisationsplänen. Wenn Gregor Straßer den Gauleitern Sparsamkeit befahl, so erklärte Hitler in der gleichen Gauleitertagung: „Macht Schulden soviel ihr wollt, der liebe Gott bezahlt.“

Im Jahre 1931 machte Hitler den aus Bolivien zurückgekehrten Hauptmann Röhm zum Stabs-Chef der SA. Röhm war homosexuell. Er machte daraus auch keinen Hehl und kam bald mit dem Strafgesetz in Konflikt. In erpresserische Hände gefallen, ließ er sich zu Handlungen verleiten, welche die gesamte Presse beschäftigte. Ich mußte persönlich deswegen zwei Prozesse gegen die Münchener Post, eine führende sozialdemokratische Zeitung, führen. Diese beiden Prozesse vom 24. 6. 31 und vom 24. 10. 32 zeigten eine Korruption innerhalb der Parteileitung, die man kaum für möglich halten sollte. Jede Partei wäre durch das Ergebnis dieser Prozesse von der politischen Bühne verschwunden, ein Mann wie Röhm wäre nicht eine Stunde mehr in einer derart verantwortlichen Stellung verblieben. Hitler jedoch übergab der Öffentlichkeit die Erklärung: „Röhm ist mein Stabs-Chef, er war mein Stabs-Chef und er wird mein Stabs-Chef bleiben.“

Der parlamentarische Brauch bedingte, daß die NSDAP als die stärkste aus den

Reichstagswahlen des Jahres 1932 hervorgegangene Partei mit der Regierungsbildung zu beauftragen war. Gregor Straßer strebte ein Kabinett auf breiter Grundlage von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen mit Dr. Brüning als Außenminister an. Hitler selbst trug sich nicht mit der Absicht, Kanzler zu werden, da er eine regelmäßige, disziplinierte Gedankenarbeit gar nicht zu leisten vermochte. Als Kanzler wollte und konnte er nur Gregor Straßer herausstellen. General von Schleicher hatte den Reichspräsidenten von Hindenburg über die Herkunft Hitlers dahingehend unterrichtet, daß Hitler in Braunau in Böhmen geboren sei. Diese Eröffnung veranlaßte den alten Herrn zu der denkwürdigen und folgenschweren Äußerung: „So lange ich Reichspräsident bin, werde ich den böhmischen Gefreiten nie zum Reichskanzler machen.“

Dies war das Signal für Hitlers „Paladine“, Göbbels, Göring und Röhm, die nunmehr von Hitler verlangten, daß es die Ehre der Partei des Führers schon aus Prestige-Gründen erfordere, daß Hitler das Amt des Kanzlers für sich selbst verlange. Hitler erklärte: „Ich werde in Deutschland ein Chaos erzeugen, aus dem der Reichspräsident von Hindenburg keinen anderen Ausweg findet, als über die Reichskanzlerschaft Adolf Hitlers.“ Ohne Wissen Straßers und ohne das meinige, ließ Hitler durch die SA im August 1932 eine Terrorwelle über Deutschland branden. Mordprozesse folgten. Die Gegensätze der Auffassung zwischen Gregor Straßer und Hitler wurden unüberbrückbar. Straßer erkannte seit langer Zeit die großen Gefahren, die in der jeder Verantwortung entbehrenden Auffassung Hitlers lagen. „Ich will in keinem Vaterland, in dem das Chaos herrscht, Minister sein“, erklärte Gregor Straßer in einer Unterredung, die den Terrorakten folgte.

Am 8. Dezember 1932 schrieb Gregor Straßer folgenden Brief an Hitler, der nie veröffentlicht wurde, und legte ihm die Gründe seines Ausscheidens dar.

Gregor Straßer

den 8. Dezember 1932

Herrn

Adolf Hitler

*z. Zt. Berlin*

Hotel Kaiserhof

Sehr geehrter Herr Hitler!

Mit diesem Schreiben bitte ich Sie zur Kenntnis zu nehmen, daß ich mein Amt als Reichsorganisationsleiter der Partei niederlege und gleichzeitig meinen Verzicht auf mein Reichstagsmandat aussprechen werde.

Zur Begründung dieses von mir nach schweren inneren Kämpfen unternommenen Schrittes führe ich folgendes an:

Es ist mir unmöglich, in einer Zeit, die infolge der politischen Verhältnisse und des inneren Zustandes der Bewegung straffste autoritative Führung zur allergrößten Notwendigkeit macht, die Organisationsarbeiten durchzuführen, wenn der Führer der Bewegung die von ihm unterzeichneten Anordnungen den wenigen die erhöhte Kontrolle mit Recht führenden Gauleitern gegenüber heruntersetzt und sabotiert

und dadurch diese Gauleiter, die durchweg zu den schlechtesten Verwaltern ihres Amtes gehören, zur offenen Meuterei auffordert. Das ist für mein soldatisches Denken unerträglich. Nachdem Sie auch dritten gegenüber die von mir durchgeführte Neu-Organisation der Partei als prinzipiell falsch bezeichnen, ist meine organisatorische Aufgabe unlösbar geworden und ich ziehe daraus die Konsequenzen.

Ich glaube, daß kein Redner der Partei außer Ihnen so stark die weltanschaulichen Fragen des Nationalsozialismus in den Vordergrund gerückt hat wie ich.

Darum habe ich das Recht zu sagen, daß die NSDAP nach meiner Auffassung nicht nur eine zur Religion werdende Weltanschauungsbewegung ist, sondern eine Kampfbewegung, die die Macht im Staate in jeder Möglichkeit anstreben muß, um den Staat zur Erfüllung seiner nationalsozialistischen Aufgaben und zur Durchführung des deutschen Sozialismus in allen seinen Konsequenzen fähig zu machen.

Die brachiale Auseinandersetzung mit dem Marxismus kann und darf nicht – dem Einzelnen überlassen – in dem Mittelpunkt der innerpolitischen Aufgabe stehen, sondern ich sehe es als das große Problem dieser Zeit an, eine große breite Front der schaffenden Menschen zu bilden und sie an den neugeformten Staat heranzubringen. Die alleinige Hoffnung auf das Chaos als der Schicksalsstunde der Partei halte ich für falsch, gefährlich und nicht im gesamtdeutschen Interesse liegend. In allen diesen Fragen ist Ihre entscheidende Meinung eine andere und damit ist meine politische Aufgabe als Abgeordneter und Redner der Partei unlösbar geworden und ich ziehe daraus die Konsequenzen.

Ich war in meinem Leben nichts anderes als Nationalsozialist und werde es nie anders sein; darum trete ich – ohne Rücksicht auf meine Person und ohne persönlichen Groll – in die Reihe der einfachen Parteigenossen zurück und mache den Platz frei für die Ratgeber, welche Sie zur Zeit mit Erfolg zu beraten in der Lage sind.

Dieser mein Entschluß ist der schwerste meines Lebens; denn ich habe der Bewegung und Ihnen 11 Jahre lang treu gedient.

Da ich unter *allen Umständen* ablehne, irgendwie der Mittelpunkt von Oppositionsbestrebungen oder auch nur Erörterungen solcher Art zu werden, verlasse ich heute noch Berlin und anschließend für längere Zeit Deutschland.

Als meinen Nachfolger schlage ich pflichtgemäß den früheren Leiter der Organisationsabteilung II Herrn Oberst Hierl vor.

Von diesem Brief erhalten nur Sie Kenntnis. An die Presse werde ich keine irgendwie gearteten Erklärungen meines Schrittes geben.

Mit deutschem Gruß

stets Ihr ergebener  
gez. Gregor Straßer

Mit Gregor Straßer schieden unser Stabs-Chef, der Rechtsanwalt Dr. Glaser und ich selbst aus.

Am 24. Oktober war ich automatisch mit der Übernahme meines Parteiamtes als stellvertretender Organisationsleiter in die Partei eingetreten. Am 8. Dezember 1932, also 7 Wochen vor der Machtübernahme durch die NSDAP schied ich aus. Wir wußten, daß Hitler uns diesen Schritt nie verzeihen würde und wir ständig vom

sicheren Tod bedroht blieben. Gregor Straßer sagte mir häufig: „Hitler wird uns umbringen lassen, wir werden keines natürlichen Todes sterben.“

[...]

Laichingen/Württ./Alb, den 21. Juli 1951

gez.: Paul Schulz

[Paul Alexander Schulz (Hrsg.): Rettungen und Hilfeleistungen an Verfolgten 1933–1945 durch Oberleutnant a. D. Paul Schulz, Laichingen 1967 (Privatdruck), S. 5–11.]

### Dokument III

Hartland, Vermont  
6. Dezember 1956

Sehr verehrter Herr Dr. Leutze!

In Beantwortung Ihres Briefes vom 23. 11. betreffend Herrn Paul Schulz möchte ich Folgendes feststellen:

1) Es ist richtig, daß ich während meiner Amtszeit und später Herrn Paul Schulz, den ich vom Ruhrkampf her kannte, öfters gesehen habe, um über ihn die Verbindung mit Gregor Straßer aufrecht zu erhalten. Sowohl General von Schleicher wie ich selbst legten politischen Wert darauf, durch gelegentliche Informationen die Stellung Gregor Straßers in der NSDAP sowohl gegenüber Hitler wie gegenüber Göring zu stärken, der von Hitler den offiziellen Auftrag hatte, wenn Verhandlungen der NSDAP mit der Reichsregierung – beispielsweise über das Zusammentreten des Reichstages – erforderlich waren, oder es im Interesse des Reiches ratsam war, Hitler über schwierige außenpolitische Probleme zu informieren – wie beispielsweise nach Abschluß des polnisch-russischen Neutralitätsvertrages, der eine schwere Bedrohung der Sicherheit von Ostpreußen und Schlesien bedeutete, da die Polen nunmehr ihre Truppen von ihren Ostgrenzen nach dem Westen werfen konnten – solche Verhandlungen mit mir zu führen.

2) Verhandlungen mit der NSDAP, als der stärksten Partei im Reichstage, waren so wie so öfters erforderlich über Fragen des Zeitpunktes des Zusammentritts des Reichstages und ferner bei der Vorbereitung der Präsidentenwahl im Jahre 1932. Solche Verhandlungen wurden nur selten mit Hitler persönlich durchgeführt, weil er nicht zuverlässig war in seinen Versprechungen und man über andere Mitglieder der NSDAP, vor allem über die Straßer-Gruppe, sich Informationen über Hitlers wirkliche Absichten verschaffen mußte.

Nach meinem Ausscheiden aus dem Amte war es die Politik des Generals von Schleicher, Hitlers Stellung in der eigenen Partei durch enge Beziehung mit der Straßer-Gruppe zu unterminieren. Hitler erkannte die sich für ihn daraus ergebende Gefahr und nahm nun den Kampf gegen die Straßer-Gruppe auf.

Über diese Vorgänge wurde ich von Herrn Straßer und Herrn Schulz auf dem laufenden gehalten. Daß die Bemühungen Straßers und seiner Freunde keinen Er-

folg hatten, lag an den politischen Verhältnissen, die durch das Kabinett Papen geschaffen wurden. Sie hatten zur Folge, daß nahezu alle Parteien des Reichstages sich schließlich trotz meiner Warnung gegen das Kabinett Papen scharf einstellten, obwohl Herr von Papen, wenn er normale Verhandlungen mit den Parteiführern geführt hätte, von einer Reichstagsmehrheit wenigstens „toleriert“ worden wäre. Durch die sich daraus ergebende innerpolitische Entwicklung wurde die Stellung Hitlers gegenüber der Straßer-Gruppe verstärkt, so daß sich diese Gruppe aus Widerwillen und Abneigung gegen die amoralische Haltung einer Reihe von Führern der NSDAP schließlich entschloß, aus der Partei auszutreten. Dieser Austritt erfolgte also nicht aus persönlichen Gründen sondern aus moralischen Erwägungen. Über diese internen Vorgänge in der NSDAP wurde ich von Herrn Schulz dauernd orientiert.

3) Es ist richtig, daß ich einem Herrn, der mich wohl im Auftrage einer offiziellen Schweizer Stelle aufsuchte, erklärt habe, daß ich Herrn Schulz für politisch völlig einwandfrei hielte und nur gewünscht hätte, daß es Straßer und Herrn Schulz gelungen wäre, Hitlers Machtstellung in der NSDAP zu brechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung,

Ihr sehr ergebener  
gez.: Heinrich Brüning

[Paul Alexander Schulz (Hrsg.): Rettungen und Hilfeleistungen an Verfolgten 1933–1945 durch Oberleutnant a. D. Paul Schulz, Laichingen 1967 (Privatdruck), S. 24–25.]

#### Dokument IV

Hellmuth Elbrechter

[1945]

*Persönlich und vertraulich.*

Als 1929 Hans Zehrer die Herausgabe der Eugen Diederichs'schen Zeitschrift „Die Tat“ übernommen hatte, war ich freier Mitarbeiter derselben und später auch bei der Berliner „Täglichen Rundschau“, deren Herausgeber ebenfalls Zehrer im Jahre 1932 wurde.

Seit dem Jahre 1923 kannte ich den Stellvertreter Hitlers, Gregor Straßer, mit dem ich seit Anfang 1932 wieder in engeren Connex kam. Auf meine Initiative hin hielt dieser im Mai 1932 die damals viel beachtete Reichstagsrede von der „antikapitalistischen Sehnsucht des deutschen Volkes“, durch die eine Annäherung des von ihm geführten Flügels der NSDAP an die Gewerkschaften vorbereitet werden sollte; eine Absicht, die auch in der Linie des damaligen Reichswehrministers v. Schleicher lag.

Im letzten Drittel des Jahres 1932 brachte ich dann G. Straßer mit Schleicher in meiner Berliner Wohnung unter denkbar größten Vorsichtsmaßnahmen verschie-

dentlich zusammen. Von mir aus wurde auch der einmalige Besuch Straßers bei Hindenburg vorbereitet, und mit Hilfe von Schleicher durchgeführt. Nebenher gingen Verhandlungen mit Gewerkschaftsführern wie Otte, Leipart und anderen. (Die Neujahrsbotschaft Leiparts 1932/33 war eine Folge dieser unserer (und Schleichers) Absichten.)

Leider legte dann, wie bekannt, Straßer, ohne mich vorher davon zu benachrichtigen, seine Parteiämter nieder, wodurch die Aktion teilweise publik wurde. Infolge der Tätigkeit Papens, dessen Absicht, im Hause Schröders, Köln, eine Zusammenkunft mit Hitler zu haben, mir bekannt geworden war, und die ich photographisch festhalten ließ, und infolge der sich versteifenden Ablehnung Hindenburgs, Schleicher die Auflösung des Reichstages zu genehmigen, machte ich im ersten Drittel des Januar 1933 Schleicher den Vorschlag eines kalten Staatsstreiches, d. h. ich riet ihm, anhand der in seinem Besitz befindlichen „Roten Mappe“ den Reichstag ohne die Unterschrift Hindenburgs aufzulösen und sich nachträglich dessen Unterschrift zu holen. Nach meiner Kenntnis der persönlichen Qualitäten Hindenburgs und seiner allernächsten Umgebung wäre dies glatt und risikolos gegangen, so daß dann der zwischen Schleicher, Straßer und mir vereinbarte Plan, bei Neuwahlen eine Gegenpartei gegen die NSDAP aufzustellen, in Aktion hätte treten können. (Die Aussöhnung zwischen Röhm als S.A.-Führer und Straßer war auf meine Veranlassung vorhergegangen, ebenso waren eine nicht zu unterschätzende Anzahl von Abgeordneten der n. s. Reichstags- und Preußischen Fraktion und höhere Funktionäre der Partei enragierte Anhänger von G. Straßer). Bedauerlicherweise erklärte mir Schleicher nach 48 Stunden Bedenkzeit, daß er als „General“ eine derartige Aktion gegen seinen „Feldmarschall“ durchzuführen innerlich nicht in der Lage sei. Dadurch wurden alle weiteren Bemühungen meinerseits naturgemäß aussichtslos. Daß diese ganzen Vorgänge weder damals bekannt noch bisher publizistisch ausgewertet worden sind – alle anderen bisherigen Darstellungen sind Phantasiegebilde – liegt daran, daß diese Aktion eine Ein-Mann-Aktion von mir gewesen ist, über deren Ablauf lediglich Zehrer von mir informiert wurde. Lebensrettend für mich war, daß dieser damals – wie auch bis heute – keine zwingende Veranlassung hatte, irgendetwas darüber auszusagen. Daher konnte ich bei allen Verhören durch die Gestapobeamteten der Prinz Albrechtstraße, die glücklicherweise nicht zur geistigen Elite dieser Kategorie gehörten, diese von den führenden n. s. Kreisen nur geahnten Zusammenhänge zunächst bagatellisieren und dadurch wider alles Erwarten den Mai 1945 erleben.

[Nachlaß Elbrechter]

## Dokument V

### *Eidesstattliche Erklärung*

Herr Dr. *Elbrechter* ist mir seit nahezu 25 Jahren aufgrund ärztlicher Behandlung und persönlicher, freundschaftlicher Beziehungen bekannt. Dr. Elbrechter stand ebenso wie ich in persönlichen Beziehungen zu dem ermordeten Reichstags-Abgeordneten Gregor Straßer und auch mit dem General von Schleicher. Ich habe in Dr. Elbrechters Haus wiederholt Gregor Straßer, vor allem auch nach meinem Rücktritt und nach der Machtergreifung seitens Hitler getroffen und mit ihm dort überlegt, in welcher Weise es möglich sein könnte, ein Hitler-Regime zu vermeiden.

Dr. Elbrechter hat 1932 den General von Schleicher mit Gregor Straßer zusammengebracht, um bei Reichstags-Neuwahl durch eine Gegenkandidatur Straßers gegen Hitler eine Spaltung bzw. starke Schwächung der NSDAP zu erreichen. Dr. Elbrechter hat mich in meinen Verstecken, auch nach der Machtergreifung Hitlers, als ich mich bereits wegen der Verfolgung seitens der SA und der Gestapo im Hedwigs-krankenhaus, Berlin, aufhielt, öfters besucht und mich über die Vorgänge und Entwicklungen in der NSDAP aufgrund von Berichten von Gregor Straßer dauernd auf dem Laufenden gehalten.

Meine Beziehungen zu Herrn Dr. Elbrechter und Gregor Straßer waren Hitler und Himmler wohl bekannt. Ich habe beide Herren vor meinem Verlassen Deutschlands dringend gewarnt, sich dem seit Anfang Mai geplanten Massenmord von Gegnern des Hitler-Regimes durch die Flucht zu entziehen. Herr Dr. Elbrechter ist dem Tode nur entgangen, weil er zufällig am 30. Juni 1934 nicht in Berlin anwesend war. Er floh nach Holland und war dann einige Jahre in London. Er hatte den Plan, nach Chile, der Heimat seiner Frau, auszuwandern. Bei Ausbruch des 2. Weltkrieges befand er sich in Holland und wurde vor der Besetzung Hollands nach Deutschland abgeschoben, dort sofort an der Grenze verhaftet und in das Gefängnis in der Prinz-Albrecht-Straße, Berlin, und später in das Konzentrationslager Oranienburg gebracht. Er wurde aus dem Konzentrationslager später entlassen, aber für „wehr-unwürdig“ erklärt. Er hat sich erneuten Verhaftungen besonders gegen Ende des Krieges nur durch dauernden Ortswechsel entziehen können.

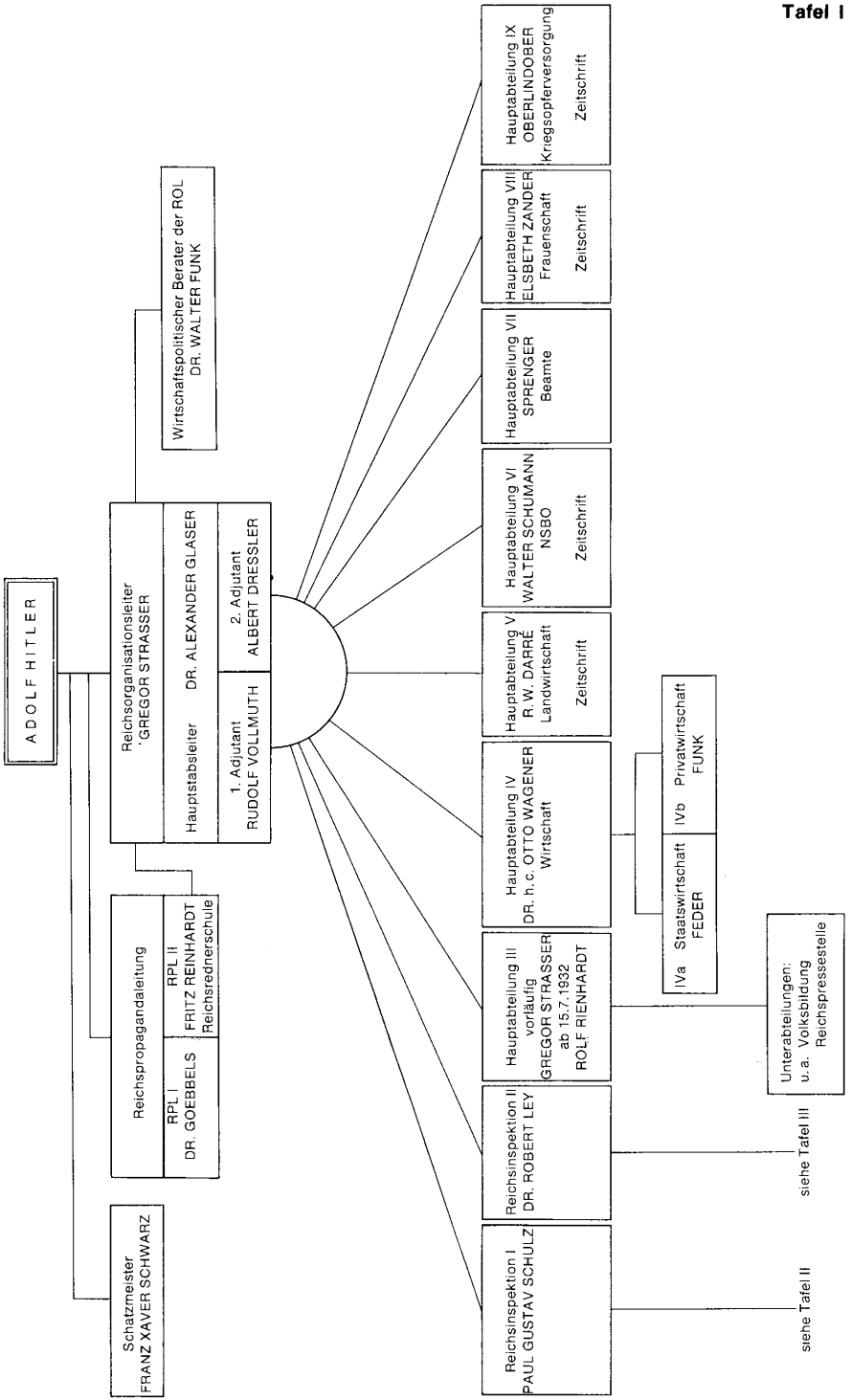
Köln-Braunsfeld, den 10. Januar 1953

Hültzstr. 28

gez. Dr. Heinrich Brüning

[Nachlaß Elbrechter]

GLIEDERUNG DER PARTEILEITUNG VOM 10. JUNI 1932



Tafel I



Reichsinspektion IILEY

Landesinspektion	Landesinspektion	Landesinspektion	Landesinspektion
West	Sachsen-Thüringen	Südwest	Bayern
<u>HAAKE</u>	<u>MUTSCHMANN</u>	<u>SPRENGER</u>	<u>LEY</u>
5 Gaue:	2 Gaue:	4 Gaue:	7 Gaue:
1. Düsseldorf	1. Sachsen	1. Baden	1. Mittelfranken
2. Essen	2. Thüringen	2. Hessen-Darmstadt	2. München-Oberbayern
3. Koblenz-Trier		3. Hessen-Nassau	3. Oberfranken
4. Köln-Aachen		4. Württemberg	4. Oberpfalz-Niederbayern
5. Saar			5. Rheinpfalz
			6. Schwaben
			7. Unterfranken
			<u>HABICHT</u>
			Landesinspektion
			Landesinspektion

# Quellen- und Literaturverzeichnis

## 1. Archivalien

### *Bundesarchiv Koblenz*

NS 1 (Reichsschatzmeister der NSDAP)  
NS 18 (Reichspropagandaleiter der NSDAP)  
NS 22 (Reichsorganisationsleiter der NSDAP)  
NS 26 (Hauptarchiv der NSDAP)  
NSD (Drucksachen der NSDAP)  
Sammlung Schumacher zur Geschichte des Nationalsozialismus  
Nachlaß Krebs  
R 43 (Akten der Reichskanzlei)

### *Bundesarchiv – Militärarchiv Freiburg*

Nachlaß Schleicher

### *Institut für Zeitgeschichte München*

ED 1 (Liebmann)  
ED 60 (O. Wagener)  
ED 86 (F. v. Bredow)  
ED 93 (H. Schäffer)  
F 28 (Dr. Korn)  
F 86 (Abegg-Gelpke)  
Mikrofilme MA 127/1, MA 131, MA 211, MA 251, MA 329

### *Landesarchiv Berlin*

Gerichtsakten Gregor Straßer

### *Document Center Berlin*

Personalunterlagen

### *DGB-Archiv Düsseldorf*

### *Nachlässe in Privatbesitz*

Rudolf Buttman  
Hellmuth Elbrechter  
H. Erckmann  
Gottfried Feder

## 2. Zeitungen

Völkischer Beobachter, Jahrgang 1930–32

Einzelausgaben folgender Zeitungen:

Alemannische Grenzlandnachrichten

Der Angriff

Arbeitertum

Das Freikorps

### 3. Mündliche Auskünfte

Frau Börger (Witwe des MdR Wilhelm Börger)	(20. 8. 1971)
Hermann Cordemann	( 8. 9. 1971)
Dr. Heinrich Dräger	(31. 8. 1972)
Herr Elbrechter jr.	(20. 10. 1971)
Friedrich Karl Florian	(27. 11. 1971)
Prälat Dr. Föhr	(10. 9. 1972)
Dr. Max Frauendorfer	( 7. 12. 1971)
Dr. Werner Hagert	(29. 5. 1971)
August Heinrichsbauer	( 3. 11. 1971)
Else Höfler geb. Straßer	(10. 4. 1971)
Rudolf Jordan	(16. 8. 1971)
Hans Kurth	( 7. 10. 1971)
Dr. Paul Alexander Schulz jr. und Erna Schulz	(14. 4. 1972)
Kurt Schwaebe	( 8. 12. 1971)
Lutz Graf Schwerin von Krosigk	(28. 11. 1971)
Dr. Otto Straßer	(10. 4. 1971)
P. Bernhard OSB (Paul Straßer)	(16. 8. 1972)
Karl Wahl	(17. 8. 1971)
Horst Walter	(18. 11. 1971)

### 4. Literatur

- Bennecke, Heinrich: Hitler und die SA, München 1962
- Berndorff, Hans Rudolf: General zwischen Ost und West, Hamburg o. J.
- Bollmus, Reinhard: Das Amt Rosenberg und seine Gegner, Stuttgart 1970
- Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Stuttgart/Düsseldorf 1957
- Bracher, Karl Dietrich, Wolfgang Sauer u. Gerhard Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln/Opladen 1962<sup>2</sup>
- Bracher, Karl Dietrich: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln/Berlin 1969
- Broszat, Martin: Der Staat Hitlers, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Bd. I, Stuttgart 1971, S. 499–825
- Brüning, Heinrich: Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970
- Brüning, Heinrich: Briefe und Gespräche 1934–1945, Stuttgart 1974
- Bry, Gerhard: Wages in Germany 1871–1945, Ann Arbor, Michigan 1967
- Czichon, Eberhard: Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967
- Diebow, Hans: Gregor Straßer und der Nationalsozialismus, Berlin 1932
- Dietrich, Otto: Mit Hitler in die Macht, München 1934
- Dixon, Joseph Murdock: Gregor Straßer and the Organization of the Nazi Party, 1925–32, Diss. Stanford University 1966
- Dittmann, Wilhelm: Das politische Deutschland vor Hitler, Zürich/New York 1945

- Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Wiesbaden 1973
- Dräger, Heinrich: Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung, Düsseldorf 1954
- Eschenburg, Theodor: Die improvisierte Demokratie, München 1963
- Fest, Joachim C.: Hitler, Frankfurt 1973
- Forsthoff, Ernst: Deutsche Verfassungsgeschichte der Neuzeit, Stuttgart 1967<sup>3</sup>
- Fraenkel, Heinrich und Roger Manvell: Goebbels. Eine Biographie, Köln/Berlin 1960
- Friedlaender-Prechtel, Robert: Chronische Arbeitskrise, ihre Ursachen, ihre Bekämpfung, Berlin 1926
- Friedlaender-Prechtel, Robert: Wirtschaftswende, Leipzig 1931
- Geismaier, Michael (Otto Straßer): Gregor Straßer, Leipzig 1933
- Gereke, Günther: Ich war königlich-preußischer Landrat, Berlin 1970
- Gerstenberger, Heide: Konservatismus in der Weimarer Republik, in: Gerd Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.): Rekonstruktion des Konservatismus, Freiburg 1972, S. 331–348
- Gesell, Silvio: Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, Rehbrücke b. Berlin 1911
- Goebbels, Joseph: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1941
- Grotkopp, Wilhelm: Die große Krise, Düsseldorf 1954
- Hahn, Albert: Die Grundirrtümer in Lord Keynes General Theory of Employment, Interest and Money, in: Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 2 (1949), S. 170–192
- Hansen, Alvin, Richard V. Clemence (Hrsg.): Reading in Business Cycles and National Income, New York 1953
- Hecker, Hans: Die Tat und ihr Osteuropabild 1909–1939, Köln 1974
- Heer, Hannes: Burgfrieden oder Klassenkampf, Neuwied/Berlin 1971
- Heiber, Helmut (Hrsg.): Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925–26, Stuttgart 1961
- Heiber, Helmut: Joseph Goebbels, Berlin 1962
- Heiber, Helmut: Die Republik von Weimar, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Bd. I, Stuttgart 1971, S. 13–211.
- Heiden, Konrad: Geschichte des Nationalsozialismus, Berlin 1932
- Heiden, Konrad: Hitler, Zürich 1936
- Heiden, Konrad: Ein Mann gegen Europa, Zürich 1937
- Heinrichsbauer, August: Schwerindustrie und Politik, Kettwig 1948
- Helbich, Wolfgang Johannes: Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Planes für die deutsche Politik 1930–32, Berlin 1962
- Hermens, Ferdinand A.: Das Kabinett Brüning und die Depression, in: Hermens, F. A. und Theodor Schieder (Hrsg.): Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning, Berlin 1967
- Heuss, Theodor: Erinnerungen 1905–1933, Tübingen 1963
- Horn, Wolfgang: Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP, Düsseldorf 1972
- Hüllbüsch, Ursula: Gewerkschaften und Staat, phil. Diss., Heidelberg 1961
- Hüttenberger, Peter: Die Gauleiter, Stuttgart 1969
- Jochmann, Werner: Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933, Frankfurt 1963
- Jordan, Rudolf: Erlebt und Erlitten. Weg eines Gauleiters von München bis Moskau, Leoni 1971
- Jünger, Ernst: Der Arbeiter, Hamburg 1932<sup>3</sup>
- Käss, Friedrich: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsgedanke, Diss., München 1934
- Kehrl, Hans: Krisenmanager im Dritten Reich, Düsseldorf 1973
- Kele, Max H.: Nazis and Workers, Chapel Hill 1972
- Keynes, John Maynard: The General Theory of Employment, Interest and Money, London/New York 1936, Übersetzung von F. Waeger, Berlin 1952

- Köhler, Henning: Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Reparationen in der Schlußphase der Regierung Brüning, in: VfZ 17 (1969), S. 276–307
- Köhler, Henning: Sozialpolitik von Brüning bis Schleicher, in: VfZ 21 (1973), S. 146–150
- Koktanek, Anton M.: Oswald Spengler in seiner Zeit, München 1968
- Krebs, Albert: Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959
- Kroll, Gerhard: Neutrales Geld und Kapitalbildung, Berlin 1935
- Kroll, Gerhard: Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958
- Kühnl, Reinhard: Zur Programmatik der Nationalsozialistischen Linken: Das Straßer-Programm von 1925–26, in: VfZ 14 (1966), S. 317–333
- Kühnl, Reinhard: Die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Meisenheim 1966
- Luedicke, Kurt G. W.: I knew Hitler, New York 1937
- Luther, Hans: Vor dem Abgrund. 1930–1933. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten, Frankfurt a. M./Berlin 1964
- Maser, Werner: Adolf Hitler. Legende, Mythos, Wirklichkeit, München 1971
- Meissner, Otto: Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler, Hamburg 1950
- Miltenberg, Weigand von (Herbert Blank): Adolf Hitler – Wilhelm III, Berlin 1931
- Moeller van den Bruck, Arthur: Sozialismus und Außenpolitik, Breslau 1933
- Ohl, Jörg: Keynesianismus ohne Keynes. Der deutsche Beitrag zur Entstehung der modernen Beschäftigungstheorie, jur. Diss., Tübingen 1953
- Orlow, Dietrich: The History of the Nazi Party 1919–1933, Pittsburgh 1969
- Orlow, Dietrich: The Conversion of Myths into Political Power: The Case of the Nazi Party 1925/26, in: Am. Hist. Review 72 (1966/67), S. 906–924
- Pactel, Karl O.: Versuchung oder Chance? Zur Geschichte des deutschen National-Bolschewismus, Göttingen 1965
- Petzina, Dietmar: Grundriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte 1918–1945, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Bd. II, Stuttgart 1973, S. 665–770
- Petzina, Dietmar: Elemente der Wirtschaftspolitik in der Spätphase der Weimarer Republik, in: VfZ 21 (1973), S. 127–133
- Pfarr, Wolfgang: Die Deutsch-Sozialistische Partei, Staatsarbeit, Düsseldorf 1974
- Rathenau, Walther: Von kommenden Dingen, Berlin 1917
- Reimann, Viktor: Dr. Joseph Goebbels, Wien/München/Zürich 1971
- Reventlow, Ernst Graf zu: Deutscher Sozialismus, Weimar 1930
- Rosenberg, Arthur: Die Weimarer Republik, Frankfurt 1955
- Rosikat, Ernst: Die Finanzierung der Landwirtschaftlichen Siedlung, in: Archiv für innere Kolonisation, Bd. 16 (1924), S. 125–136
- Rosikat, Ernst: Bauernsiedlung, in: Grenzgau G. H. 1925
- Rosikat, Ernst: Die Siedlung als Landvolkbewegung, in: Volk und Reich, Bd. II (1926), S. 540–545
- Saile, Wolfgang: Hermann Wagener und sein Verhältnis zu Bismarck, Tübingen 1958
- Sanmann, Horst: Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 10 (1965), S. 109–140
- Schäfer, Wolfgang: NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, Hannover/Frankfurt 1956
- Schildt, Gerhard: Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West. Untersuchung zur Geschichte der NSDAP 1925/26, Diss., Freiburg/Br. 1964
- Schmid, Werner: Silvio Gesell, Bern 1954
- Schmidt-Pauli, Edgar von: Hitlers Kampf um die Macht. Der Nationalsozialismus und die Ereignisse des Jahres 1932, fortgeführt bis zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, Berlin o. J. (1933)

- Schüddekopf, Otto-Ernst: Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960
- Schulz, Paul Alexander: Rettung und Hilfeleistungen an Verfolgten 1933–1944 durch Oberleutnant a. D. Paul Schulz, Laichingen 1967 (Privatdruck)
- Schumann, Hans Gerd: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront“, Hannover/Frankfurt 1958
- Sontheimer, Kurt: Der Tatkreis, in: VfZ 7 (1959), S. 229–260
- Spengler, Oswald: Briefe 1913–36, München 1963
- Starcke, Gerhard: NSBO und Deutsche Arbeitsfront, Berlin 1934
- Stegmann, Dirk: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933, in: Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973), S. 399–482
- Stern, Fritz: Kulturpessimismus als politische Gefahr, Berlin/Stuttgart 1963
- Straßer, Bernhard: Gregor und Otto Straßer, München 1954
- Straßer, Gregor: Freiheit und Brot, Berlin 1928
- Straßer, Gregor: Hammer und Schwert, Berlin 1928
- Straßer, Gregor: Kampf um Deutschland, München 1932
- Straßer, Gregor: Wirtschaftliches Sofortprogramm, 1932
- Straßer, Gregor: Das wirtschaftliche Aufbauprogramm der NSDAP. Rede vor 15000 nationalsozialistischen Betriebszellenmitgliedern am 20. Oktober 1932 im Berliner Sportpalast, Berlin 1932
- Straßer, Otto: 30. Juni, Prag 1934
- Straßer, Otto: Die deutsche Bartholomäusnacht, Prag/Zürich/Brüssel 1938<sup>7</sup>
- Straßer, Otto: Hitler und ich, Buenos Aires 1940
- Straßer, Otto: Mein Kampf, Frankfurt 1969
- Treviranus, Gottfried Reinhold: Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf/Wien 1968
- Tschirschky, Fritz Günther von: Erinnerungen eines Hochverrätters, Stuttgart 1972
- Turner, Henry Ashby jr.: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Göttingen 1972
- Tyrell, Albrecht (Hrsg.): Führer befiehl ..., Düsseldorf 1969
- Vogelsang, Thilo: Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–32, Stuttgart 1962
- Wahl, Karl: ... es ist das deutsche Herz, Augsburg 1954
- Weber, Adolf: Allgemeine Wirtschaftslehre, München/Leipzig 1929
- Wegr, Paul (Peter Straßer): Das neue Wesen. Betrachtungen und Ausblicke, Kempten 1912
- Weller, B. Uwe: Maximilian Harden und die Zukunft, Bremen 1970
- Winkler, Ernst: John Maynard Keynes und Silvio Gesell, Heidelberg 1951
- Wörtz, Ulrich: Programmatik und Führerprinzip. Das Problem des Straßer-Kreises in der NSDAP, phil. Diss., Erlangen/Nürnberg 1966
- Zwiedineck-Südenhorst, Otto von: Die Arbeitslosigkeit und das Gesetz der zeitlichen Einkommensfolge, Weltw. Arch. Jena, Bd. 34, 1931

## Verzeichnis der Abkürzungen

BA	Bundesarchiv Koblenz
BDC	Berlin Document Center
DNSAP	sudetendeutsche „Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei“
IfZ	Institut für Zeitgeschichte München
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
OHL	Oberste Heeresleitung
PO	Politische Organisation
Pg	Parteigenosse
ROL	Reichsorganisationsleitung
SA	Sturmabteilung
Uschla	Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß
VB	Völkischer Beobachter
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

## Personenregister

- Adamczyk, Joseph 71  
Alvensleben, Werner von 129  
Amann, Max 19, 20, 33, 66
- Baade, Karl 105, 107  
Bechly, Hans 131, 147  
Berndorff, Hans Rudolf 168  
Best, Werner 185  
Bismarck, Otto von 18, 95  
Börger, Wilhelm 175  
Bormann, Martin 81  
Bouhler, Philipp 37, 49, 66, 72  
Brandt, Ernst 126  
Braun, Otto 103  
Bredow, Hans 129, 130, 142, 149, 154, 165, 169  
Brückner, Helmuth 33, 69, 71, 98, 175  
Brüning, Heinrich 7, 9, 10, 47, 87, 89, 103, 104, 115–118, 124, 126–128, 131, 132, 134, 136, 145, 147, 149, 161, 163, 171, 191, 195, 201, 202, 205, 207  
Buch, Walter 50, 51, 66, 81, 124  
Bürckel, Josef 175, 189, 190  
Buttmann, Rudolf 17, 20, 21, 51, 54, 174
- Cassell, Gustav 85, 86  
Cordemann, Hermann 53, 107, 108, 129, 130, 146, 148, 163, 165, 168, 170, 174
- Daitz, Werner 53, 106, 109, 174  
Dalberg, Rudolf 105–107, 109  
Damaschke, Adolf 94, 95  
Darré, Walter 51, 189, 190  
Dickel, Otto 97, 130  
Diederichs, Eugen 128  
Dietrich, Hermann 117  
Dietrich, Otto 31, 36, 54, 56, 58  
Dinter, Artur 20, 32, 38, 39  
Douglas, Major 91  
Dräger, Heinrich 105, 106–111, 130  
Dressel 153  
Dressler, Albert 68
- Ebert, Friedrich 8  
Eckstein, H. 130, 170  
Eggert, Wilhelm 152, 153
- Eisner, Kurt 14  
Elbrechter, Helmut 28, 29, 111, 112, 127–129, 147, 148, 171, 176, 184, 191, 205, 207  
Emmendorfer, Dr. 124  
Epp, Franz Xaver Ritter von 14  
Erbersdobler, Franz 40  
Erckmann, H. 196  
Erdmann, Lothar 105, 150  
Erhard, Ludwig 104  
Esser, Hermann 19, 20, 33, 38  
Esser, Thomas 156  
Etzdorf, Walther von 105, 130, 151, 168
- Feder, Gottfried 20, 31, 33, 36, 53, 96, 97, 101, 119, 173, 174, 175  
Ferri, Enrico 94  
Fiehler, Karl 48, 51, 54, 66  
Fischer, Otto Christian 106, 109  
Fisher, Irving 85, 86  
Florian, Friedrich Karl 21, 64  
Flürscheim, Michael 94  
Frank, Hans 53  
Frank 59  
Frick, Wilhelm 20, 31, 36, 41, 52, 63, 124, 125, 127, 132, 143, 144, 147, 156, 161–164, 174, 175, 192, 195  
Friedländer-Prechtl, Robert 102–106, 108–111  
Friedrich, Horst 71  
Friedrich, Wilhelm (Großer Kurfürst) 18  
Funk, Walther 53, 107, 112, 126, 129, 143, 161, 170–172, 174, 175, 192  
Furtwängler, Joseph 130, 170
- Gebhardt 130, 170  
Georges, Henry 94  
Gereke, Günther 105–108, 130, 131, 151, 170  
Gesell, Silvio 91–102, 130  
Geßler, Otto 199  
Gestrich 106  
Glaser, Alexander 68, 174, 203  
Goebbels, Joseph 28–33, 41, 43, 55, 56, 58–60, 69, 70, 72, 76, 78, 81, 119, 120,

- 127, 132–137, 142, 143, 155, 157–159, 162–164, 167–170, 173, 181, 186, 188, 202
- Göring, Hermann 11, 66, 72, 78, 120, 127, 136, 143, 154, 156, 168–170, 188, 202, 204
- Gottschalk, Walter 71
- Grabert 33
- Graefe, Albrecht von 17–19, 21, 36, 37, 187
- Grävell, Walter 106
- Granzow, Walter 74
- Grassmann, Peter 152, 153
- Grimm, Friedrich 124, 125
- Groener, Wilhelm 132, 134, 135
- Grohé, Josef 70
- Grotkopp, Wilhelm 106, 109
- Haake, Heinz 69, 70, 71, 179
- Haase, Ludolf 36
- Habermann, Max 130, 147–149, 156
- Habicht, Theo 69
- Hahn, Otto 106
- Hansen, Alvin 90
- Harden, Maximilian 19
- Heiden, Konrad 20, 29
- Heimsoth, Karl-Günther 81
- Heinemann, Bruno 32, 33, 51
- Heines, Edmund 161
- Heinrichsbauer, Otto 125, 126, 171
- Helbich, Wolfgang Johannes 115
- Held, Heinrich 19
- Hellmuth, Otto 40
- Henning, Friedrich Wilhelm 187
- Hermes, Andreas 99
- Herpel, Ludwig 97, 106, 130, 170
- Herrmann, Arthur R. 106, 174
- Hess, Rudolf 62, 81, 180, 192, 193
- Heuß, Theodor 87
- Hierl, Konstantin 30, 50–53, 68, 175, 203
- Hildebrandt, Friedrich 46, 74, 175
- Hilferding, Rudolf 87
- Himmler, Heinrich 28, 32, 33, 35, 38, 50, 55–60, 182, 195, 207
- Hindenburg, Paul von Beneckendorff und 7–10, 48, 131–133, 135, 136, 143–145, 154–156, 162, 163, 170, 191, 201, 202, 206
- Hinkel, Hans 42, 175
- Hinkler, Paul 33
- Hitler, Adolf 7, 9–11, 15–22, 25–31, 33, 35–40, 42–45, 47, 48, 51, 52, 55, 56, 58, 60, 62–65, 67–69, 77–81, 98, 119, 120, 123, 127, 131–149, 154–156, 158, 161–183, 186–188, 191–193, 196–198, 201, 202, 204–207
- Höfler, Else 165, 194
- Hofmann, Paul 70
- Hüllbüsch, Ursula 111, 112, 150
- Hugenberg, Alfred 131
- Hutten, Ulrich von 186
- Jessen, Jens 106
- Jordan, Rudolf 64
- Jünger, Ernst 23
- Kaas, Ludwig 124
- Kanert 126
- Kannopatt, Hanno 53
- Karpenstein, Wilhelm 65, 175, 189
- Kaufmann, Karl 28, 33, 127, 175
- Kern, Fritz 170, 185
- Keynes, John Maynard 89, 90–93, 107, 109
- Kiehn, Fritz 175
- Klagges, Dietrich 53
- Kleinwächter, Friedrich 94
- Klutz, Wilhelm 187
- Knüppel 187
- Koch, Erich 46, 175, 189
- Köhler, Bernhard 53, 75, 97, 174
- Krebs, Albert 130, 147
- Kroll, Gerhard 80, 110, 115
- Kube, Wilhelm 62, 138, 175
- Kunze, Richard 187
- Lampe, Adolf 106
- Landsberg 88
- Lautenbach, Wilhelm 106, 117
- Law, John 93
- Leipart, Theodor 148, 150, 152, 206
- Lenin, Vladimir Il'ic 65
- Lenz, Karl 175, 185, 186, 188, 189
- Lentze, Dr. 204
- Ley, Robert 37, 54, 66–72, 157, 173, 178–180, 189
- Linder, Karl 70, 175, 178
- Lipinski, Richard 43
- Loeper, Wilhelm Friedrich 64, 69, 70
- Lohse, Hinrich 36, 37, 69, 70, 189
- Ludendorff, Erich 15–18, 21, 29, 36, 37, 44, 50, 98
- Lübbert, Dr. E. 105, 130, 151
- Luther, Hans 87

- Lutze, Viktor 28, 81, 127  
Lutzmann 188
- Malthus, Robert 88, 91  
Marx, Karl 88, 91  
Mayer, Alfred 64  
Meyer, Rudolf 95  
Meyer-Quade, Joachim 70  
Moeller van den Bruck, Arthur 23, 26  
Muchow, Reinhold 54, 78  
Müller, Hermann 7, 8, 47  
Muhs, Hermann 70  
Mutschmann, Martin 69, 71
- Nicolai, Helmut 53  
Niekisch, Ernst 37, 96  
Nieland, Hans 54, 69
- Oberlindober, Hanns 54  
Ott, Eugen 169, 170  
Otte, Bernhard 206
- Papen, Franz von 10, 11, 136, 144–146, 148, 152, 155, 156, 161, 162, 170, 191, 205, 206  
Pfeffer von Salomon, Franz 28, 50, 62, 80  
Pietsch 192  
Planck, Erwin 144, 146, 152, 153  
Prion 106
- Raubal, Geli 142, 173  
Raeschke, Alfred 43  
Rathenau, Walter 96, 102  
Rauschnig, Hermann 201  
Rehm, Rudolf 34  
Reinhardt, Fritz 36, 40, 53, 55–59, 72, 106, 119, 121, 137, 174  
Renteln, Adrian von 53, 108, 174  
Reupke, Hans 171, 176, 184, 188, 191–193  
Reventlow, Ernst Graf zu 18, 46, 175  
Ripke, Axel 28, 37  
Rodbertus, Johann Karl 88, 91, 95  
Röhm, Ernst 9, 11, 50, 65, 66, 80, 81, 144, 154, 161, 168, 201, 202  
Röver, Carl 175  
Rosenberg, Alfred 11, 65, 77  
Rosikat, Erich 97–100  
Rust, Bernhard 36, 69, 70, 106, 175, 177
- Schäffer, Hans 152  
Schemm, Hans 40  
Schickedanz, Arno 65, 77  
Schickert, Ludwig 189, 190  
Schlange, Ernst 64, 69, 175  
Schleicher, Kurt von 11, 107, 108, 128, 129, 131, 132, 135, 136, 143–149, 152, 153, 155, 156, 163, 165–171, 173, 176, 184, 187, 188, 191, 192, 201, 202, 204–207  
Schmitz, Paul 28  
Schneider, Herrmann 49  
Schroeder, Kurt Frhr. von 191, 206  
Schulz, Paul Gustav 53, 55, 64–69, 72, 78, 80, 81, 124–127, 134, 142, 143, 148, 149, 155, 168, 171, 174, 184, 199, 201, 203–205  
Schulz 33  
Schumann, Walter 54, 78, 175  
Schwarz, Franz Xaver 31, 37, 38, 49–51, 62, 66, 72, 73, 79, 81, 124, 179, 193  
Seeckt, Hans von 200  
Selzner, Nikolaus 175, 189, 190  
Severing, Carl 130  
Sickingen, Franz von 186  
Sombart, Werner 106, 109  
Spann, Othmar 26  
Spengler, Oswald 30, 32, 101, 123  
Sprenger, Jakob 54, 69, 70, 178  
Springorum, Fritz 126  
Stalin, Josef 65  
Stegerwald, Adam 131, 148  
Stegmann, Wilhelm 175, 182–184, 186, 187  
Stein, Freiherr vom 186  
Stennes, Walter 66, 175, 181, 183, 185, 186  
Stöhr, Franz 46, 130, 147, 148, 175  
Straßer, Else 14, 194, 195  
Straßer, Günter 14, 195  
Straßer, Helmut 14, 195  
Straßer, Olga 13  
Straßer, Otto 12–15, 23, 29, 30, 42–47, 81, 95, 97, 99, 165, 176, 181, 187, 193  
Straßer, Paul [Pater Bernhard] 13, 14, 18, 63, 95, 165, 170  
Straßer, Peter [Paul Wegr.] 13, 94, 95, 99  
Straßer, Toni 13  
Streicher, Julius 19, 20, 36, 38, 182, 183  
Strobel, Pauline 13  
Suchenwirth, Richard 33
- Tarnow, Fritz 105, 107  
Tengelmann, Ernst 126
- Sanmann, Horst 115  
Say, Jean Baptiste 88

Thiele, Kurt 54, 69  
Tholens, Hermann 53, 75, 106, 109, 174  
Torgler, Ernst 156  
Treviranus, Gottfried 128, 129

Vershofen, Wilhelm 104  
Vögler, Albert 126  
Vollmuth, Rudolf 68, 174, 195

Wagemann, Prof. Dr. 86, 102, 104, 106–109  
Wagener, Otto 48, 52, 53, 75, 101, 129, 134, 153  
Wagener, Herrmann 95  
Wagner, Adolf 40  
Wagner, Josef 64, 175, 185  
Wahl, Karl 40, 57, 175  
Walter, Horst 129, 172  
Wankel, Felix 185

Wartenburg, Graf York 186  
Weber, Adolf 88  
Weixaner 66  
Wetzel, Otto 64  
Wildermuth 106, 109  
Wilhelm I. 18  
Wilhelm II. 19  
Winnig, August 37  
Wirth, Joseph 199  
Woytinski, Wladimir 105–107, 109, 121, 122, 150  
Wulle, Reinhold 187

Zander, Elsbeth 54  
Zehrer, Hans 128, 147, 205, 206  
Zimmermann, Ferdinand Friedrich [Ferdinand Fried] 104, 111  
Zengen, von 167–169  
Zwiedineck-Südenhorst, Otto von 90

# Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Band 22/23  
**Politik in Bayern  
1919-1933**  
Herausgegeben von  
Wolfgang Benz  
1971. 290 Seiten.

Band 24  
Hildegard Brenner  
**Ende einer bürgerlichen  
Kunst-Institution**  
1972. 174 Seiten.

Band 25  
Peter Krüger  
**Deutschland und die  
Reparationen 1918/19**  
1973. 224 Seiten.

Band 26  
Walter L. Dorn  
**Inspektionsreisen  
in der US-Zone**  
Herausgegeben von  
Lutz Niethammer  
1973. 178 Seiten.

Band 27  
Norbert Krekeler  
**Revisionsanspruch und  
geheime Ostpolitik  
der Weimarer Republik**  
1973. 158 Seiten.

Band 28  
**Zwei Legenden aus dem  
Dritten Reich**  
Quellenkritische Studien  
von Hans-Heinrich Wilhelm  
und Louis de Jong  
1974. 142 Seiten.

Band 29  
**Heeresadjutant  
bei Hitler 1938-1943**  
Aufzeichnungen des  
Majors Engel  
Herausgegeben von  
Hildegard von Kotze  
1974. 158 Seiten.

Band 30  
Werner Abelshauser  
**Wirtschaft in Westdeutsch-  
land 1945-1948**  
1975. 178 Seiten.

Band 31  
Günter J. Tittel  
**Die Bodenreform in der  
Britischen Zone 1945-1949**  
1975. 184 Seiten.

Band 32  
Hansjörg Gehring  
**Amerikanische  
Literaturpolitik  
in Deutschland 1945-1953**  
1976. 134 Seiten

Band 33  
**Die revolutionäre Illusion**  
Erinnerungen von Curt Geyer  
Herausgegeben von  
Wolfgang Benz  
und Hermann Graml  
1976. 304 Seiten.

Band 34  
Reinhard Frommelt  
**Panuropa oder  
Mitteleuropa**  
1977. 132 Seiten.

Band 35  
Hans Robinsohn  
**Justiz als politische  
Verfolgung**  
1977. 168 Seiten.

Sonderband  
**Aspekte deutscher Außen-  
politik im 20. Jahrhundert**  
Herausgegeben von  
Wolfgang Benz  
und Hermann Graml  
1976. 304 Seiten.

Band 36  
Fritz Blaich  
**Grenzlandpolitik im  
Westen 1926-1936**  
1978. 136 Seiten.

Band 37  
Udo Kissenkoetter  
**Gregor Straßer  
und die NSDAP**

**In Vorbereitung:**  
Band 38  
Seppo Myllyniemi  
**Die baltische Krise  
1938-1941**

Deutsche Verlags-Anstalt

# Studien zur Zeitgeschichte

Band 1

Reinhard Bollmus  
**Das Amt Rosenberg  
und seine Gegner**

Studien zum Machtkampf  
im nationalsozialistischen  
Herrschaftssystem.  
1970. 360 Seiten (Vergriffen).

Band 2

Shlomo Aronson  
**Reinhard Heydrich  
und die Frühgeschichte  
von Gestapo und SD**

1971. 340 Seiten (Vergriffen)

Band 3

Günter Plum  
**Gesellschaftsstruktur und  
politisches Bewußtsein in  
einer katholischen Region  
1928-1933**

Untersuchung am Beispiel des  
Regierungsbezirks Aachen.  
1972. 319 Seiten

Band 4

Lothar Kettenacker  
**Nationalsozialistische  
Volkstumspolitik im Elsaß  
1973. 389 Seiten (Vergriffen).**

Band 5

Conrad F. Latour/  
Thilo Vogelsang  
**Okkupation und  
Wiederaufbau**

Die Tätigkeit der Militärregie-  
rung in der amerikanischen  
Besatzungszone  
Deutschlands 1944-1947.  
1973. 227 Seiten (Vergriffen).

Band 6

Michael H. Kater  
**Das »Ahnenerbe«  
der SS 1935-1945**

Ein Beitrag zur Kulturpolitik  
des Dritten Reiches.  
1974. 522 Seiten und 1 Faltafel  
mit 3 Übersichten.  
(Vergriffen).

Band 7

Marie Elise Foelz-Schroeter  
**Föderalistische Politik  
und nationale Repräsen-  
tation 1945-1947**

Westdeutsche Länder-  
regierungen, zonale  
Bürokratien und politische  
Parteien im Widerstreit  
1974. 251 Seiten.

Band 8

Alexander Fischer  
**Sowjetische Deutschland-  
politik im Zweiten  
Weltkrieg 1941-1945**  
1975. 252 Seiten.

Band 9

Wilfried Loth  
**Sozialismus und  
Internationalismus**  
Die französischen Sozialisten  
und die Nachkriegsordnung  
Europas 1940-1950.  
1977. 414 Seiten.

Band 10

(Band 1 der »Beiträge zur  
Wirtschafts- und Sozial-  
politik in Deutschland  
nach 1945«)  
Gerold Ambrosius  
**Die Durchsetzung der  
sozialen Marktwirtschaft  
in Westdeutschland  
1945-1949**  
1978. 303 Seiten.

Band 11

Johannes H. Voigt  
**Indien im Zweiten Weltkrieg**  
1978. 414 Seiten.

Band 12

Herbert Piontkowitz  
**Anfänge westdeutscher  
Außenpolitik 1946-1949**  
Das Deutsche Büro  
für Friedensfragen  
1978. 289 Seiten.

Band 13

Christian Streit  
**Keine Kameraden**  
Die Wehrmacht und die  
sowjetischen Kriegs-  
gefangenen 1941-1945  
1978. 445 Seiten.

**In Vorbereitung:**

Band 14

(Band 2 der »Beiträge zur  
Wirtschafts- und Sozial-  
politik in Deutschland  
nach 1945«)  
Hans-Dieter Kreikamp  
**Deutsches Vermögen in  
den Vereinigten Staaten**  
Die Auseinandersetzung um  
seine Rückführung als  
Aspekt der deutsch-  
amerikanischen Beziehungen  
1952-1962

**In Vorbereitung**

Band 15

**Bulgarien - Hitlers  
eigenwilliger Verbündeter**  
Eine Fallstudie zur national-  
sozialistischen Südosteuropa-  
politik

Deutsche Verlags-Anstalt

# »Der Kommunist ist kein Kamerad«

Auszug aus dem Tagebuch  
des Generalstabschefs Franz Halder

Christian Streit

## **Keine Kameraden**

Die Wehrmacht und die Sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945. Studien zur Zeitgeschichte Band 13  
Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte  
445 Seiten

Der »Spiegel« hat in Nr. 7 vom 13.2.78 ausführlich über diese Dissertation des Heidelberger Historikers berichtet. Er schreibt u.a.: Sie wurden auf dem Marsch in die Lager erschossen, verhungerten oder starben an den Folgen unmenschlicher Zwangsarbeit. Ein Historiker wies jetzt nach: Nicht nur die SS war am Massenmorden beteiligt ...

Ihre Führung hatte sich gründlich zu Herzen genommen, was Hitler schon ein Vierteljahr vor dem Überfall auf die Sowjet-Union 250 hohen Offizieren mit auf den Weg gegeben hatte. Generalstabschef Franz Halder notierte aus dieser beispiellos offenen Hitler-Rede in seinem Tagebuch: »Bolschewismus ist gleich asoziales Verbrechen. Kommunismus ungeheure Gefahr für die Zukunft. Wir müssen von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad.« ... Der russische Gefangene blieb bis Kriegsende unverändert der »Untermensch«, der in NS-Wertkategorien nicht vorkam: Er durfte erschossen und geprügelt werden. Für ihn war gut genug, was andere nicht mehr essen mochten ...

Von den 5,735 Millionen Sowjet-Bürgern, die im Zweiten Weltkrieg in deutsche Gefangenschaft gerieten, sind 3,3 Millionen (58 Prozent) umgekommen oder ermordet worden. Bei den englischen und amerikanischen Kriegsgefangenen betragen die Verluste dagegen lediglich vier Prozent. Bis heute ist diese Massenvernichtung sowjetischer Gefangener aus dem öffentlichen Bewußtsein mit Erfolg verdrängt worden. Zum einen, weil Tausende der Mordgehilfen noch leben, zum anderen, so Streit, weil schon bald nach Kriegsende »der Kalte Krieg die Möglichkeit bot, die Sowjet-Union in ungebrochener Kontinuität als Gegner zu sehen.«

Deutsche Verlags-Anstalt